

Zeitschrift für Diskursforschung
3. Beiheft 2018

**Zeitschrift für
Diskursforschung**
Journal for
Discourse Studies

**(Kon-)Texte des
Politischen**

3. Beiheft

Łukasz Kumiega | Christian Karner (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Lukasz Kumięga, Christian Karner</i> Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen	3
<i>Christian Nestler, Jan Rohgalf</i> Mitte contra Mainstream Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt	16
<i>Christian Karner</i> (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich	54
<i>Alicja Raciniewska</i> Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode	80
<i>Julia Maria Zimmermann</i> Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament Eine narrative Aussagenanalyse	111
<i>Jacob Nuhn</i> AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989	142
<i>Janett Haid</i> Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern	178
<i>Silvia Bonacchi</i> Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte	211

Peter Schiffauer, Izabela Jędrzejowska-Schiffauer
Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen
Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder
Desintegration?

235

Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen

Seit ihrer Entstehung beschäftigen sich Teile der Sozial- und Geisteswissenschaften mit den gegenseitigen Verstrickungen von Macht und Sprache. Makrosoziologische, konflikttheoretische Ansätze – insbesondere, jedoch keineswegs ausschließlich marxistischer Ausrichtung – zeigen ein derartiges Interesse an den gelebten Formen sozio-ökonomischer Ungleichgewichte und anderer Machtverhältnisse vielleicht am deutlichsten, man denke beispielsweise an mittlerweile lang andauernde Diskussionen zum Ideologiebegriff (z. B. Althusser 2008; Augoustinos 1997; Žižek 1989) oder an die feministische Erforschung und Kritik patriarchalischer Strukturen (z. B. Butler 1991; Mies 1988). Gleichzeitig definiert der Versuch, das Politische in der Sprache und den sprachlichen Ausdruck sozialer Unterschiede und institutionalisierter Ausgrenzung zu durchleuchten, auch gänzlich anders orientierte, mikrosoziologisch fokussierte Ansätze. Hier sei exemplarisch auf Harold Garfinkel und die Ethnomethodologie verwiesen (Garfinkel 2004), die die Rolle alltäglicher Interaktionen in der Reproduktion sozialer Beziehungen und generell unreflektierter Annahmen behandeln.

Sozusagen strukturell ‚dazwischen‘, auf einer analytischen meso-Ebene gelegen, sind vielfältige diskursanalytische Ansätze zu verorten, denen Folgendes gemein ist: ein Verständnis von Sprache als „soziale Praxis“, in der sich Machtstrukturen manifestieren; gleichzeitig wird hier jede Form gesprochener oder geschriebener Sprache auch als wieder auf die sie generierenden politischen Verhältnisse rückwirkend begriffen – sei es als Teil der Mechanismen sozialer Reproduktion, als Ausdruck kultureller Hegemonie, oder auch als versuchte politische Kritik, die auf sozialen Wandel abzielt (z. B. Chouliaraki/Fairclough 1999; Reisigl/Wodak 2001; Weiss/Wodak 2003).

Die hier vorliegende Einleitung und das darauf aufbauende Beiheft der Zeitschrift für Diskursforschung behandeln konkrete, in ihrer Gesamtheit jedoch vielfältige Relationen zwischen dem Politischen, diversen Kontexten und spezifischen Texten. Wir verfolgen das primäre Ziel, das Verhältnis

zwischen Macht, sozialen Hierarchien und deren diskursiven Spuren und Manifestationen von diversen methodologischen Gesichtspunkten zu reflektieren. Dabei stützen wir uns auf ein grundsätzliches Verständnis von Sprache als ein „elementares Medium des Weltverstehens und Weltveränderns“ (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2014, S. 3). Aufgezeigt wird somit eine breite Palette bewusst gewählter Methoden für die Analyse des Politischen im sprachlichen und institutionalisierten Alltag, die ihren Fokus jeweils stärker sprachwissenschaftlich, sozialwissenschaftlich oder interdisziplinär definieren. Gleichzeitig bietet jeder unserer Beiträge thematisch klar definierte und empirisch ‚selbständige‘ Einsichten in das Zusammenspiel von Macht, ihrem diskursiven Niederschlag und ihrer sprachlichen Aushandlung, wie sie sich vor ihrem jeweils spezifischen sozialen und historischen Hintergrund zeigen. Jeder der hier inkludierten Beiträge liefert dadurch neue Einsichten zu seinem jeweiligen thematischen Schwerpunkt und der damit verbundenen Forschung. Das empirische Spektrum unseres Sammelbandes reicht dabei von politischer Rhetorik in den USA und Venezuela, Deutschlands politischen Parteien und deren Strategien, Österreichs EU-Politik und den damit einhergehenden öffentlichen Debatten, europäischer „Genderpolitik“, Bildkonstruktionen in der Islamdebatte in Deutschland und Polen, bis zu Mode- und Mediendiskursen. Auffallend ist auch die Vielfalt an Daten, Dokumenten und Materialien, die im Blickpunkt unserer Autoren stehen und politische Programme und Reden, Mediendiskurse, Leserbriefe, akademische Texte, Alltagssprache, bildliche Darstellungen und Vieles mehr beinhalten. Als Einheit gelesen, und dies ist wesentlich, präsentiert sich unser Sammelband jedoch gleichzeitig als kohärentes Ganzes. Den uns verbindenden „roten Faden“ finden wir im bereits erwähnten Zusammenspiel vom breit definierten Politischen, seinen jeweiligen Kontexten, und seinen spezifischen textlichen Artikulationen und Aushandlungen. Bevor wir uns unseren einzelnen Beiträgen widmen, gilt es, noch weitere konzeptionelle Vorarbeit zu tätigen.

1. Zum Begriff des Politischen

Unsere Beschäftigung mit dem Begriff des Politischen hat hier eine zentrale Funktion. Es geht in erster Linie darum, ein breiter angelegtes Bedeutungsspektrum zu erfassen als jenes, das vom Konzept der Politik abgedeckt wird, da sich Letzteres vorwiegend nur auf institutionelle Ordnung und die staatliche Verwaltung des Gemeinwesens bezieht. Im Gegensatz dazu möchte die hier gewählte Perspektive einen breiteren Fokus auf gesell-

schaftliche Aushandlungsprozesse der Bedeutungskonstitution in konkreten empirischen Referenzbereichen setzen. Gefragt wird also vor allem danach, wie bestimmte Phänomene ‚gemacht‘, definiert, ausgehandelt, legitimiert und ggf. in Frage gestellt werden (können). Ob Geschlechterpolitik, kollektives Selbstverständnis, kulturelle Praktiken oder versuchte Antworten auf tiefgreifenden sozialen Wandel – die hier besprochenen Phänomene werden anhand der jeweiligen zu verwendenden Konzepte und methodischen Ansätze als von diskursiven Prozessen geformt verstanden. Aus den darauffolgenden Analysen resultiert der unser Gesamtprojekt charakterisierende Anspruch, die vielen Facetten eines derart breit angelegten Begriffs des Politischen zu erfassen. Des Weiteren kann sich der hier verfolgte Zugang auf die jüngere Forschung zu politischen Narrativen berufen, in welcher politisches Erzählen als essenzieller Bestandteil der gesellschaftlichen „Sinnvermittlung und Legitimitätserzeugung“ sowie des Stellens und der „Verkörperung von Machtansprüchen“ (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2014, S. 10 f.) begriffen wird.

Dazu gibt es einige begriffliche Vorschläge und Vorbemerkungen, die politikwissenschaftlichen, polito-linguistischen, politisch-philosophischen und diskurs- bzw. dispositivanalytischen Diskussionen entstammen und die hier kurz zu besprechen sind. Zum einen soll auf die in der Politikwissenschaft und in der Politolinguistik oft verwendete Unterscheidung (vgl. z. B. Meyer 2005) zwischen *polity*, *policy* und *politics* hingewiesen werden. Unter *polity* werden Normen, Prinzipien, Regeln und Werte einer politischen Kultur bzw. eines politischen Systems verstanden, die die Grundlage politischer Handlungen bilden. *Policy* beschreibt hingegen die konkreten Inhalte politisch institutionalisierter Beschlüsse, Entscheidungen und der daraus resultierenden rechtlichen Rahmenbedingungen für staatlich sanktioniertes Handeln. Und mit *politics* wird der Moment der spezifischen Artikulation von politischen Inhalten verstanden, der Prozesse der möglichen Interessens- und Konfliktbildung zwischen unterschiedlichen Akteuren in den Vordergrund rückt. Die derart ausdifferenzierten Facetten kann man des Weiteren entlang von drei metasprachlichen Begrifflichkeiten erfassen: Strukturen (für *polity*), Inhalte (analog zu *policy*) und Prozesse (die Sphäre der *politics* betreffend). In diesem Sinne ist diese Unterscheidung als eine analytische zu verstehen, und die hier ausdifferenzierten Ebenen sollen als sich gegenseitig bedingend begriffen werden. Gleichzeitig ermöglicht diese Konzeptualisierung unterschiedliche Akzentsetzungen bei der Beschäftigung mit dem derart breit gefassten Politischen, die sich im Falle des hier vorliegenden Bandes vor allem auf die Ebene seiner Prozesshaftigkeit konzentriert.

Eine weitere für uns relevante Argumentationslinie baut auf Chantal Mouffes emanzipatorischem, wohlgeleitet politisch motiviertem Konzept des Politischen auf (Mouffe 2007). Mouffe bestimmt das Politische als Kampf zwischen strukturell unterschiedlich positionierten Gegnern. Sie plädiert für eine Neuorientierung der Linken und erstellt ein Konzept der „radikalen Demokratie“, das sie als Gegensatz zu einem Verständnis von Demokratie als unproblematischen, horizontalen und inklusiven Aushandlungsprozess zwischen gleichmächtigen Individuen versteht. Eine Alternative dazu erkennt man im sozialwissenschaftlichen Diskurs, der das Politische auf die ungleiche Verteilung von diversen Ressourcen und auf den Kampf um jene bezieht, und der dadurch die strukturell bedingten und differenzierten Möglichkeiten einer Person oder Gruppe, Entscheidungen zu treffen und durch diese ihr Umfeld (neu) zu formen, thematisiert.

Das Politische kann man gleichzeitig auch etwas anders fassen, indem man es mit dem von Foucault stammenden Dispositivbegriff verbindet. Zunächst einmal ist zu klären, was Foucault unter Dispositiv versteht:

„Was ich unter diesem Titel festzumachen versuche, ist erstens ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs.“ (Foucault 1978, S. 119)

Die erste Dimension des Dispositivs ist also als eine Menge von konstitutiven Elementen aufzufassen. Die zweite Ebene betrifft die zentrale Eigenschaft eines Dispositivs, nämlich seine netzwerkartigen Verbindungen zwischen seinen jeweiligen Bestandteilen. Um abermals mit Foucault zu sprechen, „das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann“ (Foucault 1978, S. 119). Auf dieser Ebene wird deutlich, dass die oben zitierten Elemente nicht unabhängig voneinander existieren, sondern in Wechselbeziehungen zu einander stehen und so eine Struktur bilden. Bührmann und Schneider (2008) weisen darauf hin, dass diese Verknüpfungen nicht als einfache Summe der einzelnen Elemente zu verstehen sind. Für unsere Zwecke wird zu klären sein, welche konkreten Verknüpfungen ein bestimmtes Dispositiv charakterisieren. Damit gelangt man zur dritten Dimension des Dispositivbegriffs, die als strategische Ebene bezeichnet wird. Die Strategie eines Dispositivs entscheidet, wie und unter welchen Umständen sich das Netz konstituiert. Das resultiert aus der Be-

stimmung eines Dispositivs als „Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten“ (Foucault 1978, S. 119). Auf dieser Ebene werden Funktionen der jeweiligen dispositiven Elemente sichtbar. In diesem Sinne fungiert ein Dispositiv als „Problemlösungsoperator“ (Bühmann/Schneider 2008, S. 53), der die Aufgabe hat, gesellschaftliche Problemlagen zu bearbeiten und ggf. auch zu lösen.

Mit der Wahl dieser an Foucault anknüpfenden Optik, in der das Dispositiv als eine Denkfigur zu verstehen ist, ist es möglich, die Grenzen und Möglichkeiten des Politischen aufzuzeigen. Es geht dabei darum, zu eruieren, nach welchen Logiken sich das Politische konstituiert und von welchen externen Faktoren diese Konstituierung abhängt. Das bedeutet auch, dass der Dispositiv-Ansatz in mindestens zweierlei Hinsicht nutzbar sein kann. Bezogen auf einen konkreten empirischen Gegenstand, ist aus dieser Perspektive sowohl nach politischen Inhalten als auch nach den Verbindungen zwischen dispositiven Elementen zu fragen. Im Falle einer konkreten Institution oder eines diskursiven Feldes kann beispielsweise hinterfragt werden, ob die zu identifizierenden politischen Inhalte durch Widersprüchlichkeit, durch fehlende oder gegebene ideologische Stimmigkeit oder auch durch die Akkumulation diverser politischer Kapitale gekennzeichnet sind. Ferner, und bezogen auf meist stark ausgeprägte Mechanismen eines „Normalitätsdispositivs“, wäre zu erforschen, welche Inhalte zugelassen und welche abgelehnt werden, sowie aus welchen (meist strategischen) Gründen dies geschieht. Hier erweist sich der von Foucault erwähnte „Notstand“, auf den mit konkreten Praktiken reagiert wird, als relevant und nicht selten entscheidend. Externe „Krisen“ (vgl. auch Bourdieu 1977) und erlebte oder empfundene „Notstände“ können einerseits Hindernisse für manche Inhalte und politische Positionen darstellen. Andererseits kann ein „Notstand“ aber auch eine gewisse „Neuordnung“ anderer Inhalte und sozialer Verhältnisse ermöglichen. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende analytische Fragen: Durch welche machtbezogenen Mechanismen wird politische „Normalität“ hergestellt? Und welche Gegendiskurse versuchen, dominierende Normalität zu brechen?

Somit sind die theoretischen Voraussetzungen für unsere vielfältigen Analysen des Politischen – unter ähnlich vielfältigen empirischen Rahmenbedingungen – hinreichend skizziert. Unsere beiden anderen Schlüsselkonzepte, jene des Kontextes und des Textes, verlangen indes nach weiteren Vorbemerkungen.

2. Zum Textbegriff

Der bereits im Titel dieses Bandes verwendete Begriff des Textes soll in erster Linie unsere empirische Ausrichtung zum Ausdruck bringen. Die hier gesammelten Beiträge versuchen dabei, wie bereits erwähnt, anhand von Textkorpora exemplarisch die Spezifika des Politischen zu reflektieren. Für den in den folgenden Artikeln verwendeten Textbegriff sollen dabei einige grundlegende Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen gilt hier eine Minimaldefinition, nach der Texte als „sozial-kommunikative Basiseinheiten“ betrachtet werden (Heinemann 2011, S. 55). Des Weiteren verstehen wir hier solche sprachlichen Objekte der Analyse, in allen ihren möglichen Formen mündlicher, schriftlicher oder anderer symbolischer Artikulation, als materielle Phänomene. Als solche, und dem konstruktivistischen Grundgedanken folgend, erfüllen Texte auch entscheidende Funktionen der Wissenskonstitution und stehen dadurch im Brennpunkt jener gesellschaftlichen Praktiken, die Foucault (siehe oben) als das historisch spezifische Zusammenspiel von (institutionalisierter) Macht, (möglichem) Widerstand, und der Herstellung disziplinierter – und sich im Endeffekt meist mehr oder weniger selbst disziplinierender – „Subjekte“ skizziert.

Darüber hinaus teilen wir Benno Herzogs Darstellung von Texten als konstitutiv offen: Demnach wird Sinn „von Lesenden im Dialog mit dem Text hergestellt“, was wiederum „konstante Arbeit verlangt“, da „eine bestimmte Leseart zwar nahegelegt wird, aber nicht festgelegt ist“ (Herzog 2013, S. 9; man vergleiche auch Hall 1980). Ein derartiges, Sinn erst schaffendes oder fixierendes Zusammenspiel unserer sprachlicher „Basiseinheiten“ mit den sie rezipierenden sozialen Akteuren verweist auch unmittelbar auf den weiteren Kontext eines jeweiligen Textes. Wie unsere Beiträge verdeutlichen, sind solche Kontexte immer vielschichtig und verlangen nach genauer Beschreibung und Analyse. Als weitere Vorbemerkung sei hier jedoch auch noch auf Ruth Wodak verwiesen, die uns deutlich vor Augen führt, dass der Kontext eines zu analysierenden Textes unweigerlich weitere Texte umfasst. „Texte“, erinnert sie uns, „stehen immer in größeren Zeit- und Raumzusammenhängen, synchron und diachron, [und] sind daher niemals als isolierte Informationsäußerungen zu verstehen“ (Wodak 2015, S. 34). Dieses Phänomen der Intertextualität spiegelt sich in jedem der folgenden Beiträge wider, in denen politische Positionen und deren Ausdruck stets in der direkten oder indirekten Auseinandersetzung mit, und Bezugnahme auf, andere (ähnliche und konkurrierende) Positionen erscheinen. Wie unsere einzelnen Beiträge außerdem erörtern, spielen dabei Kämpfe um Definitions- und Deutungshoheit, die versuchte sowie oftmals auch

verweigerte „Kontrolle über die Interpretation der kursierenden Erzählungen einer politischen Kultur“ (Viehöver 2014, S. 72), vor allem in Krisenzeiten eine weitere wesentliche Rolle.

Letztlich bedarf ein interdisziplinäres Projekt wie das hier vorliegende noch einer weiteren Vorbemerkung, so offensichtlich diese auch manchen Lesern erscheinen mag. Die auf diese Einleitung folgenden Beiträge verdeutlichen einmal mehr, dass methodische Herangehensweisen an Texte bzw. deren epistemologischer Status forschungsdisziplinär spezifisch und daher unterschiedlich ausgelegt werden können. So wird, grob skizziert, Texten in sprachwissenschaftlichen Perspektiven eine grundlegende Funktion bei der Identifikation textübergreifender Strukturen inhaltlicher, rhetorisch-argumentativer oder ideologischer Art zugewiesen. Der analytische Schwerpunkt verlagert sich indes für jene Sozialwissenschaftler, die Texte in erster Linie als Spuren sozialer Prozesse betrachten. So gesehen lassen sich zwei idealtypische Ansätze im Umgang mit Texten unterscheiden: In sozialwissenschaftlichen Kreisen können wir häufig von einer Top-down-Modellierung sprechen, während wir es bei sprachwissenschaftlichen Perspektiven oft mit einer Bottom-up Herangehensweise zu tun haben. Ohne schon hier detailliert auf diese Unterschiede eingehen zu wollen, dies sei unseren Autoren und deren Methodik Diskussionen vorbehalten, soll bereits jetzt unterstrichen werden, dass sich manche unserer Beiträge beider Traditionen bedienen oder nuanciertere Kombinationen beider Ansätze entwickeln. Selbstverständlich hat auch dies Tradition, schließlich ist beispielsweise der „diskurshistorische Ansatz“ innerhalb der Kritischen Diskursanalyse, wie ihn die hier schon mehrfach zitierte Ruth Wodak und ihre Kollegen entworfen haben, ein Paradebeispiel dafür, dass schlüssige Analysen von Texten in ihren weiteren Kontexten sowohl den Blick „von oben/außen“ als auch jenen „von unten/innen“ brauchen.

Bevor wir uns unserem dritten Grundbegriff – jenem des Kontextes – widmen, wollen wir nochmals kurz auf die Vielfalt der hier zu besprechenden Textkorpora verweisen. Die im Fokus unserer Autoren stehenden Materialien oder „Basiseinheiten“ stecken, wie bereits erwähnt, ein breites Spektrum an Textsorten oder Genres (Wodak 2015, S. 34) ab: Jene reichen von politischen Manifesten, Positionen und Reden, über Darstellungen in diverse Medien, Leserbriefe, akademische Aufsätze, Alltagssprache, bis zu bildlichen Darstellungen. Im Falle jeder der daraus resultierenden Diskussionen kommt der Frage nach dem für die Analyse entscheidenden Kontext ein zentraler Stellenwert zu.

3. Zum Begriff des Kontextes

Die hier verwendete Minimaldefinition des Textbegriffs verlangt und bedingt also auch eine gründliche Auseinandersetzung mit unserer dritten Schlüsselkategorie – mit jener des Kontextes. Grundsätzlich wird in der Literatur (vgl. z. B. Field 2005) zwischen *co-text* (also der unmittelbaren sprachlichen „Umgebung“, bestehend aus Wörtern, Aussagen oder Teilen von Aussagen und anderen Texten, die vor und nach einer sprachlichen Äußerung produziert werden) und *context* (sprich: dem sozialen Kontext – verstanden als breit gefasste Situation, in der Kommunikation stattfindet) unterschieden. Wissenschaftlichen Debatten (vgl. z. B. Akman 2000) haben deutlich gezeigt, dass wir es hier mitunter mit unscharfen Kategorien zu tun haben, die je nach Forschungstraditionen unterschiedlich „gefüllt“ werden können.

Dabei divergieren die Positionen in ihren jeweiligen Ansätzen zur Beantwortung der folgenden Fragen: 1) Wie „stabil“ oder „fixiert“ erscheint die Bedeutung einer Äußerung bzw. inwiefern hängt diese vom Kontext ab? Man bemerke hier, dass diese Fragestellung bereits gestreifte Diskussionen bezüglich „konstitutiv offener“ Texte (Herzog 2013) wieder aufgreift. 2) Welche konkreten Elemente aus der unmittelbaren oder weiteren Umgebung oder der Vorgeschichte eines zu behandelnden Textes sind bei dessen Analyse zu berücksichtigen? 3) Wie sind unterschiedliche Elemente des jeweiligen Kontextes mit einander verbunden? 4) Wo und wie ist die Grenze eines Kontextes zu ziehen?

Wie unserer wissenschaftlichen Leserschaft hinreichend bekannt ist, beschäftigen sich zahlreiche relevante Forschungstraditionen – man denke beispielsweise an die Sprechakttheorie, die Ethnografie des Sprechens, die Konversationsanalyse oder an den symbolischen Interaktionismus – mit just jeder dieser Fragestellungen und entwerfen dabei zum Teil deutlich variierende Antworten. Da die auf diese Einleitung folgenden Beiträge auch ihre jeweiligen epistemologischen Prämissen und die ihnen zugrundeliegende Konkretisierung des jeweils entscheidenden Kontextes deutlich abstecken, besteht hier keine Notwendigkeit für eine wiederholende Schilderung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den jeweiligen Paradigmen. Eine weitere Vorbemerkung erscheint uns allerdings noch sinnvoll, nämlich die ebenfalls bekannte Beobachtung, dass je nach methodischem Ansatz Kontext entweder als Struktur oder als Prozess verstanden werden kann, was in weiterer Folge häufig makro- oder mikroanalytische Schwerpunktsetzungen bedingt. Auch dies ist allerdings wiederum in Bezug zu den bereits geschilderten, idealtypischen Unterscheidungen zwischen

sozial- bzw. sprachwissenschaftlicher Traditionen – sowie zu deren immer öfter anzutreffenden interdisziplinären Kombinationen – zu lesen.

Da wir uns hier dem Politischen als einem spezifischen Referenzbereich widmen, bei dem die Verbindungen zwischen Sprache und Macht von zentraler Bedeutung sind, ist es naheliegend, ein weiteres Mal die Kritische Diskursanalyse zu Definitionszwecken zu Rate zu ziehen. Hier werden, wie ebenfalls bereits angedeutet, Text und Kontext als unmittelbar und unweigerlich mit einander in einem Wechselspiel stehend verstanden, was wiederum die analytische Einheit von Diskurs ausmacht. Entscheidend ist hier der Versuch, die Relationen zwischen sprachlichen/textlichen Elementen und deren kognitiven, sozialen, politischen, kulturellen und historischen (z. B. van Dijk 2008) Bedingungen zu fassen und nachzuzeichnen. Besonderes Augenmerk sei hier einmal mehr dem Modell der „Wiener Diskursanalyse“ geschenkt, welches zwischen den folgenden vier Ebenen von Kontext unterscheidet: 1) der unmittelbare und textinterne Kontext einer Äußerung; 2) intertextuelle und interdiskursive Relationen zwischen Äußerungen, Texten, Diskursen und Genres; 3) außersprachliche soziale/soziologischen Variablen und institutionelle Rahmenbedingungen der jeweiligen Äußerungssituation; und 4) breit gefasste sozio-politische und historische Kontexte, in die diskursive Praktiken eingebettet und mit denen diese verbunden sind (vgl. Reisigl/Wodak 2001, S. 41).

Des Weiteren liefert Wodak zusätzliche, für unsere Zwecke äußerst relevante Definitionen. Grundsätzlich beschreibt sie Diskurse als „sowohl thematisch (durch Bezug auf ein Makrothema) ... dialogisch-argumentativ wie auch von der Textsorte, dem Genre, stark bestimmt und ... in einzelnen Texten realisiert“ (Wodak 2015, S. 34 f.). Anders formuliert, kann man also Texte als konkrete, einzelne sprachliche Vorfälle verstehen, in denen sich breitere soziale Verhältnisse und systemrelevante Formen von Wissen, Information und Ideologie manifestieren. Gleichzeitig, und auch dies ist entscheidend, sind Prozesse der Subjekt- und Bedeutungskonstitution unvermeidbar dynamisch. Dies verdeutlicht Wodaks Betonung der „Rekontextualisierung“, durch die „sich Topoi und Argumente im Transfer von Genre zu Genre und Öffentlichkeit zu Öffentlichkeit verändern, ... [dabei] neue Bedeutungen gewinnen – d. h. [ein] Eigenleben ... entwickeln“ (ebd.). Derartige Rekontextualisierung will daher als Teil von „Kämpfen um hegemoniale Bedeutungsmacht“ verstanden werden, in deren Rahmen politisch-sozial produzierte „Normalitäten“, Schlüsselbegriffe, aber insbesondere auch vage umrissene „floating signifiers“ hinterfragt, umgedeutet, anders konnotiert oder sogar neu definiert werden können (ebd., S. 29). Auf den Punkt gebracht, verdeutlicht dies einmal mehr, dass sämtliche Kontexte der Arti-

kulation, der Rezeption, der vielfältigen Interpretation und möglichen Umdeutung oder des tatsächlichen ideologischen Widerstandes entscheidende Dimensionen des politischen Handelns durch Sprache (e. g. vgl. Austin, 1962) darstellen.

4. Zu den folgenden Beiträgen

Somit ist die notwendige konzeptionelle Vorarbeit für diesen Sammelband geleistet. Wie schon mehrfach angedeutet, beschäftigen sich die nun folgenden Beiträge in ihrer Gesamtheit mit einer breiten Palette an Themen und Fragestellungen. *Christian Nestler* und *Jan Rohgalf* eröffnen unseren Sammelband mit dem Beitrag „Mitte contra Mainstream: Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt“, in dem die Autoren aus politikwissenschaftlicher Perspektive und am Beispiel der Partei „Alternative für Deutschland“ aufzeigen, wie Narrative des politischen und medialen „Mainstreams“ in den zu untersuchenden Diskursen verwendet und thematisiert werden. Auf konzeptioneller Ebene bedienen sich Nestler und Rohgalf der ökonomischen Theorie der Demokratie und des Begriffs der Deutungsmacht. Der darauffolgende Beitrag „(Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich“ von *Christian Karner* analysiert anhand eines vielfältigen Datenmaterials österreichische Europadiskurse. Die Konzepte der „Deixis“, des „Topos“ und der „Identitätsgrammatiken“ bilden die Grundlage dieses zweiten Beitrags, der sich damit an der kritischen Diskursanalyse und an äußerst relevanten Konzepten der jüngeren Sozialanthropologie orientiert. In ihrem Beitrag „Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode“ behandelt *Alicja Raciniewska* aus soziologischer Perspektive den akademischen Modediskurs, um auf dieser Basis Mode als „politische Kraft“ verstehen zu können. „Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament. Eine narrative Aussagenanalyse“ – so lautet der Titel eines Beitrags von *Julia Maria Zimmermann*. Die Autorin analysiert hier Gleichstellungsdiskurse anhand einschlägiger Debatten im Europäischen Parlament sowie vor dem theoretischen Hintergrund der aussagenanalytisch angelegten Diskurstheorie (à la Foucault), der politischen Performanz und der narrativen Diskursanalyse. *Jacob Nuhn* – in „AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen: Framings der Bewegung ‚Freiheit und Frieden‘ in der ‚Gazeta Wyborcza‘ im Revolutionsjahr 1989“ – nähert sich polnischen Mediendiskursen, indem er eine Frame-Analyse der nationalen Berichterstattung über eine ökologisch-

antimilitaristische Oppositionsbewegung vornimmt. Den Nutzen einer linguistischen Perspektive auf das Verhältnis zwischen Sprache und Politik veranschaulicht auch der nächste Beitrag „Das politische Wir – eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern“ von *Janett Haid*, in welchem die Autorin eine detaillierte Studie der Funktionen des Pronomens vorlegt. In „Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder. Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte“ geht *Silvia Bonacchi* auf das Verhältnis zwischen dem Visuellen und dem Verbalen anhand polnischer und deutscher Mediendiskurse ein, identifiziert deren grundlegende Merkmale und berücksichtigt bei der Analyse neben semiotischen auch kognitive Dimensionen. In einem interessanten und zu Diskussion anregenden politischen Essay „Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder Desintegration?“, der den Standpunkt der AutorInnen, jedoch keineswegs die Meinung der (Gast)Herausgeber der *Zeitschrift für Diskursforschung* widerspiegelt, behandeln *Izabela Jędrzejowska-Schiffauer* und *Peter Schiffauer* begriffliche Setzungen in Diskursen der europäischen Institutionen und unterziehen sie einer dezidierten Begriffskritik in politisch-praktischer Absicht.

Abschließend sei nur noch kurz die Vorgeschichte – sozusagen der unmittelbare Kontext – zu diesem Projekt erwähnt: Die hier vorliegenden Artikel stellen eine kleine Auswahl der besten deutschsprachigen Vorträge, die im Rahmen einer internationalen Political Linguistics Tagung zum Thema „Doing and Undoing Europe“ im Mai 2014 in Warschau gehalten wurden, dar. Trotz ihrer thematischen Vielfalt verbindet die nun folgenden Beiträge also ein gemeinsames Interesse an den derzeit stattfindenden politischen Verschiebungen, die unseren Kontinent, jedoch nicht nur diesen, wohl kurz-, mittel- und langfristig sowie weitreichend verändern oder zumindest neugestalten werden; gleichzeitig verweisen unsere Autoren – manche explizit, andere indirekt – auch auf wesentlich breitere, tatsächlich globale Dimensionen und Phänomene. Die Tatsache, dass sich seit der ursprünglichen Konferenz gleich mehrere tiefgreifende Krisen gesamteuropäischen Ausmaßes ereignet haben, man denke an Griechenland und die Eurozone, die anhaltende Flüchtlingskrise, den „Brexit“ und einen deutlich sichtbaren Prozess der Fragmentierung durch Renationalisierung, unterstreicht die Aktualität und Dringlichkeit dieses Projekts. Insbesondere unter den gegebenen Krisenbedingungen bedarf es genauer Analysen des Politischen in all

seinen unweigerlich kontextspezifischen Formen. Unsere Ambition und unser Anspruch im Rahmen dieses hier vorliegenden Projektes sind es, einen kleinen Teil zum dringend notwendigen Verständnis von – und zur staatsbürgerlichen Auseinandersetzung mit – Macht, Ungleichheit, Ausgrenzung und politischen Auseinandersetzungen beizutragen. Dabei liegt unser empirisches Augenmerk auf den vielfältigen sprachlichen Manifestationen des Politischen. Gleichzeitig eint die nun folgenden Analysen die diskussionsübergreifende Überzeugung, dass das Ausmaß derzeitiger Krisen und die Komplexität des 21. Jahrhunderts interdisziplinäre Forschung und Debatte verlangen.

Schließlich gilt unser aufrichtiger Dank der Redaktion und den Herausgebern der *Zeitschrift für Diskursforschung*, die dieses Projekt durch zahlreiche Hinweise und eine stets äußerst konstruktive Beschäftigung mit seinem Inhalt tatkräftig und entscheidend unterstützt haben.

In dankbarer Erinnerung an Professor Anna Duszak

Literatur

- Akman, V. (2000): Rethinking Context as a Social Construct. In: *Journal of Pragmatics* 32, S. 743–759.
- Althusser, L. (1984\2008): *On Ideology*. London: Verso.
- Arnold, M./Dressel, G./Viehöver W. (Hrsg.) (2012): *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: VS.
- Augoustinos, M. (1998): Social representations and ideology. In: Flick U. (Hrsg.): *The Psychology of the Social*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 156–169.
- Austin, J. L. (1962): *How to do Things with Words*. Oxford: Clarendon.
- Bourdieu, P. (1977): *Outline of a Theory of Practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Butler, J. (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bühmann, A./Schneider, W. (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Chouliaraki, L./Fairclough, N. (1999): *Discourse in Late Modernity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

- Field, J. (2005): *Psycholinguistics: The Key Concepts*. New York: Taylor and Francis.
- Foucault, M. (1978): *Dispositive der Macht*. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1975\1991): *Discipline and Punish*. London: Penguin.
- Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 3–38.
- Garfinkel, H. (1967\2004): *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge: Polity Press.
- Hall, S. (1980): Encoding/decoding. In: Hall, S./Hobson, D./Lowe, A./Willis P. (Hrsg.): *Culture, Media, Language*. London: Hutchinson, S. 128–138.
- Heinemann, W. (2011): Diskursanalyse in der Kontroverse. In: *tekst i dyskurs – Text und Diskurs* 4, S. 31–67.
- Herzog, B. (2013): Ausschluss im (?) Diskurs. Diskursive Exklusion und die neuere soziologische Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 14(2), Art. 19, S. 1–19, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1302199> (Abruf 7.7.2016).
- Meyer, T. (2000): *Was ist Politik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Mies, M. (1988): *Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*. Zürich: Rotpunkt.
- Mouffe, Ch. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reisigl, M./Wodak, R. (2001): *Discourse and Discrimination*. London und New York: Routledge.
- van Dijk, T. (2008): *Discourse and Context. A Sociocognitive Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Viehöver, W. (2014): Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen: Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 67–91.
- Wodak, R. (2015): ‚Normalisierung nach rechts‘: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. In: *Linguistik Online* 73(4/15), S. 27–44, <http://dx.doi.org/10.13092/lo.73.2191> (Abruf 13.5.2016)
- Weiss, G./Wodak, R. (2003): Introduction. In: G. Weiss/R. Wodak (Hrsg.): *Critical Discourse Analysis*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–31.
- Žižek, S. (1989): *The Sublime Object of Ideology*. London: Verso.

Mitte contra Mainstream

Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt

Zusammenfassung: Der Begriff „gesellschaftliche Mitte“ ist in der Regel positiv besetzt: etwa ausgeglichen, vernünftig, normal oder pragmatisch. Deshalb gehört er zu jenen Begriffen, die politische Akteure versuchen für sich zu besetzen und mit denen Wahlkämpfe geführt werden. So bedient die Partei „Alternative für Deutschland“ erfolgreich das Narrativ des politischen und medialen „Mainstream“, der den Kontakt zu „Menschen im Land“ mit ihren tatsächlichen Meinungen, Interessen und Nöten verloren habe. Hierin ist eine Intervention zu sehen in die Kämpfe um Deutungsmacht über das, was in der Gesellschaft als normal, vernünftig usw. gilt. Der Beitrag untersucht dieses Narrativ vor dem Hintergrund der ökonomischen Theorie der Demokratie als auch vor der Folie der Deutungsmacht.

Schlüsselwörter: Mitte, Deutungsmacht, AfD, CDU, contre-démocratie

Summary: The ‘middle-class’ is usually associated with positive attributes such as moderate, reasonable, pragmatic or normal. Therefore, political actors turn to this concept, especially in electoral campaigns. Newcomer to the German party system the ‘Alternative für Deutschland’ utilized the ‘middle-class’ with outstanding success. The party deploys a narrative claiming that mainstream media and politics had lost touch with the ordinary people with their opinions, interests and grievances. Pitting this mainstream against an allegedly true middle-class, the party engages in a struggle for the power of interpretation of what is supposedly normal and reasonable in contemporary Germany.

Keywords: middle-class, power of interpretation, Alternative für Deutschland, Christlich Demokratische Union, contre-démocratie

1. Einleitung

„Seit die Achtundsechziger ihren ‚Marsch durch die Institutionen‘ vollendet haben, sind sowohl der öffentliche Diskurs als auch das von ihm geprägte Parteiensystem im Vergleich zu dem nach links gerückt, was sich demoskopisch als reale Meinungsverteilung der Bevölkerung ermitteln lässt.“ (Patzelt 2015a)

Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht seinem Forschungsobjekt, den so genannten „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die im Winter 2014/2015 mit wöchentlichen Demonstrationen europaweit für Furore sorgten, aus der Seele. Wenngleich ernsthafte Zweifel an Patzels Urteil angebracht sind,¹ nennt er doch einen aktuellen Zankapfel beim Namen. Die Gegenüberstellung von „realer“ Mehrheitsmeinung und gesellschaftlicher Mitte einerseits sowie politischem und medialem Mainstream andererseits, von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, ist freilich alles andere als neu, hat aber im Laufe der Jahre 2013–2015 durch das Auftreten von Pegida und die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) deutlich an Prominenz gewonnen.

Wir haben es hier zum einen mit der Klage über ein Repräsentationsdefizit zu tun, das sich nicht allein auf das politische System erstreckt, sondern auch „die Medien“ betrifft: Die „normalen BürgerInnen“, so die Kritik, spielten in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr und würden sich deshalb in dieser Gesellschaft nicht mehr heimisch fühlen. Zum anderen beobachten wir einen Kampf um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte, um die Deutung dessen, was in der Gesellschaft als normal und mehrheitsfähig gilt. Die Mitte ist deshalb für politische Akteure mit Blick auf die Ansprache potentieller Wählerschichten wichtig. Der Kampf um die Bedeutung der Mitte findet fraglos nicht im luftleeren Raum statt, sondern rekurriert auf semantische Traditionen. Mit der Mitte wird in der Regel ein Komplex von Bedeutung assoziiert, der sich mindestens bis auf Aristoteles' Mesotes-Lehre

1 So suggeriert er letztlich, dass die Bundesrepublik fest im Griff einer kleinen Minderheit von Alt-68ern sei. Dabei geht er geflissentlich darüber hinweg, dass tatsächlich ein breitenwirksamer – und wissenschaftlich erforschter – Wertewandel vonstattengegangen ist, siehe etwa Inglehart (1998), Castells (2010). Gegen die von Patzelt wissenschaftlich vorgetragene Position gibt es auch Widerspruch an seiner Universität.

zurückverfolgen lässt. Drei maßgebliche Bedeutungsfacetten können dabei unterschieden werden:²

Ökonomisch unterschied bereits Aristoteles die Mitte einerseits von den „sehr Reichen“, andererseits von den „sehr Armen“ (Aristoteles 1965, 1295 b). Allerdings hatte Aristoteles keine kapitalistische Wirtschaft vor Augen. Ökonomischer Tausch dient ihm zufolge naturgemäß dem Ziel, „die Mängel auszufüllen, die der natürlichen Selbstgenügsamkeit des Lebens im Wege stehen“ (Aristoteles 1965, 1256 a-1259 a). Das „Streben nach immer erneutem Gewinn, nach Rentabilität“ (Weber 2006, S. 11), die nach Max Weber den Kapitalismus kennzeichnet, ist Aristoteles noch ein widernatürliches Ansinnen.

Charakterlich meint die Mitte ein ausgeglichenes Gemüt, das von extremen Gefühlszuständen in die eine oder andere Richtung gleichermaßen Abstand hält. Auch hier finden sich Anklänge bei Aristoteles, der ausdrücklich einen Bogen von der ökonomischen Mittellage zur Ausgeglichenheit, dem richtigen Maß und der Tugend als Mitte zwischen den Extremen schlug (Aristoteles 1965, 1295 b).

Politisch evoziert die Mitte die Vorstellungen von Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und Ausgleich. Oftmals wird der Zusammenhang zu den anderen Facetten hergestellt. Ebenfalls Aristoteles äußerte so den Gedanken, dass eine Regierungsform am stabilsten sei, die sich auf einen breiten ökonomischen Mittelstand verlassen könne. Dieser könne ein Gegengewicht zu den Übertreibungen der Reichen wie der Armen darstellen und so der Gefahr des Verfalls in Oligarchie respektive Ochlokratie, der „zügellosesten Form der Demokratie“, begegnen (Aristoteles 1965, 1295 b-1296 a). Zu Recht weist Kurt Lenk darauf hin, dass die Mitte auch mit einer Politik der Vernunft, des Augenmaßes und des Machbaren verbunden wird, aber auch mit dem Respekt vor dem historisch Gewachsenen (Lenk 2009). Die Mitte soll dann den Unterschied markieren zum großen Gesellschaftsentwurf, zur Ideologie und zur Utopie, die am *lunatic fringe* propagiert werden.³ Diesen wird vorgeblich nüchterner, überparteilicher Pragmatismus gegenübergestellt, der beansprucht, von der Mehrheit getragen zu werden.

2 Zur Semantik von Mitte gewohnt zuverlässig: die „Geschichtlichen Grundbegriffe“, Art. Mittelstand (Conze 1978). Siehe aber auch: Fischer (2007), Münkler (2012).

3 Andersherum ist der Avantgarde gerade die „Trägheit“ der Mitte ein Dorn im Auge, wie Münkler (2012, v.a. S. 25-43, S. 128-136) anmerkt. Liberale und konservative Kritik des utopischen Denkens treffen sich im Rekurs auf die charakterliche wie politische Mitte, vgl. (Neusüss 1972), zur Anatomie des utopischen Denkens jetzt auch Rohgalf (2015a).

Diese semantischen Traditionen bilden den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe um Deutungsmacht über die Mitte der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, denen sich der vorliegende Beitrag widmet. Dazu wird zunächst der konzeptionelle Zugang (2.) zum Kampf um die Mitte dargelegt. Dafür werden der Wähler und seine politische Verortung in den Blick genommen (2.1). Danach geht es in Anlehnung an Anthony Downs um die Ausrichtung der Parteien an dem dieserart kartographierten Wählermarkt (2.2). Schließlich wird im Verständnis Art. 21 GG der Aspekt „die Parteien wirken an der Meinungsbildung“ mit, insofern hinterfragt, als sie selbst Architekten ihres eigenen Erfolges sein können, wenn sie das Verständnis von Mitte gestalten. Ausgehend von diesen Überlegungen wird die CDU im neuen Jahrtausend betrachtet (3.). Allgemein wird ihr unter dem Vorsitz und der dann folgenden Kanzlerschaft Angela Merkels eine Bewegung zur Mitte bzw. nach links nachgesagt. Vereinfacht lässt sich dies, je nach Standpunkt, entweder als Modernisierung oder als Substanzverlust beschreiben. An diese Überlegungen knüpft die für uns zentrale Diskussion eines konkreten Deutungskampfes um die Mitte an: Es wird erörtert, wie die AfD es vermochte, aus der Gegenüberstellung von Mitte und Mainstream Profit zu schlagen. Das Augenmerk liegt dabei auf der Frühphase der Partei, die maßgeblich durch deren federführenden Mitbegründer Bernd Lucke geprägt war. Es interessiert hier der Eintritt einer neuen Partei in den politischen Wettbewerb. Bereits hier zeichnete sich die Strategie ab, die die Partei im Kampf um Deutungsmacht nach der Entmachtung Luckes im Juli 2015 nur um einiges deutlicher gefahren hat (4.). Abschließend wird der Rekurs auf die Dichotomie Mitte vs. Mainstream durch die AfD in einen breiteren Kontext gestellt (5.).

2. Der Kampf um die Mitte – konzeptioneller Zugang

Auf den folgenden Seiten wird die politische Mitte im Fokus stehen. Lediglich Seitenblicke werden geworfen auf die Aspekte der Ökonomie und des Charakters. Wie können die Mitte und der Kampf um die Mitte konzeptionell erfasst werden?

2.1. Die Wahlberechtigten und ihre politische Verortung

Nehmen wir zunächst an, dass wir für alle Wahlberechtigten jeweils einen Wert ermitteln können, der ihre jeweilige politisch-ideologische Verortung

in einem Links-Rechts-Schema widerspiegelt. Wir gehen davon aus, dass wir mittels geeigneter demoskopischer Methoden die Positionierung aller Wahlberechtigten zu einer Reihe bedeutender Politikfelder (Außenpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Familie, Gesundheit, Soziales, Umwelt usw.) erheben und daraus einen Index errechnen können.⁴

Dabei ist klar, dass es sich hierbei um eine Vereinfachung der Wirklichkeit handelt. Aber die Detailfragen und technischen Schwierigkeiten, mit denen eine solche Erhebung verbunden ist, brauchen uns hier nicht zu interessieren. Ebenso können wir an dieser Stelle darüber hinweggehen, dass eine Abfrage der politischen Positionierung der Wählerschaft in Begriffen von links und rechts bereits eine Definition davon beinhaltet, was und wo die Mitte ist. Eine solche Definition ist für unsere Zwecke unerheblich. Uns interessiert lediglich eine relative Position der Wahlberechtigten (weiter rechts, weiter links), nicht eine absolute Position (Rechts – Mitte – Links).

Ausgehend von dieser Erhebung können wir auszählen, wie viele Wahlberechtigte sich an jeder ideologischen Position befinden. Wir können diese Werte in ein Diagramm eintragen, dessen X-Achse die Links-Rechts-Position abbildet und die Y-Achse die Anzahl der Wahlberechtigten, die diese Position teilen. Auf diese Weise erhalten wir eine graphische Repräsentation der politischen Verortung des *demos* oder genauer: der Verteilung der politischen Positionierung innerhalb dessen.⁵ Wenn in politischen Auseinandersetzungen die „reale Meinungsverteilung in der Bevölkerung“ (Patzelt 2015a) gegen die verzerrte Repräsentation in der „veröffentlichten Meinung“ ins Spiel gebracht wird, dann haben die Verfechter der „öffentlichen Meinung“ so eine Art von Kurve respektive die Fläche unter dieser im Kopf. Diese Verteilung weist oft eine große Stabilität auf, auf die politische Akteure bauen können. Ebenso jedoch sind immer wieder Verschiebungen zu konstatieren. Gesellschaftliche Gruppen können sich radikalieren, aber auch große Teile der Gesellschaft können sich nach links oder rechts „bewegen“, wenn etwa die Toleranz gegenüber Fremden merklich größer wird oder wenn eine marktliberale Wirtschaftspolitik einer keynesianischen in der öffentlichen Wertschätzung den Rang abläuft.

4 Zur allgemeinen Verwendung siehe u. a.: Jahn (2011, 2014), Lo/Proksch/Gschwend (2014). Praktische Anwendung findet man unter anderem in dem Band Nohlen/Stöver (2010), wo es für jedes dargestellte Land eine Abbildung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala gibt.

5 Dabei stellt sich Realität, zumal bei freien und geheimen Wahlen, als dermaßen komplex dar, dass es nicht möglich ist, gleichsam den *demos* als Fläche unter der Kurve klassisch als Integral zu berechnen.

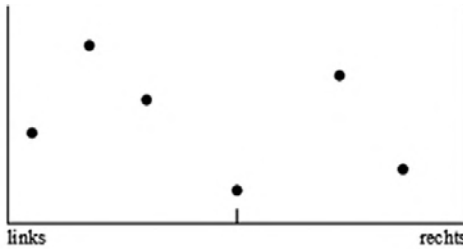


Abb. 1: Verteilung politischer Positionierung in einem Links-Rechts-Schema

2.2. Die Parteien und die Orientierung an der Mitte

Die Präferenzen der Wahlberechtigten sind nicht zuletzt von großem Interesse für die strategische Ausrichtung politischer Parteien. Hiermit spielt die Identifizierung der (politischen) Mitte der Gesellschaft und die Orientierung an dieser Zielgruppe eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Mitte werden Wahlen gewonnen (Schmidt 2004, S. 457). In der Politikwissenschaft wird dieser Umstand auch als Medianwählermodell diskutiert (*median voter theorem*).

Einflussreich formuliert hat Anthony Downs (zuerst in: Downs 1957) dieses Modell. Auch er ordnet in seiner ökonomischen Theorie der Politik die Präferenzen der Wahlberechtigten auf einer Links-Rechts-Achse an. Orientiert am US-amerikanischen Fall geht er zudem zunächst von zwei tonangebenden politischen Parteien aus. Diese positionieren sich mit Programmen bestimmter ideologischer Ausrichtung auf dem politischen „Markt“. So teilen sich die beiden Parteien das politische Spektrum untereinander auf. Zwar sind die Parteien ideologisch nicht gänzlich immobil, aber – so Downs überzeugender Einwand – sie würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie ihre Positionierung zu drastisch veränderten, indem sie die jeweils andere Partei rechts bzw. links „überholen“ würden. Um Stimmen hinzuzugewinnen, würden sich die Parteien nach diesem Modell inhaltlich aufeinander zu bewegen. Allein im Spektrum zwischen den von den Parteien bislang bedienten Positionen kann auf Stimmengewinne gehofft werden. Diejenigen Wahlberechtigten, die sich links von der weiter links stehenden Partei verorten, würden, wenn sie wählen gehen, trotzdem dieser Partei ihre Stimme geben. Das Gleiche gilt für die weiter rechts stehende Partei und die Wahlberechtigten, die sich rechts von dieser sehen. Allerdings wendet Downs gegen frühere Fassungen des Medianwählermo-

dells⁶ ein, dass die Orientierung an der Mitte auf der impliziten Annahme beruht, dass die ideologische Positionierung des *demos* eine unimodale Verteilung aufweist. Besitzt die Gesellschaft hingegen kein solches ideologisches Zentrum, sondern ist in zwei Lager gespalten (bimodale Verteilung), so verspricht eine Bewegung nach rechts respektive nach links keinen Stimmengewinn.

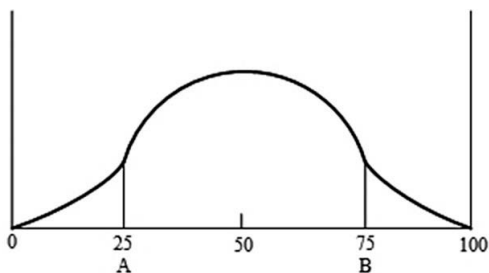


Abb. 2: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und unimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

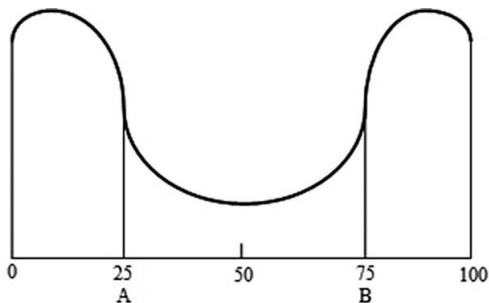


Abb. 3: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und bimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

Allein im ersten Fall ist die Orientierung an der Mitte der Gesellschaft für Parteien strategisch sinnvoll. Wohlgermerkt bezeichnet Mitte hier eine relative Position, nicht eine absolute. Sie meint so nicht die Mitte zwischen den Randpositionen im politischen Spektrum – bei Downs etwa die 50 als Mitte zwischen 0 (der äußerste linke Rand) und 100 (der äußerste rechte Rand). Vielmehr ist die Mitte jene ideologische Position, an der und um die herum sich das Gros der Wahlberechtigten konzentriert. Als solche kann sie weiter

6 Klassisch, aber lediglich en passant bei Hotelling (1929).

links oder weiter rechts liegen oder sich über die Zeit zur einen oder anderen Seite verschieben.

Downs will dieses Modell nicht auf den überschaubareren Fall des US-amerikanischen Zweiparteiensystems beschränkt wissen, in dem es das Wahlsystem neuen Parteien darüber hinaus schwer macht, Fuß zu fassen. Ein Mehrparteiensystem ist ihm zufolge wahrscheinlich bei einer multimodalen Verteilung der politischen Präferenzen, die mehr als zwei (lokale) Maxima aufweist. Für die Parteien ist es, so Downs, strategisch klug, auf ihrer Position zu verharren, da sie sonst ihren Konkurrenten eine offene Flanke bieten und so Gefahr laufen würden, Wählerstimmen zu verlieren.

Jedoch ist der deutsche Fall etwas anders gelagert als in Downs Modell. Deshalb verdienen es einige Besonderheiten des deutschen Mehrparteiensystems, erwähnt zu werden. Konkret ist das deutsche Parteiensystem seit dem Zweiten Weltkrieg durch eine hohe Stabilität gekennzeichnet. Nach den ersten Wahlen findet bis 1976 eine Konzentration auf zwei große, sogenannte Volksparteien – CDU/CSU und SPD – sowie eine kleine, als „Königsmacher“ agierende Partei, die FDP, statt (Alemann 2010). Die erfolgreichen Neugründungen finden beide am linken Rand statt. Dabei sind Die Grünen eine originäre Neugründung aus einem gesellschaftlich relevanten Thema, das im Zuge des so genannten postmaterialistischen Wertewandels (Inglehart 1998) virulent wurde. Die PDS/Die Linke ist zum einen das Ergebnis der deutschen Wiedervereinigung und damit des Beitritts eines besonders gelagerten Wählermarktes (Vollmer 2013). Zum anderen geht in der Partei Die Linke die kurzlebige WASG auf, die sich von der SPD aus Protest gegen die neoliberalen Reformen des Sozialstaats („Agenda 2010“) abgespaltete. Gleichwohl fügen sich diese neuen Parteien nach einer Phase der Anpassung und Entwicklung von Vollprogrammen (Nestler 2015, S. 259–262) in die bereits vorhandenen politischen Blöcke, bürgerlich vs. links, ein. In dieser Konstellation ist nach der Rückkehr der FDP in das bürgerliche Lager das von Downs beschriebene Zielen auf Wählerstimmen in der Mitte durch klare Koalitionsaussagen auch im deutschen Mehrparteiensystem wieder wahrscheinlich, da es für die Parteien attraktiv ist. Schwierigkeiten erwachsen allerdings aus der Schwäche der FDP. Sie ist 2013 aus dem Bundestag ausgeschieden und hat die CDU/CSU nach 2005–2009 in eine weitere große Koalition „gezwungen“. Weiterhin zeigt sich, dass die Parteien des linken Lagers, welche in den 2000ern zum Teil eine strukturelle Mehrheit hatten, auf Bundesebene momentan keine parlamentarischen Mehrheiten auf die Beine stellen können. Die Gräben zwischen Die Linke einerseits sowie der SPD und den Grünen andererseits sind zu tief und für eine Neuauflage von Rot-Grün schneidet die SPD in der Wählergunst eindeutig

zu schwach ab. Das Modell Schwarz-Grün wird zwar parteistrategisch und medial viel diskutiert und in Hessen sowie in Baden-Württemberg (gar als Grün-Schwarz) auf Landesebene praktiziert, ist aber im Bund noch nicht reif für die Umsetzung.

Letztlich ist mit dem Aufkommen der AfD 2013 erstmals eine Partei in Erscheinung getreten, die sich anschickt eine Etablierung rechts der Union zu bewerkstelligen (Nestler/Rohgalf 2014). Dabei kritisiert sie zum einen einen „Substanzverlust“ der CDU und postuliert zum anderen, dass die Mitte weiter rechts liege, als das Parteiensystem es nahelege. Damit sind wir bei einem wichtigen weiteren Aspekt von Mitte angelangt.

2.3. Mitte und Deutungsmacht

Wie gesagt, die unter 2.1. skizzierte Verortung der Wählerschaft auf einer Links-Rechts-Achse ist stark idealisiert und liegt so bestenfalls für einzelne Themen vor. Ähnlich verhält es sich mit der Verortung der Parteien selbst. Der Begriff der Mitte ist unter diesen Bedingungen vergleichbar mit den Ideologien bei Downs. Ideologie ist dort nicht zu verstehen als Täuschung oder als falsches Bewusstsein (wie klassisch bei Karl Marx). Statt Ausdruck eines irrationalen Glaubens zu sein, erfüllt sie nach Downs den Zweck, kostspielige Prozesse der Informationsbeschaffung (über die Positionierung der WählerInnen bzw. Parteien) abzukürzen. Ideologien stellen ein komprimiertes Gesamtpaket dar, das eine schnelle Verortung erlaubt – in dieser Hinsicht ist der Rekurs auf Ideologien rational.⁷ Ganz ähnlich fungiert auch die Mitte in der politischen Kommunikation als Mittel, das allen Beteiligten Zeit und Aufwand erspart. Hierdurch verliert die inhaltliche Bestimmung von Mitte freilich an Schärfe.

Hinzu kommt noch, dass Parteien nicht allein strategisch auf eine vorgefundene Verteilung ideologischer Positionierungen auf Seiten der Wahlberechtigten reagieren. Sie gehören auch zu jenen politischen Akteuren, die öffentliche Meinung und die Positionierung der WählerInnen zu verändern suchen. Im positiven Sinn versuchen sie, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass ebenso Überredung und Manipulation zu Anwendung kommen.⁸ So oder so haben wir es in der

7 Für eine ähnliche rationalistische Interpretation der Ideologie siehe auch Boudon (1989).

8 Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ mit. Sie erfüllen eine wichtige Funktion bei der Interessen- und Mei-

Politik nicht zuletzt auch mit Kämpfen um Deutungsmacht oder gar um Hegemonie zu tun (Laclau/Mouffe 2001). Insofern greift das Modell von Downs zu kurz.

Wenngleich es auch Parteien gibt, die ihr Alleinstellungsmerkmal gerade in der Positionierung an den politischen Rändern sehen, spielt in den Kämpfen um Deutungsmacht der Rekurs auf die Mitte der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Angesichts der mit der Mitte verbundenen positiven Konnotationen ist dies nicht verwunderlich. Es geht für die politischen Akteure letztlich darum, den positiven, jedoch inhaltlich unterbestimmten Begriff der Mitte im eigenen Sinne zu besetzen. Fraglos funktioniert das aber auch nicht ohne jegliche empirische Grundierung.

Die Besetzung der Mitte der Gesellschaft besteht aus zwei Teilen. Zum einen wird postuliert, dass es eine unimodale Verteilung der ideologischen Positionierung und politischer Präferenzen gibt, wie wir sie in Abb. 2 gesehen haben. Zum anderen aber wird ein gewisses politisches Spektrum um den Gipfel herum identifiziert, das als Mitte der Gesellschaft bezeichnet wird. Dabei ist nicht unbedingt von einer symmetrischen Verteilung um den Gipfel herum auszugehen.

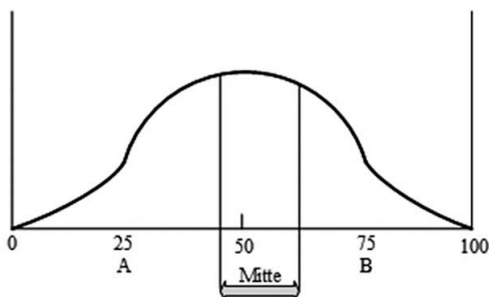


Abb. 4: Die postulierte Mitte

Mit dieser Identifikation wird eine Behauptung über das aufgestellt, was in der Politik als „normal“ und akzeptabel, vernünftig diskussionswürdig sowie gemäßigt und demokratisch (im Unterschied zu extrem) gilt. Es wird so ein Maßstab eingeführt, an dem die Positionierung von Akteuren und ihren

nungsakkumulation. Zugleich sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht nur bei der Willensbildung mitzuwirken, sondern diese zu monopolisieren. Kritisch ist dann etwa vom „Parteienstaat“ (Hennis 1998) die Rede. Die fehlenden Optionen bei dieser Meinungsbildung werden nicht zuletzt auf die Reduzierung auf Parteien als Vehikel des Wählerwillens zurückgeführt (Nestler 2014).

Äußerungen zu messen ist. Innerhalb der Mitte kann freilich wiederum zwischen weiter links und weiter rechts unterschieden werden. Auch wird es Grenzgänger geben. Je weiter die Positionierung außerhalb der Mitte liegt, desto entschiedener die Ablehnung. Im politischen Diskurs der Gesellschaft können so durchaus unterschiedliche, miteinander konkurrierende postulierte „Mitten der Gesellschaft“ zu finden sein.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Etablierung einer Mitte-Vorstellung ist sicherlich die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Weimarer Republik, in der die gemäßigten, republikanischen Parteien gegenüber den Nationalsozialisten einerseits und den Kommunisten andererseits ins Hintertreffen gerieten, diente als Negativfolie („Bonn ist nicht Weimar“), vor der sich ein starker anti-extremistischer-Konsens formierte (Sontheimer 2004). Die politische Stabilisierung hing zudem unmittelbar mit der ökonomischen Erholung zusammen. Im Angesicht des so genannten Wirtschaftswunders schienen die sozio-ökonomischen Konfliktlinien der Vorkriegszeit maßgeblich entschärft zu sein. Das Bild einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft bestimmte lange entscheidend das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik (Fischer 2007, S. 72–91; Münkler 2012, S. 205–239).

Wir werden uns im Folgenden mit dem prominent von der rechtspopulistischen AfD erhobenen Vorwurf beschäftigen, die im Parlament vertretenen Parteien, in erster Linie die konservative „Christlich Demokratische Union“ (CDU), würden zwar für sich in Anspruch nehmen, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren, diesem Anspruch aber nicht gerecht werden. Aus der so politisch „heimatlos“ gewordenen Mitte ergebe sich ein die Demokratie gefährdendes Repräsentationsdefizit. Die AfD wiederum adressiere dieses Defizit und „rette“ demnach die Demokratie in Deutschland. Offenkundig haben wir es hier mit einem Konflikt um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte zu tun.

3. Die CDU des 21. Jahrhunderts

Seit dem Ende des Systemkonfliktes 1989/91 ticken die Uhren in der Welt anders. Thomas L. Friedman hat den Prozess der Veränderung, als ein Flacherwerden der Welt beschrieben (Friedman 2005). Tatsächlich sind die medial griffigen Beschreibungen von Globalisierung, Digitalisierung, Indi-

vidualisierung o. ä. und ihre wissenschaftliche Sekundierung⁹ dazu angetan, das populärwissenschaftliche Bild zu stützen. Für die Parteien in den westlichen Demokratien und, man könnte sagen, mit ein wenig Verspätung auch in Deutschland, zieht dies eine notwendige Anpassungsleistung nach sich (Dalton/Welzel 2014; Wagner 2014, S. 30–37), wenn die Teilnahme im Wettbewerb um Wählerstimmen weiterhin erfolgreich bestritten werden soll. Das folgende Kapitel wird vor diesem Hintergrund die Entwicklung der CDU seit 2000 darstellen (3.1.). Dabei stellt sich die Frage: Handelt es sich hierbei um eine Modernisierung oder einen Substanzverlust in Organisation, Personal und politischen Standpunkten (3.2.)?

3.1. Entwicklung der Union seit 2000

Die CDU ist nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 in den westlichen Besatzungszonen, also den von den Amerikanern, Briten und Franzosen administrierten Gebieten, als politische Organisation entstanden. Als christlich demokratische Partei kann sie als direkter Nachfolger der Deutschen Zentrumspartei gelten. Über deren klassisches religiöses Milieu hinaus positionierte sie sich in dieser Phase durch eine Bejahung der Westbindung, der Sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit Demokratie und einem sonst konservativen Politikverständnis (Walter/Werwath/d'Antonio 2011, S. 15–17). Diese breite Aufstellung machte sie über Konfessions-, Bildungs-, Einkommens- und Altersgrenzen hinweg wählbar und zur Volkspartei (Kirchheimer 1965). Nach der Wahl zum ersten Bundestag 1949 nahm die CDU bis 1966 eine dominante Stellung in der jungen Bundesrepublik ein und prägte diese entscheidend (Niclauß 2015, S. 27–41). Nach der ersten Großen Koalition (1966–1969) und der sozial-liberalen Ära (SPD-FDP) war sie 1982 unter Helmut Kohl in die Regierungsführung zurückgekehrt. Dieser unternahm dann auch die Formung des wiedervereinigten Deutschlands bis 1998. Seit 2005 ist die Union unter Angela Merkel nach siebenjähriger Pause wieder die führende Kraft im Bundestag. Dabei musste die Kanzlerin allerdings von 2005 bis 2009 und seit 2013 eine Große Koalition (mit den Sozialdemokraten) bilden (Zolleis/Schmid 2013, S. 421 ff.).

Am 10. April 2000, auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen, wurde Angela Merkel mit 95,94 Prozent zur Bundesvorsitzenden gewählt. Sie beerbte

9 Siehe v.a. Bauman (2003), Castells (2010), Held et al. (1999), Zürn (1998). Zur repräsentativen Demokratie im Besonderen: Manin (2007), Rosanvallon (2010).

damit Wolfgang Schäuble und übernahm die Partei in einer Phase, in der sie im Bund ins zweite Oppositionsjahr kam und intern mitten in der Parteipendenaffäre verfangen war (Langguth 2001). Als ostdeutsche Evangelin, Physikerin und ehemaliges Mitglied der Akademie der Wissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik saß sie seit 1990 im Bundestag. Dabei holte sie 2013 zum siebenten Mal in Folge das Direktmandat im heutigen Wahlkreis Vorpommern-Rügen. Bereits in der ersten gesamtdeutschen Regierung wurde sie, zu dem Zeitpunkt überraschend, als Ministerin für Frauen und Jugend eingesetzt. Sie galt daher in den 1990er Jahren als „Kohls Mädchen“ (Kornelius 2013, S. 47 f.). Dieses Verhältnis änderte sich schlagartig in der Parteipendenaffäre, Merkels Umgang mit dieser und ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden (Merkel 1999).

In der Findungsphase nach diesem Bruch war zunächst nicht klar, wer langfristig der nächste starke Mann oder, wie sich herausstellte, die starke Frau an der Spitze der Union sein würde. Nach anfänglichen etwas naiven oder zumindest noch nicht klar machstrategischen Entscheidungen von Merkel wurde 2002 Edmund Stoiber (CSU) Kanzlerkandidat. Die knappe Niederlage hatte, im Nachhinein betrachtet, eine einebnende Wirkung auf die bayerische Schwesterpartei und machte den Weg frei für die Personalunion von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz im Bundestag für Angela Merkel (Wagner 2014, S. 191–207). Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 wurde mit klaren programmatischen Aussagen und Themen anstelle von Personen angegangen. Die Strategie der „kommunizierten Ehrlichkeit“ (Best 2009) führte zwar zu einem Wahlsieg, dieser fiel aber deutlich knapper als erhofft aus – CDU/CSU zusammen und SPD hatten je 34,2 Prozent der Zweitstimmen erreicht – und war sogar im Vergleich mit 2002 noch mit Verlusten bei beiden Unionsparteien verbunden. Als Reaktion hierauf wurde bei der Union die Frage thematisiert, inwieweit „Ehrlichkeit“ als Strategie von Wahlkämpfen zu gebrauchen ist (Best 2009, S. 602), dabei zeigen die Wahlen 2009 und 2013, dass der Fokus eher auf Personen gelegt wurde. Dies wurde besonders bei der Bundestagswahl 2013 deutlich (Zolleis 2015).

Die personelle Entwicklung der Führungsebene der Union wurde unter Angela Merkel von Anfang an nach den Kriterien Loyalität und Proporz gestaltet (Wagner 2014, S. 194). Parteiinterne Konkurrenz wie etwa die Männerriege des so genannten „Andenpaktes“¹⁰ wurden dabei nicht in

10 Eine von „Der Spiegel“ kolportierte Liste enthielt folgenden Namen: Helmut Aurenz, Christopher Böhr, Volker Bouffier, Elmar Brok, Jürgen Doetz, Heinrich Haasis, Bernd Huck, Peter Jacoby, Franz Josef Jung, Roland Koch, Kurt Lauk, Günther Oettinger,

offener Konfrontation, sondern durch Integration (Posten), selbstverschuldete Skandale oder Wahlniederlagen verdrängt. In der Personalpolitik liegt bereits der erste Schritt zur programmatischen Veränderung der Union. Mit der Einsetzung von Politikern wie Peter Altmaier, Norbert Röttgen, Karl-Theodor zu Guttenberg oder Thomas de Maizière waren immer auch Themen verbunden, welche die Ansprache neuer Gruppierungen möglich machte (Wagner 2014, S. 195).

Programmatisch wird der Union medial und in der Fachliteratur seit 2005 eine Bewegung zur Mitte oder allgemeiner gesprochen nach links von ihrer traditionellen Position unterstellt. Dabei wäre eher von einer Ambivalenz in der Positionierung zu sprechen (Wagner 2014, S. 269–276). In der Post-Kohl-Ära und dem Reformstau der späten 1990er Jahre waren Veränderungen unausweichlich und nachdem eine rot-grüne Regierung praktisch neoliberale Reformen des Sozialstaates vorgenommen hatte, war jetzt die Frage: Was ist eigentlich noch konservativ im 21. Jahrhundert?

Die CDU unter Angela Merkel umging diese Grundsatzfrage und schuf in der Politik der kleinen Schritte – im Unterschied zum großen Gesellschaftsentwurf (vgl. Popper 1980) –, der Kehrtwenden, wenn sie nötig waren, und der so genannten „asymmetrischen Demobilisierung“ (beispielhaft: Schmidt 2014; Zolleis/Schmid 2015) am Wählermarkt orientierte Werkzeuge, die ihr bisher gute Dienste geleistet haben (Zohlnhöfer/Engler 2015). Nach der Bundestagswahl 2013 kann die Union, nachdem die SPD wiederum nur im mittleren 20-Prozent-Segment gelandet ist (Niedermayer 2015), die Meta-Strategie von der „letzten verbliebenen Volkspartei“ in Stellung bringen. Damit ist selbstverständlich auch ein Rekurs auf die Repräsentantin der gesellschaftlichen Mitte und Wahlerfolge in derselben verbunden (Jung/Schroth/Wolf 2015).

Das Selbstverständnis der CDU und ihr Wille, die Mitte für sich zu vereinnahmen, werden exemplarisch in dem Werbespot zur Bundestagswahl 2013 deutlich. Unter dem Titel „Ein neuer Tag“ wurden die gesamte Bevölkerung und die Herausforderung des individuellen Alltages angesprochen. Dabei verzichtete die Partei weitestgehend auf Selbstdarstellung – Angela Merkel ist nur kurz von hinten zu sehen – und zielt damit ganz auf die positive Regierungsbilanz und die Aussage „Wir arbeiten für Sie. Jeden Tag.“ Am Ende des Spots wird erst der Bezug zur Partei hergestellt: „CDU. Die Mitte.“ Dass diese Strategie sehr erfolgreich war, ist mit dem besten Uni-

Friedrich Pflüger, Hans-Gert Pöttering, Wulf Schönbohm, Matthias Wissmann, Christian Wulff. Ergänzt wurden im Deutschlandfunk, unter dem Titel „Alle gegen eine: Angela Merkel und der Andenpakt“ die Namen Peter Müller und Friedrich Merz.

onsergebnis seit 1990 schnell belegt. Der offensichtliche Wermutstropfen ist allerdings, dass der Koalitionspartner FDP an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist.

Auf der Landesebene ergibt sich, abweichend von der starken Position der Union im Bund, für die 17. Legislaturperiode ein deutlich anderes Bild. Dort hat die CDU ihr Ergebnis bei 14 Wahlen nur bei fünf steigern können (Zohlhörer/Engler 2015, S. 144). Hinzu kommt, dass im Zuge der Wahlen die Koalitionsarithmetik durch das schwache Abschneiden von Union und FDP zur Ablösung von Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz (Stefan Mappus), Nordrhein-Westfalen (Jürgen Rüttgers) und Niedersachsen (David McAlister) geführt hat.

Landtagswahl	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	B 90/ Grüne	AfD*
Niedersachsen 20.01.2013	36,0 (- 6,5)	32,6 (+ 2,3)	9,9 (+ 1,7)	3,1 (- 4,0)	13,7 (+ 5,7)	1,1 (+ 1,0)
Bayern 15.09.2013	47,7 (+ 4,3)	20,6 (+ 2,0)	3,3 (- 4,7)	2,1 (- 2,2)	8,6 (- 0,8)	-
Hessen 22.09.2013	38,3 (+ 1,1)	30,7 (+ 7,0)	5,0 (- 0,2)	5,2 (- 0,2)	11,1 (- 2,6)	4,1 (+ 4,1)
Sachsen 31.08.2014	39,4 (- 0,8)	12,4 (+ 2,0)	3,8 (- 6,2)	18,9 (- 1,7)	5,7 (- 0,7)	9,7 (+ 9,7)
Brandenburg 14.09.2014	23,0 (+ 3,2)	31,9 (- 1,1)	1,5 (- 5,7)	18,6 (- 8,6)	6,2 (+ 0,5)	12,2 (+ 12,2)
Thüringen 14.09.2014	33,5 (+ 2,2)	12,4 (- 6,1)	2,5 (- 5,2)	28,2 (+ 0,8)	5,7 (- 0,5)	10,6 (+ 10,6)
Hamburg 15.02.2015	15,9 (-6,0)	45,6 (- 2,8)	7,4 (+ 0,7)	8,5 (+ 2,1)	12,3 (+ 1,1)	6,1 (+ 6,1)
Bremen 10.05.2015	22,4 (-1,2)	32,8 (-5,8)	6,6 (+4,2)	9,5 (+3,9)	15,4 (-7,4)	5,5 (+5,5)

Tab. 1: Ergebnisse der Landtagswahlen 2013–2015 nach der Gründung der AfD (in %). Quellen: Eigene Darstellung nach den Statistischen Landesämtern (2013 ff). * Zur Niedersachsenwahl 2013 ist die AfD noch als Wahlalternative 2013 zusammen mit den Freien Wählern angetreten. Zur Bayernwahl ist sie gar nicht angemeldet gewesen.

2014 setzte sich der oben gezeigte Trend fort, allerdings ist besonders die Substituierung von FDP durch AfD in den Parlamenten in den meisten Fällen das Zünglein an der Koalitionswaage. Dies hat beispielsweise Christine Lieberknecht in Thüringen das Amt der Ministerpräsidentin gekostet.

Die weitere Analyse der AfD in den Ländern in dieser Zeit zeigt eine gewisse Tendenz zu dieser neuen Partei an Stelle von CDU-FDP. Allerdings

mobilisierte die AfD mit einer vom Schein der Seriosität gezeichneten Programmatik und einer zum Teil offen rechtspopulistischen Wahlkampfretorik von allen Parteien WählerInnen (Infratest Dimap 2013, 2014a, 2014b, 2014c; Nestler/Rohgalf 2014). Diese Entwicklung setzt sich verschärft seit 2015 fort. Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, verlor die CDU sechs Prozent und hat mit 15,9 Prozent insgesamt ein aus ihrer Sicht desolates Ergebnis eingefahren. 2004 und 2008 hatte sie noch deutlich jenseits der 40 Prozent gelegen – 47,2 und 42,6 Prozent. Selbst in der internationalen Presse wird von einer „domestic weakness“ von Angela Merkel gesprochen (The Economist 2015). Die überregionale Presse spekuliert sogar „So würgt Merkel die CDU in den Ländern ab“. Dabei wird der Dreiklang von personeller Ausdünnung, Schwäche der FDP und programmatischem Zur-Mitte-Rücken – sogar von zum links der Mitte rücken wird geschrieben – für das schlechte Abschneiden verantwortlich gemacht (Denkler 2015). Hieran schließt die Frage nach der „neuen“ bürgerlichen Mehrheit (Hirscher 2014, S. 210 ff.) an beziehungsweise im Rückblick auf die Zeit seit 2000, ob von einer Modernisierung oder einem Substanzverlust der Union zu sprechen ist.

3.2. Modernisierung oder Substanzverlust?

Eine klare Antwort auf die aufgeworfene Frage würde der Komplexität der Wirklichkeit in keiner Weise gerecht werden. Folgend soll daher erörtert werden, warum letztlich beide Ergebnisse als vorläufiger Endpunkt der Entwicklung unter Vorsitz und Kanzlerschaft von Angela Merkel bejaht werden können.

Der obige Rückblick hat gezeigt, dass es einen offensichtlichen Widerstreit zwischen den elektoralen Erfolgen auf der Bundes- gegenüber der Landesebene gibt. Dieses Missverhältnis ist buchstäblich umgekehrt proportional. Also umso höher der Zuspruch bei Bundestagswahlen, umso geringer die Zustimmung in den Ländern. Diese entgegengesetzten Zyklen sind insofern normal, als BürgerInnen, die Entwicklungen in der nationalen Politik „falsch“ finden, zumeist vor der nächsten Bundestagswahl im eigenen Bundesland wählen. Allgemein lässt sich die Funktionsweise eines politischen Systems nach Input, Output und Umwelt verstehen (Easton 1965, S. 32). Oppositionsparteien und in diesem Fall die SPD in Verbindung mit Bündnis 90/Die Grünen können diese Nachfrage durch entsprechende gegen die CDU gerichtete Angebote bedienen. Bedenklich für die CDU ist die Entwicklung, die im föderalen Staatsaufbau die Mehrheit im Bundesrat

verschiebt. Diese ist nur noch durch die Große Koalition gesichert. In der Vorausschau auf 2017 liegt hier aber natürlich die Chance einer breiten Mehrheit für das linke Lager. Diese Schwäche bei Wahlen wird weiterhin durch die Schwäche der Union in den urbanen Zentren unterstrichen. Die zehn größten deutschen Städte sind nicht mehr CDU regiert.

Programmatisch hat die Union unter Angela Merkel sukzessive Themen aufgegriffen, die historisch eher bei der SPD und den anderen linken Parteien zu finden waren. Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Mindestlohn u. ä. wurden unter CDU-Führung umgesetzt. Damit hat die Union aber ganz klar auf den vorhandenen Wählermarkt reagiert und sich weg von dem klassischen Milieu bewegt. Allerdings ist beispielsweise die religiöse Bindung in Deutschland ebenfalls auf dem Rückzug, ein bedingungsloses Festhalten an dieser Ausrichtung hätte mehr Nach- als Vorteile gebracht. Dabei lassen sich weder die Anhängerschaft der Union noch ihre Programme – nimmt man den Wahl-O-Mat als Basis – übermäßig in der Nähe der SPD verorten (Wagschal/König 2015). Udo Zolleis spricht deshalb auch von der „Mär der Sozialdemokratisierung“ der Unions-Programmatik (Zolleis 2015, S. 81 ff.). Der Schluss, dass es sich um einen Konservatismus des 21. Jahrhunderts handelt, liegt nahe.¹¹ Die weiterhin nach Lagern orientierte Gruppierung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala beziehungsweise im zweidimensionalen Koordinatensystem lässt sich beispielsweise mit dem Duisburger-Wahl-Index belegen (Bender et al. 2015, S. 170).

Personell hat Merkel eine Reduzierung der „Alpha-Männchen“ in der Union vorgenommen. Damit fehlt es aber aufgrund eines Bündels an Faktoren an Landesfürsten und internen Stimmen, die eine „rechte“ Position (glaubhaft) vertreten können. Einzig die CSU spielt diese Rolle schon traditionell, allerdings mit eigenen Interessen und gerade bei der Euro(pa)frage mit begrenzten Möglichkeiten, da sie grundsätzlich pro Europa ist und sein muss.

Die Erfolge der AfD können abschließend als Indikator für einen demokratischen Raum rechts der CDU gedeutet werden (Nestler/Rohgalf 2014). Zumindest ist es der Partei bislang gelungen, die Botschaft zu vermitteln, dass sie eine Alternative bei gewissen Themen ist und darüber hinaus

11 Grundsätzlich steht dabei die Orientierung an überlieferten Einstellungen und eine Politik, die auf den Erhalt des bestehenden zielt, im Mittelpunkt. Die Akzentverschiebung resultiert dann aus den veränderten Umweltbedingungen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist das Bestehende zu schützen eben etwas völlig anderes als in der Jahrhundertwende 1900.

Punkte anspricht, die so keine andere demokratische Partei anspricht. Dabei schafft sie es bisher, sich selbst als fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert darzustellen.

Als Fazit bleibt zu sagen, dass es sich in der Entwicklung um eine Modernisierung der CDU in Fragen der Programm-, Wahl- und Wettbewerbsstrategie handelt. Schlussendlich stellt sich die Frage: Wer regiert Deutschland? Zusammen mit dem außenpolitischen Gewicht, welches unter Angela Merkel in der Euro-Krise, aber seit dieser Legislaturperiode zunehmend auch in den internationalen Beziehungen angewachsen ist, ist dies die Union. Allerdings ist der Substanzverlust auch da. Im Sinne von „diskursiver Tiefe“, also Personen, – beispielsweise die Netzwerker des „Andenpaktes“ – die Themen und Positionen markieren und besetzen konnten, welche die ausgleichende Figur der Kanzlerin so nicht anfassen kann, sind unter der Führung von Angela Merkel aus den wichtigen Parteipositionen ausgeschieden oder wurden „abschließend“ integriert.¹² Hierdurch ist das Diktum von Franz Josef Strauß „rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“ (Strauß 1989, S. 530) nicht mehr valide. Darüber hinaus bleibt offen, wie es um den Nachwuchs der CDU bestellt ist – dieser wird normalerweise über die kommunale Ebene und die Landespolitik hochgezogen – und wie die Nachfolge von Merkel geregelt ist? Sie selbst reiht sich aber in jedem Fall in die Reihe kraftvoller Führungspersönlichkeiten der Union ein (Ockenfels 2009, S. 45).

4. Der Kampf um Deutungsmacht: Mitte contra Mainstream

Diese Konstellation war entscheidend für die Gründung der AfD. In der Selbstbeschreibung der bislang erfolgreichsten Partei „rechts“ von der Union spielte der Vorwurf des Substanzverlustes und des Driftens nach „links“, wobei die Mitte der Gesellschaft gleichsam politisch heimatlos zurückbleibt, von Anfang an eine wichtige Rolle. Die ursprünglichen SpitzenpolitikerInnen der Partei traten gewissermaßen als AugenzeugInnen dieses Niedergangs der bürgerlichen Politik auf, befanden sich unter ihnen doch viele ehemalige langjährige Unionsmitglieder wie der Parteivorsitzende

12 Dabei sollte aber durchaus in Rechnung gestellt werden, dass die Zeit der „Alpha-Männchen“ vorbei ist. Wie es im Abspann zu Stromberg der Film heißt: „So jemanden kann man sich doch heute in deutschen Büros gar nicht mehr vorstellen“. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass es nicht Personen gibt, die diesen Verlust beweinen.

Bernd Lucke, der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland oder Joachim Starbatty, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Partei und Mandatsträger im Europäischen Parlament. Die AfD besetzt nach dieser Auffassung lediglich die Position im politischen Spektrum, die im Zuge des Wandels der CDU/CSU unter Angela Merkel vakant geworden ist. Der Anspruch, die neue Volkspartei im Werden zu sein, spielt genau auf diese wahrgenommene Repräsentationslücke im Parteiensystem an: Nicht weniger schreibt sich die AfD auf die Fahnen, als der Mitte der Gesellschaft eine politische Vertretung, eine Stimme zurückzugeben. Dem Mainstream der „Altparteien“, so die verächtliche Bezeichnung für die etablierten Parteien, wird die tatsächliche Mitte der Gesellschaft gegenübergestellt.

4.1. Fronten im Kampf um Deutungsmacht

Prominent eröffnete die AfD im Kampf um die Deutungshoheit über die Mitte drei „Fronten“ gegen die Union:

Europa, die EU und der Euro. Mit diesen Themen machte die AfD bei ihrer Gründung im Frühjahr 2013 zunächst von sich Reden. Im Angesicht der Euro- und Schuldenkrise in Europa nahm die Partei die Europäische Union und vor allem die Währungsunion ins Visier. Zu den GründerInnen der AfD gehören Euro-KritikerInnen der ersten Stunde (hierzu und zum Folgenden: Bebnowski/Kumkar 2013; Häusler 2013; Kemper 2013; Oppenhäuser 2013; Plehwe/Schlögel 2014). Für diese ist die so genannte No-Bailout-Klausel der EU-Verträge, die Abmachung, jedes Euro-Mitgliedsland sei allein für seine Verbindlichkeiten verantwortlich, gewissermaßen das Kernstück der gegenwärtigen EU, das im Zuge der Rettungspolitik über den Haufen geworfen worden sei. Die EU werde unter der Hand in eine „Schulden- und Transferunion“ umgebaut.

Die AfD brachte demgegenüber das für die EU konstitutive Prinzip der Subsidiarität in Anschlag. Allerdings wurde in ihren Händen aus diesem Prinzip eine Waffe, die eine Vertiefung der europäischen Integration, vor allem auch eine weitergehende politische Integration, verhindern sollte. Neben der allgegenwärtigen Forderung nach Bürokratieabbau stehen die Kompetenzverlagerung von der EU zurück zu den Nationalstaaten und die Stärkung nationaler Parlamente auf der Agenda. Mit Blick auf die Euro-Rettungspolitik, die oft genug im Eiltempo durch die Parlamente „gepeitscht“ wurde, wird von Letzterem nicht zu Unrecht eine Stärkung der demokratischen Prinzipien erhofft. Wenn von der AfD die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und die Wiederherstellung nationaler Souveränität

eingefordert wird, dann spricht daraus aber auch das isolationistische Ansinnen, in Deutschland, das von der Krise bislang weitgehend verschont blieb, möglichst wenig von der Außenwelt behelligt zu werden (dazu ausführlich: Rohgalf 2015b).¹³ Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten und supranationalen Organisationen gilt es, soweit wie möglich zu reduzieren. Im Idealfall solle die EU zu einem reinen Binnenmarkt zurückkehren. Die Gemeinschaftswährung Euro ist gleichsam das Symbol für gefährliche Verbindungen, die es zu kappen gelte: Sei es durch die Rückkehr zur D-Mark,¹⁴ dem Rausschmiss von angeschlagenen Ländern wie Griechenland aus der Währungsunion oder dem gemeinsamen Austritt der wirtschaftlich starken Länder.

*Familie.*¹⁵ Als wichtiges Thema hat sich recht bald die Kritik dessen herauskristallisiert, was in der Diktion der AfD *Gender Mainstreaming* heißt. Anders als im gängigen Sprachgebrauch sind damit nicht nur Maßnahmen gemeint, die auf die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern im Arbeitsleben hinwirken sollen, wie etwa Quotenregelungen. Darüber hinaus ist damit auch die völlige rechtliche Gleichstellung sowie die Förderung der Toleranz gegenüber nicht-heterosexuellen Lebensentwürfen durch die Politik gemeint und deren Präsenz in der (Medien-)Öffentlichkeit. Als besonders sensibel gilt die Thematisierung von Homosexualität und Lebensformen jenseits der „klassischen“ Familie in den Schulen. Sie wird als illegitime und schädliche Einflussnahme auf die Entwicklung der Kinder abgelehnt. Schließlich richtet sich die Kritik immer wieder gegen die akademische Disziplin der *Gender Studies*. Grund dafür sind vor allem der dort vorherrschende Konstruktivismus, der untersucht, wie Geschlechterrollen durch soziale Praxis reproduziert werden, sowie die normative Ausrichtung dieser Disziplin, die tradierten Geschlechterrollen zur Disposition zu stellen. Nicht

13 Eine Stimmung, die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zu beobachten ist und sich im Wahlerfolg von Populisten niederschlägt. Eine jüngere empirische Studie zur gegenwärtigen Transformation des politischen Konflikts in Westeuropa identifiziert dann auch eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Abgrenzung (demarcation) und Globalisierung (Kriesi et al. 2012). Diese Stimmung bezieht sich freilich nicht nur auf die Ökonomie, sondern auch auf das Engagement in internationalen politischen Krisen, zu Deutschland vgl. (Körber-Stiftung 2014; Auswärtiges Amt 2015).

14 Der Gründungsmythos der alten Bundesrepublik, Münkler (2009, S. 455–476).

15 Zu familienpolitischen Positionen der Parteien und deren Hintergründen siehe auch (Kemper 2014).

zuletzt wird das Bemühen darum, eine Sprache zu finden, die diesen Anliegen gerecht wird,¹⁶ von der AfD abgelehnt.

Es verwundert nicht, dass dieser „Aufhebung der Geschlechteridentitäten“ (AfD 2014b) oder gar der „Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung“ (Höcke 2014a) die traditionelle Familie (Vater-Mutter-Kinder) als politisches Leitbild gegenübergestellt wird. Die „Drei-Kind-Familie“, für die die AfD steht, hat zudem sowohl einen demographischen als auch einen migrationspolitischen Aspekt: Durchschnittlich drei Kinder pro Familie sind notwendig, um die Bevölkerung ohne Zuwanderung konstant zu halten: „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, erklärte beispielsweise die Parteivorsitzende Frauke Petry dazu.¹⁷

Allerdings besteht innerhalb der Partei in der Frühphase Uneinigkeit über die Relevanz des Gender-Themas. Hier zeigte sich ein für die Partei charakteristischer Richtungsstreit zwischen einem nationalkonservativen Flügel und jenen, die in erster Linie von wirtschaftsliberaler Seite die Währungsunion angreifen. In internen Schreiben, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, wird Bernd Lucke, einer der drei¹⁸ Parteisprecher, von VertreterInnen dieses nationalkonservativen Flügels dafür gerügt, dass er sich weigerte, persönlich gegen Gender Mainstreaming zu agitieren.¹⁹

Nationale Identität. Ähnlich umstritten war in der Partei zunächst der Stellenwert des Themas nationale Identität. Identität, zumal die nationale, taucht stets als im Verschwinden begriffene auf der politischen Agenda auf. So wird auf Seiten der AfD moniert, dass die Richtlinien der EU nicht nur die nationalen Parlamente beschränken und so die Souveränität der Mitgliedsstaaten unterminieren würden. Sie werden von Anfang an auch als illegitime Harmonisierung nationaler Besonderheiten abgelehnt (AfD 2014a, S. 8).

Die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU wird vor allem im Hinblick auf den Sozialstaat kritisch gesehen. Die Warnung vor einer drohenden „Einwanderung in die Sozialsysteme“ (AfD 2014a, S. 15, 2014b, S. 10) spielt

16 Indem etwa nicht allein von den Bürgern gesprochen wird, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern, von BürgerInnen, Bürger_innen o. ä.

17 Zitiert nach Neue Osnabrücker Zeitung (online). Pressemitteilung vom 21.08.2014, www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung (Abruf 12.01.2015).

18 Ab Juni 2015 wird die AfD noch lediglich zwei Parteisprecher haben.

19 Zuerst berichtete Spiegel Online über dieses Schreiben (Amann/Trekamp 2015). Der mutmaßliche Wortlaut des Briefs ist einzusehen unter: www.kpkrause.de/2015/01/03/der-brandbrief-an-bernd-lucke/.

eher die Karte des Chauvinismus als jene der Identität. Die Sorge um den Identitätsverlust kommt in erster Linie zum Tragen, wenn es um den Islam geht und insbesondere um die MigrantInnen mit türkischen Wurzeln, die den größten Anteil an der Migration nach Deutschland haben. Dabei wird ausdrücklich die Religionsfreiheit betont. Die Gefahreinschätzung oszilliert zwischen der Vermutung der Unvereinbarkeit von Islam und demokratischem Rechtsstaat einerseits und der Annahme einer Verdrängung einer genuin deutschen Kultur durch den Islam andererseits. Im letzteren Fall sehen Teile der AfD-Führung in der Präsenz der fremden Kultur im öffentlichen Raum (z. B. durch Minarette und Kopftücher) die Gefahr, die nationale Identität könne entweder in einem multikulturellen Einerlei ihre Konturen verlieren oder angesichts wuchernder Parallelgesellschaften zurückgedrängt werden.²⁰

Nicht zuletzt wird aber auch das zu kritische, negative Bild moniert, welches die Deutschen von ihrem eigenen Land hätten. Die Stärkung nationaler Identität soll nach dem Willen einiger SpitzenpolitikerInnen der AfD dagegen z. B. ausdrücklich Aufgabe des Schulunterrichts werden. So formuliert etwa das Wahlprogramm der AfD-Sachsen 2014: „Schul- und insbesondere Geschichtsunterricht soll nicht nur ein vertieftes Verständnis für das historische Gewordensein der eigenen Nationalidentität, sondern auch ein positives Identitätsgefühl vermitteln“ (AfD-Sachsen 2014, Kapitel IV.3.1.).

4.2. Vorstöße im Kampf um Deutungsmacht

An diesen Fronten versucht die AfD nicht zuletzt, die Deutungsmacht über das zu erringen, was als Mitte der Gesellschaft gilt. Dabei erfolgen die Angriffe der Partei dem folgenden Muster und bedienen sich dabei offenkundig des rhetorischen Werkzeugkastens jedweden Populismus (z. B. Mudde 2007; Rensmann 2006; Priester 2008; Müller 2016):

Erstens wird ein Mainstream konstruiert, dem ausnahmslos alle etablierten Parteien inklusive der Union zugerechnet werden (die „Altparteien“). Darüber hinaus werden die tonangebenden, überregionalen Printmedien sowie Radio-/Fernsehsender von der Bild-Zeitung über die Frank-

20 Siehe etwa Parteisprecher Konrad Adam (Adam 2014), der Verständnis für Furcht vor einer Islamisierung Deutschlands zeigt. An anderer prominenter Stelle schwadroniert er (Adam 2015) in einer historischen Allegorie über die Zurückdrängung des Islams aus Europa.

furter Allgemeine Zeitung bis zur taz, von RTL2 über das ZDF bis zu Arte ohne Unterschied diesem Mainstream zugeschlagen: einem Meinungskartell, das in sich zwar differenziert sein mag, jedoch in allen wirklich entscheidenden Fragen eine einheitliche Position vertritt. Insbesondere ist dieses „Kartell“ sich darin einig, den Eintritt neuer Akteure mit abweichenden Positionen in den Wettbewerb zu verhindern.

Zweitens wird dieser Mainstream links von der tatsächlichen Mitte verortet, d. h. links von dem vermuteten Maximum der Verteilung politischer Positionierungen in der Gesellschaft (vgl. oben 2.1.). Die Debatten und die Politik des Mainstream spiegeln demnach gar nicht die Sorgen, Nöte und Interessen der Mehrheit wider, sondern lediglich die Anliegen einer Minderheit. So bestehe ein eklatantes Repräsentationsdefizit: Die Politik der „Altparteien“ und die „veröffentlichte Meinung“ würden die empirische Mitte der Gesellschaft rechts liegen lassen. Was Letztere wiederum zu Recht mit Politikverdrossenheit und Medienkritik quittiere.

Drittens wird diese so gleichsam als heimatlos identifizierte Mitte mit jenen Attributen ausgestattet, die bereits seit Aristoteles den Wohlklang der Mitte ausmachen (vgl. oben 1.). Nicht allein die Mehrheit wird mit der Mitte gleichgesetzt. Ebenso wird die Mitte charakterisiert durch die nüchterne Einschätzung der Realität sowie das ausgewogene, gut unterrichtete Urteil. Wenn die AfD für sich in Anspruch nimmt, die Partei des „gesunden Menschenverstands“ zu sein, dann wird damit zugleich gesagt, wem WählerInnen, die bei Verstand sind, ihre Stimme geben. Nimmt man diese Rhetorik ernst, dann ist die Realitätswahrnehmung des Mainstream demgegenüber durch ideologische Vorbehalte beeinträchtigt, kommuniziert im schlimmsten Fall eine Scheinrealität. Eine Scheinrealität, die nichtsdestotrotz gesellschaftlich wirksam ist, wie zumindest der permanente Verweis auf die (Selbst-)Zensur im Zeichen von *Political Correctness* nahelegt (exemplarisch: AfD 2013, S. 2, 2014b, S. 4).

Viertens wird ganz auf dieser Linie die eigene Politik der Mitte mit den Attributen der Ideologiefreiheit und der pragmatischen Sachpolitik versehen, die mit beiden Beinen in der Realität steht und den Draht zu den BürgerInnen nicht abreißen lässt. Indes wird die Politik des Mainstream zu einer Serie von abgehobenen Gesellschaftsvisionen und waghalsigen Gesellschaftsexperimenten, die zum Scheitern verurteilt wären und für die die BürgerInnen stets die Zeche würden zahlen müssen. Die ganze Gesellschaft, so der Vorwurf, werde auf diese Weise zur Geisel des planerischen Übermuts einer Minderheit.

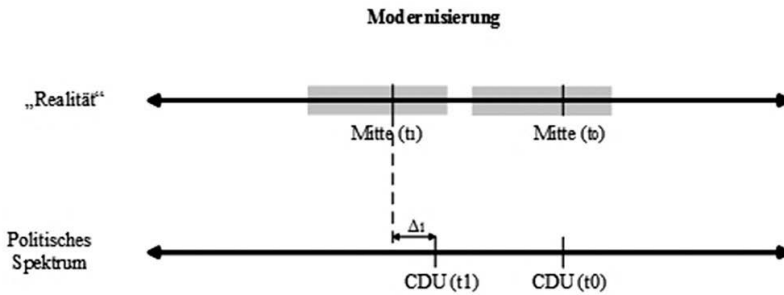


Abb. 5: Der Mainstream und die tatsächliche Mitte am Beispiel einer Modernisierung der CDU. Quelle: Eigene Darstellung.

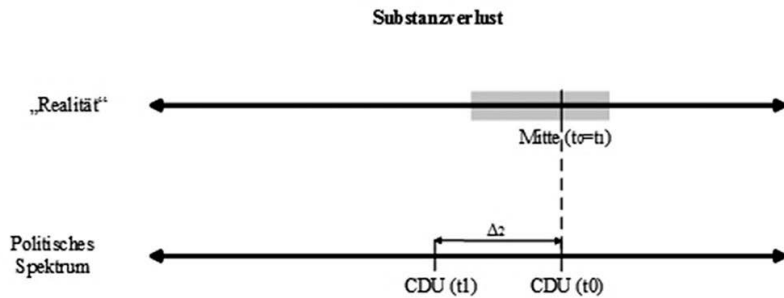


Abb. 6: Der Mainstream und die tatsächliche Mitte am Beispiel eines Substanzverlustes der CDU. Quelle: Eigene Darstellung.

Dass Grüne und Die Linke, gegebenenfalls auch die SozialdemokratInnen, von der AfD derart zu weltfremden und gerade deshalb gefährlichen IdeologInnen abgestempelt werden, verwundert nicht. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Besonderen die Union unter Angela Merkel, der Kanzlerin der „kleinen Schritte“, ebenfalls diesem Lager zugeordnet wird.²¹ Dies ist aber genau das, was vor allem entlang der drei Fronten passierte, die bereits identifiziert wurden.

Europa, die EU und der Euro. „War die CDU nicht einmal die Partei der Wirtschaftskompetenz, die Partei des Ordoliberalismus, die Partei Ludwig Erhards?“ So könnte man das Urteil der AfD über die Union in puncto Euro- und EU-Politik zusammenfassen. Mit dem Ja zur Einheitswährung habe die Union diesen Markenkern verraten und habe Deutschland in ein politisches und ökonomisches Abenteuer gestürzt, dessen Konsequenzen in

21 Weniger verwunderlich ist diese Einschätzung der CDU durch die AfD nach Angela Merkels „Wir schaffen das!“ vom August 2015 mit Blick auf ihre Flüchtlingspolitik.

der Euro- und Schuldenkrise nunmehr nicht nur für Experten der Materie,²² sondern für jedermann offen zu Tage treten würden. Die „Einführung des Euro [war] eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft“ (AfD 2014) und, so könnte man hinzufügen, nur dadurch zu erklären, dass die EntscheidungsträgerInnen von ihren ideologischen Überzeugungen anstatt von nüchternem Sachverstand motiviert waren. An dieser Verirrung würden die heutigen politischen Verantwortlichen weiterhin leiden, wenn sie den Fehler nicht beheben, sondern den Euro um jeden Preis zu retten versuchen würden.

Ganz auf der Linie der Ideologiekritik im Zeichen der gesellschaftlichen Mitte wird der Union mit Blick auf die EU vorgeworfen, sich zur Fürsprecherin eines zentralistischen Großprojektes zu machen, die in alle Bereiche des Lebens eingreift. Von „Gleichmacherei“ ist dann da die Rede oder gar von „Gleichschaltung“, die alle Besonderheiten nationaler und kultureller Art zu beseitigen trachte. Der Begriff der „EUdSSR“ hat sich seit einigen Jahren in Euro- und EU-kritischen Milieus als beliebte Bezeichnung für die EU etabliert (Bebnowski/Kumkar 2013, S. 231; Häusler 2014, S. 28 f.). Die Union wird auf diese Weise in eine politische Tradition einsortiert, deren entschiedenste Gegnerin sie früher war.

Schön illustriert diese Attacke gegen die Union im Kampf um Deutungsmacht ein Gastbeitrag Bernd Luckes im Handelsblatt, in dem er vor einem „zentralistischen Überstaat“ warnt (Lucke 2014). Ausgehend von dem Wahlslogan „Freiheit statt Sozialismus“, mit dem die Union 1976 äußerst erfolgreich die Bundestagswahl bestritt, rechnet Lucke vor, wo überall unter der Ägide der CDU Eingriffe in die Marktwirtschaft getätigt worden wären, die sie 1976 noch als „sozialistisch“ bekämpft habe: „Der moderne Staat, so lautet der neue Grundkonsens von der Union bis zu den Linken, plant, steuert und kontrolliert zentral, was gesellschaftlich wünschenswert ist“ (Lucke 2014). Auf der EU-Ebene würde sich dies in noch potenziert Form fortsetzen. Im Angesicht dieser Phalanx der VerfechterInnen des Zentralismus, empfiehlt Lucke die AfD als einzig verbleibende marktwirtschaftliche Kraft, die – wie ehemals die CDU – für „Freiheit statt Zentralismus“ stehe.

Familie. Auch im Hinblick auf die Familie und dem recht eigenwillig interpretierten Gender Mainstreaming wird die Union von der AfD im Lager derjenigen verortet, die das Überkommene und Tradierte über den Haufen werfen zugunsten ideologischer Gesellschaftsentwürfe. Im Falle der

22 Wie z. B. Joachim Starbatty, der erfolglos Klage gegen die Währungsunion führte und in der Folge aus der CDU austrat.

Euro-Rettung kann noch davon gesprochen werden, dass *cum grano salis* alle etablierten Parteien eine gemeinsame Position vertreten. Die Union in Sachen Familienpolitik mit den Grünen über einen Kamm zu scheren und gemeinsam unter „Altparteien“ zu rubrizieren, ist jedoch mehr als kühn.

Die AfD suggeriert, die Union gehöre nunmehr unterschiedslos zu jenen UtopistInnen und IdeologInnen, die im Dienste ihrer Mission den Menschen Gewalt antun. Im ersten Programm der Bundespartei findet sich nichts dazu, wohl aber meldeten sich die VertreterInnen des nationalkonservativen Flügels schon früh in dieser Richtung zu Wort. So sah Alexander Gauland, stellvertretender Parteivorsitzender, unter den AnhängerInnen seiner Partei ehemalige CDU-WählerInnen, die sich im Tempo der programmatischen Neuausrichtung unter der Vorsitzenden Angela Merkel zurückgelassen und heimatlos fühlten. Unter ihnen seien Menschen, „deren Vorstellungen von gut und richtig, von einer intakten Gesellschaft kaum noch Widerhall in der veröffentlichten Meinung“ fänden: etwa dass eine Familie aus Vater, Mutter und Kind bestehe oder dass das ganze Gender Mainstreaming eine „Ausgeburt von Menschen [sei], die sonst keine Sorgen“ hätten (Gauland 2013).

Die AfD Sachsen (AfD Sachsen 2014, Präambel) schlug den Bogen zur friedlichen Revolution 1989.²³ Kaum hätten sich die DDR-BürgerInnen von den Ketten des Marxismus-Leninismus befreit, seien sie (auch im seit Jahr und Tag von der CDU regierten Sachsen) zum Opfer neuer „menschenfeindlicher Ideologien wie [dem] verqueren Genderismus“ geworden. Ganz auf dieser Linie wird zum Kampf gegen ein „staatlich verordnetes“ Orwellsches Neusprech aufgerufen, das darauf abziele, die „Gender- und Gleichstellungsideologie“ gleichsam zum Horizont des Sprechens und Denkens zu machen und Kritik im Keim zu ersticken (AfD Sachsen 2014, IV.3.2.). Das Bildungssystem wird als herausragender Ort „gesellschaftspolitischer Um-erziehungsmaßnahmen“ (AfD Sachsen 2014, II.2.7.) ausgemacht. Dort nehme die „indoktrinäre Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrinhalte“²⁴ Form an.

Genau wie ihre ParteifreundInnen in Sachsen (AfD Sachsen 2014, II.3.2.) stellt auch die AfD Thüringen die akademischen *Gender Studies* gewissermaßen in die Tradition der Institute für Marxismus-Leninismus in der DDR, wenn sie bemerkt, das dort aus öffentlich geförderter, aber wis-

23 Was NachahmerInnen in den anderen ostdeutschen Landesverbänden fand.

24 LGBT = Lesbian Gay Bisexual Transsexual, hier erlaubt sich die AfD Sachsen Anglizismen, die sie einen Absatz weiter unten im Wahlprogramm soweit wie möglich reduzieren will.

senschaftlich höchst fragwürdiger Forschung „gesellschaftspolitische Maximen“ gewonnen würden (AfD Thüringen 2014, S. 12 f.): „Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung“ (AfD Thüringen 2014, S. 6).

Nationale Identität. Im Zuge der Demonstrationen von Pegida seit dem Winter 2014/2015 hat das Thema nationale Identität erneut breite Öffentlichkeit erlangt. In schrillerer Tonlage wurde durch Pegida die Auseinandersetzung um eine deutsche Leitkultur gleichsam „auf die Straße“ getragen, die seit der Jahrhundertwende maßgeblich auch von UnionspolitikerInnen geführt wurde. Zwar bemühte sich auch Pegida anfänglich zumindest um ein bürgerliches Auftreten, wenn die Demonstrationen als friedliche „Abendspaziergänge“ deklariert wurden und bewusst die Verbindung zur friedlichen Revolution 1989 hergestellt wurde. Allerdings kann dies kaum verdecken, dass Reden und Plakate offen rechtspopulistisch und fremdenfeindlich sind, dass die Veranstalter ganz offensichtlich kein Problem mit den teilnehmenden Rechtsextremen haben oder dass der demokratische Prozess verächtlich gemacht wird, wenn – unter Rekurs auf das Vokabular des Nationalsozialismus – die Medien pauschal als „Lügenpresse“ und PolitikerInnen als „Volksverräter“ diffamiert werden.

Eine ungewohnt klare Position vertrat die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache, in der sie ausdrücklich vor einer Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen warnte (Merkel 2015). Während in der AfD-Spitze durch die Bank weg die Kritik verurteilt wurde, zeigten sich die VertreterInnen des marktliberalen Parteiflügels zugleich darum bemüht, Distanz zu Pegida zu wahren. Zeitweise suchten hingegen VertreterInnen des nationalkonservativen Flügels indes die Nähe zu Pegida.²⁵ Besonders der Vorsitzende der AfD Thüringen Björn Höcke machte deutlich, dass er in der Union nicht mehr die Partei sieht, die für eine deutsche Leitkultur streitet. „Die Altparteien lösen Deutschland auf, wie ein Stück Seife unter einem Strahl lauwarmer Wassers. Dieses seit Jahrzehnten ablaufende Projekt wird jetzt beendet“ (Höcke 2015).

Wo selbst noch die Union im Handumdrehen zur Verfechterin des „Gesellschaftsexperiments“ Multikulturalismus erklärt wird, da tritt die AfD als

25 Die sich als Gegenentwurf zu den „Altparteien“ gerierende AfD genießt laut Umfragen unter den Pegida-AnhängerInnen mit Abstand die größte Zustimmung. Ebenso findet Pegida unter AfD-WählerInnen den meisten Zuspruch (Patzelt 2015b; Politbarometer 2015; Rucht et al. 2015; Vorländer/Herold/Schäler 2015; Walter et al. 2015).

„Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung [...] der Identität Deutschlands auf“ (Höcke/Poggenburg 2015).

Die Beteuerung der „Ideologiefreiheit“ und pragmatischen Problemlösung ist aber nicht zuletzt auch „nach rechts“ weit offen.²⁶ Sie kann die Normalisierung von Positionen am rechten Rand begünstigen. Diese werden aufgewertet, indem sie als ideologiefreie, pragmatische Politik diskutiert werden und darüber hinaus noch der „linken“ Ideologie der „Altparteien“ gegenübergestellt werden.²⁷ So ist Björn Höcke regelmäßig in Magazinen der Neuen Rechten zu lesen, lobt die AfD dort als „identitäre Kraft“. Ausdrücklich würdigt er die neurechte Bewegung der „Identitären“ (*génération identitaire*) als politische Akteure, die sich „ideologiefrei“ mit Themen wie Zuwanderung und dem Zusammenhalt der Gesellschaft auseinandersetzen wollen.²⁸

5. Fazit: Ein Kampf um die Deutung der Mitte

In der Mitte der Gesellschaft werden Wahlen gewonnen (Schmidt 2004, S. 457). Die Bundesrepublik ist da keine Ausnahme. Downs marktorientiertes Modell kann mit der Erweiterung von einem Zwei- auf ein Mehrparteiensystem mit relativ klarer Blockbildung und einer hohen Stabilität über rund 60 Jahre zumindest für die Bundesebene in der Bundesrepublik als vereinfachte, aber zutreffende Beschreibung angesehen werden. Dabei konnten bisher alle neu auftauchenden Spieler – die Bündnisgrünen und die PDS/Die Linke – erfolgreich integriert werden, was nicht zuletzt mit der breiten Themenabdeckung der etablierten Parteien zusammenhängt (Nestler 2015).

Unabhängig von dieser Entwicklung stellt sich nach der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Frage: Geht die Phase dieser Stabilität zu Ende? Es ist hier nicht an uns, Elegien auf Demokratie und Parteien in Deutschland anzustimmen, noch das Lied um eine Strophe über Politik-, Parteien- und Medienverdrossenheit zu erweitern. Unbesehen dieser Feststellung bleibt

26 Selbst Höckes ehemaliger Parteikollege Hans Olaf Henkel wies darauf hin und warf ihm vor, „völkisches Gedankengut“ zu vertreten (Junge Freiheit: Streit in AfD: Henkel warnt vor „völkischem Gedankengut“. Pressemitteilung vom 17.03.2015, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/streit-in-afd-henkel-warnt-vor-voelkischem-gedankengut/>, Abruf 17.03.2015).

27 Zu dieser Strategie der Neuen Rechten vgl. Pautz (2005), Weiss (2011).

28 In einem Interview im ARD (Monitor, Sendung Nr. 666, 11.09.2014, nachzulesen: www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd212.html).

es, darauf hinzuweisen, dass in der Folge der Veränderung des Kontextes (Bardi/Bartolini/Trechsel 2014; Oncken 2013), also dem gesamtgesellschaftlichen Wandel, resultierend aus Globalisierung, Individualisierung, Wertewandel, Digitalisierung etc., ein steter Deutungskampf um die gesellschaftliche Mitte stattfindet. Dieser ist für die Wahl- und damit Machtarithmetik in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Modernisierung und des Substanzverlustes der CDU unter der Führung von Angela Merkel ist dieser Kampf mit der Positionierung der Parteien im politischen Spektrum verzahnt. Das klassische Bild der Union – in Verbindung von CDU/CSU – als Partei, die den gesamten rechten demokratischen Rand abdeckt, ist in dieser Hinsicht unter „Beschuss“. Die obigen Ausführungen haben diese Frontstellung eindrücklich abgebildet. In Verbindung mit sinkender Wahlbeteiligung, abnehmender Parteienidentifizierung und zunehmender Parteien-/Politiker-/Politikverdrossenheit – welche sich mehr oder weniger deutlich empirisch nachweisen lassen (Peters et al. 2013) – sowie dem Aufkommen der AfD und dem ersten, inzwischen relativ beständigen, rechts orientierten Protestphänomen (Pegida) in der bundesrepublikanischen Geschichte ist diese Entwicklung auf der Angebotsseite des Parteiensystems von großer Relevanz.

Die hier vorgenommenen Überlegungen zur Mitte der Gesellschaft sind aufschlussreich hinsichtlich der Kämpfe um Deutungsmacht. Eben gerade weil sie sich nur sehr bedingt mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung dingfest machen lässt, wird die Mitte zu einer Arena der Duelle verschiedener semantischer Füllungen. Hätten wir es mit einem vollkommenen Messverfahren und in der Folge mit (in dieser Hinsicht) vollkommen transparenten BürgerInnen zu tun, deren politische Positionierung in einem Links-Rechts-Schema unzweifelhaft bestimmt werden könnte, würden sich Auseinandersetzungen darüber, was die Mitte ist, erübrigen. Die Mitte der Gesellschaft gehört so unweigerlich zu den „essentially contested concepts“ (Gallie 1956), die zwar weithin als bedeutsam betrachtet werden, die sich einer unbestreitbaren inhaltlichen Fixierung jedoch immer wieder entziehen. Die Rede von der Mitte der Gesellschaft ist Teil der Selbstverständigungs- und Selbstauslegungsprozesse der Gesellschaft, die in Demokratien von niemandem auf legitime Weise zum Abschluss gebracht werden, da sie jederzeit von potenziell jedem wieder neu aufgenommen werden können (Lefort 1988; Greven 2009). Diese Prozesse dürfen wir uns nicht in erster Linie als am Konsens orientierte Gesprächskreise vorstellen. Für die Beteiligten steht auch etwas auf dem Spiel und sie wollen sich nicht zuletzt mit ihren Interessen gegen andere durchsetzen. Dieser Widerstreit erfolgt nach festgelegten Regeln und setzt voraus, dass die KontrahentInnen

die Regeln einhalten, sich einander als Gleichberechtigte achten und an einem auskömmlichen Zusammenleben interessiert sind (Fraenkel 2011).

Der Begriff der Mitte hat dabei den Charme, dass er einerseits mit einer ganzen Reihe von positiven Konnotationen verbunden ist, die eine lange Tradition haben und zugleich inhaltlich so vage sind, dass sie Raum für Interpretation und vielfältige Konkretisierungen bieten: wie z. B. Vernunft, Bodenhaftung, Ausgleich, Stabilität, Verlässlichkeit oder pragmatisches Handeln. Andererseits hängt die Mitte weniger „in der Luft“ als viele andere Begriffe, um deren Bedeutung gestritten wird.²⁹ Es gibt ein paar handfeste Indizien dafür, was und wo die Mitte zu suchen ist. Da ist etwa die relativ einfach zu quantifizierende Einkommensverteilung. Zudem zeichnen sich moderne Demokratien durch eine rege demoskopische Forschung aus. Und schließlich zeigen periodische Wahlen immer wieder, wer im Stande ist, Mehrheiten hinter sich zu versammeln.

Warum aber dient gerade der Mainstream als Feindbild? Der Angriff auf die „Altparteien“, bei dem Unterschiede zwischen den etablierten Parteien kleingeredet werden, ist fraglos charakteristisch für jeden Populismus. Wenngleich dieser alles andere als ein neues Phänomen ist (Dubiel 1986; Taggart 2000), so lassen sich doch Entwicklungen neueren Datums in den westlichen Demokratien ausmachen, die den Angriff auf den Mainstream attraktiv machen und von denen auch der Populismus gegenwärtig zehrt. Nach Pierre Rosanvallon wird das Misstrauen gegenüber der politischen Macht zum zentralen Antrieb der gegenwärtigen Demokratien (Rosanvallon 2008, 2010).³⁰ Die BürgerInnen sind anspruchsvoller geworden, erwarten zunehmend, dass die Politik auf eine Vielzahl partikularer Meinungen und Interessenlagen eingeht und unter einen Hut bringt anstatt One-Size-Fits-All Lösungen gleichsam von oben vorzugeben. Wie Rosanvallon zeigt, ist dies eine ambivalente Konstellation, die zu einer Demokratisierung der Demokratie „von unten“ beitragen kann, aber gleichfalls den Nährboden für eine antipolitische Politikverachtung sowie für einen Populismus bieten könnte, der das Misstrauen gezielt schürt.

Die maßgeblichen Gründe hierfür sieht Rosanvallon in einer erneuten Welle der Individualisierung³¹ sowie der Erschöpfung der großen politi-

29 Man denke etwa an das Bonmot Luhmanns (1993, S. 134), dass Wirtschaftsethik, Staatsraison und englische Küche gleichermaßen in der Gestalt des Geheimnisses daherkämen, um zu verschleiern, dass sie eigentlich gar nicht existieren würden.

30 Mit einem recht einseitigen Verständnis von Transparenz in der Demokratie vgl. auch Han (2012).

31 Wie sie etwa auch Beck (1986), Bauman (2003) beschrieben haben.

schen Ideologien vor allem nach 1990. Dem hinzuzufügen wäre noch die wachsende Bedeutung, die das Internet und insbesondere Social Media in der Lebenswelt einer großen Zahl von Menschen spielen. Die schiere Fülle von Informationen, die immer nur den schon sprichwörtlichen Mausclick entfernt sind, aber auch die Möglichkeit, sich scheinbar vollkommen unabhängig von etablierten Autoritäten zu informieren und mit anderen zu diskutieren, nähren eher noch das Misstrauen gegenüber dem Mainstream in Politik und Medien. Wer will, findet irgendwo im Internet immer Informationen, die gerade nicht die politische Agenda bestimmen und keine Schlagzeilen machen. Ob es sich deshalb um unbequeme Wahrheiten handelt, die unter den Teppich gekehrt werden sollen, ist freilich eine andere Frage. Das kann der Fall sein und dann kann das Internet in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der Gesellschaft leisten. Diese Funktion lässt sich mit den Fallbeispielen China oder den Staaten des Arabischen Frühlings zeigen (Demmelhuber 2013; Nosselt 2013).

Allerdings begünstigt die Struktur des Internets im Allgemeinen und die Dynamik von Social Media im Besonderen gerade in den westlichen Demokratien auch das, was landläufig als „Echo Chamber“-Effekt bezeichnet wird (zuerst in: Sunstein 2001): Es besteht die Tendenz, sich gezielt Informationen zu suchen, die zu dem „passen“, was man schon weiß, und die der eigenen Meinung entsprechen. In Social Media-Netzwerken ist zudem zu beobachten, dass in erster Linie NutzerInnen miteinander kommunizieren, die ähnliche Auffassungen haben. So finden jegliche Meinungen in Social Media tendenziell eher Bestätigung, als hinterfragt zu werden. Wer den Eindruck hat, die medial-politische Klasse kehre das eigene „Spezialthema“ unter den Teppich, wird im Handumdrehen einen Kreis von Gleichgesinnten finden. Nicht zuletzt entsteht so leicht eine äußerst verzerrte Vorstellung über die gesellschaftliche Relevanz dieser Themen. Das bedeutet freilich nicht, dass die AfD ein aufgebauschtes Internet-Phänomen wäre. Ganz und gar nicht. Wohl aber kann die AfD mit ihrer Attacke auf den Mainstream auf eine Stimmung rekurrieren, die – neben anderen Faktoren – auch durch die Popularität von Social Media entstanden ist.

Der vorliegende Beitrag fokussierte in zeitlicher Hinsicht auf die Frühphase und die ersten Erfolge der AfD bei Landtagswahlen. Auch seitdem zeigt sich, dass die Partei mit dem Kampf um die Deutung der Mitte erfolgreich Wahlen bestreiten kann. Der propagierte Kampf für die „Mitte“ gegen den „Mainstream“ zieht bislang:

Die AfD profitierte in den Landtagswahlen tatsächlich – abgesehen von der Gruppe der NichtwählerInnen – vor allem von ehemaligen CDU-WählerInnen. Seit dem Spätsommer 2015 rückte vor allem die Flüchtlingspolitik

der CDU-geführten Bundesregierung, die von vielen CDU-AnhängerInnen überaus kritisch gesehen wurde, in den Vordergrund der Anti-Mainstream-Rhetorik. Gerade weil dieses Thema von den anderen Parteien nicht „ausgeschlachtet“ wurde, bot sich der AfD hier die Möglichkeit, sich als Renegatin zu präsentieren, die gegen die Front abgehobener „Mainstream-Parteien“ die Interessen der „normalen“ BürgerInnen vertritt.³²

Nicht selten tun die etablierten Parteien der AfD auch den Gefallen, die Rolle der „Einheitspartei“ zu spielen. Wenn etwa nach jeder kalkulierten Provokation von AfD-PolitikerInnen die Geschlossenheit der „demokratischen Parteien“ beschworen wird oder wenn der politischen Auseinandersetzung demonstrativ aus dem Wege gegangen wird. Auf diese Weise wird der an Verschwörungstheorien grenzenden Rede vom links-autoritären Mainstream Nahrung geben. Stattdessen wäre es angebracht, die AfD als legitimen Gegner zu betrachten, die Widersinnigkeit in der Partei-Rhetorik beim Namen zu nennen, aber auch wachsam dafür zu bleiben, wo der Flirt nach rechts die Grenze zum Antidemokratischen überschreitet.

Schließlich war die AfD erfolgreich damit, über die Mitte-Mainstream-Rhetorik Positionen in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen, die noch bis vor kurzem lediglich in rechten Randdiskursen auftauchten. Das bedeutet nicht, dass solche Positionen nunmehr allgemein akzeptiert sind, wohl aber, dass die Begriffe, mit denen die Kämpfe um das Selbstverständnis der Gesellschaft ausgefochten werden, sich wandeln. Ein wichtiges Beispiel ist hier sicherlich der Vorwurf des geplanten „Bevölkerungsaustausches“ durch die Einwanderungs- und Asylpolitik. Demnach ziele die „politische Klasse“ darauf ab, das mutmaßlich gewachsene, kulturell einheitliche Volk aufzulösen durch Zuwanderung. Der zuerst im Umfeld der Neuen Rechten zirkulierende Topos³³ des letztlich existenziellen Kampfes des Volkes gegen die „politische Klasse“ gehört mittlerweile zur Folklore der AfD und ist auf diesem Wege in den breiteren öffentlichen Diskurs eingesickert. Ähnlich sind auch die Einlassungen Frauke Petrys zur Rehabilitierung des Adjektivs „völkisch“ zu verstehen. Es ist hanebüchen, aus „völkisch“ so etwas wie „zum Volk gehörig“ (im Unterschied zum Establishment/dem System/dem Mainstream usw.) und deshalb wahrhaft demokratisch zu machen. Aber gerade diese alle historische Kenntnis souverän leugnende Verdrehung des Begriffs, die von Politik und Medien wiederum nicht unbeantwortet bleiben kann, zeigt, wie sehr sich seit dem Auftreten der AfD das Terrain verändert

32 Alexander Gauland sprach dann auch mit Blick auf die hohe Zahl von AsylbewerberInnen von einem „Geschenk“ für seine Partei.

33 Bekannt geworden zuerst in Frankreich durch Renaud Camus' *Le grand remplacement*.

hat, auf dem um die Deutungsmacht über die gesellschaftliche Mitte gekämpft wird.

Literatur

- Adam, K. (2014): Ich kann die Furcht vor der Islamisierung verstehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.12.2014.
- Adam, K. (2015): Wie die Christen schon einmal die Türken schlugen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 04.01.2015.
- AfD (2013): Wahlprogramm Parteitagebeschluss vom 14.04.2013, o. O.
- AfD (2014a): Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, o. O.
- AfD (2014b): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Mai 2014, o. O.
- AfD Sachsen (2014): AfD Sachsen Wahlprogramm 2014. Langfassung. Zwickau.
- AfD Thüringen (2014): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014, o. O.
- Alemann, U. (2010): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS.
- Amann, M./Trenkamp, O. (2015): Machtkampf der Eurokritiker: AfD-Führung bestellt Lucke zu Partei-Tribunal ein, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-petry-gauland-adam-laden-bernd-lucke-vor-a-1011075.html (Abruf: 25.08.2017).
- Aristoteles (1965): Politik. Nach der Übersetzung von Franz Susemihl bearbeitet und herausgegeben von Nelly Tsouyopoulos und Ernesto Grassi. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Auswärtiges Amt (2015): Review 2014. Außenpolitik weiterdenken. Berlin.
- Bardi, L./Bartolini, S./Trechsel, A. (2014): Party Adaptation and Change and the Crisis of Democracy. In: *Party Politics* 20(2), S. 151–159.
- Bauman, Z. (2003): *Flüchtige Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bebnowski, D./Kumkar, N. (2013): Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren. Die Anti-Euro-Proteste. In: Franz Walter et al. (Hrsg.) *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 219–249.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bender, S./Bianchi, M./Hohl, K./Jüschke, A./Schoofs, J./Steitz, S. (2015): Die ideologisch-programmatischen Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013: Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI). In: Korte, K-R. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 165–184.
- Best, V. (2009): Die Strategie der kommunizierten Ehrlichkeit im CDU/CSU-Bundestagswahlkampf 2005. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40(3), S. 579–602.
- Boudon, R. (1989): *The Analysis of Ideology*. Chicago: University of Chicago Press.
- Castells, M. (2010): *The Information Age*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Conze, W. (1978): Mittelstand. In: Brunner, O./Conze, W./Koselleck, R. (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 4. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 49–92.

- Dalton, R. J./Welzel, C. (2014): Political Culture and Value Change. In: Dalton, R. J./ Welzel, C. (Hrsg.): *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–16.
- Demmelhuber, T. (2013): Neue Medien, Protest und politische Veränderung im Nahen Osten. Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings. In: Kneuer, M. (Hrsg.): *Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie*. Baden-Baden: Nomos, S. 227–247.
- Dubiel, H. (1986): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Downs, A. (1957): An Economic Theory of Political Action in a Democracy. In: *The Journal of Political Economy* 65(2), S. 135–150.
- Easton, D. (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- The Economist (2015): Defeat on the Elbe, 21.02.2015, <http://www.economist.com/news/europe/21644208-election-hamburg-underlines-domestic-weakness-angela-merkel-defeat-elbe> (Abruf: 27.09.2016)
- Fischer, P. (2007): *Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezugs*. Hamburg: Kovac.
- Fraenkel, E. (2011): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Baden-Baden: Nomos.
- Friedman, T. L. (2005): *The World is Flat: A Brief History of the Twenty-First Century*. New York: Holtzbrinck Publishers.
- Gallie, W. B. (1956): Essentially Contested Concepts. In: *Proceedings of the Aristotelian Society*, Band 56, S. 167–198.
- Gauland, A. (2013): Brief an konservative Parteifreunde, <https://www.alternativefuer.de/2013/12/29/brief-an-konservative-partreifreunde/> (Abruf: 08.01.2014)
- Greven, M. Th. (2009): *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Politik*. Wiesbaden: VS.
- Han, B.-C. (2012): *Transparenzgesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Häusler, A. (2013): *Die Alternative für Deutschland. Eine neue rechtspopulistische Partei?* Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung NRW.
- Häusler, A. (2014): *Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“*. Berlin: DGB.
- Held, D./McGrew, A./Goldblatt, D./Perraton, J. (1999): *Global Transformations. Politics, Economics, Culture*. Oxford: Polity Press.
- Hennis, W. (1998): *Auf dem Weg in den Parteienstaat. Aufsätze aus vier Jahrzehnten*. Stuttgart: Reclam.
- Hirscher, G. (2014): *Wohin geht die bürgerliche Mehrheit? Die Unionsparteien in den Wahlen 2010 bis 2013*. München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Höcke, B. (2014): *Die AfD betreibt keinen billigen Populismus*. Interview. In: *Arnstädter Stadtecho*, September 2014.
- Höcke, B. (2015): *Meldung AfD-Thüringen, afd-thueringen.de/2015/01/hoecke-merkel-wendet-sich-in-neujahrsansprache-gegen-das-eigene-volk/* (Abruf 12.01.2015).
- Höcke, B./Poggenburg, A. (2015): *Erfurter Resolution, http://derfluegel.de/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/* (Abruf: 25.08.2017).
- Hotelling, H. (1929): Stability in Competition. In: *The Economic Journal* 39(153), S. 41–57.
- Inglehart, R. (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Ländern*. Frankfurt am Main: Campus.

- Infratest dimap (2013): WahlREPORT Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013. Berlin.
- Infratest dimap (2014a): WahlREPORT Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014. Berlin.
- Infratest dimap (2014b): WahlREPORT Brandenburg 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014. Berlin.
- Infratest dimap (2014c): WahlREPORT Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014. Berlin.
- Jahn, D. (2011): Conceptualizing Left and Right in Comparative Politics: Toward a Deductive Approach. In: *Party Politics* 17(6), S. 745–765.
- Jahn, D. (2014): Waht is Left and Right in Comparative Politics? A Response to Simon Franzmann. In: *Party Politics* 20(2), S. 297–301.
- Jung, M./Schroth, Y./Wolf, A. (2015): Wählerverhalten und Wahlergebnis: Angela Merks Sieg in der Mitte. In: Korte, K-R. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS, S. 35–53.
- Kemper, A. (2013): *Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V.* Münster: Edition Assemblage.
- Kemper, A. (2014): *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD. Eine Expertise*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kirchheimer, O. (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Band 6(1), S. 20–41.
- Kornelius, S. (2013): *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Körper-Stiftung (2014): *Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik*. Berlin: Körper-Stiftung.
- Kriesi, H./Grande E./Dolezal M./Helbling M./Höglinger D./Hutter S./Wüest B. (2012): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2001): *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London und New York: Verso.
- Langguth, G. (2001): *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU*. München: Ullstein.
- Lefort, C. (1988): *The Question of Democracy*. In: *Democracy and Political Theory*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 9–20.
- Lenk, K. (2009): Vom Mythos der politischen Mitte. In: *APuZ* 38/2009, S. 15–20.
- Lo, J./Proksch, S-O./Gschwend, T. (2014): A Common Left-Right Scale for Voters an Parties in Europe. In: *Political Analysis*, Band 22(2), S. 205–223.
- Lucke, B. (2014): Warnung vor dem zentralistischen Überstaat. In: *Handelsblatt* 25.01.2014.
- Manin, B. (2007): *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Merkel, A. (1999) Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.12.1999.
- Merkel, A. (2015): Neujahrsansprache 2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2015/01/01-1-bk-neujahr.html> (Abruf: 14.11.2017).
- Mudde, C. (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Jan-Werner (2010): *Verfassungspatriotismus. Eine systematische Verteidigung*. In: *Vorgänge* 3, S. 111–118.

- Münkler, H. (2009): Die Deutschen und ihre Mythen. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, H. (2012): Maß und Mitte. Der Kampf um die richtige Ordnung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Nestler, C. (2014): Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2013 – zahlreich aber chancenlos. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45(4), S. 796–811.
- Nestler, C. (2015): Protest als Selbstzweck? Eine empirische Studie zu Protestzusammenhängen und Parteienwettbewerb in Deutschland. In: Kneuer, M. (Hrsg.): Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung. Baden-Baden: Nomos, S. 253–277.
- Nestler, C./Rohgalf, J. (2014): Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. In: Zeitschrift für Politik 61(4), S. 413–789.
- Neusüss, A. (1972): Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens. In: Neusüss, A. (Hrsg.): Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. Neuwied und Berlin: Luchterhand, S. 13–114.
- Niclauß, K. (2015): Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Wiesbaden: VS.
- Niedermayer, O. (2015): Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013. In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: VS, S. 1–23.
- Nohlen, D./Stöver, P. (Hrsg.) (2010): Elections in Europe. A Data Handbook. Baden-Baden: Nomos.
- Nosselt, N. (2013): Das Internet in China: Public Sphere oder autokratisches Kontrollinstrument. In: Kneuer, M. (Hrsg.): Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 248–274.
- Ockenfels, W. (2009): Das hohe C. Wohin steuert die CDU? Augsburg: Sankt Ulrich.
- Onken, H. (2013): Parteiensysteme im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Oppenhäuser, H. (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenz der direkten Demokratie. In: Prokla 43(2), S. 277–295.
- Patzelt, W. J. (2015a): Edel sei der Volkswille. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.01.2015.
- Patzelt, W. J. (2015b): Was und wie denken Pegida-Demonstranten? Analyse der Pegida-Demonstranten am 25.01.2015 in Dresden. Ein Forschungsbericht, http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf (Abruf 25.08.2017).
- Pautz, H. (2005): Die deutsche Leitkultur: eine Identitätsdebatte. Neue Rechte, Neorassismus und Normalisierungsbemühungen. Stuttgart: Ibidem.
- Peters, T./Hierlemann, D./Vehrkamp, R. B./Wratil, C. (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Plehwé, D./Schlögl, M. (2014): Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Discussion Paper SP III 2014–501.
- Polibarometer (2015): Politbarometer vom 16.01.2015.
- Popper, K. R. (1980): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band I: Der Zauber Platons. Tübingen: Francke u. a.

- Priester, K. (2008): Populismus als Protestbewegung. In: Häusler, A (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS, S. 19–36.
- Rensmann, L. (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, F (Hrsg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?. Wiesbaden: VS, S. 59–80.
- Rohgalf, J. (2015a): Jenseits der großen Erzählungen. Zur politischen Theorie von Utopie und politischem Mythos in der Moderne und Spätmoderne. Wiesbaden: VS.
- Rohgalf, J. (2015b): Subsidiarität als Kampfbegriff. In: Korte, K.-R. (Hrsg.): Emotionen und Politik, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) Band 32, Baden-Baden: Nomos, S. 297–316.
- Rosanvallon, P. (2008): Counter Democracy. Politics in an Age of Distrust. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Rosanvallon, P. (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rucht, D. et al. (2015): Bewegungsforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf (Abruf 25.08.2017).
- Schmidt, M. G. (2010): Wörterbuch zur Politik. 3. Auflage. Stuttgart: Kröner.
- Schmidt, M. G. (2014): The Policy of Strategic Demobilisation: The Social Policy of the Christian Democratic-Liberal Coalition, 2009–13. In: German Politics, Band 23(4), S. 353–370.
- Sonthheimer, K. (2004): Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik. In: Gessenharter, W./Pfeiffer T.(Hrsg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?. Wiesbaden: VS, S. 19–29.
- Stein, T. (2008): Gibt es eine multikulturelle Leitkultur als Verfassungspatriotismus?. In: Leviathan 36(1), S. 33–53.
- Strauß, F. J. (1989): Franz Josef Strauß. Die Erinnerungen. München: Goldmann.
- Sunstein, C. (2001): Republic.com. Princeton: Princeton University Press.
- Taggart, P. A. (2000): Populism. Buckingham: Open University Press.
- Vollmer, A. M. (2013): Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Baden-Baden: Nomos.
- Vorländer, H./Herold M./Schäller S. (2015): Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, <http://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg> (Abruf 20.01.2016).
- Wagner, A. (2014): Wandel und Fortschritt in den Christdemokratien Europas. Christdemokratische Elegien angesichts fragiler volksparteilicher Symmetrien. Wiesbaden: VS.
- Wagschal, U./König, P. (2015): Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat. In: Korte, K.-R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: VS, S. 185–210.
- Walter, F./Werwath, C./d'Antonio O. (2011): Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit. Baden-Baden: Nomos.
- Walter, F. et al. (2015): Aktuelle Forschungsergebniss zu Pegida (Präsentation), www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida (Abruf 20.01.2016).
- Weber, M. (2006): Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Erfstadt: Area Verlag.

- Weiß, V. (2011): Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten. Von Spengler bis Sarrazin. Paderborn: Schöningh.
- Wulff, C. (2010): Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Bremen 03.10.2010, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (Abruf 20.01.2016).
- Zohlnhöfer, R./Engler, Fabian (2015): Der Parteienwettbewerb und seine Polica-Implikationen in der 17. Wahlperiode. In: Zohlnhöfer, R./Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Wiesbaden: VS, S. 137–167.
- Zolleis, U./Schmid, J. (2013): Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: VS, S. 415–437.
- Zolleis, U. (2015): Auf die Kanzlerin kommt es an. Die CDU unter Angela Merkel. In: Zohlnhöfer, R./Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Wiesbaden: VS, S. 73–91.
- Zolleis, U./Schmid, J. (2015): Die CDU unter Angela Merkel – der neue Kanzlerwahlverein?. In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: VS, S. 25–48.
- Zürn, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

(Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich

Zusammenfassung: Dieser Beitrag behandelt die Rolle der EU in Österreichs politischem Diskurs und Fragen der nationalen Identität im 21. Jahrhundert. Obwohl das Europathema die Öffentlichkeit nicht erst seit der Finanz- und Schuldenkrise 2008 beschäftigt, dominieren seither – ähnlich wie andernorts – Fragen die Zukunft der EU und der Eurozone betreffend zusehends die politischen Debatten. Das hier besprochene Datenmaterial beinhaltet rivalisierende diskursive Positionen, wie sie von Parteien, Politikern und Intellektuellen, Medien, sowie von ansonsten nicht in der Öffentlichkeit stehenden Staatsbürgern (durch Leserbriefe oder Bürgerinitiativen) vertreten werden. Die dabei diskutierten Materialien decken Schlüsselmomente im Zeitraum von 2008 bis 2015 ab. Die daraus resultierende Analyse wirft ein komplexes, durch Nuancen gekennzeichnetes Bild auf österreichische Europadiskurse und durchleuchtet das vielfältig definierte, in Krisenzeiten weitläufig kontroverse Verhältnis zwischen der „Nation“ und dem übernationalen „Europa“. In theoretischer Hinsicht bedient sich dieser Beitrag zweier zentraler Konzepte der kritischen Diskursanalyse – der „Deixis“ (sprich: rhetorisches Zeigen) und der durch den Begriff des „Topos“ beschriebenen argumentativen Strukturen. Zusätzlich gebraucht die hier präsentierte Analyse das der Sozialanthropologie entnommene Konzept der „Identitätsgrammatiken“.

Schlagwörter: Österreich, Europäische Union, CDA, Deixis, Topos, Identitätsgrammatik

Summary: This contribution deals with the EU's place in Austrian political discourse and with questions of national identity in the 21st century. Although the topic of Europe has not only been salient since the crisis of 2008, it has – in Austria as elsewhere – become ever more pronounced since then. The data discussed here comprises rival discourses articulated by parties, politicians and public intellectuals, the media, as well as by so-called ordinary social actors mobilizing in readers' letters or through public initia-

tives. The data corpus covers key-moments between 2008 and 2015. The resulting analysis reveals complex and nuanced positions within Austrian discourses about Europe, which – particularly in times of crisis- offer competing definitions of the relationship between the nation-state and the European Union. Theoretically, the discussion uses central concepts in critical discourse analysis, including the notion of *deixis* (or “rhetorical pointing”) and the *topos* (capturing argumentative structures). This is further enhanced by the anthropological literature on “identity grammars”.

Keywords: Austria, European Union, KDA, deixis, topos, identity grammars

1. Einleitung

Am 23. April 2015 fand sich auf den Leserbriefseiten Österreichs größter, tendenziell EU-skeptischer Tageszeitung, der *Kronen Zeitung*, ein vom Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik verfasster Beitrag, der das Verhältnis „der Österreicher“ zur Europäischen Union als „ambivalent“ skizzierte: Laut über einen Zeitraum von 20 Jahren regelmäßig durchgeführten Umfragen seien durchschnittlich 70 Prozent der Befragten für Österreichs Verbleib in der EU, 23 Prozent zögen einen Austritt vor, und der Rest sei unentschlossen; generell erwarte man sich von der EU mehr Schutz von Lebensqualität und eine Auseinandersetzung mit den „großen Themen unserer Zeit“; und während Brüssel oft als „fern und kompliziert“ und die EU-Mitgliedschaft als in erster Linie großen Unternehmen zum Vorteil gereichend empfunden werde, seien auch Wahrnehmungen der EU als „wirtschaftlich wichtig“, friedenssichernd, und vor allem jungen Menschen Chancen bietend weit verbreitet (*Kronen Zeitung* 23.4.2015, S. 35).

Dies dient hier als passende Momentaufnahme der umstrittenen und zentralen Rolle der EU in Österreichs politischem Diskurs und der Auseinandersetzung mit Fragen der nationalen Identität im 21. Jahrhundert. Obwohl das Europathema die Öffentlichkeit natürlich nicht erst seit Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise 2008 beschäftigt, dominieren seither – ähnlich wie in anderen EU-Mitgliedsstaaten – Fragen die Zukunft der EU und der Eurozone betreffend zusehends die politischen Debatten. Obgleich viel dessen, was die folgende Analyse zutage fördert, auf starke Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Nationalstaaten verweist, muss dieser Beitrag vor dem Hintergrund Österreichs jüngerer Geschichte gelesen werden, deren weithin bekannte Meilensteine wie folgt skizziert seien: Zu den Cha-

rakteristika der Ära des viel besprochenen „Wiederaufbaus“ nach 1945 zählten nicht nur wirtschaftlicher Aufschwung und politische Stabilität, sondern gleichzeitig das Entstehen und die weitläufige Verfestigung eines neuen, nun ausdrücklich österreichischen nationalen Selbstverständnisses, das gleichzeitig Fragen der Mittäterschaft zu Zeiten des Nationalsozialismus und des Holocausts lange Zeit und in weiten Teilen der Bevölkerung ausblendete (Thaler 2001; Wodak/de Cillia 2007). In den 1990er Jahren legten internationale Vergleiche nationaler Verbundenheit nahe, dass österreichischer Patriotismus mittlerweile zu den stärksten politischen Gefühlen dieser Art weltweit zählte (Rathkolb 2005, S. 25 f.). Gleichzeitig führte die „Waldheim Affäre“ nach 1986 zu einer längst überfälligen kritischen Auseinandersetzung mit Österreichs Rolle im Zweiten Weltkrieg und dem bis dahin weitläufig unhinterfragten „Opfermythos“ (Uhl 2006). Unterdessen hatten weitreichende politische und ökonomische Veränderungen, zu deren Verstärkern in weiterer Folge und unter anderem auch das Ende des Kalten Krieges und eine neue Epoche intensiverer globaler Vernetzungen zählten, das Land erfasst.

Dem eindeutigen Ergebnis von 66,6 Prozent Ja-Stimmen bei der diesbezüglichen Volksabstimmung im Juni 1994 folgend, trat Österreich am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union bei. In den 1990er Jahren spiegelten die politischen Erfolge der nationalistischen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) unter Jörg Haiders Führung sowohl das Ende der bisherigen zwei-Parteien Dominanz – durch Sozialdemokratie und die ÖVP (Österreichische Volkspartei) – als auch neue soziale Unsicherheiten und politische Unzufriedenheit wider. Als im Februar 2000 die FPÖ zum Koalitionspartner der ÖVP in einer neuen Regierung wurde, reagierten die damals 14 anderen EU-Mitgliedsstaaten mit einer Reihe sogenannter „Sanktionen“ (siehe Merlingen et al. 2001): Die neue Regierung wurde als Affront gegen die europäische Wertegemeinschaft verstanden. Während der sogenannte „three-wise-men Report“ zum Ende der „Sanktionen“ und der Normalisierung innereuropäischer Verhältnisse führte, war eine inner-österreichische Polarisierung zwischen Kritikern der FPÖ beziehungsweise der Regierungskoalition und EU-Skeptikern, die die europäischen Reaktionen als ungerechtfertigtes Eingreifen in nationalstaatliche Souveränität und Demokratie (miss)verstanden, zu konstatieren. Während in den darauffolgenden Jahren das Ausmaß an EU-Skepsis und Zustimmung variierten, stach Österreich in Eurobarometer-Umfragen immer wieder als eines der euroskeptischsten Mitgliedsländer hervor. Dies zeigte sich beispielsweise im Frühjahr 2010 vor dem Hintergrund der Schulden- und Sparkrise in der Eurozone, als 36 Prozent der befragten Österreicher, verglichen mit 49 Prozent im länderüber-

greifenden Durchschnitt, die Europäische Union positiv bewerteten; in Österreich sahen 23 Prozent die EU in negativem Licht, während dies EU-weit 18 Prozent der Befragten taten; gleichzeitig betrug der Prozentsatz jener befragten Österreicher, die die Vorteile der Mitgliedschaft persönlich verspürten, 41 Prozent, während 48 Prozent dem widersprachen; im länderübergreifenden Schnitt waren diese Werte deutlich positiver und lagen bei 53 beziehungsweise 35 Prozent (Eurobarometer 2010). Solche Stimmungslagen und Vergleiche erklären wohl Peter Filzmaiers Urteil aus dem Jahr 2010, dass 15 Jahre nach dem EU-Beitritt zahlreiche Österreicher noch immer nicht in Europa angekommen seien (Filzmaier 2010, S. 121).

Die hier präsentierte Analyse konkreter Positionen zu Österreich in der Europäischen Union wirft ein komplexeres, durch feinere Nuancen gekennzeichnetes Bild auf österreichische Europadiskurse, die von vielfältigen sozialen Akteuren formuliert und diskutiert werden. Dieser Beitrag beginnt mit einer Zusammenfassung der ihm zugrundeliegenden theoretischen Denkschule, seiner Methode, und der weiteren Literatur, die er wiederum zu bereichern sucht. Darauf folgen Analysen spezifischer Texte, politischer Stellungnahmen und öffentlich artikulierter Meinungen, die in ihrem jeweiligen Kontext und unter Zuhilfenahme diskursanalytischer Konzepte beleuchtet werden.

2. Theoretische, methodologische und thematische Verortungen

„(Kon-)texte des Politischen“ – so lautet die kürzest mögliche Formulierung dessen, was kritische Diskursanalyse, unter dem englischen Akronym CDA (*critical discourse analysis*) einem internationalen Publikum bekannt, zu beleuchten versucht. CDA nähert sich Sprache in ihren weiteren sozialen Zusammenhängen (Chouliaraki/Fairclough 1999; Weiss/Wodak 2003). Sowohl im gesprochenen als auch im geschriebenen Wort wird dadurch eine ihm innewohnende, obgleich nicht immer wahrgenommene politische Funktion erkannt. Was für politische Reden, parlamentarische Protokolle oder juristische Texte offensichtlich erscheinen mag, wird in der Auseinandersetzung mit Alltagsdiskurs seltener diskutiert, nämlich, um beispielsweise mit Fairclough (1989) zu sprechen, dass sprachliche Handlungen aller Art „soziale Praxis“ darstellen; als solche ist Sprache immer in ihren sozialen Kontexten, denen sie entspringt, zu verstehen, sowie in Relation zu ihrer sozial-strukturellen Rückwirkung – ob erkannt oder nicht – auf genau jene Kontexte. Vor diesem Hintergrund gleichfalls relevant ist die jüngere For-

schung zu politischen Narrativen, die in „Erzählungen ein grundlegendes Medium der Konstitution von [...] Bedeutung sowie [der] ‚Konstruktion von Wirklichkeiten‘“ erkennt; derartige diskursive „Sinngenerierung“ bedient sich dabei diverser „Modelle *der* Welt und (politische[r]) Konzepte *für* die Welt“ (Viehöver 2014, S. 70–75). Anders formuliert: Diskurs beschreibt bzw. konstruiert soziale Wirklichkeiten und liefert gleichzeitig unterschiedliche Modelle für deren zukünftige Gestaltung.

Sprache und ihre weiteren sozialen Zusammenhänge als sich gegenseitig konstituierend zu verstehen (Weiss/Wodak 2003), verlangt gleichzeitig explizite Definitionen des Politischen und des ihm verwandten Begriffs der Ideologie. Ersteres will hier so umfassend wie möglich verstanden werden. Sozialwissenschaftlichem Konsens feministischer und post-strukturalistischer Prägung folgend, wird *das Politische* hier folgendermaßen definiert: als die ungleiche Verteilung von, und den Kampf um, diverse/n Ressourcen, sowie die strukturell bedingten Möglichkeiten einer Person oder Gruppe, Entscheidungen zu treffen und durch diese ihr Umfeld (neu) zu formen. Eine solche Definition versteht alltägliche Kontexte, Beziehungen und Handlungen als unwiderruflich politisch, da sich hierarchische Machtstrukturen ungleich verteilter Privilegien bzw. Nachteile gerade in vermeintlich „gewöhnlichen“ Lebenswelten manifestieren (Karner 2007, S. 27–31). Anders formuliert, mag man daher das soziale Leben inhärente Politische von der enger gesteckten Domäne der Politik (sprich: machtttragende Institutionen, generell weitreichend einflussreiche Akteure und organisierte Verbände und Parteien, tendenziell größere Bevölkerungen betreffende Entscheidungsprozesse, Regeln usw.) unterscheiden. Der oft verwendete, jedoch selten präzise definierte Begriff der „Ideologie“ kann dem demnach allgegenwärtigen Politischen zu größerer analytischer Durchschlagskraft verhelfen. Martha Augoustinos liefert just eine solche Präzisierung, indem sie unter Ideologie (sub-)kulturelle Verhaltensmuster und alle sprachlichen Handlungen subsumiert, welche derzeitige Machtverhältnisse entweder stärken oder untergraben (Augoustinos 1998).

Dies kommt der zentralen Prämisse der kritischen Diskursanalyse sehr nahe bzw. erklärt diese: Sprache gehört demnach zu den Kategorien sozialen Handelns, durch die gesellschaftliche Strukturen reproduziert oder hinterfragt werden. Ziel der CDA ist es, die politischen Stoßrichtungen vielfältiger Texte und anderer sprachlicher Handlungen bzw. das jeweils Ideologische (siehe oben) in einem zu analysierenden Text, Satz oder selbst einer konkreten Wortwahl darzulegen. Um schon Angedeutetes deutlich zu machen, muss betont werden, dass sprachliche Handlungen und die sie generierenden und durch sie wiederum gestärkten oder in Frage gestellten

Kontexte nur selten von den an diesem Prozess teilnehmenden Akteuren thematisiert werden. Während insbesondere Alltagssprache oft als transparent oder „unpolitisch“ verstanden wird, besteht CDA darauf, dass sprachliche Handlungen immer soziale Ursprünge und Auswirkungen haben. Hinzu kommt, dass bedeutende Beiträge zur CDA sich als „emanzipatorisch“ verstehen und sich daher die Stärkung strukturell benachteiligter Gruppen zum Ziel setzen (Lynn/Lea 2003).

Die nachfolgende Analyse konzentriert sich auf eine überschaubare Anzahl an publizierten Texten und öffentlichen Stellungnahmen diverser Akteure, die im Zeitraum von 2008 bis (Frühjahr) 2015 das Verhältnis zwischen Österreich (und im weiteren Sinn anderer Mitgliedsstaaten) und der Europäischen Union thematisiert und oft zu verändern getrachtet haben. Die hier besprochenen Textpassagen sind langjähriger Forschung geschuldet und einem wesentlich umfangreicheren Datenkorpus entnommen, der den österreichischen Mediendiskurs – Rundfunk und die vielfältige Zeitungslandschaft des Landes (Tages-, Wochen-, nationale- und regionale-, Qualitäts- und Boulevardzeitungen) umfassend – seit dem Krisenjahr 2008 beinhaltet. Die spezifischen, hier zu analysierenden Textbeispiele sind exemplarisch für die ideologische Vielfalt, die „Europafrage“ betreffend, in diesem viel weitreichenderen Datenmaterial, das hier wiederum in erster Linie der essenziellen Kontextualisierung der konkreten, im Fokus der Diskussion stehenden Texte dient. Weiter auffallend an den hier diskutierten Texten ist deren breite soziale Streuung: Sie beinhalten von Parteien, Spitzenpolitikern und Intellektuellen vertretene Positionen; ihre „sekundäre Definitionsmacht“ (Hall et al. 1978, S. 57 ff.) ausübende Medien; ebenso wie Reaktionen auf dominante Positionen und den empfundenen Status Quo seitens ansonsten nicht in der Öffentlichkeit stehender Staatsbürger, die beispielsweise durch Leserbriefe oder politische Initiativen am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Die hier genauer besprochenen empirischen Materialien decken Schlüsselmomente im Zeitraum von 2008 bis 2015 ab und spiegeln daher unterschiedliche Spannungsstellen der vergangenen und fort-dauernden Krisenjahre wider. Allerdings fällt das hier zu analysierende Datenmaterial in die Zeit *vor* den jüngsten europäischen Krisen, insbesondere vor der seither am intensivsten diskutierten „Flüchtlingskrise“, vor der Eskalation der griechischen Schulden- und Sparkrise im Juli 2015, sowie in die Zeit vor dem „Brexit“ Entscheid und vor der ebenfalls viel diskutierten österreichischen Präsidentschaftswahl 2016. Insofern skizziert die hier vorliegende Diskussion die früheren Stadien eines sich ständig verändernden und mittlerweile noch deutlich stärker mobilisierenden und polarisierenden diskursiven „Feldes“. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Konturen

mehrerer, häufig miteinander rivalisierender diskursiver Positionen ausmachen. Genau darin liegt auch die Absicht dieser Analyse, nämlich das vielfältig definierte und vor allem in Krisenzeiten weitläufig umstrittene Verhältnis zwischen der „Nation“ und dem per Definition übernationalen „Europa“ zu durchleuchten. Kontextualisierung bedeutet hier, dass Österreich sowohl in seinen historischen Spezifika als auch in Relation zu anderen Nationalstaaten mit in mancher Hinsicht vergleichbaren derzeitigen politischen Dynamiken betrachtet wird (Gingrich/Banks 2006).

Die für den gegenwärtigen Diskussionsrahmen analytische Schlüsselfrage betrifft das jeweilig erlebte und erwünschte Verhältnis – der „Istzustand“ wird oft deutlich vom „Sollzustand“ unterschieden – von „Nationen“ zu „Europa“, wobei beide Kategorien als diskursive Konstruktionen verstanden werden (Anderson 1983; Wodak et al. 1999; Bauman 2004). Auf die zentralen Fragen, *wie in den untersuchten Diskursen das derzeitige Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten beurteilt und welche etwaige Alternative propagiert wird*, wird hier mithilfe zweier zentraler Konzepte der CDA eingegangen. Ersteres ist das Konzept der „Deixis“, des rhetorischen Zeigens, das beispielsweise anhand persönlicher Fürwörter (wir, uns, unser, sie, ihr usw.), aber auch topografischer Verweise (etwa auf „hier“ oder „dort“) soziale, häufig nationale Grenzen nachzieht und ideologisch reproduziert (Billig 1995, S. 94, 106). Das zweite hier verwendete diskursanalytische Konzept ist der „Topos“: Jene vorweggenommenen Annahmen, die Argumente (meist unreflektiert) strukturieren (Krzyżanowski et al. 2009, S. 9; Reisigl/Wodak 2001, S. 74 f.) und Gegenargumenten gegenüber mehr oder minder immun sind. Aus der Literatur sind uns eine Reihe solcher selbstgefälligen, sich rhetorisch-narrativ im Kreis bewegenden Strukturen bekannt, beispielsweise Topoi der (vermeintlichen) Bedrohung von außen und damit verbundener Besorgnis (Krzyżanowski/Wodak 2009), oder der angenommenen nationalen Ein- und Verbundenheit (Kovács et al. 2009). Die Analyse argumentativer Strukturen (Topoi) und der rhetorischen Grenzziehung (Deixis) wird hier um ein drittes, der jüngeren Sozialanthropologie entnommenes Konzept erweitert. Gerd Baumann und André Gingrichs (2004) „Identitätsgrammatiken“ ermöglichen ein genaueres Hinterfragen, wie konkrete Sprachhandlungen das derzeitige oder aus ihrer Sicht wünschenswerte (politische, kulturelle usw.) Verhältnis zwischen dem Nationalen/Eigenen und „dem Anderen“, das oftmals die Kategorie „Europa“ beinhaltet, bestimmen. Anders ausgedrückt: Identität impliziert immer Differenz, allerdings folgt das diskursiv konstruierte Verhältnis zwischen „uns“ und „anderen“ unterschiedlichen Mustern; Identitätsgrammatiken verweisen auf genau diese vielfältigen Muster, anhand derer unter-

schiedlich rigide oder löchrige Grenzen der Ein- und Ausgrenzung gezogen und verhandelt werden. Eine solche konzeptionelle Ergänzung ist entscheidend für die hier zu entwickelnde Diskussion. Auf wichtigen diskursanalytischen Ansätzen zur Beleuchtung argumentativer Strukturen und rhetorischer Grenzziehung aufbauend, ermöglicht das Konzept der Identitätsgrammatiken auch einen für unsere Fragestellung wichtigen Schritt jenseits der Grenzen der CDA. Indem Baumann und Gingrich (2004) *unterschiedliche* sprachliche und gelebte Relationen zwischen „dem Eigenen“ und „dem Anderen“ festhalten, befördern sie auch gleichzeitig eine umfassendere Analyse der, wie sich zeigen wird, vielfältigeren angebotenen Konstrukte, das Verhältnis zwischen Österreich und der EU betreffend.

In thematischer Hinsicht reiht sich die hier vorliegende Diskussion in die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen des wieder erstarkten (neo-) Nationalismus (Gingrich/Banks 2006) und insbesondere in die Forschung zum Thema der EU-Skepsis (Abts et al. 2009). Letztere ist natürlich in Bezug zu den Schulden- und Finanzkrisen, sowie den sozialen Effekten der von übernationalen Institutionen verordneten „Sparkurse“ der jüngsten Vergangenheit zu setzen und zu lesen. Außerdem fällt auf, wie von Halikiopoulou et al. (2012) dargelegt, dass EU-skeptische oder anti-europäische Diskurse mittlerweile sowohl am „rechten“ als auch am „linken“ Ende des politischen Spektrums zu finden sind, wo sie jedoch von kontrastierenden ideologischen Motivationen (sprich: von ethnischem Nationalismus und Klassensolidarität respektive) genährt werden; gleichzeitig konzentriert und reduziert sich pro-europäische Politik zusehends im und aufs Zentrum des klassischen Spektrums. Zusätzlich seien hier auch vorhandene Analysen der Instrumentalisierung der Idee und der rhetorischen Kategorie Europas, in unterschiedlichen Kontexten und zu vielfältigen politischen Zwecken (Chantera-Stutte 2003; Wöller 2014), erwähnt.

In seinem engeren geografischen Rahmen betrachtet, baut dieser Beitrag gleichzeitig auf der bestehenden Literatur zur Geschichte und Politik nationaler Identitäten in Österreich auf (Heer 2001; Pelinka 1998; Wodak et al. 1999; Karner 2011). Dabei kommt vorhandenen Analysen österreichischer EU-Skepsis (Karner 2010) besondere Bedeutung zu. Letzteren ist zu entnehmen, dass sich Europadiskussionen in Österreich häufig an als vermeintlich von globalen Märkten verursachten Problemen, an Identitäts- und Erinnerungspolitik, sowie an empfundenen Divergenzen zwischen ursprünglichen politischen Versprechen und den erlebten Realitäten der EU-Mitgliedschaft entfachen (Karner 2013). Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Dichotomien zwischen pro- und anti-europäischen Positionen zu kurz greifen: Vor allem im Vorfeld der „EU-Wahl 2014“ waren im österreichi-

schen Kontext feinere Nuancen auszunehmen, die von Fundamentalopposition gegen das europäische Projekt, über Rufe nach tiefgreifenden Veränderungen der EU-Strukturen, moderate und vorsichtigere Skepsis, bis zu dezidiert „post-nationalen“, pro-europäischen Positionen reichten (Karner 2014). Auf solchen Beiträgen aufbauend, wenden wir uns jetzt einer Reihe spezifischer und gleichzeitig exemplarischer Texte zu, in denen das Verhältnis Österreichs zur EU und anderen Mitgliedsstaaten auf ideologisch vielfältige Weise reflektiert und diskursiv verhandelt wird.

3. Texte kategorischer Opposition

Im Vorfeld der Ratifizierung des Lissabon Vertrags 2008 – und der damit verbundenen Veränderungen des Verhältnisses der Mitgliedsstaaten zu den Institutionen der Europäischen Union (in erster Linie die Absicht, ein effizienteres Funktionieren der EU zu ermöglichen) – formierte sich lautstarke Kritik und Widerstand in Österreich. Neben der bereits erwähnten *Kronen Zeitung* und vieler ihrer Leser (Karner 2010) zählte die Bürgerinitiative *Rettet Österreich* (RETTÖ), die auch bei den österreichischen Nationalratswahlen 2008 antrat und dabei 0,7 Prozent der Stimmen erhielt (Wahl 2008), zu den deutlichsten Kritikern des neuen europäischen Regelwerks. Teile des dabei verwendeten Diskurses seien hier erwähnt: Die EU, so argumentierte *Rettet Österreich*, wäre zu einer „EU der Bürokraten, Konzerne und Generäle“ geworden, gegen die es nun durch „direkte Demokratie mit Volksabstimmungen“ nach Schweizer Vorbild aufzutreten galt; mit Expertenhilfe würde ein „Rettungsprogramm für Österreich“ entworfen werden; und unter anderem würde RETTÖ „Gentechnik stoppen, die Neutralität Österreichs wiederherstellen und unsere Abhängigkeit von Öl entscheidend verringern – und damit die Preise stabilisieren“ (Rettet Österreich 2008).

Widerstand gegen den Lissabon-Vertrag stand in solchen und ähnlichen Darstellungen und Forderungen häufig in metonymischer Form für eine kategorische, jegliche Grautöne vermissende Opposition gegen die EU als Ganzes. Dies wird besonders deutlich, wenn man die „konnotativen Domänen“ (Hansen 1999, S. 25 f.) der hier angesprochenen Themen in ihrem nationalen Kontext betrachtet. Dabei ist daran zu erinnern, dass Österreichs Neutralität seit 1955 zu einem für viele Österreicher identitätstragenden Eckpfeiler der Zweiten Republik geworden ist, dessen Vereinbarkeit mit der EU-Mitgliedschaft vor allem seitens dezidierter EU-Skeptiker immer wieder hinterfragt wird (Wodak et al. 1999, S. 62 ff.). Gleichzeitig muss in der Interpretation der oben zitierten Position die Popularität biologischer Land-

wirtschaft, und eine oft damit einhergehende Ablehnung jeglicher landwirtschaftlicher Verwendung von Gentechnik, berücksichtigt werden: Als Indizien dazu sei darauf verwiesen, dass 1997 1,2 Millionen Österreicher ein Volksbegehren gegen Gentechnik unterschrieben und dass beispielsweise 2006 13,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs biologisch bewirtschaftet wurden, während der diesbezügliche EU-Schnitt bei 3,4 Prozent lag (Gruber/Bohacek 2006, S. 11, 49). Genau diese weitverbreitete Wertschätzung politischer Neutralität und biologischer Landwirtschaft – 2009 beschrieb Georg Hoffmann-Ostenhof in seiner *Profil* Kolumne „Anti-Atom, Anti-Gen, Pro-Neutralität“ als die Grundsteine der „österreichischen Nationalreligion“ – schwang in den von RETTÖ ausgesprochenen Plänen und Versprechungen mit. Außerdem spielte RETTÖ auch auf eine immer wieder artikulierte Klage an, EU-Mitgliedschaft und die Euro-Einführung hätten – allen politischen Versprechungen zum Trotz – zu Preissteigerungen und einer Verteuerung des Alltags geführt.

Solche und ähnliche Diskurse beruhen auf einer eindeutigen Gegenüberstellung einer positiv konnotierten nationalen Domäne und einer sie angeblich bedrohenden europäischen „Außenwelt“. Dies entspricht Baumann und Gingrichs (2004) ersten „Identitätsgrammatik“, die als „orientalistisch“, weil die Kategorien des „Selbst“ und des „Anderen“ rigide trennend, bezeichnet wird. Im RETTÖ Diskurs zeigt sich eine solche diskursive Struktur außerdem in einer eindeutig nationalen Deixis: Schließlich soll hier Österreich gerettet werden, der Referenzrahmen ist also eindeutig der des Nationalstaates; und es ist natürlich anzunehmen, dass „unsere Abhängigkeit“ von fossilen Brennstoffen, die die Bürgerinitiative ebenfalls thematisierte, hier gleichfalls eine globale Problematik im engeren, nationalen Rahmen hinterfragt.

Kategorische Oppositionen zur EU manifestieren sich häufig in argumentativen Strukturen, welche ihre eigenen Prämissen reflexartig reproduzieren, insbesondere in Topoi der „Bedrohung von außen“ oder des auch von RETTÖ angesprochenen, angeblichen „Schweizer Vorbilds“ (Karner 2011, S. 101). In solchen Fällen, und wie im obigen Beispiel bereits veranschaulicht, wird jedenfalls mit einer eindeutigen, nationalen Deixis argumentiert. „Wir“ (sprich: Österreicher) werden in aller rhetorischen Deutlichkeit von einem externen Europa getrennt und dadurch auf ganz spezifische Art definiert: Man konstruiert Österreich und Europa als einander gegenseitig ausschließende Kategorien. Es wird angedeutet, man stehe hier vor einer „Entweder-oder-Entscheidung“ und könne sich und seine Solidarität nicht als sowohl österreichisch als auch als europäisch betrachten. Seit einigen Jahren wird dieser Diskurs von einer Initiative für ein „EU-Aus-

trittsvolksbegehren“ mit aller Vehemenz verdeutlicht. So wurde aus dieser ideologischen Richtung argumentiert, Österreich müsse „die untergehende EU rechtzeitig verlassen“, „wir“ ständen vor einer „schicksalhaften Entscheidung“: Es gelte, sich dem „EU-Diktat“ zu widersetzen, man müsse auch an die nächste Generation („die Kinder“) denken; und ein Austritt aus der angeblich unreformierbaren, „demokratiewidrigen“ EU würde auch ein „Raus aus EURATOM“, weiträumigeren Handel „mit der ganzen Welt“, und eine versprochene Rückkehr zu „Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat“ nach Schweizer Vorbild bedeuten (EU Austrittsvolksbegehren 2011).

Derartig absolute, jegliche Überschneidungen der identitätsstiftenden Kategorien des Nationalstaats und (des hier als fremd definierten) Europas zeigten sich zum Teil auch im Vorfeld der Europaparlamentswahl 2014. Letztere lieferte ja bekanntlich EU-Skeptikern quer durch die Union teilweise äußerst beachtliche Erfolge. In Österreich wurde im Rahmen dieser Wahl eine – verglichen mit den in diesem Teil der Diskussion besprochenen diskursiven Positionen – leicht abgeschwächte, nicht unmittelbar auf einen EU-Austritt pochende EU-Skepsis in erster Linie von der FPÖ vertreten (siehe unten).

Wenige Monate später wurde mit Unterstützung von knapp 10.000 Unterschriften tatsächlich ein Antrag auf ein EU-Austrittsvolksbegehren im österreichischen Innenministerium eingereicht und von diesem im Jänner 2015 bewilligt. Dieses Volksbegehren fand vom 24. Juni bis zum 1. Juli 2015 statt und wurde von den Initiatoren als möglicherweise entscheidender Schritt in Richtung EU-Austritt betrachtet. Eine kompromisslose Ablehnung der österreichischen Mitgliedschaft seitens dieser Initiative wurde hier erneut deutlich. Demnach wurde nun versprochen, ein EU-Austritt wäre Ausdruck von „Liebe zu Österreich“ und würde eine lange Reihe unmittelbarer Vorteile nach sich ziehen: einen „Wiedergewinn“ von „Freiheit und Selbstbestimmung“ sowie von „Friedens- und Neutralitätspolitik“; einen Abschied von „Demokratiedefizit“, Euro-Rettungsschirmen, EU-Mitgliedsbeiträgen, steigender Arbeitslosigkeit, den „ruinösen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada“, sowie von „Gentechnik und Atomindustrie“; und einen „Wiederaufbau eines gesunden Bauernstandes“ (Volksbegehren 2015).

Ein solcher Diskurs könnte mit seinen Topoi einer verklärten Vergangenheit, einer als ausschließlich als Bedrohung definierten „Außenwelt“, und des Versprechens, eine Rückkehr und Reduzierung auf die nationale Ebene würde mit einem Schlag sämtliche Probleme beseitigen, kaum eindeutiger sein. Jedoch ist zu unterstreichen, dass im diesem Beitrag zugrun-

deliegenden Datenmaterial – und in den österreichischen Debatten generell – EU-skeptische Positionen meist deutlich weniger kategorisch sind.

4. Die EU als Projektionsfläche und Sündenbock

Eine zweite, hier zu diskutierende, häufiger wiederkehrende und breitenwirksamere diskursive Gruppierung erkennt die wirtschaftlich-politischen Vorteile oder Notwendigkeiten der österreichischen EU-Mitgliedschaft zum Teil zwar an, identifiziert sich jedoch eindeutig und ausschließlich mit der Nation und projiziert gleichzeitig eine Reihe aktueller Probleme und empfundener Missstände auf die EU. Der entscheidende Unterschied zu den oben besprochenen Texten liegt darin, dass diese nächste Gruppe ideologisch verwandter Positionen nicht – oder zumindest nicht unmittelbar – auf einen EU-Austritt drängt. Das hier deklarierte Ziel liegt vielmehr in weitreichenden Veränderungen europäischer Strukturen oder, genauer definiert, in deren Zurückstellung, wodurch die nationale Domäne eine ihr, wie hier angenommen wird, gebührende und, historisch betrachtet, neuerliche Aufwertung erfahren werde. 2014 verdeutlichte der FPÖ Wahlslogan „Wir verstehen eure Wut – zu viel EU tut niemand [sic!] gut“ dieses zweite Diskursmuster. Des Weiteren argumentierte Heinz-Christian Strache, die FPÖ sei nicht anti-europäisch, wolle allerdings keine „zentristische“ EU; und die FPÖ wolle demnach auch keinen EU-Austritt, sondern lediglich „Nachverhandlungen, weil Österreich nicht ‚permanenter Nettozahler‘ sein sollte“ (ORF 2014). Bei der EU-Wahl erhielt die FPÖ letztlich 19,72 Prozent der österreichischen Stimmen.

Allerdings legt eine genauere Analyse hier relevanter Textbeispiele und politischer Stellungnahmen nahe, dass jene auch subtilere Absichten verfolgen, insbesondere das politisch bequeme Vermeiden einer nuancierteren Auseinandersetzung mit komplexen Themen. Stattdessen bieten solche Positionen stark vereinfachende, verkürzende „Erklärungen“ an, die zwar populistischen Erfolg versprechen, aber nur selten als tatsächlich plausible Analysen der jeweiligen Themen betrachtet werden können. Der EU kommt dabei eine politisch äußerst hilfreiche, diskursiv kaum wegzudenkende (Doppel-)Rolle zu: der Projektionsfläche und des Sündenbocks für eine breite Palette an Problemen. Das folgende Beispiel spiegelt dies exemplarisch wider:

„Liebe Leute, wir müssen etwas unternehmen! Die EU ist gegen Öko-Strom, es wird der Atomstrom unterstützt. Die EU ist gegen altes, ge-

sundes Saatgut – unterstützt wird die große Saatgutindustrie, und somit werden unsere kleinen Bauern ruiniert! Die EU verbietet uns, unsere Grenzen wieder zu schließen – sie unterstützt somit die Machenschaften der Gaunerbanden aus dem Ausland!“ (*Kronen Zeitung* Leserbrief 18.2.2014, S. 29)

Dass solche Interpretationen zeitgenössischer Problemfelder quer durch Europa Breitenwirkung genießen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Wie bereits im ersten Teil dieses Beitrags ermöglichen auch hier die diskursanalytischen Begriffe der Deixis und des Topos tiefergehende Einsichten in die Struktur und Wirkung solcher und ähnlicher Positionen. Ein Topos der angeblich übermächtigen, sich jedoch in die falsche Richtung entwickelnden EU ist hierbei federführend, wie die eben zitierte Meinung exemplarisch darstellt. Außerdem ist hier, ähnlich wie in den oben diskutierten und radikaleren Austrittsdiskursen, eine ausschließliche und unwiderrufliche nationale Deixis am Werke. Obwohl in zahlreichen, immer wieder begegneten Argumenten – im Gegensatz zu den im ersten Abschnitt beleuchteten Beispielen – pragmatische Einsicht, die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft betreffend, überwiegt, ist das identitätsstiftende Diskursmuster dieser zweiten ideologischen Formation ähnlich national orientiert. Österreich und die EU werden auch hier großteils, zumindest was das kulturelle Selbstverständnis der argumentierenden Akteure betrifft, als deutlich voneinander getrennt definiert. Wirtschaftliche Kosten-Nutzenrechnungen schwächen die oben beschriebene „orientalistische“ Identitätsgrammatik rigide voneinander getrennter Kategorien des „Eigenen“ und des „Anderen“ zwar ab, dennoch sind die Konturen einer solchen Struktur auch hier sichtbar. EU-Mitgliedschaft wird in dieser zweiten diskursiven Formation zwar nicht kategorisch abgelehnt, jedoch geschieht dies ausschließlich aufgrund praktischer Überlegungen, welche die EU auf ihre ökonomischen Komponenten und Vorteile reduziert, ihre geschichtliche, politische und „zivilisatorische Bedeutung“ allerdings kaum bis gar nicht wahrnimmt (Weiss 2000). Hier kommt es auch zu teilweisen Überschneidungen mit dem von Europas (häufig zumindest moderat) EU-skeptischen Rechtspopulisten vertretenen Topos eines „Europas der Vaterländer“ (Gärtner 2009, S. 21): Demnach sei eine weitere Integration der EU-Mitgliedsstaaten abzulehnen, beziehungsweise der bisherige Grad dieser Integration zurückzustellen; das Metonym „Brüssel“ wird in manchen solcher Diskurse zumindest zeitweise als zentralistische Gefahr für die hier beschworene, kulturell-nationale Vielfalt des europäischen Kontinents ver-

standen, welche es – laut dieser Argumentation – um jeden Preis zu bewahren gelte.

Hinzu kommt ein weiterer Topos, der die EU mit den Adjektiven „kosmopolitisch, multikulturell und weltoffen“ assoziiert, jede dieser Eigenschaften allerdings negativ konnotiert (siehe auch Aftenberger 2007). Ähnliches wurde in einem Interview mit FPÖ Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache deutlich, in dem dieser eine schwer nachvollziehbare Verbindung zwischen der EU und ihren angeblichen Versuchen, außereuropäische Migration zu fördern, zu erkennen glaubt. Auf Flüchtlingstragödien im Mittelmeer angesprochen, bot Strache folgende „Erklärung“ an:

„Dass die EU endlich nicht mehr das Signal vermittelt: Kommt zu uns – wenn ihr es schafft, dann habt ihr die Möglichkeit für ein besseres Leben. Genau deshalb nehmen viele Menschen [...] diese tödliche Gefahr auf sich. Ich gebe der EU die Mitschuld.“ (Profil 2015, S. 16)

Ein weiteres Zitat Straches veranschaulicht, dass nationaler Raum hier in der Tradition der politischen Romantik gedacht und gezeichnet wird:

„Heimat ist, wo sich Menschen angenommen und geborgen fühlen [...] der Ort, den man mit seinen Liebsten in einer gemeinsamen Sprache, einer Kultur und einer Identität wahrnimmt. Ich halte es mit Johann Gottfried Herder: ‚Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss‘. Wir erleben heute ja oftmals, dass sich angestammte Österreicher in ihrem Land erklären müssen.“ (Profil 2013, S. 23)

Wahrnehmungen wie diese artikulieren außerdem ein nationalistische Diskurse häufig charakterisierendes historisches Schema (Hutchinson 1987), wonach ein angeblich „goldenes Zeitalter“ vergangener Jahre seither einer Ära vielschichtiger Probleme und Missstände gewichen sei, welche nationalistische Politik wiederum zu beseitigen verspricht.

Ein verwandter Topos geht davon aus, in einer typischerweise „kreisförmigen“ Argumentation, dass die Verantwortung für die den Nationalstaat und seine Bürger betreffenden negativen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit bei der EU zu finden sei. Gleichzeitig wird behauptet, es gebe auch offensichtliche Strategien der Wiederherstellung eines vorzuziehenden Status quo Ante. Im österreichischen Kontext manifestiert sich ein solch nostalgischer Diskurs häufig in einem weiteren Topos – jenem der „Insel der Seligen“ (Liessmann 2005, S. 59): Als Begriff 1971 von Papst Paul VI. geprägt, wird dieser Topos seither bedient, wenn es gilt, die jüngere

Vergangenheit als positives Gegenbeispiel einer negativ bewerteten Gegenwart gegenüberzustellen. In diesem Sinne schwang dieser Topos auch auf subtile Weise in der FPÖ Kampagne für die steirischen Landtagswahlen im Mai 2015 mit. Dort wurde auf Wahlplakaten der Partei behauptet, sie würde „Wohnen wieder leistbar machen“, „rot-schwarz“ (die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP auf Landesebene) hätte versagt, ein angebliches „Asylchaos“ wäre zu stoppen, und die FPÖ wäre Garant für „neue Wohnungen statt neuer Moscheen“.

Obwohl die EU in diesen spezifischen Versprechungen nicht im Zentrum der Argumentation stand, teilen solche rhetorischen Strukturen den Topos einer glorifizierten jüngeren Vergangenheit und einer angeblich deutlich nachteiligeren Gegenwart mit einer weit verbreiteten EU-Skepsis. Letztere sieht ein enttäuschendes, beunruhigendes „Jetzt“ in klarem Gegensatz zur Zeit vor Österreichs EU-Beitritt (Karner 2010, 2011). Die diskursiv konstruierte Verantwortung für derzeit empfundene Missstände wird eindeutig und stark vereinfacht verteilt:

„Die Grundidee eines [...] friedlichen und wirtschaftlich zusammenarbeitenden Europas war am Beginn bestimmt gut. Allerdings was inzwischen daraus geworden ist, ist alles andere als die Versprechungen vor dem EU-Beitritt [...] Anstatt des Aufschwungs ist es zu einer enormen Abwärtsentwicklung Österreichs [...] gekommen. Steigende Arbeitslosigkeit, enorm eskalierende Staatsverschuldung, der Verlust der Kaufkraft [...] die steigende Kriminalität, bis hin zum drastischen Bauernsterben. Die EU-Entscheidungen werden von den Großkonzernlobbyisten der Atom- und der ‚Gentechnik‘ [...] stark beeinflusst. Ebenso werden in Geheimverhandlungen [...] die transkontinentalen Freihandelsabkommen TTIP, TiSA, CETA ‚verhandelt‘, wodurch die EU-Mitgliedsländer zusätzlich draufzahlen werden [...] Unsere Großeltern hatten dieses Österreich unter sehr vielen Entbehrungen ohne die EU wunderbar aufgebaut. Dass es uns jetzt noch relativ gutgeht, (wie lange noch?) ist hauptsächlich ihr Verdienst.“ (*Kronen Zeitung* Leserbrief, 22.4.2015, S. 31)

Die besorgte Beschäftigung mit den hier angesprochenen Themen kennt man natürlich nicht nur in Österreich, sondern quer durch die krisengeschüttelte EU nur allzu gut. Gleichzeitig tauchen im hier zitierten Leserbrief uns bereits bekannte Topoi der Bedrohung von außen und der vermeintlichen historischen Fehlentwicklungen wieder auf, welche ebenfalls derzeit in zahlreichen europäischen Kontexten politisch reüssieren. Allerdings, und

dies ist ein analytisch entscheidender Punkt, folgen die diesbezüglichen Argumentationsstrukturen und eine starr nationale Deixis den besprochenen Problemen keineswegs automatisch. Als nächstes wenden wir uns daher anderen diskursiven Positionen zu, die aus den gleichen Themen und Herausforderungen gänzlich andere Schlüsse ziehen.

5. Österreichs Herausforderungen, Europas Probleme

In Anlehnung an Michael Billigs (1995) einflussreiche These zum „banalen Nationalismus“ stellt Laura Cram die Möglichkeit eines *banal Europeanism* in den Raum: Demnach betrachte ein Gutteil der europäischen Öffentlichkeit europäische Bezugsrahmen und nationale Selbstbestimmungen als durchaus mit einander vereinbar und europäische Identitäten mittlerweile als eine die nationale Domäne ergänzende Selbstverständlichkeit (Cram 2009). Anders ausgedrückt, werden hier nationale und europäische Herausforderungen und Solidaritäten als koexistent, nicht miteinander in Widerspruch stehend definiert. In Baumann und Gingrichs Terminologie kann dies als alternative „Identitätsgrammatik“ beschrieben werden, welche das „Nationale“ als Teil des „Europäischen“ konstruiert. Die folgenden Beispiele veranschaulichen diese dritte, hier diskutierte diskursive Formation, die sich oft selbst in deutlicher Abgrenzung zu den bereits besprochenen Argumentationsmustern sieht:

„Es ist wirklich beschämend, wie ein beträchtlicher Teil von uns Österreichern nicht bereit ist, über den Tellerrand hinaus zu schauen bzw. sich von populistischen Euro-Skeptikern beeinflussen lässt. Es war ein Quantensprung in der europäischen Geschichte, dass dieses ‚Friedensprojekt Europa‘ zustande gekommen ist, und man sollte sich dessen trotz aller bestehenden Schwächen bewusst sein. Europa hat ca. sieben Prozent der Weltbevölkerung, produziert dabei ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung und die Hälfte der Sozialleistungen unseres Planeten.“
(*Profil* Leserbrief 31.3.2014, S. 7)

Hier muss betont werden, dass solche und ähnliche Bekundungen eines *sowohl-als-auch* Selbstverständnisses, das Österreich als unwiderruflichen Teil der Europäischen Union versteht, häufig als unmittelbare Gegenreaktion auf die oben besprochene, starre und ausschließlich nationale Identitätsgrammatik formuliert werden. Im Juli 2008, und vor dem Hintergrund des bereits thematisierten Widerstands gegen den Lissabon-Vertrag, mel-

dete sich der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky, während dessen Kanzlerschaft Österreich 1995 der EU beigetreten war, in der *Kronen Zeitung* zu Wort. „Eine Lanze für die EU“ brechend, argumentierte Vranitzky mit einer deutlich breiter definierten Deixis; gleichzeitig versuchte er, den am häufigsten vorgebrachten Argumenten gegen den Lissabon Vertrag den Wind aus den Segeln zu nehmen:

„Ein Blick zurück: Zwei furchtbare Weltkriege erschütterten im 20. Jahrhundert unseren Kontinent Europa. Millionen Menschen kamen ums Leben [...] In den 1950er Jahren geschah etwas Sensationelles. Deutschland und Frankreich [...] begründeten ein europäisches Einigungsprojekt, welches Krieg führen der beiden gegeneinander für alle Zeiten ausschloss [...] In späteren Jahren traten mehr und mehr Länder diesem Friedensprojekt bei. Österreich am 1. Jänner 1995 [...] Unser Land führt die Liste der Europaskeptiker an [...] Daher sei festgehalten, [...] der Reformvertrag [ist] für Österreich kein Knebelungs- und kein Bevormundungsvertrag. Nirgends im Vertrag können die abstrusen Behauptungen, wir müssten unsere Neutralität aufgeben, irgendjemand würde uns unsere Wasserquellen wegnehmen, oder wir hätten kein Selbstbestimmungsrecht mehr, nachgelesen werden, um nur einige Auswüchse aus dem Gruselkabinett der Österreich-Retter zu erwähnen. Österreich ist durch nichts und durch niemanden gefährdet, daher braucht es auch von niemandem gerettet zu werden [...] Österreich ist in der Lage, Ideen, Impulse, auch Forderungen und Kritik einzubringen, um sich selber von dem eigen produzierten Gefühl zu befreien, ein Land zu sein, das seine EU-Mitgliedschaft erleidet, anstatt sie für die eigene Zukunft zu nützen.“ (Vranitzky 2008, S. 4 ff.)

Vranitzkys Argumentationsstruktur unterscheidet sich auf jeder Ebene von den in EU-skeptischen Diskursen zu findenden Topoi und von deren Identitätsgrammatik. Besonders auffallend ist das hier anzutreffende, konfliktfreie Nebeneinander einer europäischen (*unser Kontinent Europa*) und einer nationalen (*unser Land*) Deixis. Im Gegensatz zu den eingangs besprochenen Positionen werden hier der Nationalstaat und der europäische *network State* (Castells 2000) nicht nur in Bezug auf ihre Institutionen, sondern ebenfalls bezüglich ihrer identitätsstiftenden Wirkung als einander ergänzend verstanden.

Allerdings werden auch in solchen und ähnlichen Stellungnahmen gegenwärtige Probleme erkannt und thematisiert. Der Unterschied zu den bisher analysierten Argumentationslinien besteht darin, dass die EU hier

nicht als Ursache aller Probleme, sondern als Teil möglicher Antworten und Lösungsstrategien verstanden wird. Ein besonders deutliches Beispiel dafür wurde 2011 von Hugo Portisch, einem der bekanntesten Historiker und Journalisten Österreichs, geliefert. In seiner essayistischen Auseinandersetzung mit den ersten Phasen der Eurokrise und den durch sie generierten politischen Reaktionen und Gefahren bezieht Portisch deutlich für die Europäische Union – und folglich gegen anti-EU Populismus – Stellung; vor allem die friedenssichernde, historisch einzigartige Leistung der EU sei zu schätzen und zu würdigen. Gleichzeitig ist sich Portisch auch einer Reihe nicht von der Hand zu weisender struktureller Missstände und ideologischer Engpässe bewusst, die ihn für konkrete, dringend notwendige Reformen plädieren lassen: Finanzielle Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten sei symbiotisch vorteilhaft und vor allem in akuten Krisenzeiten gefordert und auszuweiten; gleichzeitig gelte es, das Subsidiaritätsprinzip der EU zu stärken und die demokratische Legitimität der EU auf allen ihren Ebenen zu vertiefen (Portisch 2011). Auf ähnliche Art argumentierte – vor dem Hintergrund der Eurokrise und der durch sie ausgelösten inner-europäischen Spannungen – beispielsweise auch Raimund Löw in der Wiener Wochenzeitung *Falter*, indem er die „ökonomische Notwendigkeit“ der nun zu finalisierenden „Vereinigten Staaten von Europa“ in den Raum stellte: Eine tatsächliche „politische Union, die auch bei Budgets, Steuern, Pensionen und Sozialsystemen das letzte Wort hat“, sei schlichtweg unumgänglich und im allgemeinen europäischen Interesse (Löw 2010).

Auch hier soll festgehalten werden, dass – ähnlich wie in bereits ange-deuteten Überschneidungen der ersten beiden, oben besprochenen Argumentationsmuster – Diskussionsbeiträge nicht immer in aller Deutlichkeit einer einzigen diskursiven Formation zuzuordnen sind. In ihrem kürzlich erschienen Buch *EU-Topia* liefern Peter Schachner-Blazizek und Werner Hauser (2015) ein Beispiel dafür, wie Argumente Charakteristika zweier, sich teilweise überschneidender Positionen in sich vereinen können (man siehe hierzu auch die sich mit denselben Autoren befassende Stelle unten). Demnach konstatieren Schachner-Blazizek und Hauser auf hier unmittelbar relevante Art und Weise, dass der Gemeinschaftswährung inhärente „Konstruktionsfehler“ dringend durch „einheitliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik“ zu beheben seien, dies jedoch nicht durch „Gleichschaltung“ und auf Kosten der kulturellen Vielfalt Europas geschehen dürfe; und dass es das „demokratische System“ der EU, insbesondere das Europäische Parlament und das Subsidiaritätsprinzip, stärker zu forcieren gelte; gleichzeitig üben Schachner-Blazizek und Hauser auch an bestimmten Aspekten eines möglichen Freihandelsabkommens mit den USA Kritik und zeigen Ver-

ständnis für die „Sehnsucht nach Grenzen“ in unserer globalisierten Welt (Schachner-Blazizek/Hauser 2015, S. 33, 77, 47, 100, 141, 143).

Im österreichischen „EU-Wahlkampf“ 2014 war die Mehrheit der dominanten Positionen dieser dritten, ideologisch äußerst heterogenen diskursiven Formation zuzuordnen, und zwar vertreten durch die ÖVP, die schließlich 26,98 Prozent der österreichischen Stimmen erhielt, die SPÖ (24,09 Prozent) und die Grünen (14,52 Prozent). Dabei ist offensichtlich, dass diese drei Parteien in sehr unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlich kritischen Akzenten argumentierten. Gleichzeitig gab es hier teilweise auch Überschneidungen. Während der ÖVP Spitzenkandidat auf Wahlplakaten verkünden ließ, er würde aus Liebe zu Österreich für ein besseres Europa arbeiten, unterschied ein SPÖ Slogan auf nicht unähnliche Art und Weise die „Herzensangelegenheit Österreich“ von der „Kopf-“ bzw. Vernunftfrage Europa. Die Spitzenkandidatin der Grünen argumentierte währenddessen, Europa dürfe nicht „irgendwo draußen“ verortet werden, denn es sei „unser Zuhause“ (*Der Standard* 29.4.2014, S. 8). Anhand der hier verwendeten Konzepte, insbesondere der Deixis und unterschiedlicher Identitätsgrammatiken, kann das analytische Augenmerk auf gewisse, ideologische Vielfalt überbrückende Gemeinsamkeiten gelenkt werden: Bezüglich impliziter Selbstbestimmungen und verwendeter Argumentationen wurden hier Österreich und Europa als sich nicht gegenseitig ausschließende, sondern mit einander in engem Wechselspiel verbundene Kategorien betrachtet. Kürzer formuliert, war diese dritte diskursive Formation ideologisch äußerst vielfältig; und gleichzeitig gab es hier einen 2014 insgesamt mehrheitsfähigen gemeinsamen Nenner: die Akzeptanz einer mehr oder weniger engen und notwendigen Verflechtung zwischen dem Nationalstaat und der EU. Und während im Gegensatz zu den eingangs besprochenen Positionen keine Widersprüche, sondern vielfältige – wenn auch nicht immer konfliktfreie – Verbindungen zwischen Österreich und der EU diagnostiziert und betont wurden, so blieb der Akzent auch hier auf der nationalen Domäne. Darin unterscheidet sich diese dritte Gruppe der besprochenen Positionen von der vierten und letzten Gruppierung.

6. Für eine „post-nationale“ Demokratie

Um die vierte und zweifelsfrei bisher am seltensten öffentlich vertretene Position zu behandeln, ist eine historisch tiefere Kontextualisierung hilfreich. Insbesondere sei hier auf jüngere historische Forschung verwiesen, die eine im 19. Jahrhundert um sich greifende „Nationalisierung“ zentral-

ropäischer Gesellschaften (Judson 2005a, 2005b; Judson/Rozenblit 2005; Wingfield 2003) konstatiert. Dies verweist auf die historisch belegte Tatsache, dass nationale Grenzziehungen und Identitäten jüngeren Ursprungs sind und erst – vor allem durch nationale/nationalistische Verbände, Parteien und in weiterer Folge durch über Medien verbreitete Diskurse – konstruiert werden mussten. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass der spätere „Siegesszug“ des Nationalen anfänglich keineswegs unausweichlich erschien. Demnach zeigen beispielsweise Judson und Zahra (2012), dass es auch quer durch Zentraleuropa und bis ins frühe 20. Jahrhundert „Räume“ und „Formen“ des Widerstands und der Gleichgültigkeit gegenüber nationaler Grenzziehungen (spricht: der nationalen Deixis) gab. Historische Quellen verweisen also in aller Deutlichkeit auf Formen der „Plurikulturalität“ (Feichtinger/Cohen 2014, S. 10) – wie beispielsweise Mehrsprachigkeit, interkulturelle Beziehungen wirtschaftlicher und privater Natur, und in den „Grauzonen“ zwischen starren, ethnischen Kategorien gelebte Biografien.

Im heutigen Kontext, und vor dem gänzlich anders strukturierten institutionellen Hintergrund der Europäischen Union und ihrer gegenwärtigen Krisen, zeigen sich vergleichbare Positionen, die dem Nationalen und einer derzeit weiträumig stattfindenden Renationalisierung (z. B. Hartleb 2012) einen nun manchmal als „post-national“ beschriebenen Diskurs entgegenzusetzen. In Österreich sind solche dezidiert europäisch orientierten Positionen am deutlichsten in an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Aufsätzen prominenter Intellektueller und in der Politik der NEOS auszumachen.

Deutliche Anzeichen eines solchen post-nationalen Diskurses sind im bereits erwähnten Buch *EU-Topia* von Peter Schachner-Blazizek und Werner Hauser zu finden. Demnach definieren sich die Autoren als „überzeugte Europäer und Befürworter des Integrationsprozesses“ und argumentieren, dass „wir“ – hier wird offensichtlich auf eine europäische „Ingroup“ verwiesen – sowohl „mehr Europa“ als auch ein spezifisch europäisches Narrativ, das unter anderem die Werte der Aufklärung, das Friedensprojekt Europa und „Menschen- und Grundrechtsschutz“ betonen sollte, bräuchten; außerdem, so Schachner-Blazizek und Hauser, sei das „Schwinden der Bedeutung von Nationalstaaten [...] eklatant spürbar, aber mental noch nicht akzeptiert“, und der „Abbau“ der wirtschaftlichen „Ungleichgewichte zwischen starken und schwachen Ländern“ dringend notwendig (Schachner-Blazizek/Hauser 2015, S. 7, 38, 130 ff., 75, 107).

Als nächstes muss hier Robert Menasse erwähnt werden, der sich als bedeutender deutschsprachiger Schriftsteller auch mit einer Reihe kritischer Aufsätze zu Österreichs Vergangenheit und Gegenwart internationale Anerkennung erarbeitet hat (Herzog 2011, S. 250 ff.). Für unsere Zwecke ist

insbesondere Menasses Buch *Der Europäische Landbote* (2012), das auf seinen detaillierten Recherchen in Brüssel beruht, von Relevanz. In direktem Widerspruch zu manchen der am häufigsten vorgebrachten Kritikpunkten an der EU argumentiert Menasse, dass sich in Verweisen auf die „Demokratiedefizite“ der EU „in Wirklichkeit das Unbehagen am schleichenden Verlust einer [nationalen] Identität, die objektiv ohnehin immer Chimäre war“, zeige; und, so fährt Menasse fort, EU-Skeptiker verdrehen „was auf nationaler Ebene einfach ‚Gesetzgebung‘ heißt, [...] im europäischen Einigungsprozess pejorativ zum ‚Regulierungswahn‘“ (Menasse 2012, S. 13 ff.). Als nächstes widerlegt Menasse weitere zentrale Topoi der EU-Skepsis, indem er darauf verweist, dass sich die Europäische Kommission im Zuge seiner Forschung – und zu seiner eigenen Überraschung – als „offene und transparente Institution“ und die Brüsseler Bürokratie als „extrem schlank“ und „sparsam“ offenbaren hätten. Davon ausgehend, konstatiert Menasse jedoch einen dringend reformbedürftigen „Konstruktionsfehler“ im Herzen der EU: Während er in der Kommission und dem Europäischen Parlament „zwei wirklich supranationale Institutionen“ erkennt, betrachtet Menasse den Europäischen Rat als kontraproduktiven Hemmschuh und „Bollwerk der Verteidigung nationaler Interessen“, das laut Menasse einer notwendigen Entwicklung einer „nachnationalen Demokratie“ und eines „subsidiären Europas der Regionen“ im Wege stehe. (ebd., S. 49 f., 84 ff.)

Zu guter Letzt seien hier auch die NEOS erwähnt; 2012 gegründet, erhielt diese Partei bei der EU-Wahl 2014 8,14 Prozent der österreichischen Stimmen. In ihrem „9 ½ Punkte Programm“ argumentieren die NEOS in ähnlich pro-europäischer, gleichzeitig jedoch kritischer Manier: Demnach brauche das europäische Friedensprojekt ein stärkeres Parlament, eine direkt gewählte Kommission, mehr budgetäre Disziplin, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, ein „demokratisches Europa der Regionen“, und eine europäische Staatsbürgerschaft (NEOS 2014).

In solchen Argumentationsmustern ist deutlich eine alternative Identitätsgrammatik zu erkennen, die das Nationale und das Europäische nicht nur als sich gegenseitig ergänzend betrachtet, sondern letzterer Kategorie eindeutig größere Bedeutung zumisst. Insofern zeigen die hier besprochenen Beispiele post-nationaler Diskurse – in der Deutlichkeit ihrer Opposition zu den eingangs analysierten, EU-skeptischen oder nationalstaatlich orientierten Positionen –, wie umstritten Europadiskussionen derzeit verlaufen und wie vielfältig die implizierten politischen Positionen sind.

7. Schlussbemerkungen

Wie in den anderen Beiträgen zu diesem Sammelband stand auch hier das „Ineinanderwirken“ von Kontexten und Texten im Mittelpunkt der Analyse. Das Konzept *des Politischen*, dem hier besondere Bedeutung zukam, wurde dabei als beträchtlich über die institutionell enger definierte *Politik* hinausgehend definiert. Sprache und ihre Manifestation in diversen Texten wurden, der Tradition der kritischen Diskursanalyse folgend, als Schlüssel-domänen des Politischen betrachtet. Soziale Aus- und Eingrenzung, niemals gänzlich abgeschlossene Prozesse der intersubjektiven Konstitution von – und Auseinandersetzung mit – „Sinn“ und „Bedeutung“ geteilter Erfahrungen und Perspektiven, sowie der Wettstreit konkurrierender Gesellschaftsmodelle – all dies schlägt sich in geschriebener und gesprochener Sprache nieder. Des Weiteren ist die aktive Teilnahme an solchen diskursiven Prozessen keineswegs der strukturell begünstigten „Elite“ vorbehalten; vielfältige soziale Akteure, mit unterschiedlichsten Positionen in den bestehenden Machtverhältnissen und diversen politischen Überzeugungen, partizipieren dabei, obgleich mit äußerst ungleich verteilten Möglichkeiten der Einflussnahme.

Gleichzeitig geht kritische Diskursanalyse deutlich über das ihr zugrundeliegende Verständnis von Sprache als von ihrem jeweiligen sozialen Kontext geformt und auf jenen wiederum rückwirkend (z. B. Weiss/Wodak 2003) hinaus. In ihren konkreten Ausformungen bietet CDA vielfältige analytische Konzepte an, deren Anwendung Licht auf die Prozesse der Grenzziehung, Identitäts- und Bedeutungskonstitution, und des ideologischen Wettstreites werfen. Die spezifischen, hier verwendeten theoretischen Hilfsmittel waren jene der *Deixis* und des *Topos*. Erstere verweist auf das „rhetorische Zeigen“ (Billig 1995, S. 94) auf Gruppen und Orte, durch die Grenzen geschaffen und aufrechterhalten werden. Gleichzeitig beschreiben *Topoi* oft „kreisförmige“ Argumentationsstrukturen, oder jene Annahmen und Behauptungen, die Prämisse und Schluss zugleich darstellen (Reisigl/Wodak 2001, S. 74 f.). Diese beiden theoretischen Stützen wurden in dieser Analyse um ein weiteres, der Sozialanthropologie entnommenes Konzept erweitert, nämlich um jenes der „Identitätsgrammatiken“ (Baumann/Gingrich 2004). Hierbei handelt es sich um die spezifischen, diskursiv konstruierten Beziehungen zwischen den identitätsstiftenden Kategorien des „Eigenen“ und des „Anderen“, die politischen Positionen oder kulturellen Perspektiven eigen sind; Identitätsgrammatiken erinnern daran, dass „wir“ und „sie“ nicht zwingend in einem starren Verhältnis gegenseitiger Ausgrenzung stehen müssen, dies jedoch häufig tun.

In seiner empirischen Anwendung richtete sich dieses analytische Modell hier an österreichische EU-Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Krisen seit 2008. Dabei wurde darauf geachtet, vielfältige Positionen „einzufangen“ und einer diskursanalytischen Diskussion zu unterziehen, nämlich parteipolitische Positionen genauso wie die divergierenden Beiträge zum öffentlichen Diskurs seitens bekannter Intellektueller oder der Verfasser von Leserbriefen. Anhand des konkreten analytischen Augenmerks, das die Konzepte der Deixis, der Topoi und Identitätsgrammatiken schärfen, war es folglich möglich, vier unterschiedliche Gruppierungen oder intern heterogene, diskursive Formationen auszumachen. Demnach werden österreichische Europa-Diskussionen derzeit von einem Wettstreit der folgenden vier, auch intern vielschichtigen Diskurse bestimmt: erstens, Positionen kompromissloser Ablehnung der EU; zweitens, EU-kritische Politik unterschiedlicher Prägung, welche zwar nicht auf einen (unmittelbaren) Austritt pocht, die allerdings in der Europäischen Union die Ursache der meisten derzeitigen Missstände und Probleme sieht; drittens, Argumentationsstrukturen und Identitätsmuster, die Österreich als eindeutigen und unwiderruflichen Bestandteil der EU betrachten, wenn auch der Fokus hier weiterhin auf die Ebene des Nationalstaats gerichtet wird; und viertens, politisch periphere Positionen, die in post-nationaler Manier auf ein weiteres und engeres Zusammenwachsen Europas und eine notwendige Stärkung europäischer – anstatt nationalstaatlicher – Demokratie drängen.

Solche und ähnliche diskursive Spannungen und Aushandlungen können derzeit quer durch Europa verfolgt werden. An weiteren Anwendungsfeldern für den hier verwendeten methodologischen und analytischen Ansatz mangelt es daher wahrlich nicht. Dabei geht es allerdings um weit mehr als die Verwendung einer spezifischen intellektuellen Denkschule. In Wahrheit durchleben „wir“ (man merke: Diese Deixis sei hier europäisch anstatt national definiert) eine Reihe von Krisen und Prozessen, die ganz Europa nachhaltig (neu-)formen werden. Dabei spielen Grenzziehungen, Interpretationsmuster und politische Gestaltungsmodelle eindeutige Schlüsselrollen. Wie hier dargelegt, kann uns eine konzeptionell erweiterte kritische Diskursanalyse zu einer deutlicheren Wahrnehmung dieser Prozesse verhelfen – und dadurch zu einem schärferen Verständnis unserer krisengeschüttelten, in eine unsichere Zukunft weisenden Gegenwart.

Des Weiteren muss festgehalten werden, dass der hier nicht mehr direkt berücksichtigte Zeitraum seit dem Sommer 2015 von einer weiteren Vertiefung gesamteuropäischer Krisen geprägt war: Die griechische Schulden- und Sparkrise sowie die Rolle der Eurogruppe darin, die im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ deutlich zutage getretene Renationalisierung und Frag-

mentierung innerhalb der EU und der sich nun abzeichnende „Brexit“ sind wohl die dafür deutlichsten Symptome. Im österreichischen Kontext zeichnete sich 2016 eine weitere Polarisierung prominenter Positionen zur „Europa-Frage“ ab. In der Präsidentschaftsstichwahl standen sich ein deutlich pro-europäischer Kandidat und ein dezidierter und starker EU-Skeptiker gegenüber. Letzterer, der letztlich unterlegene FPÖ-Kandidat Norbert Hofer, plädierte kurzzeitig für den Fall eines etwaigen EU-Beitritts der Türkei für ein Referendum bezüglich Österreichs weiterer EU-Mitgliedschaft. Damit schien auch ein „Öxit“ oder „Auxit“ zumindest kurzzeitig durchaus denkbar. All dies verdeutlicht, dass die hier besprochenen Positionen ständigen diskursiven Neuaushandlungen und möglichen Verschiebungen unterliegen; und es zeigt, wie viel hier tatsächlich auf dem Spiel steht.

Literatur

- Abts, K./Heerwegh, D./Swyngedouw, M. (2009): Sources of euroscepticism, *World Political Science Review* 5(1), <http://www.bepress.com/wpsr/vol5/iss1/art3/>, (Abruf 20.9.2010).
- Aftenberger, I. (2007): *Die Neue Rechte und der Neorassismus*. Graz: Leykam.
- Anderson, B. (1983): *Imagined Communities*. London: Verso.
- Augoustinos, M. (1998): Social representations and ideology. In: Flick, U. (Hrsg.): *The Psychology of the Social*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 156–169.
- Bauman, Z. (2004): *Europe*. Cambridge: Polity.
- Baumann, G./Gingrich, A. (Hrsg.) (2004): *Grammars of Identity*. Oxford: Berghahn.
- Billig, M. (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.
- Castells, M. (2000): *End of Millennium*. Oxford: Blackwell.
- Chantera-Stutte, P. (2003): The ambiguous heritage of Mitteleuropa: The resurfacing of Mitteleuropa as a counter-image to the EU in Austrian populism. In: *Law and Critique* 14, S. 325–353.
- Chouliaraki, L./Fairclough, N. (1999): *Discourse in Late Modernity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Cram, L. (2009): Introduction. In: *Nations and Nationalism* 15(1), S. 101–108.
- Der Standard, Eurobarometer (2010): Standard EB 73, Spring 2010, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_fact_at_en.pdf (Abruf 7.2.2011).
- EU-Austrittsvolksbegehren (2011): Österreich muss die untergehende EU rechtzeitig verlassen, www.eu-austritts-volksbegehren.at (Abruf 18.3.2011).
- Fairclough, N. (1989): *Language and Power*. London: Longman.
- Feichtinger, J./Cohen, G. (2014): Introduction – understanding multiculturalism: The Habsburg Central European experience. In: Feichtinger J./Cohen, G. (Hrsg.): *Understanding Multiculturalism*. New York und Oxford: Berghahn, S. 1–14.
- Filzmaier, P. (2010): *Der Zug der Lemminge*. Salzburg: ecowin.
- Gärtner, R. (2009): *Politik der Feindbilder*. Wien: Kremayr und Scheriau.

- Gingrich, A./Banks, M. (2006): *Neo-Nationalism in Europe and Beyond*. New York: Berghahn.
- Gruber, A./Bohacek, H. (2006): *Lebensmittel heute*. Graz: Kammer für Arbeiter und Angestellte.
- Halikiopoulou, D./Nanou, K./Vasilopoulou, S. (2012): The paradox of nationalism: the common denominator of radical right and radical left Euroscepticism. In: *European Journal of Political Research* 51, S. 504–539.
- Hall, S./Cricher, C./Jefferson, T./Clarke, J. N./Roberts, B. (1978): *Policing the Crisis*. Basingstoke: Macmillan.
- Hansen, T. B. (1999): *The Saffron Wave*. Princeton University Press.
- Hartleb, F. (2012): European project in danger? Understanding precisely the phenomena “Euroscepticism, Populism and Extremism” in times of crisis. In: *Review of European Studies* 4(5), S. 45–63.
- Heer, F. (1981\2001): *Der Kampf um die österreichische Identität*. Wien: Böhlau.
- Herzog, H. H. (2011): *Vienna is Different*. New York und Oxford: Berghahn.
- Hoffmann-Ostenhof, G. (2009): *Unsere Nationalreligion*, Profil 9.3., S. 73.
- Hutchinson, J. (1987): *The Dynamics of Cultural Nationalism*. London: Allen and Unwin.
- Judson, P. (2005a): Constructing nationalities in East Central Europe. In: Judson, P./Rozenblit, M. (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn, S. 1–18.
- Judson, P. (2005b): The Bohemian Oberammergau: nationalist tourism in the Austrian Empire. In: Judson, P./Rozenblit, M. (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn, S. 89–106.
- Judson, P./Rozenblit, M. (2005) (Hrsg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York: Berghahn.
- Judson, P./Zahra, T. (2012): Sites of indifference to nationhood. In: *Austrian History Yearbook* 43, S. 21–27.
- Karner, C. (2007): *Ethnicity and Everyday Life*. London: Routledge.
- Karner, C. (2010): The uses of the past and European integration: Austria between Lisbon, Ireland and EURO 08. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power* 17(4), S. 387–410.
- Karner, C. (2011): *Negotiating National Identities*. Farnham: Ashgate.
- Karner, C. (2013): Europe and the nation: Austrian EU-scepticism and its contestation. In: *Journal of Contemporary European Studies* 21(2), S. 252–268.
- Karner, C. (2014): Discursively ‘doing’ and ‘undoing’ Europe the Austrian way. Vortrag gehalten bei der III. Political Linguistics Konferenz. Warschau, Polen.
- Kovács, A./Horváth, A./Kinsky-Müngersdorff, N. (2009): The 1956 Hungarian revolution in the Hungarian, Austrian and German media. In: Triandafyllidou, A./Wodak, R./Krzyżanowski, M. (Hrsg.): *The European Public Sphere and the Media*. Basingstoke: Palgrave, S. 83–114.
- Krzyżanowski, M./Wodak, R. (2009): *The Politics of Exclusion*. New Brunswick: Transaction.
- Krzyżanowski, M./Triandafyllidou, A./Wodak, R. (2009): Introduction. In: Triandafyllidou, A./Wodak, R./Krzyżanowski, M. (Hrsg.): *The European Public Sphere and the Media*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–12.
- Liessmann, K. (2005): *Die Insel der Seligen*. Innsbruck: Studienverlag.

- Löw, R. (2010): Warum es an der Zeit ist für die Vereinigten Staaten von Europa. In: Falter 20, S. 7.
- Lynn, N./Lea, S. (2003): A “phantom menace” and the “new apartheid”. In: *Discourse & Society* 14(4), S. 425–452.
- Merlingen, M./Mudde, C./Sedelmeier, U. (2001): The Right and the righteous? European norms, domestic politics and the sanctions against Austria. In: *Journal of Common Market Studies* 39, S. 59–77.
- Menasse, R. (2012): *Der Europäische Landbote*. Wien: Zsolnay.
- NEOS (2014): Programm, www.neos.eu/programm/9-europa-umarmen/ (Abruf 16.10.2014).
- ORF (2014): Anstand keine Frage der Herkunft, <http://orf.at/stories/2244035/2244037> (Abruf 27.5.2015).
- Pelinka, A. (1998): *Austria: Out of the Shadow of the Past*. Boulder: Westview.
- Portisch, H. (2011): *Was jetzt?* Salzburg: Ecowin.
- Profil (2013): Interview: „Die wunderbare Tradition des Wienerlieds“, 2.9, S. 23–25.
- Profil (2015): Interview: „Ich habe nur gepafft“, 16.2., S. 1.
- Rathkolb, O. (2005): *Die paradoxe Republik*. Wien: Zsolnay.
- Reisigl, M./Wodak, R. (2001): *Discourse and Discrimination*. London: Routledge.
- Rettet Österreich (2008): www.wien-konkret.at/politik/wahlen/nationalratswahl2008/rettet-oesterreich/ (Abruf 11.5.2015).
- Schachner-Blazizek, P./Hauser, W. (2015): *EU-Topia: Gedanken zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Wien: NMV Verlag.
- Thaler, P. (2001): *The Ambivalence of Identity*. West Lafayette: Purdue University Press.
- Uhl, H. (2006): From victim myth to co-responsibility thesis. In: Lebow, R. D./Kansteiner, W./Fogu, C. (Hrsg.): *The Politics of Memory in Postwar Europe*. Durham: Duke University Press, S. 40–72.
- Viehöver, W. (2014): Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen: Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): *Politische Narrative: Konzepte, Analysen, Forschungspraxis*. Wiesbaden: VS, S. 67–91.
- Volksbegehren (2015): www.volksbegehren-eu-austritt.at (Abruf 11.5.2015).
- Vranitzky, F. (2008): Eine Lanze für die EU, *Kronen Zeitung*, 29.7., S. 4–6.
- Wahl (2008): <http://wahl08.bmi.gv.at> (Abruf 11.5.2015).
- Weiss, G. (2002): A.E.I.O.U. In: Malmberg, M./Stråth, B. (Hrsg.): *The Meaning of Europe*. Oxford: Berg, S. 263–284.
- Weiss, G./Wodak, R. (2003): Introduction. In: Weiss, G./Wodak, R. (Hrsg.): *Critical Discourse Analysis*. Basingstoke: Palgrave, S. 1–31.
- Wingfield, N. (Hrsg.) (2003): *Creating the Other*. New York: Berghahn.
- Wodak, R./De Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K. (1999): *The Discursive Construction of National Identity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Wodak, R./de Cillia, R. (2007): Commemorating the past: The discursive construction of official narratives about the “Rebirth of the Second Austrian Republic”. In: *Discourse & Communication* 1(3), S. 315–341.
- Wöller, B. (2014): „Europa“ als historisches Argument: Nationsbildungsstrategien polnischer und ukrainischer Historiker im habsburgischen Galizien. Bochum: Winkler.

Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode

Zusammenfassung: Mode ist ein multidimensionales Phänomen und kann aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert werden. Sowohl im Alltag als auch im akademischen Kontext wird sie jedoch vergleichsweise selten als politisches Phänomen gesehen. Dennoch können sowohl die Mode als auch die Kleidung Mittel zur Bildung, zur Aufrechterhaltung oder zur Umgestaltung von Relationen von Macht, zur (Re-)Affirmation bestehender Gesellschaftsstrukturen oder zur Artikulation individueller und kollektiver Identitäten sein. Die Rhetorik der Kleidung wird bisweilen als Form des politischen Protests und der Forderung nach gesellschaftlicher Anhörung sowie Anerkennung genutzt; die Kleidungspraktiken können verboten, befohlen, in Frage gestellt oder fetischisiert werden; sie beeinflussen die Produktionsform und die Entwicklung der Industrie, während öffentliche Debatten zu Kleidungspraktiken nicht selten zu gesellschaftlichen Echos führen. Dabei ist die politische Bedeutung einer Kleidung nicht für immer gegeben, weil die mit ihr einhergehende Bedeutung sich durch große Instabilität charakterisiert.

Thema des vorliegenden Artikels sind die wichtigsten Kontexte zur Verbindung von Mode und Politik im akademischen Modediskurs. Es werden zeitgenössische Forschungstexte analysiert, die sich mit dem politischen Charakter von Mode und Kleidung befassen. Hauptziel des Artikels ist, eine Differenzierung zwischen dem „politischen Charakter von Mode“ und der „Politisierung von Kleidung“ einzuführen, die es ermöglicht, das Wissen über Mode als politischer Kraft zu kategorisieren. Die kritische Analyse des Forschungsstands der gegenwärtigen *fashion studies* zeigt darüber hinaus weitere Forschungsrichtungen der besprochenen Thematik auf.

Schlagwörter: Modepolitiken, Politisierung von Kleidung, Modemacht, Modegewalt, Imperialisierung der Mode, Nationalisierung von Mode

Summary: Fashion is a multidimensional phenomenon and can be analysed from various perspectives. Relatively rarely it is considered as a political

phenomenon. Meanwhile, fashion and dress are means of establishing, sustaining or transforming power relations, reaffirming social structures, expressing individual and collective identities, and asserting social distinctiveness. The rhetoric of dress is sometimes harnessed as a form of political protest and as a tool in the struggle for social recognition. Dress practices are banned, ordered, contested, fetishized; they shape the production and development of the industry, and public debates on them often lead to social repercussions. The political significance of a given garment is not given once and for all and the meanings associated with it are characterized by great instability. The article discusses the most important contexts in which relationships between fashion, dress and politics are presented in the academic fashion discourse. The main aim of the article is to distinguish between “fashion politics” and “politicization of dress”, which allows to organize knowledge about fashion as political force. Critical analysis of the state of the art in contemporary fashion studies leads additionally to indicate further research directions of the discussed subject.

Keywords: politics of fashion, politicization of dress, fashion power, fashion violence, fashion imperialism, national fashionism

1. Mode und Politik

Die Verbindungen zwischen Mode und Politik sind vielfältig und innerhalb der *fashion studies* noch immer nicht ausreichend erforscht. Es kommen jedoch immer neue Arbeiten hinzu, die analysieren, wie Mode und Kleidung verstanden und wie sie als politische Kraft in Gemeinschaften genutzt werden. Zu erwähnen ist der Versuch der australischen Forscherin Jennifer Craik zur Systematisierung der Zusammenhänge zwischen Mode und Politik (Craik 2009). Sie unterscheidet vier Kulturtypen der Modepolitiken, die sie als Spiel zwischen den Kräften im Inneren des Modesystems und äußeren Kräften versteht, die wiederum die Produktionsform, die Distribution und den Konsum von Kultur, Ideen- und Phänomenprodukten beeinflussen (ebd., S. 285). Dies sind erstens *autoritative/Top-down-Politiken* (*authoritative/top-down politics*), zu denen Craik den politischen Gebrauch von Kleidung und Mode zählt, der durch ein bestimmtes politisches Regime und gesellschaftliche Institutionen eingeführt wurde, aber auch zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Kontext geltenden Regulationsmechanismen. Beispiele für diese Praktiken sind für Craik unter anderem Aufwandgesetze (*Sumptuariae Leges*), die in vielen feudalen Gesellschaften der Welt galten; in kolonisierten Ländern die von den Kolonisato-

ren auferlegten Regulierungen von Kleidung; die von oben angeordnete bzw. verbotene Nutzung von westlichen Mustern und Kleidungspraktiken in den sich modernisierenden Gesellschaften des 20. Jahrhunderts; religiöse Anordnungen und Verbote hinsichtlich der Kleidung; Kulturkonventionen und Kleidungsetiketten (*dress codes*) sowie rechtliche Vorschriften, Protokolle oder internationale Vereinbarungen usw. Zweitens sind dies *Bottom-up-/Anti-Establishment-Politiken* (*anti-establishment/bottom-up politics*), realisiert durch gesellschaftliche Gruppen, Subkulturen und Bürgerbewegungen, die eine politische und kulturelle Veränderung suchen. Craik bespricht hier Beispiele von Kathryn Hamnetts T-Shirts mit politischen Slogans; die Adaption militärischer Kleidungsmuster und -elemente durch revolutionäre Gruppen und „Freiheitskämpfern“; die Stilistik von Subkulturgruppen, die sich in Opposition zu den dominierenden Ideologien befinden (Hippiestil, Punkstil, Ökostil) und politische Gruppen, die um politische und kulturelle Veränderungen kämpfen (der Stil der IRA, der Schwarzen Panther, die Stile der Anführer von Volksbefreiungsbewegungen in ehemaligen Kolonien).

Als dritten Typ nennt Craik *Identitätspolitik* (*identity politics*), verbunden mit der Absicht des Individuums, mit Hilfe von Kleidung und Lebensstil die eigene Ideologie und gesellschaftliche Zugehörigkeit auszudrücken (dies betrifft vor allem die Bereiche Gender, Sexualität, Ethnie oder Religion). Craik führt Beispiele für die Entdeckung der Tradition und Re-Invention von lokaler Kleidung in postkolonialen Gesellschaften sowie in Gemeinschaften, die in den westlichen Diaspora leben; alternative und subversive Geschlechts- und Sexuelsymbole (*cross-dressing*, *power dressing* von Karrierefrauen); Gebrauchskontexte des schottischen Kilts und Tartans.

Und schließlich viertens die *Politiken der Modeindustrie* (*industry politics*), die mit den Fragen der Produktion, der Distribution und des Konsums von Kleidung einhergehen. Zu den Industriepolitiken gehören laut Craik unter anderem Regierungssubventionen und -ansporn, Hilfsprogramme, Arbeitsbedingungen in der Modeindustrie, Imitationen, Güteraustausch, Unterstützung von Medienstars, gesponserte Artikel, die für die Branche charakteristische Spannung zwischen der Haute Couture und der Produktionsrealität der Massenmode, die Frage nach der Ausbeutung von Ressourcen, der Arbeitskraft und der Kultur der sog. Dritten Welt durch die Erste Welt.

Die Praktiken der oben skizzierten Typologie durchdringen meist das Gesellschaftsleben, was die Forscherin am Beispiel der Kleidungspraktiken aus der Zeit des Kolonialismus und Postkolonialismus erläutert. Diese Typologie ist für die Erforschung der Beziehungen zwischen Mode und Politik

von Nutzen, erfordert meiner Meinung nach jedoch Ergänzungen und sollte weiterentwickelt werden, zumal die angesprochenen Typen in der Forschung relativ selten näher betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag das Ziel, das Forschungsfeld zu systematisieren, eine Differenzierung zwischen dem „politischen Charakter von Mode“ und der „Politisierung von Kleidung“ einzuführen und einige Beispiele aus der Forschung einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Umgangssprachlich wird Mode mit Kleidung gleichgesetzt. Auch in der einschlägigen Literatur ist die sog. enge Definition von Mode anzutreffen¹, die sich auf Änderungen in der in einer bestimmten Gemeinschaft zu einem bestimmten Zeitraum verbreiteten Kleidungsweise bezieht. In der Forschung wird das Phänomen der Kleidermode zudem häufig auf die Arten verdichtet, sich mit institutionell produzierten, beworbenen, verkauften und innerhalb eines modernen Modesystem bewerteten Produkten zu kleiden – eines Systems, das sich im westlichen Europa zusammen mit der Moderne herausbildete.

Mode im weiteren Sinne bezieht sich dagegen auf kollektive Verhaltens-, Denk oder Wertungsmethoden, die in einer bestimmten Gemeinschaft zu einer bestimmten Zeit verbreitet sind. In diesem Verständnis bezieht sich der Begriff nicht nur auf die Kleidung und das Schmücken des Körpers, sondern auch auf andere Güter, Ausdrucksformen und gesellschaftliche Lebensräume wie z. B. Malerei, Architektur, Musik, Literatur, Medizin, politische Doktrinen, wissenschaftliche Theorien oder der Namensgebung bei Kindern (Blumer 1969; Luhmann 1997; Lieberson/Bell 2002). Bei einer weiteren Definition der Mode wird davon ausgegangen, dass Kleidung und Mode keine Synonyme sind. Nicht jede Kleidung ist automatisch auch Mode (Eicher/Roach-Higgins 1992) – nur wenig Kleidung wird zu einer bestimmten Zeit in einem komplexen Prozess der gesellschaftlichen Wahl, des Definierens sowie der Anerkennung als „modisch“ zu Mode. Darüber hinaus bezieht sich Kleidung auf die materielle Produktion, Mode dagegen auf die Produktion symbolischer Bedeutungen; Kleidung ist materiell wahrnehmbar, Mode ist eine nicht materielle Kraft, die sich in materiellen Erzeugnissen manifestiert; Kleidung geht einher mit Notwendigkeit und Gebrauchsfunktionen, Mode dagegen mit Überfluss sowie mit Statusfunktionen; Kleidungspraktiken sind Merkmale jeder Gesellschaft und jeder Kultur, während Mode innerhalb spezieller Institutionen geschaffen wird und kulturell verbreitet werden muss (Kawamura 2004, S. 1).

1 Für die Definitionsweisen von Mode in den *fashion studies* siehe unter anderem Kawamura (2004), Meinhold (2013), Edwards (2011).

Mode ist also ein komplexeres und hinsichtlich ihrer Bedeutung ein umfassenderes Phänomen als Kleidung. Dennoch ist meist Kleidung der Gegenstand von Untersuchungen zum Prozess und Mechanismus von Mode, die von Barthes (2005, S. 21–22) in drei Strukturen (die reale, die abgebildete und geschriebene) unterteilt wird. Dieser Umstand geht auf die Entwicklungsgeschichte der wissenschaftlichen Modeforschung sowie den Charakter der Bekleidungsindustrie und ihrer Produkte zurück. Alle müssen sich kleiden und jeder, ein beliebiges Kleidungsstück tragende Mensch, trägt zu dessen Verbreitung bei. Kleidung ist mehr direkt mit dem Körper des Menschen und mit einer persönlichen Wahl verbunden als viele andere Produkte. Sie verschleißt relativ schnell und muss ausgetauscht werden; man kann sie auch vergleichsweise schnell entwerfen, produzieren und verkaufen (Reilly 2014, S. 13). Veränderungen der Kleidungsstile sind ferner ein schnell wahrnehmbares Anzeichen für gesellschaftlichen Wandel. Zudem ging das gegenwärtige Modesystem aus der Bekleidungsbranche hervor.

Von der Annahme ausgehend, dass Mode nicht mit Kleidung gleichzusetzen ist, schlage ich vor, *Praktiken der Politisierung von Bekleidung* vom *politischen Charakter der Mode* zu differenzieren. Die Politisierung von Bekleidung ist meiner Meinung nach eine Praxis, Kleidung politische Bedeutungen zuzuschreiben bzw. eine Praxis der Nutzung von Kleidung durch verschiedene Parteien im politischen Kampf sowie im gesellschaftlichen Leben einer Gemeinschaft. Dagegen hängt der politische Charakter der Mode mit der Logik des Modewirkens, mit den Praktiken der Modewelt und mit den Verbindungen von Mode und Machtkategorien zusammen. Diese Aspekte sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

2. Politisierung der Bekleidung

Die drei ersten Praktiken, die Craik hervorhebt, beziehen sich auf verschiedene Formen der Politisierung der Bekleidung. Auch andere Forscherinnen und Forscher, die sich mit den Beziehungen zwischen Mode und Politik befassen, konzentrieren sich hauptsächlich auf den politischen Aspekt der Kleidungspraktiken. Aus ihren Analysen ergeben sich einige Gemeinsamkeiten.

Erstens spielt Kleidung eine große Rolle im Prozess der Performanz der Politizität sowie in der *symbolischen Repräsentation des politischen Körpers bzw. der Macht*. Kleidung erlaubt nicht nur die Wahrnehmung von Macht, sondern ist auch ein wichtiger Teil ihrer Ausübung (McDowell 1985, S. 9).

Vertreter der hoheitlichen Gewalt – ungeachtet dessen, ob von Monarchie, totalitären oder demokratischen Systemen die Rede ist – nutzten und nutzen Kleidung als Mittel der Macht, der Legitimierung und der Propaganda des eigenen Handelns (Mansel 2005).

Die große Bedeutung der visuellen Repräsentation monarchischer Macht war mit der im mittelalterlichen und frühmodernen Europa herrschenden Idee des königlichen Doppelkörpers verbunden, der zufolge der natürliche, unvollkommene und sterbliche Körper des Herrschers den symbolischen, quasi-göttlichen und unsterblichen politischen Körper repräsentiert (Mirzoeff 1995, S. 58 ff.). Mit der Enthauptung Ludwigs XVI. endete diese Idee, und die Proklamation der Republik führte zur Transformation der visuellen Repräsentation des Staates, zu dessen Souverän das unterschiedlich verstandene Volk wurde. Die französischen Revolutionäre erfuhren das Problem der politischen Repräsentation selbst, das fest in die Existenz des modernen Nationalstaats eingeschrieben wird: In einer Zeit der körperlosen Macht erhielt der Begriff „politischer Körper“ abstrakten Charakter, und jeder Versuch, den Staat zu „verkörperlichen“, gerät arbiträr, strittig und unvollkommen – denn auch wenn in der Theorie jeder Körper einen „nationalen Körper“ bildet, so werden in der Praxis lediglich bestimmte Körperarten als Repräsentation des Staates behandelt und mit der Kategorie der Staatsbürgerschaft verbunden.

Die starke Tradition in der politischen Idee (von Rousseau bis zur Frankfurter Schule) betrachtet jede Form der visuellen Repräsentation, des politischen Spektakels, der Theatralisierung sowie „Ästhetisierung der Politik“ kritisch und behandelt sie als Ausdruck einer antidemokratischen und oppressiven Form der Macht.² In der Forschung zu den Beziehungen zwischen Politik und Bekleidung wird jedoch häufig darauf aufmerksam ge-

2 Walter Benjamin verwendete den Begriff „Ästhetisierung der Politik“ in Zusammenhang mit dem faschistischen Erheben des Stils über die Menschheit sowie des Ziels und des Effekts über das Leiden. Wird Politik ästhetisiert, so führt dies seiner Meinung nach zur Bewertung politischen Handelns in ästhetischen Kategorien (das Schöne), und nicht in denen der politischen Wirksamkeit und der gesellschaftlichen Konsequenzen (vgl. dazu Benjamin 1973, S. 243 f.). Jürgen Habermas wiederum sieht den Übergang von der absolutistischen Monarchie zum modernen Nationalstaat als Wende von den Formen der „repräsentativen Kultur“ (in der ausschließlich eine Seite das Recht hatte, sich zu repräsentieren und dabei die Sinne der Empfänger niederdrückte) zu einer Kultur der „Öffentlichkeit“, die sich auf den Dialog der verschiedenen Seiten stützt. Diese wiederum können außerhalb der staatlichen Kontrolle Meinungen und Wissen frei austauschen (vgl. Habermas 1962; auch Calhoun 1992 und Peters 1993, S. 541–571).

macht, dass Politik per Definition ein theatralisierter Lebensbereich ist, weil Nationen „erdachte Gemeinschaften“ sind (Anderson 1997). Tragfähige visuelle Repräsentationen sind daher von großer Bedeutung für ihr Funktionieren in der menschlichen Vorstellung; wird im Voraus jede Form der Aufführung von der Politik als „schlecht“ zurückgewiesen, so kann dies dazu führen, dass viele wichtige Gebrauchsweisen von Kleidung in der modernen Politik übersehen werden, die das Problem der Repräsentierung des politischen Körpers lösen könnten (Hunt 1984; Parkins 2002; Behnke 2017).

Dies führt mich zu meinem nächsten Punkt, d. h. zu *den Praktiken der Uniformierung* der Gesellschaft in Bezug auf Kleidung. Die Aufklärung war eine Zeit der Modernisierung im Geiste des Rationalismus, der Entwicklung der Staatsmacht und der Erfindung neuer Techniken der Verwaltung. Eine davon waren absolutistische Militäruniformen und zivile Dienstkleidung, die Mittel der gesellschaftlichen Disziplin und der Werbung für die Monarchie waren (vgl. Maxwell 2014). Auch in der Zeit der Französischen Revolution entstanden mehrere Projekte einer nationalen Uniform für die Bürger der Republik, die den symbolischen Bruch mit der despotischen Monarchie und der frivolen höfischen Mode abbilden sollte,³ obwohl kritischen Stimmen zufolge die Idee einer nationalen Uniform im Grunde genommen die Idee des nationalen Subjekts, der Demokratie und der Freiheit des Einzelnen untergrabe, sich gemäß des persönlichen Bedürfnisses und Geschmacks zu auszudrücken (Witte 2004, S. 72–78). Diese Kritik hielt jedoch die Versuche zur von oben ausgehenden Uniformisierung der Kleidung in den modernen Nationalstaaten in den folgenden Jahrhunderten nicht auf.

Die internationale Rivalität und die zunehmende Brutalität von Kriegen führten zur Verbesserung der militärischen Technologie und militärischen Uniformen, bei denen nun Ergonomie und Tarnfarben grundlegende Bedeutung gewannen. Auch setzte sich die Entwicklung der uniformisierten Kleidung für die zivile Gesellschaft fort: Uniformen für einzelne Berufe, Schuluniformen, Quasi-Uniformen für die Freizeit (Badeanzüge, Reisekleidung). Während im 18. und 19. Jahrhundert in Europa ein Prozess der Vereinheitlichung, Vereinfachung und Farbabtönung der männlichen Beklei-

3 Vgl. Mercier (1793) und Saint-Sauveur (1796). Ideen zur nationalen Uniformen kamen nicht nur im revolutionären Frankreich auf. Mehr zu diesem Thema bei Maxwell (2014, S. 96–120).

derung beobachtet werden kann⁴, kam der Uniformismus in der weiblichen Kleidung im 20. Jahrhundert auf und begleitete den Anstieg an weiblicher Teilhabe am öffentlichen Leben sowie das Auftreten der sogenannten „Arbeiterfrau“ (Blackman 2013).

Die Gleichsetzung von Nation und souveränem *Demos* führte zur Suche nach politischen Symbolen des nationalen Körpers in der Volkskultur und den untersten Gesellschaftsschichten. Zu einem der Symbole der Französischen Revolution und zum Index revolutionärer Ideen wurde die Kleidung der „Sansculottes“ (lange Hosen und rote Freiheitsmütze), radikaler Revolutionäre, die Handwerksberufen nachgingen und Arbeiter der Pariser Manufakturen waren (Wrigley 2002). Patrioten des 19. und 20. Jahrhunderts praktizierten Folklorismus⁵ und verbanden ausgewählte Symbole, Muster und Volkstrachten mit binären Oppositionen wie authentisch/künstlich, rechtmäßig/unrechtmäßig, mit dem Ziel, eine nationale Identität zu gestalten sowie die „Authentizität“ der eigenen politischen Forderungen zu bestätigen.

Es ist zu beachten, dass eine Vereinheitlichung der Kleidung nicht mit Uniformierung gleichzusetzen ist und dass eine Abstufung der Uniformisierung existiert, angefangen von der totalen Dienstuniform über standardisierte Quasi-Uniformen bis hin zu moderner Kleidung (Heath/Potter 2005, S. 170). Diese verschiedenen Formen werden wegen der Überzeugung von den Transformationseigenschaften der Uniform adoptiert: Was ein Individuum äußerlich trägt, hat Einfluss auf seine innere Verfassung, auf sein Denken und seine Emotionen. Uniformen sind auch aufgrund der vielen ihnen zugeschriebenen Bedeutungen interessant. Sie werden einerseits in den Foucaultschen Kategorien der Disziplin, Kontrolle, Fügsamkeit und Repression erfasst – als eine der modernen Technologien zur Erzeugung fügsamer Körper (Foucault 1998) und als gesellschaftliche Form der Begrenzung der Individualität des Einzelnen. Andererseits werden sie als Werkzeuge zur Formierung von Gruppensolidarität und des die Kraft des

4 Der britische Modetheoretiker John Flügel nannte dies „einen gewaltigen Modeverzicht“ durch Männer (Flügel 1930); Einfluss darauf hatte der damalige Kontext von Mode, Weiblichkeit und politischer Exklusion.

5 Die Praxis des Folklorismus besteht darin, Elemente einer Volkskultur auszuwählen, sie wiederzugeben und von ihrem natürlichen ländlichen Entstehungskontext entkoppelt zu verarbeiten sowie sie in Politik, Massenkultur, städtischer Kultur, Konsumkultur usw. in Umlauf zu bringen. Die rekonstruierte Volkstümlichkeit dient aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnissen und hat nicht viel mit den tatsächlichen Lebensbedingungen der Bauern oder mit der traditionellen Volkskultur, von der sie ihre Inspirationen schöpft, gemeinsam (vgl. Burszta 1969).

Einzelnen in kollektive Macht umwandelnden Professionalismus gesehen (Roche 1996), von Zugehörigkeitsgefühl, Selbstsicherheit, Komfort und einem Platz in der Gesellschaftshierarchie. Sie werden darüber hinaus auch mit Transgression, Widerstand, Demütigung, Strafe, Scham und mit individueller Repräsentation verbunden, deshalb kommen sie auch in subversiven Kontexten wie Subkulturen, Pornografie, Prostitution, Sadomasochismus, Cross-Dressing usw. vor (Craik 2005).

Dieser Bedeutungsreichtum der Uniformen erklärt teilweise, dass die Mehrheit der von oben auferlegten Praktiken der Bekleidungsuniformisierung der Bevölkerung im Alltag nicht angenommen wurde. Die existierenden Vorschläge enthüllen jedoch, welche Vorstellungen von der nationalen Gemeinschaft gepflegt wurden. Vorschläge aus späteren Jahrhunderten waren im Vergleich mit den von aufgeklärten Monarchen eingeführten Uniformen demokratischer, doch war die Reichweite ihres Egalitarismus verschieden. So zeigte beispielsweise das politische Imaginarium der Französischen Revolution tiefe Widersprüche in Bezug auf die Frage des Geschlechts und der Bürgerschaft: Die Kategorie des Bürgers wurde an männliche Aktivitäten geknüpft, wie das Sprechen in der Öffentlichkeit und die Verteidigung des Staates, was dazu führte, dass Frauen von der aktiven Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen wurden (Parkins 2002a, S. 6; Fraser 1989, S. 126). Der ursprüngliche politische Ausschluss bot jedoch später neue Chancen, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, und Kleidung wurde des Öfteren zur Waffe im Kampf darum, wahrgenommen zu werden. So forderten etwa die Suffragetten ihre bürgerlichen Rechte nicht in Anlehnung an eine Rhetorik der abstrakten Persönlichkeit, sondern durch Betonung ihres geschlechtlichen Anderseins hauptsächlich mithilfe von Kleidung (Parkins 2002b).

Dies führt zum dritten Punkt des Beitrags, d. h. zu *Kleidung als Form der politischen Kritik*. Bekleidung ist auch an der performativen Gestaltung der politischen Subjektivität des Einzelnen sowie marginalisierter und durch die Obrigkeit vom politischen Körper ausgeschlossener Gruppen beteiligt. Nicht nur Frauen, sondern auch Vertreter der niedrigeren Schichten, ethnische, sexuelle und religiöse Minderheiten usw. nutzten und nutzen Kleidung, um einen Status quo zu kritisieren, um sich sichtbar zu machen und um die Anerkennung ihrer Identitäten und bürgerlichen Rechte zu fordern.

Die Protestkultur, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert in Folge der Nachkriegserfahrungen (vor allem Kalter Krieg, Dekolonisation, Wirtschaftswachstum und die darauffolgende Krise sowie wirtschaftliche Rekonstruktionen) aufkam, wurde zum Katalysator der Revolte gegen die geltende Ordnung, gegen die Regeln des Systems und Autoritäten sowie

deren Transformation. Viele soziale Bewegungen politisierten Kleidung als Teil ihrer allgemeinen Identitätspolitik. Vor allem in den 60er- und 70er-Jahren, in denen der Slogan „das Persönliche ist politisch“ („the personal is political“) zum führenden Spruch avancierte, wurde die öffentliche Demonstration von Kritik am Establishment sowie von alternativen politischen Ansichten über das Aussehen und das Verhalten zur allgemeinen Taktik der Einzelnen im Alltag, und zwar nicht nur in liberalen westlichen Demokratien, sondern auch in kommunistischen Staaten und Kolonien, die nach Unabhängigkeit strebten.

Der Gebrauch von Materialien und „niedrigen“, aus der (eigenen oder exotischen) Arbeiter- und Volkskultur stammenden Motiven verband die große Vielfalt der Bottom-up-Stile, die zahlreichen Subkulturen die Gestaltung ihrer politischen Identität und deren öffentliche Demonstration ermöglichten, ebenso wie die Subversion als oppressiv geltender Formen (z. B. wurden Kleidungsstücke wie Uniformen, Anzüge für Männer oder ein weibliches Kostüm durch Umkehr ihrer Bedeutungen umgestaltet und eigene Bedeutungen zugeschrieben⁶). Infolge dieser Taktiken entstanden Hybride mit ambivalenten Bedeutungen.

Die Bekleidungskultur des Protestes der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war größtenteils eine Politik des Unterschieds: Neue Stile sollten Individualismus ausdrücken, die Lust daran, ein sich von anderen unterscheidendes und den gesellschaftlichen Status quo herausforderndes Individuum oder eine Gruppe zu sein. Die Modeindustrie kommerzialisierte im Laufe der Zeit die Bottom-up-Stile (indem sie sie in schickere Versionen umgestaltete⁷, mit dem Etikett „modern“ versah und sowohl in günstigen als auch in teuren Varianten verkaufte), und stumpfte damit auch ihre politische Klinge. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Politisierung der Kleidung mithilfe der Bekleidungsambivalenz stets zwischen Subversion der Macht und Bekleidungskontrolle durch die Obrigkeit für ihre eigenen Ziele oszilliert – sei es durch Disziplinierung oder durch Aneignung von Bekleidung.

Zum Abschluss dieses Teils soll mit Bezug auf Aneignung auf die Praxis der *Nationalisierung von Mode* eingegangen werden. Mit der Entwicklung der Industrialisierung, des Nationalismus, der Konsumkultur und der internationalen Rivalität im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das wirtschaftliche und politische Potenzial der Mode erkannt, und man bemühte sich, sie zu kontrollieren und mit Blick auf die Bedürfnisse der

6 Zum Thema Gentrifizierungsstrategien der niederen Kultur vgl. Halnon (2002, S. 501–516).

7 Vgl. u. a.: Hebdige (1979), Heath/Potter (2005), Craik (2009), Sims (2014).

eigenen Nation zu gestalten. Dabei wurden jedoch nur in geringerem Maße nationale Uniformen für die Gesamtheit der Gesellschaft erarbeitet, viele moderne Nationalstaaten strebten die Einrichtung einer distinktiven nationalen Mode an. Alexander Maxwell nennt die entsprechenden Maßnahmen nationale Modegestaltung bzw. modischen Nationalismus (*national fashionism*), der vor allem einen ökonomischen Hintergrund hat (Maxwell 2014, S. 180). Er führt zur Unterstützung des heimischen Textilsektors als wichtigem nationalem Wirtschaftszweig sowie zu Bekleidungspatriotismus, Akten der Kleidungsxenophobie und der Beschränkung des Imports aus dem Ausland.⁸ Vor allem in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts wurde im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise in vielen europäischen Ländern in die heimische Bekleidungsindustrie investiert. Man propagierte heimische Stoffe, Produzenten, Firmen sowie Produkte und kämpfte gegen die ausländische Konkurrenz.⁹ In der Zeit des Kalten Krieges wurden Mode und die Bekleidungspraktiken zum politischen Kampf zwischen zwei verschiedenen Systemen, dem des Ostens und dem des Westens, genutzt.

8 Die Textilindustrie spielte eine Schlüsselrolle in der Industrialisierung Großbritanniens, britische Textilien versuchte man früh vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. 1701 erkämpften britische Woll- und Seideproduzenten ein Importverbot von indischer Seide und Perkal, deren Einfuhr ihre Interessen schädigte. Dieses Vorgehen erwies sich jedoch in der Praxis als ineffektiv, da es zur Entwicklung der heimischen Konkurrenz führte, denn das Verbot umfasste nicht den Import nichtverarbeiteter Rohwolle oder weißer Textilien. Dies nutzten britische Produzenten, die die Techniken des Färbens beherrschten und indische Muster imitieren konnten, nach denen es eine gesellschaftliche Nachfrage gab (Lemire 1991, S. 29–43). In den weniger entwickelten Ländern war eher die Industrialisierungsbestrebung der Motor für die Entwicklung des *national fashionism* als die Industrialisierung selbst, wie etwa im Ungarn des 19. Jahrhunderts (Maxwell 2014, S. 192–205).

9 Frankreich wurde mit Blick auf seine besondere Stellung im Modesektor zum gemeinsamen Objekt der Stigmatisierung. In vielen Ländern erweckte sie einerseits wirtschaftliche Ängste und Frankophobie, andererseits das Bedürfnis nach Rivalität, den Ehrgeiz zur Erschaffung eines eigenen nationalen Stils in der Mode sowie den Wunsch, die heimische Mode in die ausländischen Märkte zu exportieren. Außerdem kämpfte jedes Land mit eigener Konkurrenz, z. B. sah Deutschland nicht nur eine Gefahr in Frankreich, sondern auch in Großbritannien; die Schotten in Großbritannien; die Slowaken in Deutschland. Auch einzelne Stile oder Bekleidungs-elemente der Kleidung wurden in der Abhängigkeit davon stigmatisiert, gegen wen man aktuell kämpfte, so wurde z. B. der zweireihige Gehrock, obwohl er hauptsächlich mit dem britischen Fürsten Albert assoziiert wurde, 1848 in Deutschland als Relikt der französischen Besetzung abgelehnt, 1860 in Tschechien dagegen als deutsche und jüdische Kleidung (Vgl. dazu Maxwell 2014, S. 182).

Ähnlich wie die Ideen, eine Nationalkleidung für die gesamte Gesellschaft zu schaffen, so bildete auch die nationale Modegestaltung (*national fashionism*), wenn auch in geringerem Maße, die täglichen Bekleidungspraktiken der „durchschnittlichen“ Gesellschaftsmitglieder. Trotz der unternommenen Versuche gelang es nur wenigen Staaten, einen erkennbaren, distinktiven Stil zu erarbeiten und in der Mode erfolgreich zu sein (bislang spricht man über einen französischen, amerikanischen, italienischen britischen, japanischen und belgischen Stil). Die nationale Modegestaltung schwächte sich infolge von industriellem Fortschritt sowie der Diversifikation und Globalisierung des modernen, bereits in seinen Grundannahmen kosmopolitischen Modesystems ab. Es scheint jedoch, dass die nationale Modegestaltung in den letzten Jahren und im Zuge eines Wandels der gesellschaftlichen Stimmung in Form sog. patriotischer Bekleidung und einer Mode für nationale Symbolik in bestimmten gesellschaftlichen Milieus (u. a. Schuljugend, nationalistische Gruppen, Sportfans oder Liebhaber von Militaria) zurückkehrt¹⁰. Im Gegensatz zu den bereits erwähnten Praktiken der Nationalisierung von Mode im 19. und 20. Jahrhundert handelt es sich bei den gegenwärtigen Praktiken nicht um Top-down-Praktiken des Establishments, obwohl sie heimische Produzenten unterstützen, gewisse Kontroversen erwecken sowie sicherlich eingehendere Untersuchungen erfordern.

3. Der politische Charakter der Mode

Wie bereits angesprochen, ist der politische Charakter von Mode mit ihrer Handlungslogik verbunden, mit den Beziehungen zwischen Mode und der Kategorie der Macht sowie mit der Wahrnehmung der politischen Dimension der Praktiken des Modesystems, das sich auf vielfache Weise zeigt.

Erstens wird Mode durch *politische Rhetorik* bestimmt. Im Modediskurs wird die Modewelt oft als Imperium/Königreich konzipiert, in dem Modedesigner Macht ausüben, es finden sich aber auch Konzeptualisierungen als Schlachtfeld und der Rivalität. So weist beispielsweise die polnische Forscherin der Modesprache Bożena Rejakowa darauf hin, dass die Beziehungen in der Modewelt in Modemedien meist mit Kriegsexik (z. B. das Erobern der *großen Schneidereibastion; in den Modehauptstädten kam es zu einer wahren Schlacht; in der Mode ist es wie im Krieg; man kämpft um Territorium*) und über Sportwortschatz beschrieben werden (*es geht in die*

10 Vgl. Witkowski (2016), Gawkowski (2016), Świąchowicz/Lis/Bondanowicz (2016), Perchla-Włosik (im Erscheinen).

nächste Ringkampfrunde...; auf die Spiele bereiten sich die Designer und wir, das Modepublikum, vor).¹¹ Einen neuen Stil bzw. eine neue Handlungsweise nennt man *Revolution* der Mode und die Person, die dies einführte, einen *Revolutionär* bzw. eine *Revolutionärin*. Die Metaphorik der Macht ist auch in Beschreibungen von Modemustern enthalten, wie etwa in: *Der Anzug – König der Saison; Königin des Sommers wird das Kleid; Wolle, Leder, Pelz und Kaschmir übernehmen die Macht; Schwarz wird bald entthront; Die Hemdbluse, jüngere Schwester des Hemds aus dem Männerschrank, beschließt, ihre Herrschaft auf alle möglichen Gebiete der Mode auszuweiten; Die Diktatur der Farbe Rot* (Rejakowa 2008, S. 76 ff.).

Die Mode wird im Modediskurs häufig mithilfe von Beschreibungen der Staatsstrukturen sowie der gesellschaftspolitischen Formationen und der Machtsysteme charakterisiert. Die Bezeichnung „Diktatur der Mode“ wird meist mit Bezug auf Designer angewendet, vor allem mit Bezug auf die französischen Modeschöpfer der Haute Couture, beschrieben als *Pariser Diktatur*, um die Macht dieser kleinen, in einem Berufsverband organisierten Gruppe zu unterstreichen, die Saison für Saison ihre Visionen eines modischen Aussehens diktiert und versucht, den eigenen Geschmack und Stil der Gesellschaft vorzugeben. Nicht selten wird jedoch betont, dass die Diktatur der Mode im Gegensatz zur politischen Diktatur ohne Blutvergießen ausgeübt wird, friedlich ist und eher eine unschuldige Form der Macht darstellt: Auf dem Feld der Mode regierten „Samtene Diktatoren, die die Welt mit friedlichen Methoden reparieren wollen“ und ihre Macht sei „unblutig und total“ (ebd., S. 55). Über die Diktatur der Mode spricht man auch im Zusammenhang von Regeln und Prinzipien, die durch das System der Mode auferlegt werden. Daniel Purdy, der in „*Tyrania elegancji*“ („Tyrannei der Eleganz“) die diskursiven Praktiken deutscher Schriftsteller, Verleger und Konsumenten des 18. Jahrhunderts analysierte, weist darauf hin, dass die durch modische Kleidung signalisierte Befreiung eine Illusion war – die Mode erwies sich als Kraft, die ebenso sehr Zwang ausübte wie die Aufwandsgesetze der vorausgegangenen Jahrhunderte (Purdy 1998). Der Modediskurs umfasst auch heute noch hauptsächlich Ratschläge zur Schaffung „entsprechender“ stilistischer Zusammenstellungen oder übt über diese Ratschläge eher informell Druck aus, wie etwa in „*Must-have der Saison*“. Und obwohl die Tyrannei der Mode eher unsichtbar ist – wir werden durch sie nicht unterdrückt, verletzt oder eingeschüchtert –, so darf

11 Rejakowa (2008, S. 53–56). Die kursiv gesetzten Angaben sind Rejakowa entnommen, die polnische Modezeitschriften der Jahre 1992–2007 analysierte. [Die Angaben wurden aus dem Polnischen übersetzt; Anm. d. Ü.]

nicht vergessen werden, dass wir durch ein System des Begehrens kontrolliert und gestaltet werden. In diesem Begehren kommt der Mode eine Schlüsselrolle zu, „die Tyrannei der Mode war in Wirklichkeit niemals stärker, als in der Zeit des visuellen Pluralismus“ (Hollander 1993, S. 345).

Demgegenüber wird seit den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts zunehmend das Phänomen der „Demokratisierung der Mode“ fokussiert, Mode wurde weiten Kreisen der Gesellschaftsschichten zugänglich gemacht und lässt eine individuelle Wahl zu. Das wiederum schwächt die Diktatur der Designer und anderer Modefachleute. In den letzten beiden Jahrzehnten wurde der Begriff „Demokratisierung der Mode“ im Marketing und in den Modemedien vor allem auf Erscheinungen wie die Expansion des Modells der sog. *fast fashion*, der Verbreitung von Blogs und Modeplattformen im Internet sowie der Zusammenarbeit von weltbekannten Designern mit weitverbreiteten Firmenmarken bezogen, dank denen Mode allen zugänglich ist. An der „Demokratisierung der Mode“ wird kritisiert, dass ihre grundlegende Aufgabe die Homogenisierung von Geschmack und die Verbreitung minderwertiger „McFashion“ ist, die zur Folge habe, dass es nicht zur Befriedigung von Bedürfnissen komme, sondern vielmehr zu weiterer Konsumeskalation und Rivalität (Lee 2003; von Busch 2012, S. 197)

Dies führt nun zum zweiten und wichtigsten Aspekt des Beitrags, zur *politischen Dimension des Wesens von Mode*. Schon einer der ersten Modetheoretiker wies darauf hin, dass Mode einen paradoxen Charakter und die Fähigkeit habe, Gegensätze zu vereinen, wie etwa die Tendenz zur Andersartigkeit und die Tendenz zur Ähnlichkeit (Simmel 1905). Mit der paradoxen Natur der Mode beschäftigt sich die Wissenschaftlerin Elena Esposito, während die Forscherin Susan Kaiser betont, „Mode fußt auf Gegensätzen (Konfliktfeststellung der Wahrheit) und Ambivalenzen (Konfliktemotionen)“, und sie sollte eher als Handlung im Rahmen von „sowohl/als auch“, weniger als „entweder/oder“ (Kaiser 2012, S. 1 f.; Esposito 2004) wahrgenommen werden.

Ähnlich wie Macht bezieht sich auch Mode auf komplexe Systeme der Konfliktkräfte, die der menschlichen Gemeinschaft eine Form geben. Einerseits ist sie eine zum Handeln anregende und Energie freisetzende Lebenskraft, die zur Versubjektivierung der in ihr engagierten Individuen und zum Engagement für andere führt. Andererseits konzentriert sie sich auf die Gewaltausübung zwischen den Menschen und funktioniert als Kontroll-, Zwang- und Unterdrückungskraft, der man sich unterordnet oder die man missachtet, in Frage stellt und bekämpft.

Politisches Handeln kann aus der „idealistischen“ oder „realen“ Perspektive betrachtet werden (vgl. Berki 1981; Geuss 2008). Der idealistische

Zugriff versteht Politik als Kunst dessen, was möglich ist, und betont ihre harmonische Dimension: als Raum für Kooperation, Verhandlungen und Konsensbildung mithilfe eines rationalen Dialogs zwischen Ideologien und Werten. Ausgangspunkt sind hier idealistische Ansätze und Ideen, die beschreiben, wie die Realität gestaltet werden soll (z. B. „Gerechtigkeit“, „Freiheit“, „Menschenrechte“), die man versucht, in Normen zu übersetzen und umzusetzen, um eine bessere Welt zu schaffen. Die realistische Herangehensweise dagegen nimmt die Realität in Konfliktkategorien wahr (Kampf ums Überleben, um Macht und Dominanz zwischen zwei verfeindeten Individuen bzw. Gemeinschaften) und konzentriert sich nicht auf die Verwirklichung bestimmter Ideale, sondern auf die Bewertung von Konsequenzen realer Handlungen von Menschen. Mode kann mit Bezug auf diese beiden Zugänge gesehen werden: Man sieht in ihr eine stärkende Kraft und eine Praxis der Sorge um eine bessere Gesellschaftsorganisation oder man kann modische Konflikte beobachten, Akte der Feindschaft und gesellschaftliche Asymmetrien, die das System der Mode erzeugt (von Busch 2016).

Anhänger der „idealistischen“ Perspektive sehen in der Mode eine stärkende Kraft, die Mut spendet, ein Werkzeug der Subjektivierung und der Bildung eines individuellen sowie eines kollektiven Wohlergehens (well-being), ja sogar eine Form des Kampfes gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeit und eine Möglichkeit zur Veränderung der Welt zum Besseren (vgl. z. B. von Busch 2008; Hefferon/Masuch 2014; Fletcher 2014).

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts werden vor allem verschiedene Formen der so genannten ethischen Mode als Mode im Engelsgewand vorgestellt. Diese wird in eine breitere Modeströmung eingeschrieben, die mit Begriffen wie „Moralisierung des Marktes“ oder „ethische Wende“ in Ästhetik, Politik und Wirtschaft beschrieben wird (Rancière 2006). Ethische Marken und Designer präsentieren sich als Aktivisten, die gegen übermäßigen Konsum, Verschwendung, Ausbeutung von Menschen und Umwelt sowie gegen Ungleichheiten kämpfen, die das moderne System der Mode generiert, vor allem das Fast-fashion-Segment. Europäische Konsumenten erklären zunehmend, Ehrlichkeit, gesellschaftliche Verantwortung, Sicherheit und Umweltschutz als Aspekte beim Kauf von Kleidung zu beachten (Kuntz/Garner 2011). Auch traditionelle Segmente der Bekleidungsbranche inkorporieren Ethik in Form von gesellschaftlicher Verantwortungsstrategien (CSR), die parallel zu ihrem bisherigen Handeln funktionieren. Im Endeffekt sind daher Doppelstandards im Handeln von Modekorporationen sowie das Entstehen eines alternativen Marktes für „ökologische“, „verantwortungsbewusste“ und „ethische“ Produkte sowie ihren Produzenten und

Konsumenten, die der Glaube an das Versprechen einer ethisch korrekten Mode verbindet, weil sie – begriffen als Trägerin von Emotionen wie Vertrauen und Tugendhaftigkeit sowie Ehrlichkeit und Verantwortung – eine Möglichkeit ist, eine bessere und nachhaltigere Welt zu schaffen.

Trotz der erhabenen Ideale der ethischen Mode mangelt es nicht an kritischen Stimmen. Meist wird die Disproportion zwischen der diskursiven Anwesenheit und der deklarierten Unterstützung für ethische Themen einerseits, und der Umsetzung dessen auf die tatsächlichen Verhalten von Konsumenten und Unternehmen andererseits angesprochen; auf die Anwendung von Doppelstandards durch die Modekorporationen und auf die fehlende Einführung grundsätzlicher Änderungen in die bisherigen Handlungsmodelle der Bekleidungsbranche; auf die Wirkungslosigkeit der ethischen Mode bei der Bekämpfung von übermäßigem Konsum und ihrem Beitrag zu weiterem Konsumismus (Steigerung des Konsumverhaltens – Anm. d. Ü.) in anderer Form sowie auf die Tatsache, dass sich die ethische Mode zwar mit Slogans der gesellschaftlichen Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität schmückt, das Handeln der in das ethische Netze eingebundenen Subjekte jedoch eher zur Beruhigung des eigenen Gewissens und dem Aufbau eines positiven Images dient als einer realen Verbesserung der Existenz von Individuen in den niedrigsten Positionen.¹² In der Forschung wird teilweise auch auf einen selektiven und bequemen Umgang mit Aspekten wie Verantwortung und ausgeglichener Entwicklung aufmerksam gemacht (z. B. hauptsächlich die Konzentration auf das Thema der Transparenz von Prozessen der Bekleidungsproduktion) sowie auf ihre Definition in Anlehnung an westliche Standards, Ideen und Prioritäten (Fletcher 2013; Maynard 2013). Elke Gaugele weist zudem darauf hin, dass die ethische Wende in der Mode nicht nur mit der westlichen Verproduktion von Vertrauen, Ehrlichkeit und Verantwortung sowie der Integration von gesellschaftlicher Kritik als gesellschaftlichem Kapital durch den gegenwärtigen globalen Kapitalismus zusammenhängt (dies thematisierten bereits Luc Boltanski und Eve Chiapello 1999), sondern auch mit disziplinierenden und hierarchisierenden Praktiken, über die gesellschaftliche Beziehungen neu definiert und an die globale neoliberale Wirtschaft unter dem Zeichen der Ökologie, der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und des ethischen Konsums angepasst werden (Gaugele 2014). Gaugele erkennt im Handeln der ethischen Marke „Honest By“, der britischen Designerin Vivienne Westwood sowie der Modeinitiativen der Vereinten Nationen die Reproduktion von

12 Vgl. z. B. Tseïlon (2011), Aspers (2006), Fletcher (2013), Raciniewska (2014).

frühkapitalistischen Praktiken der gesellschaftlichen Hierarchisierung (Arbeit in der Textil- und Bekleidungsproduktion als Instrument der Klassen- und Geschlechtsdistinktion) sowie eine Fortführung der kolonialen Traditionen „weißer Wohltätigkeit“ und der Praktiken der Definition westlicher und nicht westlicher Gesellschaften im Geiste des Sozialdarwinismus und zeigt damit, dass ethische und moralische Werte nicht nur im Verkauf von Bekleidung als Werkzeuge dienen, sondern auch als Mittel des politischen Managements, der Schaffung einer westlichen Zentralität und Dominanz sowie der Schaffung einer neuen „moralisch besseren“ Klasse.

Ein Teil der Kritiker der bisherigen Lösungen und Praktiken in der ethischen Mode fordert deshalb, nach neuen Modellen und Handlungsweisen zu suchen, die der Mode die reale Möglichkeit eröffneten, eine positive und stärkende Gesellschaftskraft zu werden (von Busch 2008; Fletcher 2013; Carbonaro/Goldsmith 2013). Es stellt sich jedoch die Frage, ob dies möglich ist.

Denn zahlreiche gegenwärtige Modeforscher sehen in ihr vor allem ein Feld des Kampfes und der Rivalität um eine besondere Art der Dominanz. Pierre Bourdieu und Yvette Delsaut zeigten in ihrer Analyse der französischen Haute Couture der 70er-Jahre, dass sich im Feld der Mode ein ständiger Kampf um die Macht zur Gestaltung und Auferlegung legitimer Distinktionssymbole in Bezug auf Bekleidung vollzieht (Bourdieu/Delsaut 1975, S. 15). Bourdieu zufolge ist die Mode ein fruchtbarer Boden für Konflikte und Antagonismen, da stets neue Stile und Distinktionen aufkommen, um die bestehende Ordnung zu stören, gleichzeitig bilden sie ihre eigenen Eliten und inneren gesellschaftlichen Hierarchien und reproduzieren so Konfliktsituationen (Bourdieu 2005). Malcolm Barnard unterstreicht, dass Mode und Kleidung zwar meist als eine neutrale und unschuldige Form der Kommunikation und Kulturproduktion sowie als friedliche Existenz verschiedener Lebensrepräsentationen und -stile verstanden werden, ein solches Verständnis jedoch trügerisch sei – bereits das Wortfeld des englischen Terminus *fashion*, das die Mode in Zusammenhang mit dem lateinischen Wort *factio* bringe, das sich wiederum von *fraction* herleite (mit eindeutigem Bezug zur Politik), suggeriert, dass die politische Dimension der Mode nicht ignoriert werden sollte. Mode ist eine Form des Kampfes bzw. der Kampfhandlungen, in denen Individuen und Gruppen um Dominanz und Vorrangstellung ringen; sie ist auch ein Teil des Prozesses, in dem Positionen der Dominanz und der Unterwerfung erschaffen werden, damit sie naturgegeben, adäquat und begründet erscheinen (Barnard 2002, S. 39 ff.). Otto von Busch beschäftigt sich in Teilen seiner Projekte und Publikationen mit der Mode als brutalem Machkampf, während

er das System der Mode als Mechanismus versteht, „der das Regime der Exklusion und des Elitismus im Herzen der liberalen Demokratien legitimiert, die das Zelebrieren von ‚Freiheit‘ und ‚Gleichheit‘ predigen“.¹³ Das Projekt „The Current State of Fashion“, das die doppelte Bedeutung des englischen Wortes *state* nutzt und die Ähnlichkeit zwischen dem Nationalstaat und der Mode erkundet, hatte beispielsweise das Ziel, darzulegen, dass die Mode keine Demokratie sei, sondern ein Staat ohne Diktator, allerdings mit einer Bevölkerung, die sehr gerne Befehle ausführe, bereitwillig die Überlegenheit des Konsumismus akzeptiere, die Schaffung sozialer Gegensätze und tägliche Akten von Mikroaggressionen anderen gegenüber befürworte (von Busch 2016, S. 196). Das Projekt wurde von einer politischen, unter dem Pseudonym Ralf Wronsov geschriebenen Abhandlung begleitet, in der der Autor die Mechanismen des für die Schönen und Reichen reservierten Modestaats darstellt, z. B. Elitismus, Grausamkeit ästhetischer Urteile über die anderen in der Welt der Mode und Besessenheit in Bezug auf die Demarkation „in“ und „außerhalb“ der Mode (Wronsov 2014).

Ähnlichen Fragestellungen geht von Busch zusammen mit anderen Autoren der Publikation *The Fashion Condition* nach, in der mehrere Definitionen von „Modepolitik“ (*fashion politics*) vorgeschlagen werden (von Busch et al. 2014, S. 35 ff.). So könne Modepolitik erstens auf die Handlungen bezogen werden, die mit dem Management und der Kontrolle von Mode als gesellschaftlichem Phänomen und System zusammenhängen. Ferner lasse sich Modepolitik mit dem Management von Leben und Tod in der Mode verbinden. Diese Biopolitik der Mode zeigt sich nicht nur in der Regel der festgelegten saisonalen Lebensdauer bestimmter Stilistiken und Modelle (*planned obsolescence*), sondern auch in der Bestimmung von Grenzen und dem Management der Modegemeinschaft, insbesondere durch organisatorischen Regeln und Handlungen beschrieben werden, die sich auf den Exklusions-/Inklusionsmechanismus in der Mode beziehen (Wer ist „in“ und wer „außerhalb“ von Mode?). Drittens umfasse die Politik der Mode, in Anknüpfung an die Lesart der Beziehungen zwischen Politik und Ästhetik bei Rancier (1999), alle Polemiken zum Thema Modegleichheit seitens derjenigen, die durch Expressionen ihrer Gleichheit verdeutlichten, dass ihnen das Moderegime bisher die Anerkennung als Gleiche versagt hatte.

13 „‘Fashion’ system only serving to legitimize a cruel regime of exclusion and elitism at the heart of liberal democracies that otherwise claim to be celebrating idealist concepts such as ‘freedom’ and ‘equality’“ (von Busch 2016, S. 193).

Ausgehend von Überlegungen Hanna Arendts zu verschiedenen Formen der Macht (Arendt 1970), betrachtet *The Fashion Condition* außerdem verschiedenartige Mechanismen und Nuancen der Modepolitik, vor allem die Differenzierung zwischen Modemacht und Modegewalt. Die Modemacht (*fashion power*) ist eine Funktion der gesellschaftlichen Beziehungen, sie kann nicht von einem einzelnen Subjekt in der Modehierarchie ausgeübt und kontrolliert werden, sondern ist auf die freiwillige Teilnahme am kollektiven Prozess der Orchestrierung individuellen Handelns zurückzuführen, sodass es im Ergebnis zu einer „kollektiven Selektion“ (Blumer 1969) bestimmter Modestilistiken zu einer gegebenen Zeit kommt. Die Modemacht ist also in der Form der kollektiven Gehorsamkeit verkörpert, die gleichzeitig die Individuen durch die Teilnahme am Modeprozess selbst subjektiviert und stärkt (von Busch et al. 2014).

Die Modegewalt (*fashion violence*) basiert wiederum auf dem kulturellen Willen, wahrgenommen und erkannt zu werden, und zwar mithilfe symbolischer Mittel wie modischer, auf dem Markt angebotener Waren, sowie auf dem von der schwedischen Journalistin Susanne Pagold als Verlangen beschriebenen Bedürfnis, wie alle anderen auszusehen, jedoch bevor die anderen so aussehen.¹⁴ Denn die Modegewalt wird auf die Schaffung von Überordnungs- und Unterordnungsbeziehungen zurückgeführt. Sie äußert sich zudem auf verschiedene Weise: 1) als direkte Gewalt in Form von Verletzung der persönlichen Integrität, von Ausbeutung oder von Akten täglicher „Mikroaggression“ (Sue 2010) (z. B. in Form von Affronts, kritischer Kommentare von „Moderichtern“, die andere aufgrund ihrer Kleidung beurteilen); 2) als Systemgewalt in Form von Modeidealen, verkörpert in den in der Industrie verwendeten Mustern und Beschäftigungsregeln, in auferlegten Mustern der Körperlichkeit, der Schönheit, der Identität, in der Kleidergrößenpolitik, den Praktiken der Auslese und der Schubladisierung des Individuums aufgrund seiner Kleidung usw.; 3) als symbolische Gewalt in Form von Praktiken, die eine direkte und systemorientierte Modegewalt legitimieren und die Ausbeutung und/oder Moderepression zur unsichtbaren oder „normalen“ und „natürlichen“ Erscheinung machen (vgl. von Busch et al. 2014).

Das Akzeptieren einer realistischen Perspektive ermöglicht es zu erkennen, dass Ideen, Mechanismen und Praktiken des Modesystems zur Verbreitung der „Macht des Urteilens“ über die anderen führen, zur Auslese der Menschen aufgrund ihres Aussehens, zur Entstehung einer spezifi-

14 Wiedergegeben nach: von Busch et al. (2014, S. 51).

schen Angst vor der Nichtbeachtung und dem Regime des Konsumismus, propagiert als Tugend, die den Markt florieren lässt, und als einzige Methode zur Verbesserung des eigenen Wohlergehens (*well-being*), obwohl sie in Wirklichkeit zum Verlust der realen Macht von Modekonsumenten führt und diese in der ständigen Furcht vor Besitzverlust einsperrt. Von Busch suggeriert geradezu, dass das Modesystem, ein komplexes Netz von Produkten, Bedürfnissen, Praktiken und Institutionen, mit dem aktuellen Zustand der Demokratie, der von Sheldon Wolina als „inkorporierte Demokratie“ oder „umgedrehter Totalitarismus“ bezeichnet wird, einhergeht, um Besitz „von Kontrolle, Expansion, Überlegenheit und Suprematie“ (Wolin 2008, S. ix) zu unterstreichen. Das System der Mode mag einen geringen Einfluss auf die Regierung und die Politik eines Staates haben, es spielt jedoch eine Schlüsselrolle in der durch Bedürfnisse gelenkten Demobilisierung von Konsumenten und in der gleichzeitigen Feier des illusorischen Individualismus und der Autonomie des Individuums (von Busch 2012, S. 195).

Erforscht man die Beziehungen zwischen Mode und Politik, sollte noch auf eine weitere Praxis des Modesystems hingewiesen werden, d. i. die Nutzung politischer Themen für die eigenen kommerziellen Ziele. Simmel zufolge kann Mode jedes Kulturthema absorbieren. Für Aileen Ribeiro ist die Modewelt bereits seit Langem „an die politische und gesellschaftlichen Aktualitäten als Inspiration gewöhnt“ – schon während der Französischen Revolution hätten Modelager patriotische Produkte propagiert (Ribeiro 1988, S. 56 ff.). Auch zeitgenössische Modehäuser greifen nach kontroversen und „schwierigen“ Inhalten wie z. B. politischer Protest, Krieg, Aufstand, Gewalt gegenüber Frauen, Flüchtlinge oder Nazismus, um die eigenen Produkte in einem zunehmend von Konkurrenz geprägten Milieu zu verkaufen. Das Wesen der beschriebenen Praxis ist die Nutzung eines politischen Themas als Zitat und seine letztendliche Vermarktung. Die Mode koppelt das Thema vom ursprünglichen historischen Kontext ab und wandelt es in ein schickes, ästhetisches, „cooles“ Produkt um; die Wirksamkeit dieser Praxis begründet sich in der Umkehr von Bedeutung, in Ambivalenz und Zweideutigkeit bei gleichzeitigem „Herabsetzung dessen, was verboten ist und dessen Abwertung“.¹⁵ Nach Jean Baudrillard ist Mode unmoralisch

15 „At once invoking the forbidden and disavowing it“ (Mirzeoff 2002, S. 10). Als aktuelles Beispiel kann die Kollektion des russischen Designers Leonid Alexeevs dienen, die von der Annexion der Krim durch Russland 2014 „inspiriert“ wurde. Die illegale Besetzung eines Teils der Ukraine wird hier modelliert als verprodukteter Ausdruck rus-

in dem Sinne, dass sie innerhalb und außerhalb von Werte- und Beurteilungssystemen spielt und somit alle Ordnungen sabotiert (Baudrillard 2007, S. 472).

Designer und Schöpfer der Modesession weisen nicht selten darauf hin, mit ihrem Schaffen das gesellschaftliche Bewusstsein in Bezug auf die aufgegriffenen Themen vergrößern zu wollen. Kritiker dieser Praktiken sehen darin die Gefahr der kommerziellen Nutzung von historischen Bildern und politischen Ereignisse. In Bezug darauf macht Allan Sekula aufmerksam, dass „der Ehrgeiz des historischen Verstehens zwar nicht verschwindet, aber den Platz dieses Verstehens nimmt die ästhetische Erfahrung ein“.¹⁶ In der Mode geht es nicht um Geschichtsunterricht, sondern vielmehr um Massenkonsum (vgl. Guenther, S. 12.) und die Gestaltung von Erzählungen über einen Stil zum Verkauf von Produkten. Daher die häufigen Vorwürfe an die Mode, sie reduziere gesellschaftliche sowie politische Ereignisse auf eine ästhetische Dimension und banalisiere Brutalität, Gewalt und das Leiden von Menschen. Daher auch die sich aufkommenden Fragen nach dem Recht (der Berechtigung – Anm. d. Ü.), Bilder und Geschichte zu nutzen.

Trotz der Kontroversen um einige Kollektionen und Fotosessions wird der Mode die Nutzung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Themen für ihre eigene Zwecke zugestanden. Zur Zensur der Mode kommt es sehr selten, obwohl es in der Vergangenheit Kollektionen gab, die eine solche gesellschaftliche Empörung auslösten, dass die Rücknahme von sowohl der Kleidung als auch sie zeigenden Bilder angeordnet wurde, etwa die Kollektion „Sleep“ von Comme des Garçons von 1995, die an Bilder des Holocausts erinnerte und den Protest des Jüdischen Weltkongresses hervorrief; oder die Chanel-Kollektion von 1994, die mit dem als „Satanic Breasts“ bezeichneten Kleid die Gefühle muslimischer Gemeinschaften verletzt hatte; oder die Kollektion sog. Palästinensertücher der Firma Urban Outfitters von 2007, die man als anti-israelische Politik der Marke rezipierte (vgl. Zborowska 2014; Nundy 1994; Kim 2007). Diese Beispiele illustrieren die politische Bedeutung von Mode deutlich, sie zeigen auch, dass die Autonomie der Modewelt aufgrund ihrer Koppelung an die gesellschaftliche und politische Welt nicht vollauf begrenzt ist. Wie Andreas Behnke unterstreicht,

sischen Patriotismus und soll eine positive Haltung gegenüber der russischen Armee hervorrufen (vgl. Noack 2015).

16 „Accordingly, the pretence to historical understanding remains, although that understanding has been replaced by aesthetic experience.“ (Sekula 2003, S. 448)

„die Mehrdeutigkeit des Modecodes und die unvermeidbare Mobilität ihrer Bedeutungen flechten sie in das Gewebe von Macht und Politik ein. Sie widersetzt sich jeder direkten disziplinierenden Kontrolle und dem Impuls, ihre Bedeutung festzusetzen, während sie ihn zugleich herbeiruft, sogar dazu anstiftet. Mode wird politisch, weil sie vor allem ein Skandal für Macht und Ordnung ist.“ (Behnke 2017, S. 8; Übersetzung der Verfasserin)¹⁷

Mode offenbart auch imperiale Bestrebungen, was die Modeschau zur Herbst/Winter-Kollektion von Chanel aus dem Jahre 2013 symbolisch zeigt. Während dieser Modeschau kreisten Models um eine massive Erdkugel, auf der 300 Läden der Firmenmarke markiert waren.¹⁸ Anfangs als moralisch verurteilte Tätigkeit betrachtet, wurde sich die Mode im 20. Jahrhundert zu einem gewaltigen Business, zu einem Handlungsmodell für andere Branchen sowie zum Bezugspunkt für viele künstlerische und kulturelle Formen. Frederick Godart spricht in diesen Zusammenhang von einem „Prinzip der Imperialisierung“ in der Mode, das sich auf zwei Ebenen manifestiert: auf einer organisatorischen und auf einer gesellschaftlichen (Godart 2012, S. 130). Die organisatorische Ebene ist mit dem Aufkommen von Businessgruppen und Mehrmarken-Mischkonzernen der Luxus- und Massenmode (z. B. LVMH, Kering, Inditex, H&M Hennes & Mauritz AB, Macy) am Ende des 20. Jahrhunderts verbunden. Ähnlich wie politische Imperien, sind die erwähnten Geschäftsimperien große Organisationen, die sich durch riesige Vielfalt charakterisieren, ihr gemeinsamer Nenner ist jedoch die systematische Anwendung von Korporationsmanagement, Marketingstrategien und Businessinstrumente in Schaffensprozess, Vertrieb, Werbung und Verkauf von Kleidung und Accessoires (vgl. Thomas 2010; Racinevska 2013).

Die gesellschaftliche Dimension der Imperialität von Mode geht wiederum mit der Ausbreitung von Praktiken, Repräsentation und Logik der Mode auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einher. Bereits Gilles Lipovetsky zeigte, indem er über das „Ephemera-Imperium“ schrieb,

17 „(...) it is the ambiguity of the fashion code and the inescapable mobility of its signifiers that weaves it into the fabric of power and politics. It resists ant direct disciplinary control and the impulse to arrest its meaning, while at the same time calling, even inciting it. Fashion becomes political because it is, first and foremost, a scandal for power and order.“ (Behnke 2017, S. 8)

18 Chanel, Herbst-Winter 2013/14, Ready-to-wear-Show, <http://tinyurl.com/hb5fc43> (Abruf: 15.04.2016).

dass Mode die Generalform der modernen Gesellschaft ist und jeder mehr oder weniger in der Mode versunken ist (Lipovetsky 1994, S. 130). In ähnlicher Weise betont auch Orvar Löfgren die zunehmende Ästhetisierung der Wirklichkeit, die Bedeutung des Designs und die Einführung des Prinzips vom ständigen Wandel (Bewegung – Anm. d. Ü.) in Produktion und Konsum, und bezeichnet dies als „Ökonomie des Laufstegs“ (Löfgren 2005). Godart verweist zudem auf ein Paradoxon der Imperialisierung der Mode: Die Mode, die aus der Luxus- und Kleidungsbranche stammt, expandiert und erobert andere Lebensbereiche bei gleichzeitiger Senkung der Bedeutung des Bekleidungssektors, was mit dem relativen Rückgang von Bekleidungspreisen verbunden ist (Godart 2012, S. 138).

Die imperiale Form der Mode vollendet nach Godart die Theorie Barthes' „des Modesystems“, denn in diesem Stadium wurden nicht nur modische Bedeutungen systematisiert, sondern auch organisatorische und soziökonomische Beziehungen (Godart 2012, S. 130). Dies wirft auch die Frage nach dem potentiellen Tod der Mode auf, da alle Imperien im Laufe der Zeit entstehen und untergehen.

Last but not least erlaubt die Kategorie der Imperialität auch die kritische Betrachtung der dominierenden Definitionsverfahren von Mode in den *fashion studies*. Diese Kritik bezieht sich hauptsächlich auf den Eurozentrismus, das Elitäre und das Denken in den Kategorien binärer Oppositionen, wie die Lokalisierung auf der Achse Westen/Rest der Welt verorten ist, die den Blick auf die Mode als Phänomen an verschiedenen geografischen Orten und in unterschiedlichen historischen Perioden begrenzen. Die Kritik des Eurozentrismus der Mode und ihrer Erforschung hat jedoch nicht zum Ziel, den Einfluss in Frage zu stellen, den die westliche Mode auf die Mode der Welt ausübte und ausübt. Vielmehr geht es um eine Erweiterung des Feldes und das Erkennen toter Punkte in seinem Bereich, vor allem um die Wahrnehmung und die empirische Beschreibung des Funktionierens von Mode in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern und Kulturen, die bislang als „rückständig“, „vulgär“, „provinziell“, „unzivilisiert“, „verkommen“ und „traditionell“ wahrgenommen wurden. Das neue Klima der Modeforschung führte zum Anstieg von Publikationen zum Thema Mode und Bekleidung in den Ländern Afrikas, Asiens, Südamerikas oder in Australien, während er in Europa in Holland, Deutschland oder den skandinavischen Ländern zum Versuch der Re-Orientierung des Modebegriffs, zur Analyse des Globalisierungsprozesses der Mode und der Komplexität der Beziehungen zwischen Mode und Kolonialismus bzw.

Neokolonialismus sowie zwischen der westlichen und nicht westlichen Mode führte.¹⁹

4. Weitere Forschungsausblicke

Die Beziehungen zwischen Mode und Politik werden im Rahmen der *fashion studies* auf verschiedene Weisen und in unterschiedlichen Kontexten untersucht. Um das weitläufige Untersuchungsfeld zu ordnen, wurde im vorliegenden Beitrag eine Differenzierung zwischen den *Praktiken der Politisierung der Kleidung* und dem *politischen Charakter der Mode* vorgeschlagen. Der erste Begriff bezieht sich auf die Top-down- und Bottom-up-Praktiken, Bekleidung politische Bedeutungen zuzuschreiben und Kleidung für den politischen Kampf zu nutzen. Der Zweite wird mit der Handlungslogik der Mode verbunden, mit den Praktiken der Modewelt sowie mit den Beziehungen zwischen der Mode und der Kategorie der Macht. Im Rahmen der *fashion studies* relativ gut erforscht wurden in verschiedenen historischen, politischen und gesellschaftlich-kulturellen Kontexten Praktiken, die im Beitrag als Politisierung von Kleidung bezeichnet werden. Studien diesen Typs konzentrieren sich gewöhnlich auf die Performativität politischer Identitäten, auf symbolische Repräsentation des politischen Körpers und der Macht mithilfe von Kleidung, auf von oben kommende Praktiken der Uniformisierung der Gesellschaft in Bezug auf die Kleidung, auf Maßnahmen der Nationalisierung von Mode sowie auf Fälle, in denen Kleidung als Form der politischen Kritik und als Methode eines Kampfes von unten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung verstanden wird. Der politische Charakter der Mode ist dagegen weniger intensiv untersucht worden, obwohl das Interesse an entsprechenden Fragestellungen in den letzten Jahren gestiegen ist. Gesehen wird vor allem die politische Rhetorik des Modediskurses, die politische Dimension vieler Praktiken des modernen Modesystems oder die Hegemonie des Westens sowohl in der Praxis als auch in der Theorie der Mode, der man durch eine Re-Orientierung der dominierenden Definitionen von Mode sowie durch die Ausdehnung von Forschungsinteressen auf Gebiet außerhalb Westeuropas entgegenzuwirken versucht.

19 Z. B. Craik (1993), Tarlo (1996), Kondo (1997), Rabine (2002), Niessen/Leshkovich/Jones C. (2003), Maynard (2004), McNeil/Riello (2010), Kawamura (2004), Root (2005), Eicher (2010), Root (2010), Knox (2011), Rovine (2009), Gikandi (2011), Geczy (2012), Zhao (2013), Gungtoft (2013), Jansen (2015), Nicklas/Pollen (2013), Craik/Jansen (2016), Smelik (2016).

Die postsozialistischen Länder sind auf der globalen Karte der *fashion studies* noch immer relativ wenig erkundete Gebiete. Es gibt verhältnismäßig wenige Abhandlungen zum Thema Mode und Bekleidung aus dieser Region,²⁰ und Arbeiten, die Mode und Politik im Kontext Mittel-/Osteuropas betrachten, gibt es noch weniger. Deshalb verdient eine Publikation Djurdji Barletts besondere Erwähnung, die die Mode in den sozialistischen Ländern behandelt, aber auch der von ihr redigierte Band zur Mode und Kleidung in den Ländern Osteuropas, in Russland und dem Kaukasus; anzuführen ist auch das Buch Judd Stitziels über die Beziehungen von Politik, Kleidung und Konsumkultur in Ostdeutschland; das Studium von Jukka Gronov und Sergej Zhuravlev zum sowjetischen Modesystem nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die vergleichende Analyse der Jugendmode im sozialistischen Polen und der DDR von Anna Pelka.²¹ Obwohl sie die politische Dimension der Mode zur Zeit des Kommunismus aufzeigen, äußern sich diese Publikationen nicht zum Erbe dieser Zeit oder zu den Beziehungen zwischen Mode und Politik nach dem Zusammenbruch des politischen Systems. Entsprechende Arbeiten werden erst jetzt publiziert. So untersuchte beispielsweise Olga Gurova einen Wandel der Definitionsmethoden von Mode und ihrem Erleben sowie den politischen Charakter des Konsumismus im Kontext des postsowjetischen Russlands (Gurova 2014). Mit Bezug auf Polen haben Magdalena Nowicka und ich den polnischen Modediskurs nach dem Zweiten Weltkrieg mit Berücksichtigung der postkolonialen Perspektive analysiert. Die Analyse der meistgelesenen polnischen Modezeitschriften aus den Jahren 1945–2014 (damit wäre die kommunistische und postkommunistische Zeit berücksichtigt) ermöglichte es, den wertenden und normalisierenden Charakter des polnischen Modediskurses aufzuzeigen, auf die Dimension seines postkolonialen Charakter hinzuweisen sowie ihn angesichts der Opposition Ost – West im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu verorten, die in Polen in den letzten siebzig Jahren stattfanden (Nowicka/Raciniewska 2017).

Fragen nach der Funktionsweise der Mode im Sozialismus und ihrer Beziehung zur westlichen Mode, zum Einfluss der Erfahrung des Kommunismus auf die Funktionsweise der Mode in den postsowjetischen Ländern

20 Z. B. Uchalová (1996), Uchalová (1997, 1999), Hlaváčková (2000), Stitziel (2005), Bartlett (2010), Virginás (2010), Uchalová (2012), Pelka (2013), Gurova (2014), Raciniewska (2014), Łukoszek (2014), Boćkowska (2015), Gronov/Zhuravlev (2015), Nowicka/Raciniewska (2017).

21 Bartlett (2010), Pelka (2013), Stitziel (2005), Gronov/Zhuravlev (2015).

sowie zum Beitrag von Wissen über die Beziehungen zwischen Mode und Politik in der damaligen „Zweiten Welt“ zur Theorie und Praxis der Mode müssen noch immer vertieft erforscht werden.

Im Rahmen der *fashion studies* sollte auch die Reflexion der politischen Dimension des Modekonsums, des Prozesses der „Demokratisierung von Mode“ sowie der Komplexität der Beziehungen zwischen Mode und Politik in postmodernen Nationalstaaten und der sich globalisierenden Welt vertieft werden.

Übersetzung: Andrzej Belczyk-Kohl

Korrektur: Yvonne Belczyk-Kohl

Literatur

- Anderson, B. (1997): *Wspólnoty wyobrażone. Rozważania o źródłach i rozprzestrzenianiu się nacjonalizmu*. Kraków: Znak.
- Arendt, H. (1970): *On Violence*. New York: Harcourt Brace and Company.
- Aspers, P. (2006): *Ethics in Global Garment Markets*. In: Stehr, N./Henning, Ch./Weiler B. (Hrsg.): *The Moralization of Markets*. London: Transaction Press, S. 287–307.
- Barnard, M. (2002): *Fashion as Communication*. Second Edition. London und New York: Routledge.
- Barthes, R. (2005): *System mody*. Kraków: WUJ.
- Bartlett, D. (2010): *Fashion East: The Spectre that Haunted Socialism*. Massachusetts Institute of Technology Press: Cambridge.
- Bartlett, D. (Hrsg.) (2010): *Encyclopedia of World Dress and Fashion, Vol. 9: East Europe, Russia, and the Caucasus*. London und New York: Berg.
- Baudrillard, J. (2007): *Fashion or the Enchanting Spectacle of Code*. In: Reader, A./Barnard, M. (Hrsg.): *Fashion Theory*. London: Routledge, S. 464–474.
- Behnke, A. (2017): *Introduction*. In: Behnke, A. (Hrsg.): *International Politics of Fashion. Being Fab in a Dangerous World*. New York: Routledge.
- Behnke, A. (Hrsg.) (2017): *International Politics of Fashion. Being Fab in a Dangerous World*. New York: Routledge.
- Benjamin, W. (1973): *The Work of Art in the Age of Mechanical Production, "Illuminations"*. London: Fontana.
- Berki, R. (1981): *On Political Realism*. London: Dent.
- Blackman, C. (2013): *Uniformizm*. In: Blackman, C. (Hrsg.): *100 lat mody*. Warszawa: ARKADY, S. 68–87.
- Blumer, H. (1969): *Fashion: From Class Differentiation to Collective Selection*. In: *The Sociological Quarterly* 10(3), S. 275–291.
- Boćkowska, A. (2015): *To nie są moje wielbłądy. O modzie w PRL*. Wołowiec: Wyd. Czarne.
- Boltanski, L./Chiapello, È. (1999): *The New Spirit of Capitalism*. London: Verso.
- Bourdieu, P./Delsaut, Y. (1975): *Le Couturier et sa Griffe: Contribution à une Théorie de la Magie*. In: *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 1, S. 15.

- Bourdieu, P. (2005): *Dystynkcja. Społeczna krytyka władzy sądenia*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe SCHOLAR.
- Burszta, J. (1969): *Kultura ludowa – folklorizm – kultura narodowa*. In: *Kultura i Społeczeństwo* 13(4), S. 55–61.
- Calhoun, C. (Hrsg.) (1992): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge: MIT Press.
- Carbonaro, S./Goldsmith, D. (2013): *Fashion and the Design of Prosperity: A Discussion of Alternative Business Models*. In: Black, S. (Hrsg.): *The Handbook of Fashion Studies*. London und New York: Bloomsbury, S. 575–594.
- Chanel, Herbst-Winter 2013/14 Ready-to-wear-Show, <http://tinyurl.com/hb5fc43> (Abruf: 15.04.2016).
- Craik, J./Jansen, A. (Hrsg.) (2016): *Modern Fashion Traditions. Negotiating Tradition and Fashion*. London und New York: Bloomsbury.
- Craik, J. (2009): *Fashion. The Key Concepts*. Oxford und New York: Berg.
- Craik, J. (2005): *Uniforms Exposed. From Conformity to Transgression*. Oxford und New York: Berg.
- Craik, J. (1993): *The Face of Fashion: Cultural Studies of Fashion*. London: Routledge
- Edwards, T. (2011): *Fashion Focus. Concepts, Practices and Politics*. London und New York: Routledge.
- Eicher, J. (Hrsg.) (2010): *Berg Encyclopedia of World Dress and Fashion, Vol.1–10*. London und New York: Berg.
- Eicher, J./Roach-Higgins, M. E. (1992): *Dress and Identity*. In: *Clothing and Textiles Research Journal* 10(4), S. 1–8.
- Espósito, E. (2004): *I paradossi della moda. Originalità e transitorietà nella società moderna*. Baskerville.
- Foucault, M. (1998): *Nadzorować i karać. Narodziny więzienia*. Warszawa: Fundacja Aletheia.
- Fletcher, K. (2014): *Sustainable Fashion and Textile. Design Journeys. Second Edition*. London und New York: Routledge.
- Fletcher, K. (2013): *The fetishization of transparency*, <http://tinyurl.com/zahqkvp> (Abruf: 25.05.2016).
- Flügel, J. C. (1930): *The Psychology of Clothes*. London: Hogarth Press.
- Fraser, N. (1989): *Unruly Practices: Power, Discourse and Gender in Contemporary Social Theory*. Cambridge: Polity Press.
- Gaugele, E. (2014): *On the Ethical Turn in Fashion: Policies of Governance and the Fashioning of Social Critique*. In: Gaugele, E. (Hrsg.): *Aesthetic Politics in Fashion*. Wien: Sternberg Press, S. 204–227.
- Gawkowski, J. (2016): *Każda moda minie, moda patriotyczna też*. In: *Dziennik Opinii*, 12.08.16, <http://tinyurl.com/guye9jz> (Abruf: 12.08.16).
- Gikandi, S. (2011): *Slavery and the Culture of Taste*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Geczy, A. (2012): *Fashion and Orientalism: Dress, Textiles and Culture from the 17th to the 21st Century*. London und New York: Bloomsbury.
- Geuss, R. (2008): *Philosophy and Real Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Godart, F. (2012): *Unveiling Fashion: Business, Culture, Identity in the Most Glamorous Industry*. London: Palgrave Macmillan.
- Gronov, J./Zhuravlev, S. (2015): *Fashion Meet Socialism: Fashion industry in the Soviet Union after the Second World War*. Helsinki: SKS Finnish Literature Society.

- Guenther, I. (2004): *Nazi-chic. Fashioning Women in the Third Reich*. Oxford und New York: Berg.
- Gungtoft, D. (2013): *Fashion Scandinavia: Contemporary Cool*. London: Thames and Hudson Ltd.
- Gurova, O. (2014): *Fashion and the Consumer Revolution in Contemporary Russia*. London: Routledge.
- Habermas, J. (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied am Rhein: Luchterhand Verlag.
- Halnon, K. B. (2002): *Poor chic. Rational Consumption of Poverty*. In: *Current Sociology* 50(4), S. 501–516.
- Heath, J./Potter, A. (2005): *The Rebel Sell. Why the Culture Can't Be Jammed*. Chichester: Capstone.
- Hebdige, D. (1979): *Subculture: The Meaning of Style*. London und New York: Routledge.
- Hefferon, K./Masuch, Ch. S. (2014): *Understanding the links between positive psychology and fashion: A grounded theory analysis*. In: *International Journal of Fashion Studies* 1(2), S. 227–246.
- Hlaváčková, K. (2000): *Czech fashion 1940–1970: mirror of the times*. Prague: Olympia.
- Hollander, A. (1993): *Seeing Through Clothes*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Hunt, L. (1984): *Politics, Culture and Class in the French Revolution*. Berkeley: University of California Press.
- Jansen, A. (2015): *Moroccan Fashion: Design, Tradition and Modernity*. London und New York: Bloomsbury.
- Jobling, P. (2014): *Advertising Menswear. Masculinity and Fashion in the British Media since 1945*. London und New York: Bloomsbury.
- Kaiser, S. (2012): *Fashion and Cultural Studies*. London: Bloomsbury.
- Kawamura, Y. (2004): *The Japanese Revolution in Paris Fashion*. Oxford und New York: Berg.
- Kim, K. (2007): *Where Some See Fashion, Others See Politics*. In: *The New York Times*, 11.02.2007, <http://tinyurl.com/o4d9f4p> (Abruf: 20.04.2016).
- Kondo, D. (1997): *About Face: Performing Race in Fashion and Theater*. New York und London: Routledge.
- Knox, K. (2011): *Culture to Catwalk: How World Cultures Influence Fashion*. London: A & C Black Publishers Ltd.
- Kuntz, G. I./Garner, M. B. (2011): *Going Global: The Textile and Apparel Industry*. Second Edition. New York: Fairchild Books.
- Lee, M. (2003): *Fashion Victim: Our Love-Hate Relationship with Dressing, Shopping and the Cost of Style*. New York: Broadway Books.
- Lieberson, S./Bell, E. O. (2002): *Children's First Names: An Empirical Study of Social Taste*. In: *American Journal of Sociology* 98(3), S. 511–554.
- Lipovetsky, G. (1994): *The Empire of Fashion: Dressing Modern Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Löfgren, O. (2005): *Catwalking and Coolhunting: The Production of Newness*. In: Löfgren, O./Willim, R. (Hrsg.): *Magic, Culture and the new Economy*. Oxford: Berg.
- Luhmann, N. (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Lukoszek, D. (2014): Fashion Against the System: Barbara Hoff's Activity at *Przekroj* Magazine during the People's Republic of Poland. In: *Catwalk. The Journal of Fashion, Beauty and Style*, Volume 3(1)
- Maxwell, A. (2014): *Patriots Against Fashion: Clothing and Nationalism in Europe's Age of Revolutions*. Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Mansel, Ph. (2005): *Dressed to Rule: Royal and Court Costume from Louis XIV to Elizabeth II*. New Haven: Yale University Press.
- Maynard, M. (2013): Fast Fashion and Sustainability. In: Black S. (Hrsg.): *The Handbook of Fashion Studies*. London und New York: Bloomsbury, S. 542–556.
- Maynard, M. (2004): *Dress and Globalisation*. Manchester und New York: Manchester University Press.
- McDowell, C. (1985): *McDowell's Directory of Twentieth Century Fashion*. Upper Saddle River: Prentice Hall.
- McNeil, P./Riello, G. (Hrsg.) (2010): *The Fashion History Reader: Global Perspectives*. Basingstoke: Routledge.
- Meinhold, R. (2013): *Fashion Myths. A Cultural Critique*. Bielefeld: transcript.
- Mercier, C. F. X. (1793): *Comment m'habillerais-je? Réflexions politiques et philosophiques sur l'habillement français, et sur la nécessité d'un costume national*, <http://tinyurl.com/z8ew9n3> (Abruf: 23.03.2016).
- Mirzeoff, N. (2002): The Subject of Visual Culture. In: Mirzeoff, N. (Hrsg.): *The Visual Culture Reader, Second Edition*. London und New York: Routledge.
- Mirzeoff, N. (1995): *Bodyscape: Art, Modernity and Ideal Figure*. London und New York: Routledge.
- Nicklas, Ch./Pollen, A. (Hrsg.) (2013): *Dress History. New Directions in Theory and Practice*. London und New York: Bloomsbury.
- Niessen, S./Leshkovich, A. M./Jones, C. (Hrsg.) (2003): *Re-Orienting Fashion. Globalization of Asian Dress*. Oxford und New York: Berg.
- Noack, Ch. (2015): Russia unveils absurd clothing line inspired by the annexation of Crimea. In: *Washington Post*, 10.04.2015, <http://tinyurl.com/jxobgpk> (Abruf: 20.04.2016).
- Nowicka, M./Raciniewska, A. (2017): Polski dyskurs modowy w perspektywie postkolonialnej. In: Czyżewski, M. et al. (Hrsg.): *Polskie sprawy 1945–2015. Warsztaty analizy dyskursu*, Warszawa: Wyd. Sedno, (im Erscheinen).
- Nundy, J. (1994): Chanel apologises to Muslims for 'Satanic Breasts' dress. In: *Independent*, 24.01.1994, <http://tinyurl.com/hhl3ssy> (Abruf: 20.04.2016).
- Parkins, W. (Hrsg.) (2002): *Fashioning the Body Politic: Dress, Gender, Citizenship*. Oxford und New York: Berg.
- Parkins, W. (2002a): Introduction: (Ad)ressing Citizens. In: Parkins, W. (Hrsg.): *Fashioning the Body Politics. Dress, Gender, Citizenship*. Oxford und New York: Berg, S. 1–18.
- Parkins, W. (2002b): The Epidemic of Purple, White and Green: Fashion and the Suffragette Movement in Britain 1908–14. In: Parkins, W. (Hrsg.): *Fashioning the Body Politics. Dress, Gender, Citizenship*. Oxford und New York: Berg, S. 97–124.
- Pelka, A. (2013): Z [politycznym] fasonem. *Moda młodzieżowa w PRL i NRD*. Gdańsk: słowo/obraz terytoria.
- Perchla-Włosik, A./Gorgoń-Mróż B. (im Druck): *Symbolika narodowa marki patriotycznej w komunikacji marketingowej – case study*.

- Peters, J. D. (1993): Distrust of Representation: Habermas on the Public Sphere. In: *Media, Culture and Society*, vol. 15(4), S. 541–571.
- Purdy, D. L. (1998): *The Tyranny of Elegance: Consumer Cosmopolitanism in the Era of Goethe*, Baltimore. Maryland: The Johns Hopkins University Press.
- Rabine, L. W. (2002): *The Global Circulation of African Fashion*. Oxford und New York: Berg.
- Raciniewska, A. (2014): Ethics in fashion as a social problem: Ethical fashion in Poland. In: *International Journal of Fashion Studies* 1(2), S. 165–184.
- Raciniewska, A. (2013): Luksus w czasie kryzysu. In: *Kultura Współczesna* 4(79), S. 29–41.
- Raciniewska, A. (2014): Ethics in fashion as a social problem: Ethical fashion in Poland. In: *International Journal of Fashion Studies* 1(2), S. 165–184.
- Rancière, J. (2006): The Ethical Turn of Aesthetics and Politics. In: *Critical Horizons* 7(1), S. 1–20.
- Rancière, J. (1999): *Disagreement: Politics and Philosophy*. Minneapolis: Minnesota Press.
- Ribeiro, A. (1988): *Fashion on French Revolution*. Teaneck: Holmes and Meier.
- Reilly, A. (2014): *Key Concepts for the Fashion Industry*. London und New York: Bloomsbury Academic.
- Roche, D. (1996): *The Culture of Clothing: Dress and Fashion in the Ancien Régime*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Root, R. A. (2010): *Couture and Consensus: fashion and Politics in Postcolonial Argentina*. Minneapolis und London: University of Minnesota Press.
- Root, R. A. (Hrsg.) (2005): *The Latin American Fashion Reader*. London und New York: Berg.
- Rovine, V. L. (2009): Colonialism's Clothing: Africa, France, and the Deployment of Fashion. In: *Design Issues* 25(3), S. 44–61.
- Saint-Sauveur, J. G. (1796): *Costumes des représentants du peuple, membres des deux conseils, du Directoire exécutif, des ministres, des tribunaux, des messagers d'Etat, huissiers, et autres fonctionnaires publics, etc.* Paris: Hunt.
- Sekula, A. (2003): Reading an Archive. Photography Between Labour and Capital. In: Wells, L. (Hrsg.): *The Photography Reader*. London und New York: Routledge, S. 443–452.
- Simmel, G. (1905): Philosophie der Mode. In: *Moderne Zeitfragen*, Nr. 11, S. 5–41.
- Smelik, A. (Hrsg.) (2016): *Delft Blue to Denim Blue: Contemporary Dutch Fashion*. London: I.B. Tauris.
- Stehr, N./Henning, Ch./Weiler, B. (Hrsg.) (2006): *Moralization of Markets*. London: Transaction Press.
- Stitzel, J. (2005): *Fashioning Socialism. Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany*. London und New York: Berg.
- Sue, D. W. (2010): *Microaggressions in Everyday Life: Race, Gender and Sexual Orientation*. New Jersey: John Wiley & Sons.
- Świąchowicz, M./Lis, E./Bondanowicz, M. (2016): O co walczą Polską Walczącą? In: *Newsweek*, Nr. 33/2016, 15.08.16, <http://tinyurl.com/h7ukufk> (Abruf: 16.08.16)
- Tarlo, E. (1996): *Clothing Matters: Dress and Identity in India*. Chicago: University of Chicago Press.
- Thomas, D. (2010): *Luksus. Dlaczego stracił blask*. Warszawa: MUZA;

- Tseñlon, E. (2011): Introduction: A critique of the ethical fashion paradigm. In: *Critical Studies in Fashion & Beauty* 2(1–2), S. 3–68.
- Uchalová, E. (2012): *Prague Fashion Houses 1900–1948*. Prague: Olympia.
- Uchalová, E. (1999): *Czech fashion 1780–1870: for salon and promenade*. Prague: Olympia.
- Uchalová, E. (1997): *Czech fashion 1870–1918: from the waltz to the tango*. Prague: Olympia.
- Uchalová, E. (1996): *Czech fashion 1918–1939: elegance of the Czechoslovak First Republic*. Prague: Olympia.
- Virginás, P. (2010): *From Brand Philosophies To Cultural Citizenship: The Case Of Two Hungarian Fashion Labels*. VDM Verlag Dr. Müller.
- von Busch, O. (2016): *Action! or Exploring Diffractive Methods for Fashion Research*. In: Jenss, H. (Hrsg.): *Fashion Studies. Research Methods, Sites and Practices*. London and New York: Bloomsbury Academic, S. 181–197.
- von Busch, O. et al. (2014): *The Fashion Condition*. The Fashion Practice Collective. New York: Selfpassage.
- von Busch, O. (2012): *Fashion, Democracy and Social Justice*. In: von Busch, O. (Hrsg.): *Just Fashion. Critical Cases on Social Justice in Fashion*. New York: Selfpassage.
- von Busch, O. (2008): *Fashion-able. Hacktivism and engaged fashion design*. Göteborg.
- Witkowski, M. (2016) *Bóg, Bluza, Ojczyzna. Skąd wzięła się moda na patriotyczną odzież i gadżety?* In: *Gazeta Wyborcza*, 24.04.16, <http://tinyurl.com/huos2kz> (Abruf: 12.08.16).
- Witte, S. S. (2004 [1791]): *An Answer to the Question: Would It Be Harmful of Beneficial to Establish a National Uniform?*, In: Purdy, D. L. (Hrsg.): *The Rise of Fashion. A Reader*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 72–78.
- Wolin, Sh. (2008): *Democracy Incorporated: Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism*. Princeton: Princeton University Press.
- Wrigley, R. (2002): *The Politics of Appearances. Representations of Dress in Revolutionary France*, London. New York: Bloomsbury.
- Wronsov, R. (2014): *Tractatus Fashionablo-Politicus. The Political Philosophy of the Current State of Fashion*. New York: Selfpassage.
- Zborowska, A. (2014): *Uses and abuses of history: A case of a Comme des Garçons fashion show*. In: *Critical Studies in Fashion & Beauty* 5(2), S. 233–252.
- Zhao, J. (2013): *The Chinese Fashion Industry: An Ethnographic Approach*. Oxford und New York: Berg.

Julia Maria Zimmermann

Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament

Eine narrative Aussagenanalyse

Zusammenfassung: Die Gleichberechtigung der Geschlechter kann als zentrales Narrativ in der Selbstbeschreibung des Europäischen Parlaments interpretiert werden. Hierbei wird, neben Gleichstellungsfragen, auch die Legitimität der EU zur erzählten Realität. Der Artikel zeichnet die Geschichte der Geschlechterpolitik der EU unter Berücksichtigung des Impacts der Mitgliedstaaten nach. In einem zweiten Teil werden Aussagen und Erzählungen über das Verhältnis zwischen EU und den Nationalstaaten in Debatten zu Hierarchien und Geschlecht analysiert. Dabei werden Parlamente als performative Strukturen aufgefasst, deren Bedeutungsleistung im Plenum maßgeblich über narrative Diskurse generiert und nach außen wie innen kommuniziert wird.

Schlagwörter: Europäisches Parlament, Geschlecht, Diskursanalyse, narrative Diskursanalyse, Performanz, Gleichstellungspolitik

Summary: The equality of men and women can be interpreted as core narrative in the self-description of the European Parliament. Alongside questions of gender equality, the legitimacy of the European Union itself is established as a reality, as well. This paper traces the history of gender equality politics in the EU, focusing on the impact that single member states had on the process. The second part analyses statements and narratives on the relationship between the EU and the Member states as they shine through in debates on gender equality in hierarchies. I define parliaments as perfor-

mative structures, in which meaning-making is generated through narrative discourses and communicated inside and outside the plenary arena.

Keywords: European Parliament, gender, discourse analysis, narrative discourse analysis, performance, gender equality politics

1. Einleitung

In Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sieht die Mehrheit der Abgeordneten das Europäische Parlament in einer europaweiten Führungsposition. In den letzten 15 Jahren hat das Parlament den Maßstab für die Gleichstellung von Männern und Frauen für die Mitgliedstaaten sehr hoch gelegt. „Equality between women and men is one of the European Union’s founding values“, heißt es auf der Homepage des Departments for Justice der EU Kommission. Ähnlich äußern sich auch Abgeordnete des EU Parlaments: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundprinzip der Europäischen Union. Sie wurde seit dem Vertrag von Rom immer wieder verbessert und verfeinert und ist daher für uns eine wichtige Grundlage“ (Evelyn Regner, 19.11.2013). Es besteht kein Zweifel: In der Selbstbeschreibung der EU, und insbesondere des Europäischen Parlaments, spielt das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern eine zentrale Rolle. Folgerichtig wurde und wird eine Vielzahl von Maßnahmen verabschiedet, die die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern fördern sollen. Dabei zielen mit großem Abstand die meisten Maßnahmen auf die Förderung von Frauen ab. Zu den politisch relevanten Bereichen der Gleichstellungspolitik der EU zählen vor allem der Arbeitsmarkt, der Schutz werdender Mütter und die Rechte von Eltern sowie die öffentliche Repräsentation von Frauen, sowohl in privaten Unternehmen als auch in der Politik. Mittlerweile wurden diese vorherrschenden Themen allerdings in den Debatten des Europäischen Parlaments durch weitere ergänzt, so etwa die Förderung von Mädchen und Frauen im Bildungswesen und die Gesundheit von Frauen, darunter reproduktive Rechte, und die Prävention von Gewalt. Diese thematische Ausweitung geht indes mit einem Wandel von „harten“ Gesetzen geringerer Reichweite zu „soft policies“ und relativ unverbindlichen Richtlinien einher.

Die Debatten um die Gleichstellung von Männern und Frauen sind auch erhellend, wenn es um die Selbstbeschreibung einer europäischen Gesellschaft geht, die in ihrer Allgemeinheit vor dem Hintergrund der Wertorientierung an „Geschlechtergerechtigkeit“ entworfen wird. Als Negativfolien dienen diesem Selbstentwurf immer wieder die Mitgliedstaaten, die der

Linie des Parlaments in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit nicht folgen wollen oder können, und die eigensinnige Politiken vertreten. Gleichzeitig gelten Nationalstaaten vereinzelt aber auch als „Benchmark“. Der folgende Beitrag wird die Selbstbeschreibung des Europäischen Parlaments in seinem Engagement für Geschlechtergerechtigkeit nachvollziehen, aber auch aufzeigen, wie dieses Engagement die Eigensinnigkeit einiger Abgeordneter hervorruft, Strategien zu entwickeln, die positive Selbstbeschreibung des Europäischen Parlaments abzuwehren. Eine wesentliche Rolle spielt hier der Rekurs auf den Nationalstaat, dessen Autorität in der Frage zum Schiedsrichter über die Realisierung der Gleichberechtigung gemacht wird.

Im ersten Abschnitt des Beitrages werde ich die Entwicklung der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik und deren Beeinflussung durch das Wirken der Mitgliedstaaten nachzeichnen, schließlich auf die Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Durchsetzung der europäischen Gleichberechtigungsziele eingehen. Der zweite Teil ist der theoretischen und methodologischen Einordnung meiner Analyse gewidmet. In einem dritten Teil erfolgt dann die Fallstudie, bei der ich insbesondere auf die narrativen Strategien der Legitimierung und Delegitimierung des Europäischen Parlaments (EP) in Bezug auf Gleichstellungspolitiken eingehe.

Das Fazit wird aufzeigen, dass von Seiten des Parlaments die Mitgliedstaaten zwar als Partner der EU entworfen werden, dass sie aber gleichzeitig auch als rückständig in Bezug auf Geschlechterfragen eingestuft werden. EU-kritische Stimmen in Parlament hingegen nutzen diese unterstellte Rückständigkeit, um die als „unwidersprechbar“ (Elgström 2005) empfundene Norm der Geschlechtergerechtigkeit in ihrer Ausführung zu behindern.

2. Europäische Gleichstellungspolitik: Zwischen Engagement und Einfluss der Mitgliedstaaten

Uta Klein schlägt vor, den Prozess europäischer Gleichstellungspolitik in vier Phasen oder Etappen aufzuteilen, denen jeweils spezifische Charakteristika eigen sind (Klein 2013, S. 69). Alison Woodward folgt in etwa einer ähnlichen Epocheneinteilung, allerdings mit stärkerem Bezug auf die politischen Diskurse und Konzepte, die die jeweilige Etappe maßgeblich geprägt haben (Woodward 2012, S. 87 ff.). Parallel zur Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der EU entwickelte sich auch das EP als Institution weiter und weitete seine Befugnisse und Einflussmöglichkeiten aus. Anna van der

Vleuten stellt die These auf, dass die Verknüpfung von Geschlechterthematiken in der EU und der Machtzuwachs des EP keineswegs zufällig sind, sondern auf gezielten Strategien beruhen (van der Vleuten 2016, S. 9).

Ich werde mich an die von Klein und Woodward vorgeschlagene Einteilung weitgehend anlehnen, wenn ich im Folgenden einen Überblick über die Geschichte der Gleichstellungspolitik in der EU und dem EP gebe, wobei es mir darum geht, punktuell die Rolle der Mitgliedstaaten in diesem Prozess aufzuzeigen, was, wie wir sehen werden, immer wieder der Fall war.

Als Initialdatum europäischer Gleichstellungspolitik wird in der Literatur der Artikel 119 des Gründungsvertrags der EWG angegeben, der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer vorsieht: „Jeder Mitgliedstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten.“ (zit. nach Klein 2013, S. 70). Damals waren jedoch nicht gleichstellungstheoretische Überlegungen die Grundlage des Artikels, sondern befürchtete Wettbewerbsnachteile Frankreichs, das den Grundsatz der Entgeltgleichheit in seiner nationalen Gesetzgebung verankert hatte und dessen EWG-weite Anerkennung nun zur Bedingung für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes machte (van der Vleuten 2007, S. 35). In den Folgejahren blieb der Artikel allerdings wenig beachtet, obgleich einzelne engagierte Gleichstellungspolitikern im EP immer wieder auf Umsetzung pochten (van der Vleuten 2016, S. 3). Die diskursive Grundlage für diesen Vorstoß, und diverse andere Vorstöße im Bereich der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt bis in die 1970er, war, nach Woodward, ein „sameness“-Ansatz (Woodward 2012, S. 88): Auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit der Geschlechter wurde eine für Männer und Frauen gleiche Gesetzgebung gefordert. Diese Gleichbehandlung wurde besonders eng an die Arbeitsgesetzgebung geknüpft und vor allem auf eine ökonomische Emanzipation von Frauen hin ausgerichtet (Woodward 2012, S. 89). Von außen betrachtet, brachte dieser Ansatz insbesondere in Ländern mit „nachholender Modernisierung“ an den Rändern der EWG – Italien, später Irland, und noch später Spanien, Portugal und Griechenland – einen unübersehbaren Schub im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen (Woodward 2012, S. 91 f.).

Nach diesem Auftakt folgte eine Latenzzeit in der Gleichstellungspolitik, die erst Mitte der 1970er-Jahre, zeitgleich mit entsprechenden Initiativen etwa der UN (Jahr der Frau 1975), aber auch der Erweiterung um drei Mitgliedstaaten (Dänemark, Irland und Großbritannien, 1973) sowie dem Aufkommen nationaler Frauenbewegungen in den Mitgliedstaaten und vor allem frauenpolitisch motivierter einzelner MEPs, wieder Aufwind bekam. Erst jetzt wurde ein substanzielles Rahmenprogramm für eine Gleichstel-

lung von Frauen und Männern entwickelt, das jedoch auf den Bereich der Beschäftigungspolitik beschränkt blieb.

Das EP suchte indes eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen (Kronsell 2012, S. 31) einerseits und akademischen ExpertInnen andererseits (Wobbe/Biermann 2009, S. 124), und erwarb sich so den Ruf einer „frauenfreundlichen Organisation: „Durch diesen Prozess der Konsultation [...] konnten Fraueninteressen zunehmend bereits in die Entwürfe der Gesetzgebung einfließen, zu einer Zeit, zu der dies auf der nationalen Ebene nicht gegeben war“ (Klein 2013, S. 74). Diese strategisch wichtige Zusammenarbeit hat Woodward als „velvet triangle“ informeller Governancestrukturen bezeichnet (Woodward 2003, 84 ff.).

War, wie van der Vleuten feststellt, 1981 die Frage Gleichberechtigung von Frauen „unmistakably on the European agenda“ (van der Vleuten 2007, S. 113) stockte die Gleichstellungspolitik in den 1980er Jahren: Diverse Vorstöße der Kommission wurden von einzelnen Mitgliedstaaten, namentlich immer wieder Großbritannien, im Rat blockiert und kamen erst nach dem sozialdemokratischen Regierungswechsel in Großbritannien in den 1990er Jahren zur Einführung (Clavero/Galligan 2009, S. 104).

Im Laufe der 1990er Jahre nahm die kontextuelle Bedeutung der Gleichstellungspolitik für die EG wieder zu, was teilweise auf das Wirken von Mitgliedstaaten zurückzuführen ist (etwa den Regierungswechsel in Großbritannien und die Norderweiterung). Insbesondere wurde durch den Beitritt von Schweden und Finnland (1995) weiter Druck auf die EG ausgeübt, was Gleichstellungsmaßnahmen anging. In beiden Ländern waren Gleichstellungs- und Frauenpolitiken fester Bestandteil der nationalen Politik, und beide Länder waren auf diesem Weg weiter fortgeschritten als die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Viele Frauen in Schweden und Finnland fürchteten Rückschläge in diesem Bereich durch eine Zugehörigkeit zur EG und waren einem EG-Beitritt ihrer Länder gegenüber äußerst kritisch eingestellt (Liebert 1999, S. 214). Ähnlich lag der Fall in Norwegen, wo ein Volksentscheid den Beitritt verhinderte (Liebert 1999, S. 209). Auch die dänischen Frauen waren überwiegend skeptisch gegenüber einer Europäischen Integration, die Rückschläge in Bezug auf das dänische Modell zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwarten ließ (Kronsell 2012, S. 29). Der Druck, den Schweden (Hubert/Stratigaki 2016, S. 20) und Finnland, aber auch Dänemark und das Europäische Parlament, auf die Mitgliedstaaten und Institutionen der EG ausübten, zeigt sich auch in der Verfassung des Amsterdamer Vertrags. Die direkten Folgen des Vertrags für die Gleichstellungspolitik bestanden zum einen in der beschriebenen Ausweitung der Gleichstellungspolitik über den Arbeitsmarkt hinaus, und zum

zweiten in der Aufnahme des Gender Mainstreaming-Ansatzes gemäß des Vorschlags der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking (Stratigaki 2005, S. 172 f.), was eine Ausweitung der Geschlechterpolitik auf andere politische Bereiche verstärkte (Stratigaki 2005, S. 171).

Im Anschluss an den Vertrag von Amsterdam und die Grundrechtecharta von 2001 erfuhr die Europäische Gleichstellungspolitik zudem eine intersektionale Ausweitung (Klein 2013, S. 101 f.; Ahrens et. al. 2016, S. 11 f.). Das betrifft einerseits die Feststellung, dass Frauen keine in sich homogene Gruppe darstellen, sondern untereinander unterschiedlich sind. Andererseits bedeutet es eine Ausweitung des Interessenbereiches der Gleichstellungspolitik, die nun als Antidiskriminierungspolitik fortgeführt wird. Die intersektionale Ausweitung der Gleichstellungspolitik hat komplexe Auswirkungen auf die Geschlechterpolitik. Während sie einerseits in der Legislation eine weitere Grundlage für Gleichstellungspolitiken bildet, befürchten einige ForscherInnen und AktivistInnen eine Veruneindeutigung und Aufweichung der Geschlechterpolitik (Lombardo/Verloof 2009, S. 78; Hubert/Stratigaki 2016). Hinweise, die diese Befürchtung bestätigen, existieren durchaus. So stellen Ahrens et. al., fest, dass im Zuge der Implementierung von „Antidiskriminierung“ sowohl in den rechtlichen Gleichstellungsgrundlagen als auch in den Politikbereichen der Gleichstellungsgedanke durch den vagen und reaktiven Antidiskriminierungsgedanken ersetzt wurde (Ahrens et. al. 2016, S. 12 ff.). Auch auf institutioneller Ebene sehen Hubert und Stratigaki seit der Osterweiterung eine Schwächung der Institutionalisierung von Geschlechtergerechtigkeit (Hubert/Stratigaki 2016, S. 28; s. a. Woodward/van der Fleuten 2014, S. 73 f.)

Trotz des relativen Engagements steht die Gleichstellung der Geschlechter auf der EU-Ebene immer noch auf wackligen Füßen. Zwar hat der Frauenanteil in Parlament und Kommission stetig zugenommen, hängt aber insgesamt immer noch stark vom Einfluss der nationalstaatlichen Politiken ab. So wurde die ursprünglich angestrebte Frauenquote von 40% für die 2014 nominierte Kommission verfehlt, da die Mitgliedstaaten nicht genügend Bewerberinnen aufstellten, und auch der Frauenanteil im EU-Parlament bleibt bei 37% gegenüber vorhergehenden 35% aufgrund unterschiedlichster Wahlordnungen in den Mitgliedstaaten, die manchmal Quotierungen vorsehen, oftmals jedoch auch nicht.

Der Prozess der Gleichstellungspolitik in Europa ist insgesamt zum einen durch eine relative Fortschrittlichkeit gekennzeichnet, die auf der anderen Seite aber abhängig vom Einfluss der Mitgliedstaaten ist. Wir haben gesehen, dass frauenpolitisch fortgeschrittene Mitgliedstaaten die Gleichstellungspolitik entscheidend vorantreiben können, wie es in der zweiten

Hälfte der 1990er Jahre der Fall war, wie aber auch nationale Vorgaben und Gender Regimes immer wieder den Gleichstellungsprozess in Europa und auch in den Institutionen der EU ausbremsen können.

3. Von der Aussagenanalyse zur Performanz von Narrativen im Parlament

In diesem Kapitel möchte ich die theoretische und methodologische Rahmung meiner Fallstudie darlegen. Ich werde, ausgehend von einer aussagenanalytisch angelegten Diskurstheorie im Anschluss an Foucault, deren performativen Charakter für politisches diskursives Handeln, insbesondere im Parlament herausstellen. Als einen möglichen Analyserahmen politischer Performanz in Parlamenten werde ich Shirin Rais „Political Performativity Framework“ (Rai 2012, 2015b) vorstellen, um dann im Anschluss an Ansätze der Narrationsanalyse, bzw. narrativen Diskursanalyse einen für meine Analyse zentralen Aspekt parlamentarischer Bedeutungskommunikation aufzuzeichnen.

3.1 Die (narrative) Aussagenanalyse als Instrument der parlamentarischen Forschung

Die folgende Auswertung ist als narrative Diskursanalyse angelegt. Diesen narrativen Diskursen nähere ich mich über eine Analyse der Aussagen in den parlamentarischen Debatten an. Aussagen werden dabei als „Grund-einheit[en] des Diskurses“ (Wrana et al. 2014, S. 45) verstanden, die in ihrer Gesamtheit eine diskursive Formation bilden. Sie gelten nicht als einfache Folgen von abstrakten Zeichen, sondern sind mit einem Kontext verknüpft, vor dessen Hintergrund ihnen eine diskursive Bedeutung zukommt. Dieser Kontext ist, so will ich aufzeigen, durch eine politische Narratologie geprägt. Meine Definition der „Aussage“ folgt u. a. der Definition Foucaults und begreift Aussagen als „Produkt von Äußerungen, wobei sich in und durch die Äußerung Text und Kontext verbinden und Sätze zu einem Diskurs werden“ (ebd., S. 45). Diskurse verstehe ich als soziale Wissens- und Bedeutungsarchive, oder, mit Siegfried Jäger gesprochen, als „rhizomartig verzweigter mäandernder, Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ (Jäger/Jäger 2007, S. 23). Sie stellen Deutungsangebote über die soziale und materiale Umwelt bereit. Diese Deutungen werden in Aussagen aktualisiert bzw. realisiert. Der Begriff „Bedeutung“ mag deshalb

passender sein, umschreibt er doch nicht nur das Ergebnis der Deutungsleistung, nämlich die konkrete diskursive *Bedeutung* eines Phänomens, sondern auch den Prozess der Be-Deutungsleistung. Fasst man in dieser Weise Aussagen als Akte von Deutungsleistung und, ko-konstitutiv, Trägerinnen von Bedeutung auf, impliziert dies, dass Aussagen nicht für sich selbst stehen und demzufolge interpretiert werden können, sondern einen Kontext voraussetzen, der rekonstruiert werden muss. Über diese Kontexte werden Angermüller zufolge Subjekte und Sprecherpositionen herausgebildet. Das Gesagte wird so zu einem *von jemand* Gesagten, ohne dass der/die SprecherIn selbst im Gesagten notwendigerweise in Erscheinung tritt. Besonders deutlich wird dies im Falle einer Verneinung: Sowohl das konkret Geäußerte (z. B. „Die Wand ist weiß“) als auch dessen Verneintes („Die Wand ist nicht weiß“) verweisen jeweils auf Sprecherpositionen, wodurch der Aussage „Die Wand ist nicht weiß“ zwei Positionen zugeschrieben werden können: die der Aussage und die ihrer Verneinung (Angermüller 2007, S. 148 f.). Analog werden in den zu untersuchenden Aussagen Sprecherpositionen geschaffen, die sowohl Ego, also die eigene Sprecherposition, als auch Alter betreffen, womit je nach Kontext der mitgliedstaatliche Andere bzw. Nationalstaat oder die europäische Andere bzw. EU und das Europäische Parlament bezeichnet werden. Mit Benveniste gesprochen, sind also die deiktischen Formen der Aussagen (ich, hier, jetzt) von zentraler Bedeutung bei der Setzung von Sprecherpositionen und Hörerpositionen. Hier wird in den Texten Subjektivität hergestellt und mittels der Aussagen Subjektpositionen geschaffen, die von den Individuen entweder eingenommen oder aber zurückgewiesen werden können (ebd., S. 62):

„Eine besondere Rolle für die Analyse diskursiv hergestellter raumbezogener Identitäten können die Verknüpfungen von Personalpronomen wie ‚wir‘ und ‚uns‘ durch die eine Gemeinschaft konstituiert wird, mit räumlichen Bezügen wie ‚hier‘ und ‚dort‘ einnehmen (‚wir hier in Europa sind anders aus die anderen dort in den USA/im Orient/in Asien‘).“ (Mattissek 2009, S. 283 f.)

Eine ähnliche Verwendung der Deiktika findet sich natürlich auch in der Verbindung zwischen Europäischer Ebene und Mitgliedstaaten, wobei variabel ist, ob die EU oder der Mitgliedstaat zum Eigenen erhoben wird.

Analog zu der Varietät der Sprecherpositionen variieren auch die Bedeutungsgehalte der Aussagen, oder anders: Jede Aussage kann in verschiedener Weise gedeutet werden. Insofern sind Aussagen immer sinnhaft überdeterminiert:

„Mit Überdeterminierung ist in diesem Zusammenhang gemeint, dass Aussagen unterschiedlich interpretiert werden können und eine unterschiedliche Funktion und Bedeutung haben, je nachdem in welchem Kontext sie geäußert werden.“ (Mattissek 2009, S. 280)

Ist die Interpretation der Aussagen im Grunde schon eine Deutungsleistung, darf die Aussage selber doch nicht als Trägerin eines über sie hinaus verweisenden stabilen Sinns begriffen werden. „Sinn“ wird hier verstanden als instabiler diskursiver Effekt (Mattissek 2009, S. 280), der in der Deutung der Aussage vorläufig erschaffen wird. Stabilität von Sinngehalten kann nicht über singuläre Aussagen hergestellt werden, sondern bedarf der Wiederholung von Aussagen über eine gewisse Dauer. Das bedeutet wiederum, dass DiskursforscherInnen immer auch mit dem Problem konfrontiert sind, ihren Gegenstand zu verdoppeln, bzw. die Bedeutungen, die sie dekonstruieren wollen, in der Analyse erst zu ko-konstruieren. Untersucht werden können weiterhin nicht die individuellen Bedeutungszusammenhänge, die die SprecherInnen in der Aussage ausdrücken, denn diese Bedeutungen sind in der Analyse nicht mehr auffindbar, ihr mithin nicht zugänglich. Untersucht werden vielmehr allgemeine Bedeutungszusammenhänge, eben Kontexte, vor deren Hintergrund Aussagen „Sinn ergeben“, wahr und intelligibel erscheinen. Untersucht werden schließlich die konkreten materialen Ausdruckformen der Aussagen (vgl. Mattissek 2009, S. 280 f.).

Die Aussagenanalyse kann, hier wieder im Anschluss an Foucault, als pragmatische Diskursanalyse verstanden werden. Foucault begreift Aussagen als „linguistische Performanzen“ (Foucault 1981, S. 155), fasst sie also sprechakttheoretisch im Sinne Austins auf. Wenn die sprachliche oder linguistische Performanz, ganz einfach gesprochen, den Grundbestandteil des Diskurses bildet, der Diskurs andererseits aber ein sozialer Wissens- und Bedeutungsbestand ist, der Realitäten strukturiert und hervorbringt, kann auch von der Performanz, in einem weiteren Sinne als Austin dies gemeint hatte, gesagt werden, dass sie Realitäten hervorbringt.

3.2 Die Hervorbringung von Bedeutungen in politischen Performanzen und Narrativen

In Gesellschaften werden beständig, kollektiv und individuell, Bedeutungen generiert und Realitäten geschaffen. Diese Bedeutungen müssen nicht immer allgemeine Gültigkeit erhalten, tatsächlich existieren in jeder Gesellschaft konkurrierende Bedeutungsentwürfe. Das Politische stellt einen spe-

zifischen Ort dieser Bedeutungsgenerierung dar, der dem gesellschaftlichen Wissen den Anspruch auf Wirklichkeitsverankerung zugefügt. Hierunter verstehe ich den Anspruch, Diskurse in politischem Handeln als allgemeingültig zu etablieren, und somit den Bedeutungsüberschuss konkurrierender Diskurse zu reduzieren, oder zumindest bestimmte Diskurse zu „hegemonialisieren“. Hier wird die Konkurrenz unterschiedlicher Realitätsbedeutungen, unterschiedlicher Diskurse ausgetragen. Im Kontext des Politischen werden diskursive Aussagen getätigt und bewertet, auf Aussagen beruhende Konzepte der Wirklichkeitsgestaltung setzen sich durch, werden verworfen oder auch verändert. Dabei bleibt die politische Bedeutungs- und Wirklichkeitsgenerierung keinesfalls auf den engen Rahmen politischer Institutionen beschränkt, sondern greift tief in die Gesellschaft ein und umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Tatsächlich bildet die institutionalisierte Politik nur einen kleinen Ausschnitt des gesellschaftlich Politischen dar. Ich möchte die politischen Auseinandersetzungen in den Institutionen gleichsam als Ausdruck einer gesellschaftlichen Wirklichkeitsdeutung begreifen.

Eine Arena, in der Realitäten in performativen Akten hervorgebracht und potenziell gesellschaftlich wirksam werden, ist das Parlament. Es verkörpert den Ort, in dem das soziale Politische diskurshaft konkretisiert und institutionalisiert wird, es findet also eine „Überführung“ gesellschaftlicher politischer Diskurse in die Sphäre politischer Institutionen statt. Hier wird nicht nur ein parlamentspezifischer Diskurs performativ realisiert, sondern gesellschaftliche Diskurse aufgegriffen und verhandelt. Das Parlament ist auch ein Ort, an dem nicht-parlamentarische politische Diskurse systematisch realisiert und reproduziert werden. So gesehen, stellen die performativen Darstellungen in Debatten des Parlaments nicht nur eine Realisierung des Diskurses über das Parlament dar, sondern gleichzeitig Realisierungen derjenigen Diskurse, über die gesprochen wird, die Realisierung des Politischen. Die Performativität des Parlaments ist also eine doppelte: Es ist zum einen die Performativität, die den Diskurs, der das Parlament in seiner Seinsweise umschreibt, perpetuiert und legitimiert, indem die öffentlichen Debatten überhaupt stattfinden. Zum anderen sind es diejenigen Diskurse, die in den Debatten verhandelt und auf diese Weise in Aussagen verbalisiert werden. In diesem Sinne sind Parlamente selber nicht nur diskursive Knotenpunkte, sondern performative Strukturen, deren Aufgabe es ist, Sinnstrukturen auszubilden, die Diskurse intelligibel machen (Beaudoin 2013, S. 111).

„Mon analyse suggère ainsi non seulement que les débats parlementaires sont des actes performatives (*performances*), mais aussi que les parle-

ments sont eux-mêmes des structures performatives, à la fois révélatrices et créatrices de sens; que la nature très conditionnée des échanges contraint en permanence les parlementaires à nouer et renouer des relations essentielles, constitutives. C'est dans l'acte de parler et de voter que l'idéologie [ou le discours] devient réalité.¹ (Beaudoin 2013, S. 111 f., kursiv im Original)

Die Diskursforschung hat bislang den bedeutungsgenerierenden Charakter parlamentarischen Handelns weitgehend übersehen, wengleich sowohl in den Politikwissenschaften als auch von performanztheoretischer Seite ein wachsendes Interesse an „postmodernen“ Annäherungen an die Herstellung politischer Realitäten besteht (Reinelt/Rai 2015, S. 7). Unter den diskursanalytischen Ansätzen, die sich dem Sprechen und sprachlichen Handeln widmen, ist vor allem die Critical Discourse Analysis (CDA) zu nennen. Unabhängig der mehr oder weniger ausgeprägten Kontextualisierungen parlamentarischen Handelns, die in den diversen Studien vorgenommen werden, stellt die CDA meines Erachtens nicht in angemessener Weise den spezifischen Charakter parlamentarischen Handelns in Rechnung. Parlamente sind eben kein Vakuum, innerhalb dessen Diskurse in ihrer „Reinform“ betrachtet werden können, sondern, wie ich bereits argumentiert habe, performative Knotenpunkte, an denen vielschichtige Performanzen stattfinden, die ganz wesentlich die im Plenum getätigten Aussagen beeinflussen und formen.

Der performative Charakter parlamentarischen Handelns ist jedoch auch in den Politikwissenschaften noch ein Stiefkind, das gegenüber der Analyse von Policies oder politischen Negotiationen „zurückstecken“ muss. Die Äußerungen im Plenum gelten oftmals als wenig aussagekräftig im Hinblick auf die konkreten Politiken, als „Show“, der immer auch der Ruch des Gestellten, Unechten anhaftet. Neuere Ansätze versuchen hingegen, parlamentarisches Handeln an der Schnittstelle zwischen performanz- und diskurstheoretischen Ansätzen als zentrale politische Hervorbringung und Kommunikation von Bedeutungen zu deuten (Gadinger et al. 2014, S. 3 ff.). Hierunter möchte ich vor allem auf den Analyserahmen Shirin Rais (2012,

1 Übersetzung: „Meine Analyse legt somit nahe, dass parlamentarische Debatten nicht nur performative Akte sind, sondern auch, dass Parlamente selber performative Strukturen sind, zugleich Deuterinnen und Gestalterinnen von Sinn; dass die sehr konditionierte Natur des Austauschs die Parlamentarier beständig zwingt, wesentliche konstitutive Beziehungen zu knüpfen und aufrecht zu erhalten. Im Akt des Sprechens und des Abstimmens wird die Ideologie [oder der Diskurs] Wirklichkeit.“

2015b) verweisen. Rai versteht politische Performanzen als Performanzen „that seek to communicate to an audience meaning-making related to state institutions, policies and discourses“ (Rai 2015b, S. 1179 f.). Drei Aspekte sind hier hervorzuheben: 1. Die Performanz vollzieht sich in einem politischen Kontext. Dieser Kontext kann bereits apriorisch gegeben sein, etwa durch die räumliche und zeitliche Dimension (im Parlament etwa, oder am Nationalfeiertag o. ä.), aber auch in der Performanz hergestellt werden (in Demonstrationen, Happenings usw.). Die Aussage selber wird dann zur politischen Aussage, und zwar unabhängig von ihrer literalen Bedeutung. 2. Die Performanz ist Trägerin einer Deutungsleistung: Zeitgleich mit ihrer Ausführung wird eine spezifische Deutung der (politischen/sozialen) Welt hervorgebracht und als „Wissen“ behauptet. Auch hier ist die Bedeutungsleistung an sich unabhängig von ihrer konkreten Materialisierung in der Aussage. Bedeutung wird überdies nicht nur in der singulären Performanz hergestellt, sondern ebenso im Gesamtkontext, in den sich die Performanz einreihet. So kann die Inszenierung eines Streits zwischen diversen Weltdeutungen im Parlament als eine Performanz an sich gelesen werden, die die Bedeutung einer politischen Kultur kommuniziert, in der Wahrheitsfindung und die Durchsetzung von Interessen auf dem Prinzip der Argumentation ausgetragen werden. Das bloße Stattfinden von politischen Differenzen verweist auf die Legitimität alternativer Weltdeutungen – ihr Verbot hingegen auf die Illegitimität der dort mutmaßlich vertretenen Deutungen (in Deutschland etwa im Fall der Verbote rechtsextremer Demonstrationen und Versammlungen). 3. Die Kommunikation der Performanz(en) richtet sich sowohl an ein Publikum außerhalb des konkreten Performationskontextes, also etwa die BürgerInnen, die Presse usw., an ein Publikum außerhalb des politischen Kontextes, also an alternative oder gar feindliche politische Systeme, sowie an das Publikum innerhalb des konkreten Kontextes, etwa das parlamentarische Plenum. Insofern agieren etwa parlamentarische AkteurInnen nicht nur als individuelle Abgeordnete, sondern zugleich als AgentInnen einer bestimmten politischen und parlamentarischen Kultur. Im Falle des Europäischen Parlaments scheint diese offenbar gerade durch eine besondere Prekarität gekennzeichnet zu sein, wird doch, wie später zu zeigen sein wird, die Legitimität seiner Repräsentation und die Zuständigkeit zur Legislation nicht selten in Frage gestellt.²

2 Diese Prekarität dürfte nach den Wahlen 2014 und dem sich dort niederschlagenden zunehmenden EU-Skeptizismus noch größer geworden sein. Einstweilen wage ich jedoch die Hypothese, dass die zunehmende Infragestellung der EU und deren Parlaments durch EU-ParlamentarierInnen noch keine Infragestellung der politischen

Rai entwickelt ihren Analyserahmen anhand von zwei interpretativen Achsen: der Achse der Repräsentation, und der Achse der Performanz (Rai 2015b, S. 1183–1187). Die erste Achse beschreibt die Diskursposition der Sprechenden Individuen, und ist intersektional angelegt. Rai befragt die Repräsentativität der Handelnden nach vier Aspekten:

1. Der Körper verortet die AkteurInnen anhand sichtbarer Zuschreibungsmerkmale als geschlechtlich, ethnisch, klassenspezifisch, gesundheitlich, altersbezogen u. a. positioniert.
2. Die Repräsentation der Bühne verweist die AkteurInnen in einen spezifischen Handlungsrahmen, der u. a. durch eine spezifische Räumlichkeit (etwa das Parlament, das Rednerpult, die Ränge der Opposition etc.) sowie eine bestimmte Zeitlichkeit (z. B. innerhalb der Sitzungszeiten, der Fragestunde, der Debatte usw.) markiert ist.
3. Die auditorische Macht der Performanz bemisst sich anhand der gewählten Worte, der Stimme und/oder Lautstärke, mit der gesprochen wird (und werden kann), der Art des Vortrags (in etwa: frei gesprochen oder verlesen?), aber auch der auditiven Bedingungen des Vortrags: Wird die redende Person unterbrochen, etwa durch Interjektionen aus dem Publikum?
4. Die performative Arbeit wird von Rai als wertschöpfend definiert. Analog zu anderen Formen der immateriellen Arbeit gilt sie insbesondere dann als wertvoll, wenn der Prozess der Arbeit im Produkt verschleiert wird. Die Performanz wird also letztlich auch dahingehend bewertet, wie mühelos sie erscheint, das heißt, wie gut der/die AkteurIn die performative Arbeitsleistung versteckt.

Alle Formen der Repräsentation bedingen einander gegenseitig, und sind sehr stark von den sozialen Positionierungen der AkteurInnen abhängig. Die Repräsentativität der Aussagen unterscheiden sich also je nachdem, ob sie von einer Frau, einer Person of colour, einer/einem Angehörigen der Arbeiterschicht usw. getätigt werden. Dabei sind die Bewertungsschemata, anhand derer die Repräsentation als gelungen oder nicht gelungen eingeschätzt werden kann, abhängig von sozialen Konventionen. So gelten einige

Kultur nach sich ziehen wird. Vielmehr wird die Aushandlung der Legitimität und der Grenzen Europäischer Integration nunmehr im Europäischen Parlament selber inszeniert. Dabei offenbaren sich Paradoxe, wie etwa die Denunziation arbeitsscheuer EU-BürokratInnen durch EU BürokratInnen wie Beatrix von Storch in Deutschland oder Nigel Farage nach dem „Brexit“-Referendum.

Differenzmarker als illegitim, und werden im Setting der parlamentarischen Performanz weitgehend ausgeschaltet (etwa durch Mikrophone, barrierefreien Zugang zum Rednerpult usw.), während andere als legitim gelten und aufrecht erhalten werden (z. B. die Anforderung, eine offizielle Landessprache zu wählen).

Auf einer zweiten Achse wird die Effektivität der Performanz bewertet. Rai fragt hier danach, ob und wie sehr die Performanz als legitime Repräsentation des Performierten gelten kann. Die Legitimität des Performierten lässt sich kaum von den Bewertungsschemata der Repräsentation trennen. Es handelt sich also allenfalls um analytisch verschiedene Achsen, die jedoch in der konkreten performativen Kommunikation zusammenfallen. Auch auf der Achse der Performanz findet die Analyse auf vier miteinander verknüpften Ebenen statt.

1. Die Authentizität der Repräsentation fragt danach, wie sehr die sprechende Person als glaubwürdige Vertreterin des Performierten wahrgenommen wird. So werden bestimmte AkteurInnen als authentische, gar „natürliche“ RepräsentantInnen eines Diskurses oder einer sozialen Gruppe wahrgenommen, während andere AkteurInnen diese Beurteilung nicht annähernd zuteilwird. Dies gilt etwa für Identitätspolitik: Persons of colour gelten als authentische RepräsentantInnen aller Persons of colour, während weiße Personen kaum je als authentische RepräsentantInnen dieser Gruppe (wohl aber des „Allgemein-Menschlichen“) beurteilt werden, ungeachtet ihrer politischen Inhalte. Ähnliches gilt etwa für die Repräsentation von Frauen durch Frauen (und nicht Männer) usw. Hier lassen sich jedoch auch Abstufungen erkennen, die nahelegen, dass eine annähernde Repräsentation möglich ist. Die (im Europäischen Parlament) abwesenden Transpersonen werden so etwa am „authentischsten“ durch homosexuelle Abgeordnete vertreten, Women of colour durch weiße Frauen (und nicht etwa schwarze Männer) usw. Authentizität ist jedoch keineswegs ein intrinsischer Bestandteil der Identität, sondern, wie Rai betont, das Produkt einer Arbeitsleistung. Anderen Theorien zur affektiven Arbeit nicht unähnlich, gilt auch hier die Authentizitätsarbeit als besonders erfolgreich, je entschiedener es ihr gelingt, den Arbeitsaspekt zu verschleiern.
2. Der Modus der Repräsentation beschreibt die Verwendung kultureller und/oder anderer kollektiver Narrative, Symbole und Mythen. Rai schreibt (in Anlehnung an Clifford Geertz): „through performances we tell stories to ourselves and others about ourselves and about others“

(Rai 2015b, S. 1186). Sie deutet hier bereits die Wichtigkeit von Narrativen in der Kommunikation politischer Bedeutungen an.

3. Das Moment der Liminalität umschreibt die Möglichkeit der parlamentarischen Performanz, kreativ oder transformativ angeeignet zu werden. Hierbei werden die Regeln der parlamentarischen Performanz nicht notwendigerweise gebrochen, aber z. B. angeeignet, um das Spiel zu stören, um etwa die Legitimität der Performanz insgesamt infrage zu stellen.
4. Schließlich kennzeichnet der Widerstand gegenüber dem Anspruch zur Repräsentation die Möglichkeit der AkteurInnen, durch vielfältige Inszenierungen hegemoniale, aber als unpassend erachtete Ansprüche der Repräsentation zurückzuweisen.

Für die nachfolgende Analyse der Aussagen im Plenum ist vor allen Dingen Achse der Performanz und ihrer Legitimität von Bedeutung, wenngleich die Achse der Repräsentation immer wieder in den Performanzen vorscheint und vorscheinen muss, um die Legitimität der Performanz herzustellen.

Bevor ich zum analytischen Teil komme, möchte ich kurz auf die Bedeutung des Narrativs für die Analyse politischer Diskurse eingehen. Rai hat festgestellt, dass ein wesentlicher Teil einer politischen Performanz darin besteht, „Geschichten zu erzählen“. In ihrer Deutung – der ich mich hier anschließe – ist das Parlament (auch) eine symbolische Institution (Rai 2015a, S. 148), eine Institution, in der Politik durch Zeremonien, Rituale, und nicht zuletzt in Narrativen realisiert und kommuniziert wird. Diese Bedeutung ist im Übrigen keineswegs ahistorisch: Rai verweist darauf, dass Parlamente „also representative of a phase of modern capitalism“ sind (ebd., S. 149). Mit ihrer Interpretation von Parlamenten als symbolischen Institutionen, in denen performativ – und das bedeutet immer auch, narrativ – Sinnbezüge hervorgebracht und kommuniziert werden, unterscheidet sie sich von klassischen Ansätzen der Parlamentsforschung, die den funktionalen Charakter der Parlamente als Orte der Deliberation und der Legislation betonen (ebd.). Die Narrative, die im parlamentarischen Handeln kommuniziert werden, entstehen also ebenfalls nicht „aus dem Nichts“ (vgl. Rai 2015b, S. 1186), sondern sind interdiskursiv und kontextuell gebunden. Sie sind somit auch keineswegs als eine Art „Politentertainment“ zu verstehen, sondern als Trägerinnen von Weltdeutungen, als „elementares Medium des Weltverstehens“ (Gadinger et. al. 2014, S. 3). Eine Unterscheidung zwischen Erzählung und Faktum, bzw. Mythos und Logos (vgl. ebd., S. 9), erscheint mir somit nicht angemessen. Vielmehr trägt die Erzählung dazu bei, das „Faktum“ erst verständlich zu machen, erst als Faktum zu etablie-

ren (Viehöver 2012, S. 85). Markus Arnold beschreibt die als die Fähigkeit von Erzählungen, „etwas Gegebenes in etwas Begründbares zu verwandeln“ (Arnold 2012, S. 18). Nicht nur gesellschaftliche Zusammenhänge, nicht nur Politik, auch die Tatbestände werden so mit einer Geschichte ausgestattet. Gleichzeitig initiiert das Faktum, das reale Moment, die Erzählung. Weit davon entfernt, im „wissenschaftlichen“ Zeitalter an Bedeutung zu verlieren, stellen Narrative nach wie vor die Bedingungen zur Weltdeutung bereits, die, und das mag der Unterschied gegenüber vormodernen Narrativen sein, wenn nötig auf der Basis objektivierbarer Belege manifestiert werden können. Diese Belege jedoch sind, ähnlich wie die Aussagen des Diskurses, überdeterminiert. Das bedeutet, sie können in verschiedener, ja, widersprüchlicher Weise gedeutet werden, je nachdem, in welches Narrativ sie eingebettet werden (vgl. den Exkurs in Biegoń/Nullmeier 2014, insb. S. 52 und 58 f.; Arnold 2012, S. 35).

Im Rahmen politischer Aushandlungsprozesse können Narrative also als spezifische Diskursform begriffen werden, durch die Bedeutungen politischer Problematiken, politischer Lösungen, aber auch ganz generell, politischer Legitimität innerhalb und außerhalb des konkreten Handlungskontextes kommuniziert werden. In der Kommunikation von Narrativen werden, über die Generierung gemeinsamer oder abgrenzender Bedeutungszusammenhänge, diskursive/soziale/politische Beziehungen hergestellt – oder aber verweigert (vgl. Viehöver 2012, S. 69). Auf diese Weise entsteht der politische Raum als ein diskursiv-narrativer Raum, der Phänomene, Meinungen, und individuelle wie kollektive AkteurInnen, Organisationen, Institutionen positioniert und lokalisiert (vgl. ebd., S. 71). So kann das Europäische Parlament, oder weiter gefasst die EU, als ein narrativer Raum interpretiert werden, dessen Grenzen gegenüber anderen (namentlich nationalen) Räumen, dessen AkteurInnen und Institutionen, deren Legitimität, und schließlich auch die Bedeutungssysteme, die diesen Raum als geteilten Diskursrahmen zusammenhalten, beständig positioniert, verschoben, und re-lokalisiert werden.

Im Rückgriff auf die eingangs ausgeführte Aussagenanalyse fasse ich Narrative, wie bereits angeklungen ist, als ein spezifisches Genre von Aussagen auf. Sie bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen der Institutionalisierung der Rede (was kann/darf gesagt werden?) und der systematischen Anordnung der Aussagen (wie wird Gesagtes zum Diskurs?) (ebd., S. 82 f.). Dieses Spannungsverhältnis kann meiner Meinung nach kaum aufgelöst werden, erweist es sich doch beständig als Prisma, durch welches Diskurse als einerseits beschränkend, andererseits produktiv wahrgenommen werden können. Willy Viehöver sieht in Narrativisierungen eine Möglich-

keit, das strukturierende, aber gleichzeitig für Innovationen offene Moment von Diskursen zu fassen (ebd., S. 85). Er beschreibt Erzählungen als eine Äußerungsmodalität, die Bedeutung für alle anderen Äußerungsmodalitäten (Statistiken, Daten, Chroniken,...) besitzt, ja, diese „erst zum Sprechen bringt“ (ebd.). Somit ist das Narrativ eine Möglichkeit der Äußerung, die den Aussagen selbst zugrunde liegt und diese gemäß der spezifischen narrativen Modalität formt. Damit eine Aussage in einen Bedeutungszusammenhang verwoben werden kann, bedarf es der Erzählung, die sie mit anderen Diskursen oder Diskursfragmenten verknüpft. Das bedeutet für die Aussagen (die oben bereits als mit einem Bedeutungsüberschuss versehen charakterisiert wurden), dass sie je nach narrativer Einbettung verschiedene Bedeutungen kommunizieren können, und so das Potenzial erhalten kritisch gegenüber konkurrierenden und/oder hegemonialen Bedeutungen und sogar transformativ zu wirken.

Auf diese Weise wird verständlich, warum sich die Aussagenanalyse als Medium der Interpretation parlamentarischer Rede anbietet: Aussagen sind dann performative Akte, die Bedeutungssysteme aktualisieren, und die in spezifischen Arenen, den performativen Strukturen, zu denen auch Parlamente zählen, realisiert werden. Der performative Charakter parlamentarischer Rede ist kein Selbstzweck, sondern richtet sich an ein sowohl vorhandenes als auch imaginäres Publikum, hält also Sprecher- und Hörerpositionen für alle aktiv und passiv an der Performanz Beteiligten bereit. Es wird zu zeigen sein, wie die Subjektivierungsangebote für EU-Ebene und Mitgliedstaaten konkret ausformuliert werden.

4. Das Europäische Parlament und der Nationalstaat – eine Fallstudie

In diesem Abschnitt möchte ich fünf Debatten des Europäischen Parlaments auf ihr dort geäußertes Bild des Verhältnisses zwischen der EU und den Mitgliedstaaten hin analysieren. Es handelt sich um Debatten der Legislaturperioden 2004 bis 2009 sowie 2009 bis 2014. Alle Debatten lassen sich thematisch in den Bereich „Geschlecht und Hierarchie“ einordnen: Sie behandeln die Problematiken von Frauen in der Internationalen Politik (15. November 2006), Frauen in der Wissenschaft (20. Mai 2008), Frauen und Unternehmensleitung (5. Juli 2011), Frauen in politischen Entscheidungspositionen (12. März 2012) und die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden DirektorInnen/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften (19. November 2013).

In allen Debatten überwiegt die weibliche Beteiligung bei Weitem: Frauen ergriffen mindestens dreimal so häufig das Wort wie Männer. Dies lässt den Schluss zu, dass Themen der Gleichstellung der Geschlechter – und bei den vorliegenden Themen handelt es sich um die klassische Gleichstellungsfrage der zahlenmäßig ausgewogenen Vertretung durch Frauen und Männer – als frauenspezifische Problematiken angesehen werden, und dass auch das Engagement hierin frauenspezifisch ist. Männliche Abgeordnete fühlen sich offenbar nicht zuständig oder vielleicht auch nicht kompetent genug zur Diskussion.

4.1 Der Nationalstaat als Partner der EU

Die häufigste Adressierung der Nationalstaaten in den untersuchten Debatten findet in der Feststellung statt, dass eine gelungene Gleichstellungspolitik auf die Gesetzgebung der Nationalstaaten einwirken müsse. Die Initiative geht dabei in der Regel von der EU-Seite aus: „We need to enhance our support of women’s active involvement in defining and implementing policies at national level“ (Franco Frattini, Vize-Präsident der Kommission, 15. November. 2006). Nicht von den Nationalstaaten wird also erwartet, dass sie aktiv werden. Das Procedere der Gesetzgebung lässt vermuten, dass diese vielmehr aufgerufen werden, tätig zu werden. Die eigentlich initiative Akteurin in diesem Setting ist allerdings die EU, nicht der im Grunde passive Mitgliedstaat. Trotzdem wird deutlich, dass die Mitgliedstaaten notwendigerweise „ins Boot geholt“ werden müssen, um die Legislation, und damit letztlich die Gleichstellungspolitik zu tragen. Dies äußert auch Viviane Reding, ebenfalls als Vize-Präsidentin der Kommission, am 5. Juli 2011: „[...] we need the Member States to go with us“. Ein solcherart angerufenes Verhältnis zwischen Nationalstaat und EU lässt sich als metaphorische Erzählung einer Partnerschaft beschreiben, in dem beide PartnerInnen aufeinander angewiesen sind. Dieses „Aufeinanderangewiesensein“ impliziert allerdings auch, dass die PartnerInnen keineswegs gleich sind: Sie haben unterschiedliche Funktionen, die, ungeachtet ihrer formalen Gleichberechtigung, unleugbar die Dichotomie zwischen einem aktiven und einem passiven Part in sich bergen: Die eine, die EU, initiiert die Gleichstellungsgesetzgebung, der andere, der Nationalstaat, realisiert sie. Um den passiven und möglicherweise nicht sehr willigen Partner zur Handlung zu bewegen, muss er „ermutigt“ werden (Sirpa Pietikäinen, Berichterstatterin, 12. März 2012), ihm muss „geholfen“ und er muss „unterstützt“ werden, was von der EU-Seite eine „starke Botschaft“, also besondere Stärke erfordert (Viviane Reding, Vize-Präsidentin der Kommission, 12. März 2012). In

solchen Erzählungen wird deutlich, dass die EU als die stärkere Partnerin konstruiert wird. Die subjektivierende Anrufung weist der EU die Position der Initiative, der Durchsetzungskraft und der Beharrlichkeit zu. Die Nationalstaaten werden als hilflos, ohnmächtig, orientierungslos entworfen. Das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten stellt sich ähnlich dar wie das eines Elternteils, das seine Kinder erziehen möchte, ohne sie zu bevormunden. Klar ist aber, dass die EU als „weiter entwickelt“ und „fortschrittlicher“ konstruiert wird. Gleichzeitig wird so als Aufgabe an die EU herangetragen, dafür Sorge zu tragen, dass bestimmte übergreifende Ziele, namentlich „Fortschritt“, womit hier konkret eine geschlechtergerechtere Ordnung gemeint ist, erreicht werden: „If progress is not being made at national level it is the responsibility of the European Union to act“ (Antonyia Parvanova, ALDE, 12. März 2012). Eine solche Aufgabenverteilung schließt an diverse kulturelle Narrative an, in denen teilweise Ungleichheitsverhältnisse verschleiert, und in Fürsorgeverhältnisse umgedeutet werden. Ich habe bereits die Analogie zu Diskursen der Erziehung von Kindern gezogen. In (nicht allzu) historischer Hinsicht bietet sich jedoch auch ein geschlechtsspezifisches Narrativ an, das den aktiven, weisen, über- und vorausschauenden Mann der schwachen, orientierungslosen und damit auf Führung angewiesenen Frau gegenüberstellt. Das hier erzählte Verhältnis ist eines, welches ein Spannungsverhältnis zwischen formaler Gleichwertigkeit und Achtung auf der einen und unübersehbarer Machtasymmetrien und Wertunterschiede zwischen den PartnerInnen beschreibt.

In anderen Akzentuierungen des Verhältnisses werden die Mitgliedstaaten nicht als schwach, sondern als unwillig dargestellt. Während das Engagement für Geschlechtergerechtigkeit in der EU weitgehend ungebrochen sei, würden die Mitgliedstaaten nachlässig, vernachlässigten vielleicht mit Absicht ihre Pflicht, die in vielen Verordnungen, Richtlinien und Gesetzen gebotene Gleichberechtigung umzusetzen. In diesem Falle müssen sie stärker angerufen werden:

„Demain, nous pourrions dire que le Parlement européen a fait sa part du travail. C’est maintenant aux États membres de se retrousser les manches et de mettre en pratique les engagements pris pour l’égalité hommes-femmes en Europe.“³ (Mariya Gabriel, PPE⁴, 19. November 2013)

3 Übersetzung: „Morgen werden wir sagen können, dass das Europäische Parlament seinen Teil der Arbeit getan hat. Jetzt ist es an den Mitgliedstaaten, die Ärmel aufzu-

Auch leichter Druck scheint einigen Abgeordneten legitim, um die Ziele der Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen: „Il faudrait inviter les États membres et, peut-être, Monsieur le Commissaire pourrait faire quelque pression sur les États membres afin d'établir un certain benchmarking“⁴⁵ (Erna Hennicot-Schoepges, PPE-DE⁶, 20. Mai 2008). Hier wird noch immer von einem formell gleichberechtigten Verhältnis ausgegangen, das allerdings auch von einer gewissen Getrenntheit geprägt ist. Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten verhalten sich in diesem Narrativ zueinander wie zwei autonome Staaten. Die EU wird hier als Staat neben den Staaten entworfen, die gleiche Rechte und Verpflichtungen hat wie andere Staaten, und die ansonsten relativ unabhängig von den sie konstituierenden Mitgliedstaaten ist. Dies zeugt von einem großen Selbstbewusstsein nicht unbedingt der EU-Institutionen insgesamt, aber des Europäischen Parlaments, welches sich als einziges direkt gewähltes EU-Organ als Sprachrohr der WählerInnen gegenüber deren nationalstaatlichen Regierungen, und immer wieder auch gegenüber anderen EU-Institutionen wie Rat und Kommission entwirft: „I am asking for a clear commitment from the *Commission* and from the Member States to change these unacceptable conditions“ (Zita Gurmai, S&D⁷, 12. März 2012, meine Hervorhebung). Ein besonders eindrückliches Beispiel davon, wie das Verhältnis zwischen (starker, initiativer) EU und (schwachem, passiven) Mitgliedstaat beschworen wird, zeigt Silvana Koch-Mehrin, ALDE, am 19. November 2013 auf:

„Und andere Länder haben sozusagen auf die EU gewartet, bis es von ihr eine Richtlinie gibt. Dass die EU zuständig ist, steht überhaupt nicht mehr in Frage. Es gab Anfang dieses Jahres eine Abstimmung der nationalen Parlamente, der Parlamente der Hauptstädte und eine große Mehrheit hat gesagt: Ja, EU, gehe voran, mach diese Quote!“ (Koch-Mehrin, ALDE, am 19. November 2013)

krempeln und das Engagement für die Gleichheit zwischen Frauen und Männern in die Praxis umzusetzen“.

4 Europäische Volkspartei.

5 Übersetzung: „Man müsste die Mitgliedstaaten einladen, und vielleicht kann der Herr Kommissar ein wenig Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, um ein gewisses Benchmarking zu etablieren.“

6 Die PPE war 1999 bis 2009 in einem Bündnis mit den Europäischen Demokraten, dieses Bündnis besteht allerdings nicht mehr.

7 Gruppe der Sozialisten und Demokraten.

Die Aussage ist ein Musterfall, wie die parlamentarische Identität performativ in Erzählungen hergestellt wird. Geradezu beispielhaft wird ein Dialog zwischen den nationalen Parlamenten und der EU inszeniert und vor dem Parlament erzählerisch dargeboten. In dieser Vorstellung unterwerfen sich die Länder freiwillig der Führung durch die EU, die als vorausschauende Partnerin akzeptiert wird. Inwiefern die Narration einen realen Kern enthält, lässt sich nicht nachprüfen, aber das ist für die vorliegende Studie auch unerheblich. Eindrücklich ist die Neu-Inszenierung des – rein fiktionalen oder nacherzählten – Ereignisses, in dem der EU von parlamentarischer Seite aus symbolisch und verbal die Vorreiterschaft im europäischen Ringen um eine geschlechtsspezifische Quote angetragen wird. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass es nicht die nationalen Regierungen, sondern die Parlamente als legitimierte Volkvertretungen sind, die dem Europäischen Parlament, als legitimierter Vertretung eines europäischen Volkes, also gleichsam als Super-Parlament, ihre Gefolgschaft antragen. Eine noch stärkere Legitimation kann das Parlament gar nicht erhalten, und etwaige Zweifel aufgrund des Subsidiaritätsprinzips ersticken im Keim. Die hier anklingende Erzählung schließt dann kulturell an mittelalterliche europäische Sagen, die Gefolgschaft und feudale Beziehungen zwischen einem König und seinem Ritter/seinen Rittern idealisieren, an. Indirekt wird so überdies ein europäischer Mythos aktiviert und reaktualisiert.

Nicht immer wird jedoch das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten als eines zwischen aktiver und initiativer EU und passiven, rückschrittigen Mitgliedstaaten reproduziert. Immer wieder finden sich Fälle, in denen einer oder mehrere Mitgliedstaaten positiv hervorgehoben werden:

„Progress has only been achieved in those Member States where there are national quotas – in the Netherlands from 14% to 19% in one year, and in France from 12% to 22% in one year which really shows us that maybe it will be necessary to go one step further than just incentives.“
(Viviane Reding, Vize-Präsidentin der Kommission, 12. März 2012)

Teilweise sind die Mitgliedstaaten also auch „fortschrittlicher“ als das Europäische Parlament selber, sie sind dann Vorreiter bzw. gleichsam Vorhut eines EU-Beschlusses: „Manche Länder sind zum Glück vorgeprescht und haben eigene Gesetze gemacht – die Wirkung zeigt sich so langsam“ (Silvana Koch-Mehrin, ALDE, 19. November 2013). Es ist also keineswegs so, dass die EU-Institutionen immer „fortschrittlich“ in ihrer eigenen Definition wären: Die Mitgliedstaaten haben vielfältige Politiken und nationale

Gesetze, und dieser Vielfalt muss im Europäischen Parlament regelmäßig Rechnung getragen werden. Diese Vielfalt zeigt aber nur umso deutlicher auf, welches Bild im Parlament von den Nationalstaaten entworfen wird.

Ein Nationalstaat wird in den Debatten, in denen auch Quotierungen diskutiert werden, besonders positiv hervorgehoben, wenngleich er kein Mitgliedstaat der EU ist: Norwegen, in dem eine Quote innerhalb kurzer Zeit den Frauenanteil in Führungsetagen der Privatunternehmen von 9% auf über 40% gestiegen ist. Norwegen wird in der Debatte wiederholt zum „leuchtenden Beispiel“ (Evelyn Regner, Berichterstatterin, 19. November 2013) erhoben. Der Erfolg der Quote wird gar aus den historischen Realitäten herausgenommen und ins Reich der Märchen verlegt: „Je voudrais vous raconter non pas un conte d’Andersen, mais une histoire qui s’est passée en Norvège [...]“⁸ (Marc Tarabella, S&D, 05. Juli 2011). Die Narratologie wird hier deutlich, selbst, wenn sie vordergründig verneint wird: Es wird ein politisches Märchen erzählt, in dem ein David gegen eine hoffnungsarme Realität, nämlich einen sehr geringen Frauenanteil in Verantwortungsposten in privaten Unternehmen, eine große Erwartung setzt, und vermutlich gegen einen Goliath der Privatwirtschaft antreten muss, und schließlich siegt. Der „märchenhafte“, also wohl kontra-intuitive Charakter der Erzählung wird in der Analogisierung zum Andersen Märchen einerseits evoziert, andererseits jedoch zurückgewiesen: Es ist eben kein Märchen von Andersen, sondern eine reale Begebenheit. Diese Rückweisung des Märchencharakters verdeutlicht jedoch erst den bisweilen surrealen Charakter politischer Entwicklungen, denen nur im Rückgriff auf Analogien aus dem Reich der Märchen und Sagen Sinn verliehen werden kann. In der Narration Tarabellas, aber auch vieler anderer RednerInnen in dieser und anderen Debatten führt Gabrielsen damit sein Land nicht nur zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, sondern automatisch auch zu mehr Wohlstand und Resistenz gegen die Wirtschaftskrise. Ob eine Quote das alles zu leisten in der Lage ist, kann bezweifelt werden, für Tarabella und andere ist dies das implizite, märchenhafte Ende. Diese Lesart wird selbstverständlich nicht von allen Mitgliedern des Parlaments geteilt: „We have seen in Norway that quotas have failed“ (Marina Yannakoudakis, ECR⁹, 19. November 2013). Der Bezug auf dasselbe Phänomen – die Einführung einer ge-

8 Übersetzung: „Ich möchte Ihnen kein Märchen von Andersen erzählen, sondern eine Geschichte, die sich in Norwegen abgespielt hat [...]“.

9 Europäische Konservative und Reformisten.

schlechtsspezifischen Quote – führt in Yannakoudakis' Erzählung zu einer gänzlich gegenteiligen Bedeutung: einer Dystopie anstelle eines Märchens.¹⁰

4.2 Der Nationalstaat als Strategie gegen Gleichberechtigung

Ist für einen großen Teil der Abgeordneten die EU, oder genauer, das Europäische Parlament, Pionierin in Sachen Gleichberechtigung, und verbindet sich damit beinahe automatisch der Anspruch, in diesen Angelegenheiten die Führung der Mitgliedstaaten zu übernehmen, gibt es doch auch Stimmen im Parlament, die den Nationalstaat als zentralen Akteur in der Legislation und in puncto Geschlechtergerechtigkeit ansehen. Nicht zufällig sind dies zumeist Stimmen aus der Richtung der konservativen EU-KritikerInnen. Sie sind es auch, die sich gegen Quotensysteme aussprechen und der Gleichstellungspolitik insgesamt eher skeptisch gegenüber stehen. Doch trotz dieser Skepsis wird das allgemeine Ziel der Gleichstellungspolitik nicht aufgegeben: Die kritischen Abgeordneten bleiben dem unausgesprochenen Bündnis des Parlaments für eine Gleichberechtigung der Geschlechter treu. Gleichberechtigung, so kann infolge dessen argumentiert werden, nimmt somit den Rang einer Verbindlichkeitsnarration (Gadinger et. al. 2014, S. 10). Verbindlichkeitsnarrationen finden sich bei politischen Problemstellungen, deren Definition oder Klärung schwierig ist (ebd.), deren symbolische Bedeutung jedoch als konstitutiv für die politische Kultur wahrgenommen wird. Als „unobjectionable norms“ (Elgström 2005) bilden sie ein verbindliches Glaubensbekenntnis der politischen AkteurInnen, dem nicht direkt widersprochen werden kann. Hingegen erlauben Verbindlichkeitsnarrationen Anpassungen und Negationen. Während also die Bedeutung der Gleichberechtigung der Geschlechter für die gegenwärtige Gesellschaft nicht legitimerweise, oder nur zum Preis eines erheblichen Verlustes politischer Authentizität und Repräsentationsfähigkeit, in Frage gestellt werden kann, ist der Prozess, durch den Gleichberechtigung verwirklicht werden kann, verhandelbar. Der Rückgriff auf den Nationalstaat bietet einigen EU-kritischen Abgeordneten darum eine diskursive Ressource, mithilfe derer die Gleichstellungsansprüche des Europäischen Parlaments, die ggf. als überzogen bewertet werden, aber auch den Legimitätsanspruch des Euro-

10 In Klammern sei erwähnt, dass Andersens Märchen sich letztlich auch nicht gerade durch ihre Happy Endings auszeichnen.

päischen Parlaments als Vertretung einer europäischen Bürgerschaft zurückzuweisen.

Verweise auf das Subsidiaritätsprinzip finden sich darum besonders häufig. Die Argumentation lautet dann: „Im Prinzip sind wir natürlich auch für die Gleichberechtigung der Geschlechter, nur lehnen wir es ab, darüber bestimmte Gesetze zu verabschieden, denn das können nur die Mitgliedstaaten selber entscheiden“. So wurde es unterlassen, in einem Gesetzesvorschlag zur Implementierung einer geschlechtsspezifischen Quote in den Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen auch Familienunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen zu berücksichtigen, da dies „politisch nicht durchsetzbar“ sei (Evelyn Regner, Berichterstatterin, 19. November 2013). Dieser Regelung waren offenbar interne Verhandlungen vorausgegangen, und Evelyn Regner lässt keinen Zweifel daran, dass sie mit dem gefundenen Kompromiss nicht allzu glücklich ist. In ihrer Stellungnahme im Namen der PPE-Fraktion begrüßt Angelika Niebler jedoch diese beiden Ausnahmen, fragt aber vor dem Hintergrund offensichtlicher Auseinandersetzungen: „[...] muss Europa hierzu einen legislativen Vorschlag, eine Richtlinie auflegen?“ (Angelika Niebler, PPE, 19. November 2013). Ganz offensichtlich würde Niebler die Entscheidung lieber den Mitgliedstaaten überlassen.

Das Abwehrnarrativ über das Subsidiaritätsgebot findet sich in deutlicherer Ausformulierung bei Angehörigen derjenigen Fraktionen, die ohnehin bereits europaskeptisch eingestellt sind:

„There is an equal amount I feel should not be tackled here [in the European parliament] but best dealt with at Member State level. [...] positive measures work best when they are implemented at Member State level.“ (Marina Yannakoudakis, ECR, 12. März 2012)

Die Aussage ist interessant. Sie deutet an, dass die Ebene, auf der positive Maßnahmen ergriffen werden, sich direkt auf den Wert der Maßnahme auswirken. Zwar kann dann auch das Europäische Parlament positive Maßnahmen ergreifen, nur würden diese dann nur unzureichende Wirkung zeitigen. Sie zeigt auch, dass Yannakoudakis grundsätzlich mit ihren KollegInnen übereinstimmt, was die Notwendigkeit einer aktiven Gleichstellungspolitik mit einem Quotensystem angeht: Immerhin argumentiert sie in dem Sinne, wie Quoten am besten funktionieren, nicht ob sie überhaupt tun. Hier zeigt sich die Wirkmächtigkeit von Verbindlichkeitsnarrativen: Yannakoudakis kann dem Gleichstellungsnarrativ nicht offen widersprechen, sie kann aber auf die wirksamere Zuständigkeit der Mitgliedstaat-

ten verweisen, wohl wissend, dass Quotensysteme in einer Reihe von Mitgliedstaaten kritisch bis ablehnend betrachtet werden. Ein sehr sicherer Weg, Quotenregelungen zu verhindern, besteht also offenbar darin, die Entscheidung darüber in die Hände der einzelnen Mitgliedstaaten zu legen. Weiterhin sagt Marina Yannakoudakis: „Leave this [the decision on quotas] to the individual Member State who know their men and women best“ (Marina Yannakoudakis, ECR, 12. März 2012). Hier wird eine Erzählung über Männer und Frauen und über das Geschlechterverhältnis kommuniziert, die in einen Diskurs über die ontologische Differenz zwischen Nationalstaaten eingebettet ist. Männer und Frauen, so behauptet Yannakoudakis, sind in ihrer Identität als Männer und Frauen spezifisch national geprägt. Sie unterscheiden sich je nach Nationalität, wodurch einerseits eine Homogenität innerhalb der Gruppen „Männer“ und „Frauen“ auf nationaler Ebene behauptet wird. Eine Gruppe „europäischer“, oder gar „universeller“ Frauen und Männer existiert nach dieser Lesart andererseits nicht. Das macht auch die Herausbildung einer europäischen Bürgerschaft, will man die nationale Identität als „natürlich“ auffassen, unmöglich. Der Nationalstaat erscheint hier nicht als historisch entstandenes politisches Gebilde, sondern als ein natürlicher Marker von Differenz zwischen Menschen. Dagegen konstruiert Yannakoudakis die EU als künstlich, also definitorisch nicht-natürlich ist, was zur Folge hat, dass die Gesetze, die auf EU-Ebene erlassen werden, künstlich bleiben und somit weder auf eine europäische Bürgerschaft, die nicht existieren kann, noch auf die vielfältigen nationalen BürgerInnen angewendet werden kann und diesen äußerlich bleiben muss. Die natürliche Ordnung besteht in der nationalen Verfasstheit von Gesellschaft, weshalb das Urteil, das auf dieser Ebene gefällt wird, notwendigerweise vernünftiger und angemessener ist als jedes Gesetz, das auf europäischer Ebene beschlossen wird. Das hier aktualisierte Narrativ aktualisiert, neben dem recht offensichtlichen Nationalismuskurs, eine Dichotomie zwischen Natur und Kultur, zwischen ursprünglich Gewachsenem und künstlich Erschaffenem, sowie zwischen Authentizität und Entfremdung. Es handelt sich um ein vermutlich genuin modernes Narrativ, das, um 1800 in der romantischen Periode populär, das Urwüchsige in Mensch und Natur gegenüber der modernen Vergesellschaftung und beginnenden Industrialisierung verteidigt. Der narrative Antigon ist hier nun nicht die Industrialisierung, sondern ein politisches System, das als am Reißbrett entworfen empfunden wird, künstlich nicht nur im Hinblick auf die Art und Weise seines Entstehens – in Verträgen –, sondern auch bezüglich der beteiligten AkteurInnen, deren Planungseifer der Lebenswirklichkeit nationaler Geschlechterverhältnisse nicht gerecht wird.

Ganz ähnlich, allerdings nicht im Hinblick auf Geschlecht, äußert sich Nicole Sinclair:

„I do believe that this should stay as a Member State issue. I think it is essential for each Member State to look at its own economy. We have 27 very different economies and I think different rules work better if Member states look at their own strengths and weaknesses.“ (Nicole Sinclair, fraktionslos, 5. Juli 2011)

Hat Marina Yannakoudakis indirekt einer europäischen Bürgerschaft eine Absage erteilt, tut dies Nicole Sinclair hier in Bezug auf eine gemeinschaftliche Wirtschaft. Sie argumentiert, die 27 Nationalökonomien seien zu unterschiedlich, als dass ein Gesetz in allen Staaten wirksam werden könnte. Ihre Lösung besteht darin, dass gar nicht erst der Versuch unternommen werden soll, diese Ökonomien aufeinander abzustimmen, sondern dass die Regulierung der Wirtschaften den Nationalstaaten überlassen bleiben sollte. Eine solche Einschätzung übersieht freilich, dass mit der Vergemeinschaftung der Ökonomien bereits weit vorangeschritten wurde: Immerhin wird in einem bedeutenden Teil der EU mit selber Münze gezahlt. Nicole Sinclair argumentiert hier also aus einer Position heraus, die anachronistisch, oder zumindest nur bedingt zeitgemäß ist. Als eine der exponiertesten EU-KritikerInnen favorisiert Sinclair daher mit Sicherheit, wenn nicht eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit, so doch wenigstens ein Einhalten auf dem Weg der europäischen Integration. Der performative Charakter im Umgang mit den Verbindlichkeitsnarrativen wird deutlich: Statt einer Absage in der Sache, um die es geht, in diesem Fall um eine Quotenregelung zur Beförderung der Gleichheit zwischen Männern und Frauen, wird eine Superiorität des Nationalstaates inszeniert. Möglich, dass diese Superiorität wirklich empfunden wird. Wichtig ist jedoch, dass es sich hier nicht unbedingt um eine Aufwertung nationaler Kompetenzen handeln muss, sondern dass es sich in erster Linie um eine Strategie der Abwertung der EU und ihres Gestaltungsanspruches in Bezug auch die Gleichstellung der Geschlechter handelt.

5. Fazit

Im Anschluss an die diesem Band zugrundeliegende Fassung des Politischen als kollektive Aushandlung von Bedeutungskonstitutionen habe ich das Politische als Bedeutungsgenerierung mit dem Anspruch nach Wirk-

lichkeitsverankerung aufgefasst. Das heißt, dass das Politische nicht nur darin besteht, in kollektiven Aushandlungsprozessen darüber zu entscheiden, wie die sozialen Phänomene wirklich gefasst sind, sondern darüber hinaus noch den Anspruch erhebt, die Wirklichkeit auf der Grundlage der Deutung zu gestalten. Politik ist dann als ein Ort zu verstehen, in dem diese Wirklichkeitsverankerung im regionalen, nationalen oder supranationalen Rahmen umgesetzt wird, ohne dass Politik alle Erscheinungsformen des Politischen adressiert. Besonders augenscheinlich wird die Auseinandersetzung um Deutungen im Parlament geführt, das Parlament stellt sich dar als der Ort, in dem gesellschaftliche Deutungsgrenzen performativ ausgetragen werden. Performativ bedeutet hier, dass im Reden über gesellschaftliche Diskurse und in der Aktualisierung kultureller Narrative Realitäten produziert werden. Das Politische ist also durchaus als Ergebnis performativer Erzählakte zu verstehen. Gleichzeitig ist das Parlament als Legislative der Ort, an dem Deutungen in der Form von Gesetzen in der Wirklichkeit verankert werden. Auf diese Weise kann das Parlament als ein Realisator unter mehreren des Politischen aufgefasst werden.

Ich habe mich in diesem Artikel mit der Konstruktion nationalstaatlicher bzw. europäischer Kompetenzzuweisung im Zusammenhang mit der Durchsetzung geschlechterpolitischer Ziele beschäftigt. Das Politische äußert sich hier in Form einer Bedeutungsleistung der Beteiligten. Konkret wird die Kompetenz und Rolle einerseits der Nationalstaaten und andererseits der EU im Hinblick auf Politiken konstruiert, die das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verfolgen. Dabei wird gleichzeitig über Sinn und Unsinn dieser Politiken geurteilt. Hierbei ergibt sich die Herausforderung, dass im Umkreis der politischen Debatte längst beschieden wurde, dass Geschlechtergerechtigkeit den Status des Normativen erhalten solle. Die Konstruktionsleistung der politischen Auseinandersetzung in diesem Bereich ist formal also abgeschlossen. Die Beteiligten sind demnach angehalten, Strategien zu entwickeln, um die Überführung des politischen Gedankens in die Gesetzgebung, die Verwirklichung des Politischen also, zu steuern. Dies geschieht im vorliegenden Fall über die Rolle des Nationalstaates in der EU.

Wir haben gesehen, dass die Mitgliedstaaten in der Geschichte der europäischen Gleichstellungspolitik immer wieder eine Rolle gespielt haben. Sie haben die Gleichstellungsgesetzgebung entweder befördert, wie Schweden und Finnland in den 1990er Jahren, oder sie haben durch ihre nationale Gesetzgebung wichtige Impulse für die Gesetzgebung auf europäischer Ebene gegeben, wie zum Beispiel Frankreich und die Niederlande mit ihren Quotenregelungen. Sie haben andererseits auch Gesetzgebungen zur Ge-

schlechtergleichstellung verhindert oder blockiert, wie Großbritannien in den 1980er Jahren oder sie haben faktische Gleichberechtigung auf europäischer Ebene durch nationale Vorgaben verlangsamt, wie in Ungarn, Zypern oder Litauen und anderen Staaten, die nur wenige weibliche Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden.¹¹ Neben dem Europäischen Parlament waren sie die maßgeblichen Akteure in den Diskussionen um eine geschlechtergerechtere europäische Gesellschaft. Ich habe in meinem Beitrag gefragt, wie die Rolle der Nationalstaaten in Debatten des Europäischen Parlaments in Fragen Hierarchisierung von Geschlecht verhandelt wird.

Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten: In Bezug auf die in den Aussagen generierten Subjektpositionen lassen sich jeweils zwei Positionierungen der EU sowie drei Positionierungen der Nationalstaaten ausmachen. Die erste, pro-europäische Positionierung ist geprägt durch Stärke, Initiative, Engagement und Fortschritt, die zweite, europakritische Positionierung zeichnet sich dagegen aus durch politische Übertreibung und Unzuständigkeit. Hierbei wird der konstatierten Engagiertheit der EU zwar nicht widersprochen, doch die Engagiertheit wird hier negativ besetzt. Für die Nationalstaaten werden auf pro-europäischer Seite Positionierungen der Schwäche, der Passivität und des relativen Konservatismus bereitgestellt, vereinzelt aber auch des Mutes, des Engagements, des „Vorpreschens“. Eine europakritische AutorInnenschaft weist den Nationalstaaten hingegen Positionierungen der Klugheit, der Mäßigung, vor allem aber der Kompetenz und Zuständigkeit zu. Mit Ausnahme der nationalstaatlichen Positionierung des Engagements, sind die bereitgestellten Subjektpositionierungen der EU und der Nationalstaaten wechselseitig, unmittelbar und dichotom aufeinander bezogen: Was die EU ist, sind die Nationalstaaten gerade nicht und umgekehrt. Interessant ist, dass dabei die Zuschreibung geschlechterpolitischen Engagements von beiden Seiten, pro-europäischer wie europakritischer, überwiegend der EU zugeschrieben wird. Die Subjektposition, die die EU mit Gleichstellungspolitik in Verbindung bringt, wird also in fast allen Aussagen produziert. Das lässt den Schluss zu, dass der Unterschied in den Positionierungen, grob unterschieden in eine pro-europäische und eine europakritische, nicht in der Bewertung der Gleichstellungspolitik liegt, sondern in der Bewertung der Rolle der EU.

Schließlich habe ich das Parlament als einen Ort entworfen, in dem Realitäten performativ erschaffen werden. In den Aussagen werden Subjektpo-

11 So entfällt auf Ungarn ein Frauenanteil von 19%, auf Zypern 17% und auf Litauen 9%,
Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/gender-balance.html>
(Abruf 4.6.2016)

sitionen produziert, die aber dadurch, dass sie von den AkteurInnen performativ eingenommen und kommuniziert werden, diskursive Bedeutungen hervorbringen. Diese Bedeutungen werden in Erzählungen aktualisiert und kommuniziert, und werden schließlich zur Grundlage von Realitäten. Welche Realität wirkungsmächtig wird, entscheidet sich letztlich an den Mehrheitsverhältnissen in Parlament und Rat. Die europakritischen Abgeordneten waren bislang nicht in der Lage, mit ihren Bedeutungskonstruktionen Realität in der Gleichstellungspolitik maßgeblich zu gestalten. Ob sich dies mit den veränderten Kräfteverhältnissen im Parlament von 2014 ändert und ob der scheinbare Einflusszuwachs europa- (und gleichstellungs-)kritischer Kräfte auf die Politik der Mitgliedstaaten und somit auf die Entscheidungen des Europäischen Rates hat, bleibt vorerst noch abzuwarten.

Literatur

Debatten im Europäischen Parlament

- Frauen in der Internationalen Politik (15. November 2006), P6_CRE-PROV(2006)11-15_XL – 20
- Frauen in der Wissenschaft (20. Mai 2008), P6_CRE-REV(2008)05-20_XL – 20
- Frauen und Unternehmensleitung (5. Juli 2011), P7_CRE-REV(2011)07-05_XL – 17
- Frauen in politischen Entscheidungspositionen (12. März 2012), P7_CRE-REV(2012)03-12_XL – 17
- Ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktor_innen/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften (19. November 2013), P7_CRE-PROV(2013)11-19_XL – 14

Sekundärliteratur

- Ahrens, P./Scheele, A./van der Vleuten, A. (2016): 20 Jahre Vertrag von Amsterdam – reelle Vision oder reale Desillusion europäischer Gleichstellungspolitik? In: *Femina Politica*, 25, S. 9–21.
- Angermüller, J. (2007a): Diskurs als Aussage und Äußerung. Die enunziative Dimension in den Diskurstheorien Michel Foucaults und Jacques Lacans. In: Warnke, I. (Hrsg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*. Berlin: De Gruyter, S. 53–80.
- Angermüller, J. (2007b): *Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich*. Bielefeld: transcript.

- Arnold, M. (2012): Erzählen. Die ethisch-politische Funktion narrativer Diskurse. In: Arnold, M./Dressel, G./Viehöver, W. (Hrsg.): Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse. Wiesbaden: VS, S. 17–63.
- Austin, J. L. (1962): How to do things with words. The William James Lectures delivered at Harvard University in 1955. Oxford: Clarendon Press.
- Beaudoin, S. (2013): Microhistoire, performance et étude de débats parlementaires: le „Thermidor“ de Victorien Sardou et le théâtre politique. In: De Galembert, C./Rozenberg, O./Vigour, C.(Hrsg.): Faire parler le parlement. Méthodes et enjeux de l'analyse des débats parlementaires pour les sciences sociales. Paris: Réseau Européen Droit et Société, S. 109–125.
- Biegoń, D./Nullmeier, F. (2014): Narrationen über Narrationen. Stellenwert und Methodologie der Narrationsanalyse. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 39–65.
- Clavero, S./Galligan, Y. (2009): Constituting and Reconstituting the Gender Order in Europe. In: Perspectives on European Politics and Society 10(1), S. 101–117.
- Elgström, O. (2005): Consolidating 'unobjectionable' norms: negotiating norm spread in the European Union. In: Elgström, O. (Hrsg.): European Union negotiations. Processes, networks and institutions. London und New York: Routledge, S. 29–44.
- Foucault, M. (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hubert, A./Stratigaki, M. (2016): Twenty Years of EU Gender Mainstreaming: Rebirth out of the Ashes? In: Femina Politica, 25, S. 21–36.
- Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 3–37.
- Jäger, S./Jäger, M. (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS.
- Klein, U. (2013): Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Eine Einführung. Wiesbaden: VS.
- Kronsell, A. (2012): Gendering Theories of European Integration Gendering the European Union. In: Abels, G./Mushaben, J. M. (Hrsg.): New Approaches to Old Democratic Deficits, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 23–40.
- Liebert, U. (1999): Gender politics in the European Union. In: European Societies 1(2), S. 197–239.
- Lombardo, E./Verloo, M. Lombardo, E.(2009): Stretching gender equality to other inequalities. Political intersectionality in European gender equality policies. In: Meier, P./Verloo, M. (Hrsg.) The Discursive Politics of Gender Equality. Stretching, bending and policymaking. London und New York: Routledge, S. 68–85.
- Mattisek, A. (2009): Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung. In: Glasze, G./Mattisek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript, S. 279–291.
- Rai, S. (2012): Political Performance: Reading Parliamentary Politics, In: Warwick Performance and Politics Network working papers 1, 1.
- Rai, S. (2015a): „Performance and Politics. Ceremony and Ritual in Parliament“, In: Rai, S./Reinelt, J. (Hrsg.): The Grammar of Politics and Performance. London und New York: Routledge, S. 148–161.

- Rai, S. (2015b): *Political Performance: A Framework for Analysing Democratic Politics*. In: *Political Studies* 63, S. 1179–1197.
- Reinelt, J./Rai, S. (2015): Introduction. In: Rai, S./Reinelt, J. (Hrsg.): *The Grammar of Politics and Performance*. London und New York: Routledge, S. 1–18.
- Stratigaki, M. (2005): *Gender Mainstreaming vs Positive Action. An Ongoing Conflict in EU Gender Equality Policy*. In: *European Journal of Women's Studies*, 12, S. 165–186.
- Van der Vleuten, A. (2007): *The Price of Gender Equality. Member States and Governance in the European*. Farnham: Ashgate.
- Van der Vleuten, A. (2016): *The European Parliament as a constant promoter of gender equality: another European myth? Arbeitspapier für den KOSMOS-Workshop „Gendering the European Parliament: Structures, Policies and Practices“*, 29. Februar-2. März 2016 an der HU Berlin.
- Viehöver, W. (2012): „Menschen lesbarer machen“: Narration, Diskurs, Referenz. In: Arnold, M./Dressel, G./Viehöver, W. (Hrsg.): *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: VS, S. 65–132.
- Wobbe, T./Biermann, I. (2009): *Von Rom nach Amsterdam. Die Metamorphosen des Geschlechts in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS.
- Woodward, A. E. (2003): *Building velvet triangles: gender and informal governance*. In: Christiansen, T./Piattoni, S. (Hrsg.) *Informal Governance in the European Union*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 76–93.
- Woodward, A. E. (2012): *From Equal Treatment to Gender Mainstreaming and Diversity Management*. In: Abels, G./Mushaben, J. M. (Hrsg.) *Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 85–103
- Woodward, A. E./van der Fleuten, A. (2014): *EU and the Export of Gender Equality Norms: Myths and Facts*. In: van der Fleuten, A./van Eerdewijk, A./Roggebrand, C. (Hrsg.): *Gender Equality Norms in Regional Governance. Transnational Dynamics in Europe, South America and Southern Africa*. Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 67–92.
- Wrana, D./Ziem, A./Reisigl, M./Nonhoff, M./Angermüller, J. (2014): *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen

Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in
der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989¹

Zusammenfassung: Der Systemwechsel in Polen 1989 zog eine grundlegende Neuordnung der politischen Landschaft nach sich. Am Beispiel der Berichterstattung der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ über die ökologisch-antimilitaristische Oppositionsbewegung „Freiheit und Frieden“ (WiP) beleuchtet der Beitrag die Rolle von Massenmedien dabei. WiP wurde im Framing der „Gazeta Wyborcza“ von einer Oppositionsbewegung gegen das kommunistische System zum Teil einer jugendlichen, von anarchistischen Ideen geprägten alternativen Szene. Damit wurden WiP als Akteur, aber auch seine Positionen an den Rand des politischen Spektrums gedrängt und dieses gleichzeitig neu strukturiert.

Schlagwörter: „Freiheit und Frieden“, Systemwechsel in Polen, Frames

Summary: The regime change in Poland 1989 caused a fundamental restructuring of the political landscape. Taking the daily „Gazeta Wyborcza“ and its reporting of the ecological and anti-militaristic opposition movement „Freedom and Peace“ (WiP), this article examines the mass media in this process. In „Gazeta Wyborcza’s“ framing, WiP was transformed from an opposition movement against the communist system into a part of a young, alternative scene, influenced by anarchist ideas. As a result, WiP as a political player, and its positions, were pushed to the margins of the political sphere, which at the same time was being reconfigured.

Keywords: „Freedom and Peace“, regime change in Poland, frames

1 Der vorliegende Beitrag ist ein überarbeiteter und erweiterter Ausschnitt aus meiner 2016 an der TU Dresden geschriebenen Masterarbeit „Die Bewegung „Wolność i Pokój“ in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza 1989–1993“.

1. Einleitung

Gesellschaftliche Umbruchsituationen sind immer auch Zeiten der Neuverhandlung dessen, was als „politisch“ gilt. Dies betrifft auch die revolutionären Umbrüche der Jahre 1989–91 in Ostmitteleuropa. Sie brachten nicht nur die Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems und rechtsstaatlich verfasster Institutionen nach westlichem Vorbild, sondern zogen auch eine grundlegende Neuordnung der politischen Landschaft nach sich. An die Stelle des, vor allem in Polen, auch im Realsozialismus durchlässigen, aber als politisches „Koordinatensystem“ durchaus wirkmächtigen Dualismus regimetreu vs. oppositionell traten eine sich zunehmend ausdifferenzierende Parteienlandschaft und eine Vielzahl an NGOs, politischen Gruppen und Vereinen. Oppositionelle Gruppen, die mit zu der gesellschaftlichen Mobilisierung beigetragen hatten, die den Umbruch 1989 ermöglichte, lösten sich auf oder wandelten sich grundlegend. Dies gilt auch für die hier im Zentrum stehende antimilitaristisch-ökologische Oppositionsbewegung² „Freiheit und Frieden“ (poln. „Wolność i Pokój“, im Folgenden abgekürzt: WiP). Sie hatte sich 1985 zur Unterstützung von Wehrdienstverweigerern gegründet und sich in den Folgejahren vermehrt mit Umweltschutz und Minderheiten befasst. Dabei griff sie Themen und Aktionsformen vergleichbarer westlicher sozialer Bewegungen auf, mit denen sie in einem engen, wenn auch nicht selten von gegenseitigem Unverständnis geprägten Austausch stand (vgl. Litwińska 2015, S. 14–35; Miedema 2014). Nach 1989 verließen viele AktivistInnen der Gründungsgeneration die von Anfang an sehr heterogene Bewegung und wurden im neuen System in staatlichen Institutionen, Parteien, Medien oder NGO's aktiv. Gleichzeitig blieb aber eine kleine Zahl vorwiegend jüngerer AktivistInnen in ähnlicher Weise wie vor 1989 aktiv und organisierte als „Wolność i Pokój“ weiter Demonstrationen, Hungerstreiks und Blockaden. Dabei

2 Der Begriff „Bewegung“ ist im Zusammenhang mit Wolność i Pokój ausdrücklich nicht im Sinne von Wolność i Pokój als eigenständige „soziale Bewegung“ zu verstehen. WiP war im engeren Sinne keine „eigene“ Bewegung, sondern eher Teil einer breiteren Ökologie- und Friedensbewegung. Ich verwende den Begriff für „Wolność i Pokój“ im Folgenden dennoch, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen, weil er in den Quellen als Selbst- und Fremdbezeichnung gängig ist. Zum anderen, weil die Verwendung des Bewegungsbegriffs angesichts der losen Netzwerkstruktur von Wolność i Pokój adäquater erscheint, als WiP als Gruppe oder Initiative zu bezeichnen. Zur Struktur von WiP siehe Żuk (2001, S. 29). Zur Problematik der inkonsistenten Verwendung des Bewegungsbegriffs in der Protest- und Bewegungsforschung siehe Mittag/Stadtland (2014, S. 20 ff.).

mussten sie sich in einem veränderten politischen und ökonomischen Umfeld neu verorten, dessen Strukturen und Institutionen sich in den ersten Jahren nach 1989 erst vage abzeichneten. Die Geschichte von WiP lässt sich daher nicht nur als Geschichte der Opposition gegen das kommunistische Regime, sondern auch als Beginn einer von im weitesten Sinne „grünen“ Ideen inspirierten neuen Opposition in der Dritten Republik schreiben, was bisher jedoch nur in Ansätzen geschehen ist (Charkiewicz 2009; Gliński 1996; Ostolski 2008, 2009, 2012). Wenn, dann wurden – wie bei vergleichbaren Arbeiten zur Transformation ehemaliger Oppositionsgruppen bzw. Ökologiebewegungen in anderen postsozialistischen Staaten (etwa Carmin/Fagan 2011; Rucht/Rink 1994) – vor allem strukturelle Veränderungen in den Blick genommen (Gliński 1996). Dem Gegenüber rücke ich im Anschluss an grundlegende Überlegungen von Adam Ostolski (Ostolski 2012) in meinem Beitrag die Rolle von Massenmedien bei der Neuverortung von WiP als einem Teil der ehemaligen Opposition und damit auch der Neuordnung der politischen Landschaft in den Fokus. Massenmedien geben sozialen Bewegungen die Möglichkeit, von einer breiten Öffentlichkeit gesehen zu werden. Dabei interpretieren sie deren Aktivitäten, können sie legitimieren oder delegitimieren (Fahlenbrach 2016, S. 105). Massenmedien tragen damit, wenngleich dies im konkreten Fall schwer messbar ist (vgl. Steuwer 2014, S. 167–188), zur (De-)Mobilisierung von sozialen Bewegungen bei, vor allem aber bieten sie ihren LeserInnen eine Orientierung in der politischen Landschaft. Als „Interdiskurse“ zwischen Fach- und Alltagsdiskursen sind sie nach Jürgen Link der zentrale Ort in modernen Gesellschaften für die Aushandlung von Normalität. Sie definieren so auch die Grenzen politischer Diskurse, etwa, indem Positionen einer „bürgerlichen Mitte“ zugeordnet oder als „radikal“ bzw. „extremistisch“ markiert werden (vgl. Link 2006, S. 395–401).

Die 1989 aus der Solidarność-Opposition hervorgegangene Gazeta Wyborcza, deren Berichterstattung über WiP ich im Folgenden analysiere, kann als Paradebeispiel für einen solchen Interdiskurs im Polen der frühen 1990er Jahre gelten. Im Mai 1989 als Wahlzeitung der Solidarność für die ersten (halb)freien Wahlen gegründet, wurde sie bald zur meistgelesenen und einflussreichsten Zeitung (Filas 1999, S. 216; Ekiert/Kubik 1998, S. 92) der neuen Dritten Republik. Die meisten ihrer RedakteurInnen kamen vom Tygodnik Mazowsze, der bedeutendsten Untergrundzeitung der Solidarność. Chefredakteur wurde Adam Michnik, einer der bekanntesten oppositionellen Intellektuellen und ein Vertrauter des ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Die Gazeta Wyborcza war dadurch nicht einfach eine neue Zeitung, sondern die erste unabhängige

und dabei personell wie inhaltlich stark mit einem wichtigen Teil der ehemaligen Opposition verbundene Tageszeitung. Als solche unterstützte und verteidigte sie in den Folgejahren die von der Regierung Mazowiecki vorgegebenen Leitlinien der Transformation: die „verhandelte Revolution“ (Ther 2010) in Form des Kompromisses mit den bisherigen Machthabern am Runden Tisch und damit den Verzicht auf einen radikaleren Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit, die Öffnung nach Westen sowie die Einführung der Marktwirtschaft in Gestalt des „Balcerowicz-Plans“ (Ther 2016, S. 90 ff.). Nicht selten, so David Ost, tat sie dies mit dem Habitus eines „Überbringers von modernen liberalen Werten an eine rückständige Gesellschaft“. Protest als Form politischer Partizipation, so Adam Ostolski, sei von den neuen Post-Solidarność-Eliten, wie etwa dem Chefredakteur der Gazeta Wyborcza Adam Michnik, generell diskreditiert worden (Ost 2005, S. 103 ff.). Erst die Proteste gegen den Bau einer Umgehungsstraße durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal in den Jahren 2006–2007, freilich lange nach der aktiven Zeit von WiP, seien, so Adam Ostolski, wieder ein Erfolg für die Umweltbewegung gewesen – und das vor allem dank der kontinuierlichen Unterstützung durch Medien wie der Gazeta Wyborcza: „In der zwanzigjährigen Geschichte der Dritten Republik war dies die einzige Phase, in der Proteste in den Leitmedien ein positives Echo fanden“ (Ostolski 2012, S. 216). Proteste der Umweltbewegung hätten aber nur dann in den Medien Erfolg gehabt, wenn diese im dominierenden Diskurs einer „imitatorischen Modernisierung“ nach westlichem Vorbild verortbar gewesen seien. Grundlegende Systemkritik würde dagegen ausgeblendet (ebd., S. 217 f.). Eingang in die Medien der Dritten Republik, so vermutet auch Kirsten Gerland, fand der im neuen System „erfolgreiche“ Teil der ehemaligen Jugendopposition – der weiterhin außerparlamentarisch aktive Teil jedoch nicht (Gerland 2016, S. 378).

Daraus lassen sich in Bezug auf die im Folgenden zu untersuchende Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu WiP zwei grundsätzliche Hypothesen ableiten. Erstens: Die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu WiP trug zur Marginalisierung der Bewegung nach 1989 bei, die auch Monika Litwińska in ihrer umfangreichen Monographie zu WiP andeutet (Litwińska 2015, S. 518). Und zweitens ist zu erwarten, dass die grundlegend systemkritische Stoßrichtung breiter Teile der polnischen Umweltbewegung, die etwa Ewa Charkiewicz für die Zeit vor *und* nach 1989 ausmacht (Charkiewicz 2008, S. 42 ff.), in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza wenig bis keinen Widerhall fand. Diese Hypothesen gilt es im Folgenden empirisch zu überprüfen. Ich konzentriere mich dabei auf die Einordnung von WiP und den Aktivitäten von WiP in der Berichterstattung des Jahres

1989, die insofern einen markanten Bruch markiert, als sowohl die neu gegründete Gazeta Wyborcza wie auch WiP in diesem turbulenten Jahr des Regimewechsels nach einem Platz in dem sich erst vage abzeichnenden neuen System suchten. In einem kurzen Ausblick zeichne ich daran anschließend Tendenzen der Berichterstattung bis zum Verschwinden von WiP im Jahre 1992/93 nach. Als methodischer Zugang für meine Untersuchung dient mir die Framing-Theorie, die ich nachfolgend kurz skizziere. Dem sei vorausgeschickt, dass meinen Beitrag in erster Linie ein historisches Erkenntnisinteresse leitet. An den untersuchten Texten interessiert mich deshalb sowohl aus einer Top-Down-Perspektive deren Funktion in einem historischen Prozess als auch, Bottom-Up, ihre Materialität als Artefakte einer Vergangenheit, der ich mich aus einer Gegenwartsperspektive anzunähern versuche. Als Historiker geht es mir dabei weniger um generalisierbare Erkenntnisse zur Rolle von Medien und Sprache bei der Neuordnung des politischen Diskurses im Transformationsprozess nach 1989, sondern vor allem darum, eine belastbare Geschichte vom Verhältnis der Gazeta Wyborcza zu einem Teil der polnischen „grünen“ Bewegung im Jahre 1989 zu erzählen. Inwieweit diese auf andere Kontexte übertragbar sind, müssen weitere empirische Studien zeigen.

2. Theoretische Zugriffe zur Rolle von Medien als Interpreten und Bestandteil sozialer Bewegungen

Um das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Massenmedien greifbar zu machen, stütze ich mich im Folgenden auf die vor allem in der Kommunikationswissenschaft verwendete Framing-Theorie.³ Frames lassen sich mit Matthias Potthoff als

„[...] ein Muster von Aussagen [definieren]. Die Einheit, in der ein Frame sich entfaltet, ist das einzelne Diskursangebot. Seinen inneren Zusammenhalt erhält das Muster durch die Kohärenz der Aussagen, welche gemeinsame Normen und Wertorientierungen zum Ausdruck

3 Im Anschluss an Todd Gitlins kanonisch zu nennende Studie zur US-Studierendenbewegung in den 1960er Jahren (Gitlin 1980) ist die Framing-Theorie in den letzten Jahren auch von anderen AutorInnen für die Analyse des Mediendiskurses über soziale Bewegungen und Proteste fruchtbar gemacht worden. Siehe etwa die Beiträge in Fahlenbrach/Sivertsen/Werenskjold (2014), kritisch: Steuerer (2014), aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive: Ertl (2015).

bringen, gegenseitig sinnvoll aufeinander verweisen und gemeinsam ein sinnvolles Gesamtbild zu einem Thema skizzieren. Von anderen Frames und seiner sonstigen Umwelt grenzt sich ein spezifischer frame ab, indem er nur eine Teilmenge aller möglichen Aussagen zu einem Thema enthält und diese durch strukturelle, sprachliche und inhaltliche Mittel betont.“ (Potthoff 2015, S. 62)

Frames sind also Deutungsangebote bestimmter Sachverhalte oder Ereignisse und lassen sich als Konstituenten von übergreifenden Diskursen analysieren (Franczak 2014, S. 153 f.). Frames sind in einzelnen Texten zu finden, wirken jedoch vor allem textübergreifend. So kann ein Text mehrere Deutungsangebote enthalten, mehrere Texte sich aber textübergreifend auf den gleichen Deutungsrahmen beziehen und dadurch ein dominantes Framing eines Ereignisses, einer Problemlage, eines Akteurs etc. etablieren (Potthoff 2015, S. 71). Sowohl soziale Bewegungen als auch Massenmedien sind Produzenten solcher Frames. Soziale Bewegungen zielen darauf ab, eigene Deutungen von Problemlagen zu etablieren, zum einen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen, zum anderen aber auch, um einen kulturellen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung herbeizuführen bzw. zu befördern. Dafür sind sie auf Medien angewiesen, die diese Deutungen weiter verbreiten (vgl. Bösch 2014, S. 150 f.). Sie entwickeln daher Strategien, um über medienwirksame Aktionsformen⁴, die Antizipation von Medienreaktionen oder persönliche Kontaktaufnahme zu „Gatekeepern“ in die Massenmedien zu kommen (Fahlenbrach 2016, S. 103), können sich dem massenmedialen Diskurs aber auch verweigern (Rucht 2014, S. 21 f.).

Das Framing von Protestereignissen in Massenmedien wird nach Sarah Ertl von machtbedingten Einflussfaktoren auf unterschiedlichen Ebenen beeinflusst: Etwa durch die Frage der Eigentümerschaft von Medien oder die Interessen von WerbekundInnen, medienintern durch inhaltliche und ideologische Leitlinien einzelner Medien, die Bevorzugung bestimmter, meist offizieller Quellen und Kommunikationskanäle oder etablierte Mediennormen. Als spezifische Merkmale von Protestereignissen, die Einfluss auf das Framing in Massenmedien haben, macht Ertl die „[...]“ Protestgröße, das Ausmaß an Extremen bzw. Spektakulärem in Aktion und Taktik, die Radikalität der Inhalte und die damit implizierte Gefährdung eines Status quo [...]“ sowie „geopolitische Implikationen“ aus: „Dabei evozieren radikale, den Status quo gefährdende Inhalte eher eine Spektakularisierung

4 Siehe dazu exemplarisch am Beispiel der westdeutschen Friedensbewegung der 1980er Jahre Fahlenbrach/Stapane (2012).

der Aktionen und ein Ignorieren der Inhalte [...]“ (Ertl 2015, S. 326 f.). Vor allem aber hat laut Ertl das soziale, ökonomische und/oder kulturelle Kapital einer Protestgruppe Einfluss auf die Art der Berichterstattung. Marginalisierte Gruppen mit geringem sozialen Kapital sind für den Zugang zu medialen Öffentlichkeiten von Dritten abhängig und können die Berichterstattung über sie weniger bis gar nicht kontrollieren. Sie werden daher häufiger negativ gerahmt (ebd., S. 309 f.). Ertl unterscheidet darauf aufbauend fünf grundlegende Formen von Protestberichterstattung. Tendenziell erfolgreich im Sinne der protestierenden Akteure sind die *differenzierte Protestberichterstattung*, bei der verschiedene Positionen und Akteure vollständig, gleichberechtigt und unkommentiert zu Wort kommen, sowie die *affirmative Protestberichterstattung*, die Motive, Akteure oder Aktionen der Protestierenden positiv zeichnet und gegenüber anderen Positionen bevorzugt. Tendenziell nicht erfolgreich sind das *Ignorieren von Protest* und eine Berichterstattung, die dem *Protestparadigma* folgt: Demonstrationen und andere Formen politischen Handelns werden dabei nicht als Protest, sondern als „Gewalt“, „Auseinandersetzung“ oder schlicht als „Ärgernis“ gerahmt. Inhalte, Motive und Akteure werden ausgeblendet, marginalisiert oder gar kriminalisiert. Eine dritte Variante nicht-erfolgreicher Protestberichterstattung ist die *Rekuperation*: Radikale Protestinhalte werden verharmlost dargestellt oder neutralisiert und damit eingehegt oder gänzlich entpolitisiert (ebd., S. 142–157). Ertls Systematisierung bietet auch für die Untersuchung der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu WiP ein praktikables Raster, wenngleich eine eindeutige Zuordnung zu einem Typus nicht immer möglich sein wird.

Gegen einseitig medienmachtkritische Studien betont Frank Bösch die Verflechtung von Medien und sozialen Bewegungen. Er begreift soziale Bewegungen als kommunikative Netzwerke, deren wichtige Bestandteile auch Medien und JournalistInnen sein können. JournalistInnen sympathisieren mit Bewegungen, haben persönliche Kontakte zu deren VertreterInnen oder gehören ihnen selbst an. Soziale Bewegungen produzieren eigene Medien und -inhalte, auf die JournalistInnen bei ihren Recherchen nicht selten zurückgreifen. Bösch plädiert außerdem dafür, die „reale“ und mediale Ebene von Protesten nicht zu stark zu trennen, sondern

„[...] im Sinne von Performanz-Ansätzen vielmehr davon auszugehen, dass die Bedeutung jeder ‚Aufführung‘ erst durch die Interpretation aller Beteiligten entsteht. Und dazu zählen auch das Publikum und die JournalistInnen, die über und mit den sozialen Bewegungen kommunizieren.“ (Bösch 2014, S. 152)

Die mehr oder minder explizit hinter allen bisher besprochenen Studien stehende Annahme, dass die massenmediale Protestberichterstattung zur Entstehung oder zum Verschwinden sozialer Bewegungen beiträgt, ist allerdings nicht ganz unproblematisch. Studien zur Rezeption von Medienframes zeigen zwar, dass diese Einfluss auf die Deutung von Ereignissen haben. Jedoch wäre es vermessen, von einer direkten Übernahme medialer Frames durch die MedienrezipientInnen auszugehen (Potthoff 2015, S. 256 f.; Steuwer 2014, S. 174–179). Paul Brewer und Kimberley Gross bringen es auf den Punkt, wenn sie etwas ernüchternd feststellen: „Some frames matter, some of the time; citizens can be moved by framing but also resist it“ (Brewer/Gross 2010, S. 181). Karol Franczak sieht den Gewinn von Frame-Analysen daher auch weniger in der Beantwortung der Frage, wie MedienkonsumentInnen in ihrer Wahrnehmung und Deutung von Ereignissen von deren medialen Darstellung geprägt sind, sondern betrachtet sie eher als Ergänzung diskursanalytischer Zugänge. Eine diachron angelegte Frame-Analyse gibt in erster Linie Aufschlüsse über Veränderungen im Mediensystem (Franczak 2014, S. 153 f.). Und sie kann, indem sie im Unterschied zur Diskursanalyse JournalistInnen als bewusst handelnde und interpretierende Akteure fasst⁵, dazu beitragen, Erkenntnisse zum komplexen Zusammenspiel zwischen Medien und sozialen Bewegungen zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund stellen sich für eine Frame-Analyse der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über WiP nach 1989 folgende Teilfragen:

7. Über welche Proteste und andere Aktionen von WiP wurde berichtet? Über welche nicht? Welche Auswahlkriterien lassen sich nachvollziehen?
8. Wer berichtete? Lassen sich Verbindungen zu WiP oder zur Ökologiebewegung im weiteren Sinne herstellen?
9. Wie wurde berichtet? Wie wurden die AktivistInnen und andere beteiligte Akteure sowie ihre Motive und Ziele dargestellt? Wie prominent waren die Artikel platziert, welchen Umfang hatten sie, welche Textgattung? Wie häufig wurde berichtet?
10. Wie wurden die berichteten Aktionen interpretiert und kontextualisiert?

5 Die Bewertung des Einflusses von individuellen Einstellungen von JournalistInnen ist in der Framing-Forschung umstritten. Im Gegensatz zu diskursanalytischen Zugängen gehen die meisten Frame-Analysen jedoch davon aus, dass Texte Ergebnisse eines bewussten Konstruktionsprozesses sind. Vgl. Potthoff (2015, S. 48–60).

11. Lassen sich in den untersuchten Quellen Reaktionen von WiP auf die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza feststellen?

Eine solche Frame-Analyse kann nur teilweise das Verschwinden von WiP in der Dritten Republik erklären. Sie vermag es aber, einen Ausschnitt des diskursiven Feldes zu beschreiben, innerhalb dessen WiP nach 1989 agierte, und damit im Umkehrschluss an einem Einzelfall Erkenntnisse zum Verhältnis der Gazeta Wyborcza zu einem Teil der außerparlamentarischen Umwelt- und Friedensbewegung in der Phase der Systemtransformation zu gewinnen. Und sie bietet, gleichsam „nebenbei“, auch einen ersten Zugang zu einer historischen Auseinandersetzung mit den Aktivitäten von WiP nach 1989.

3. Neuanfang, Ende und Durchgangsstation: Die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über Aktivitäten von WiP im „Revolutionsjahr“ 1989

Als am 8. Mai 1989 die erste Ausgabe der Gazeta Wyborcza erschien, war dies auch ein materieller Beweis für die Veränderungen der Verhältnisse in Polen (Madera 2003, S. 154). Zum ersten Mal seit der kurzen Phase der Liberalisierung im Zuge der Solidarność-Streiks 1980–1981 konnte eine von der Regierung unabhängige Tageszeitung legal erscheinen und vertrieben werden. Nach den repressiven Jahren des Kriegsrechts 1981–1983 und der Agonie der 1980er Jahre schien mit den Vereinbarungen am Runden Tisch der Weg frei für grundlegende Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Titelseite der ersten Ausgabe der Gazeta Wyborcza gibt diese Wechselstimmung wieder: Unter dem Namen der Zeitung prangte das Logo der noch wenige Monate zuvor verbotenen Solidarność, daneben war groß Lech Wałęsa abgebildet, neben seinem Foto ein Zitat: „Damit es anders und besser wird, müssen wir die Wahlen gewinnen“.⁶ Darunter ein kurzer Text von Wałęsa selbst, der mit den Worten endete: „Ich sehe, dass mit jedem Tag unsere Chancen steigen und wir uns immer besser schlagen. Mit der ‚Gazeta‘ wird uns das noch besser gelingen“ (Gazeta Wyborcza, 08.05.1989, S. 1). Dabei wollte die Gazeta Wyborcza von Anfang an kein Sprachrohr der Solidarność sein. Einige in der Opposition hatten sich zwar für diese Option ausgesprochen. Diejenigen, denen wie dem späteren In-

6 Hier und im Folgenden: eigene Übersetzung aus dem polnischen Original.

nenminister Krzysztof Kozłowski eine sich durch „kühle Objektivität“ auszeichnende Tageszeitung vorschwebte, setzten sich am Ende jedoch durch (vgl. Machcewicz 1995, S. 135). Ein Ziel der Redaktion war von Anfang an die Entwicklung eines neuen Stils. Kommentar und Information sollten klar voneinander getrennt werden. Kurze und präzise Texte, mit einer einfachen und kondensierten Sprache sollten die Zeitung kennzeichnen und sie damit positiv von den umständlichen, langen und von „Neusprech“ geprägten Texten von Regimezeitungen wie der *Trybuna Ludu* (dt. *Volkstribüne*) abheben (ebd., S. 143). Gleichzeitig wollte die *Gazeta Wyborcza* aber, wie es Adam Michnik in einem Rückblick zum 25-jährigen Jubiläum der Zeitung 2014 nicht ohne Pathos formulierte,

„[...] eine Institution der polnischen Demokratie sein. [...] Wir wollten mit eigener Stimme sprechen und dabei gleichzeitig ein Teil der demokratischen Opposition sein, nicht Zeitung der Opposition, kein Organ, sondern einfach und allein ein Bestandteil.“ (Smoleński/Wybieralski 2015, online)

Die Mehrzahl der wegen der knappen Papierzuteilung nur möglichen acht Seiten der ersten Ausgaben nahm dennoch die Vorstellung der oppositionellen Kandidaten des Bürgerkomitees ein. Die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* versuchte aber, die gesamte Bandbreite des oppositionellen Spektrums abzudecken. Dem Teil der Opposition, der den Wahlen und dem mit der kommunistischen Regierung ausgehandelten Kompromiss kritisch gegenüberstand, wurde vor allem im Rahmen der ein- bis zweimal wöchentlich auf Seite 6 erscheinenden *Wolna trybuna* (dt. *Freie Tribüne*) ein eigener Raum zugestanden (ebd.).

4. Frame 1: Vernünftige Kandidaten und unvernünftige Boykotteure – die Wahlen 1989 als Lackmustest

Die ersten Texte in der *Gazeta Wyborcza*, in denen WiP erwähnt wurde, standen dann auch in diesem Kontext. Anders als die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* war WiP über die Frage nach dem Standpunkt zu den halbfreien Wahlen gespalten. Während bekannte Vertreter wie Jan Maria Rokita in Krakau oder Radosław Gawlik in Breslau auf den Listen des Bürgerkomitees der „Solidarność“ für die Wahlen antraten (Kenney 2002, S. 259 f.), kritisierte ein Teil der Bewegung die Einigung auf halbfreie Wahlen am Runden Tisch scharf und rief teils zu einem Wahlboykott auf (Litwińska 2015,

S. 495 f.). Bereits Ende Februar 1989 hatten sich auf dem *Kongress der anti-systemischen Opposition* (poln.: *Kongres Opozycji Antyustrojowej*) in Jastrzębie-Zdrój VertreterInnen von oppositionellen Gruppen getroffen, die gegen Verhandlungen mit der Regierung am Runden Tisch waren, darunter auch Teile von WiP und GegnerInnen von Lech Wałęsas Kurs aus der *Solidarność* selbst (ebd., S. 456 f.). In einer Verlautbarung des Kongresses hieß es: „Kompromisse mit den Kommunisten, unabhängig von den Intentionen derer, die sie schließen, dienen allein der Aufrechterhaltung des zusammenbrechenden Regimes“ (zit. nach ebd., S. 457).

Wojciech Giełżyński brachte für derartige Positionen in einem Kommentar zu Spaltungstendenzen in der Opposition, der am 11. Mai 1989 unter dem Titel „Letztes Klingeln“ (*Ostatni Dzwonek*) auf Seite 3 der *Gazeta Wyborcza* erschien, wenig Verständnis auf. Dass einzelne „radikale Gruppierungen“ nicht zu einem vertretbaren politischen Preis hätten eingebunden werden können, sei unvermeidbar gewesen. Zum Glück seien ihre SympathisantInnen keineswegs zahlreich und ein Teil der „emotionalisierten und von emotionalen Slogans hypnotisierten Jugend“ ließe sich vielleicht auch noch überzeugen:

„Man kann auch einen beträchtlichen Teil der Jugend, die heute von emotionalen Slogans hypnotisiert ist, auf sich vereinen, wenn die AktivistInnen des [Unabhängigen Studentenverbands, J. N.] NZS und die vernünftigeren unter den Anhängern der Bewegung ‚*Wolność i Pokój*‘ erschaffen, sich der radikalen Demagogie unter ihren Kollegen entgegenzustellen. An manchen Orten gelingt das bereits.“ (*Gazeta Wyborcza*, 11.05.1989, S. 3.)

Die Ablehnung der halbfreien Wahlen als „unvernünftig“ zeigt sich auch in Piotr Giedrowiczs Ende Mai, vier Tage vor den Wahlen, erschienenem Bericht über den zweiten *Kongress der antisystemischen Opposition*. Dieser hatte am 21. Mai auf Einladung von WiP und der *PPS-RD* (Polnische Sozialistische Partei-Demokratische Revolution), einer Abspaltung der 1987 in Anknüpfung an die sozialistische Partei der Zwischenkriegszeit wiedergegründeten *Polnischen Sozialistischen Partei (PPS)*⁷, in Krakau stattgefunden.

7 Die *PPS-RD* hatte sich Ende 1988 von der *PPS* abgespalten; Streitpunkt waren die Gespräche am Runden Tisch und die programmatische Ausrichtung. Während eine Gruppe um Piotr Ikonowicz, die spätere *PPS-RD*, Kompromisse mit der kommunistischen Führung ablehnte und sich programmatisch an der westeuropäischen Neuen Linken orientieren wollte, stand der übrige Teil der *PPS* um Jan-Józef Lipski für eine

den.⁸ Worum es dabei ging, war, so der Tenor von Giedrowiczs Text, allerdings mehr als vage. Er stellt das Treffen als karnevaleske Veranstaltung dar: wenige TeilnehmerInnen, ausufernde und abschweifende Diskussionen, kein klares Ziel. Dieser Eindruck entsteht vor allem durch die Komposition des Artikels: Giedrowicz montiert stakkatoartig Zitate aus Redebeiträgen und Positionspapieren aneinander, gespickt mit persönlich gehaltenen kommentierenden Einschüben: „Ein Stein fiel mir vom Herzen, als ich hörte, dass ‚die Kommunisten unsere Hauptgegner sind, nicht Wałęsa, Bujak und Frasyńskiuk‘ [führende Politiker aus dem Solidarność-Lager, J. N.]“. In der Rolle des ‚wirren Zeremonienmeisters‘ tritt in Giedrowiczs Artikel der Hauptorganisator des Treffens, Piotr Ikonowicz von der PPS-RD auf, mit dem vor allem die Warschauer WiP-Gruppe im Jahr 1989 zusammenarbeitete (vgl. Ziolkowski 2010):

„Als er den Kongress eröffnete, sagte Piotr Ikonowicz: ‚Nichts Wichtiges wird hier gelöst werden.‘ Wie üblich hatte er Recht. Schade nur, dass der Kongress nicht auf die Frage antwortete, die im Meer von Verbitterung und Exaltiertheit unterging: ‚Geht es um das geschickte Herbeiführen einer Spaltung in der ‚Solidarność‘ oder um mehr Demokratie?‘“ (Gazeta Wyborcza, 30.05.1989, S. 6.)

Den verbitterten, exaltierten, hypnotisierten und emotionalen jugendlichen WahlgegnerInnen von WiP, die in den Wahlen vom Juni 1989 keine grundlegende Wende sahen (Litwińska 2015, S. 496), stellte die Gazeta Wyborcza in zwei Artikeln wenige Tage vor den Wahlen die „vernünftige“ Seite von WiP gegenüber: Die WiP-Kandidaten von der Liste des Bürgerkomitees in Breslau (Radosław Gawlik) und Krakau (Jan Rokita). Gawlik wurde Ende Mai 1989 von der späteren Chefredakteurin der Breslauer Lokalausgabe, Barbara Piegdoń, interviewt (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5). Das Setting des Interviews: Gawlik besucht Studierende der Breslauer Universität auf ihrem Streik für die Legalisierung des 1980 gegründeten oppositionellen Studierendenverbands NZS (Niezależne Zrzeszenie Studentów). Die Ablehnung von dessen offizieller Registrierung durch ein Warschauer Gericht Ende Mai 1989 führte zu Streiks an 42 polnischen Hochschulen und brachte einen Teil der Jugend gegen die Solidarność auf, die sich ihrer Meinung

klassisch sozialdemokratische Ausrichtung und war den Gesprächen am Runden Tisch gegenüber aufgeschlossen (Dworaczek 2012).

8 Vgl. Gazeta Wyborcza, 30.05.1989, S. 6. Zum Kongress der antisystemischen Opposition siehe Dudek (2010).

nach am Runden Tisch und in der Zeit danach nicht ausreichend für die Belange der Studierenden eingesetzt hätte (Litwińska 2015, S. 155 ff.). Gawlik zeigt im Interview Verständnis für die Studierenden und sieht deren Engagement positiv:

„Piegoń: Wie unterscheidet sich diese Generation [der Studierenden, J. N.] von der, zu der Sie gehören?

Gawlik: Die politische Situation unterscheidet sich. Die Jugend distanziert sich von uns. Die Mehrheit ist abgestoßen und apathisch. Die, die hier sind, das ist schließlich nur ein geringer Prozentsatz. Vor einem Jahr waren es doppelt so viele. Aber die, die hier sind, das ist eine Avantgarde...“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Positiv bezieht er sich auch auf WiP, dem Gawlik zu dieser Zeit noch angehört, oder, angesichts der offenen Struktur von WiP vielleicht besser: dem er sich zugehörig fühlt.

„Piegoń: Eine weitere Ihrer Leidenschaften ist WiP. Was machen Sie dort?

Gawlik: Vor allem WiP! Damit hat alles angefangen. Ich beschäftige mich dort seit Jahren mit Umweltschutz. Wir geben [...] das ‚Ökologische Bulletin‘ heraus, nehmen an grünen Aktionen teil, kämpfen für die Schließung von Dreckschleuder-Fabriken, vor allem gegen den Bau von Atomkraftwerken, für mehr Grün...“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Ausführlich wird auch Gawliks positive Stellungnahme zur Teilnahme am Runden Tisch und an den Wahlen zitiert:

„Man darf die Chancen, die der Runde Tisch gegeben hat, nicht verschenken. Damit der Umweltschutz anfängt zu funktionieren, sind Veränderungen im System nötig, ein neues Recht, neue Verordnungen. Eine Aufhebung der Zensur auf Umweltinformationen, bürgerschaftlicher Umweltschutz mit voller Freiheit für die Aktivitäten von ‚grünen‘ Personen und Gruppen – das wurde am Runden Tisch garantiert. Jetzt wird niemand mehr bestraft werden, der sich vor Bäume stellt um sie vor dem Bagger zu schützen. Jeder wird das Recht haben zu erfahren, was

man isst und trinkt, was für eine Luft man atmet.“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Anders als bei den WahlgegnerInnen wurden Gawliks inhaltliche Standpunkte so ausführlich dargestellt. Auch Stereotype über „Ökos“ wurden am Ende des Interviews noch geradegerückt:

„Piegdoń: Aber wer wird einen Typen im ausgeleierten Pulli wählen?

Gawlik: Hier war neulich auch ein Amerikaner, der hat das gleiche gefragt. Er hat gesagt, dass man einen Slogan, ein Symbol und Geld für die Kampagne braucht. Ich glaube, die Leute in unserem Land haben genug von Slogans und Symbolen. Sie brauchen eher Konkretes, und wir, die Kandidaten der ‚Solidarność‘, sagen und versprechen konkrete Dinge. Der Pulli ist meine Alltagskleidung, der Kampf für die Umwelt ist meine tägliche Beschäftigung und ich finde nicht, dass man sich dafür einen Anzug anziehen muss.“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Mit Radosław Gawlik, und in einem ähnlichen Artikel auch dem ehemaligen Krakauer WiP-Aktivisten Jan Rokita, wurde der „chaotischen Jugendfraktion“ von WiP so eine moderate, konkrete und glaubwürdige Alternative gegenübergestellt. Ein langjähriger, passionierter Aktivist, der unkonventionell und authentisch⁹ im Pulli für die Umwelt kämpft und die Chancen nutzt, die ihm der Systemwandel bietet. Anstatt sie, so das Framing, in sektiererischer und idealistischer Manie leichtfertig zu vergeben. Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Gawlik mag tatsächlich der erfahrenere und inhaltlich fundiertere aufgestellte Politiker gewesen sein und der *Kongress der antisystemischen Opposition* war unter Umständen tatsächlich inhaltlich und organisatorisch chaotisch. Zumindest gelang es auf ihm nicht, eine dauerhafte und für breitere Schichten ansprechende Alternative zur Mehrheitsposition der Solidarność zu etablieren (vgl. Dudek 2010). Dennoch ist es die Art der Präsentation, die die verschiedenen Positionen innerhalb von WiP zu den halbfreien Wahlen am 4. Juni unterschiedlich wertet. Während bei den WahlgegnerInnen das „Dagegensein“ im Vordergrund stand, wurde

9 Zur Bedeutung von „Authentizität“ in der Alternativbewegung der 1970er und 1980er Jahre siehe Reichhardt (2014, S. 99–187). Was Authentizitätssymbole wie Wollpullover oder Bärte anbelangt, scheint die polnische Ökologiebewegung ihrem westdeutschen Pendant ähnlich gewesen zu sein. Derartige Transferprozesse harren jedoch bislang noch der Erforschung. Für einen ersten Ansatz siehe Ostolski (2008).

bei dem Text über Gawlik Raum für Inhalte gegeben. Klar wird dies vor allem dann, wenn man sich mögliche Alternativen vor Augen hält: Im Januar 1990, freilich ein halbes Jahr nach der aufgeheizten Stimmung rund um die Wahlen im Juni 1989, veröffentlichte die Pfadfinderzeitschrift *Na Przelaj*, eine Jugendzeitschrift, die in der potentiellen Zielgruppe von WiP viele LeserInnen hatte (Skruwa 2014, S. 79–89), ein dreiseitiges Gespräch zu den politischen Veränderungen des Jahres 1989 mit jungen VertreterInnen verschiedener politischer Gruppierungen (*Na Przelaj* 18.01.1990, S. 9 ff.). Dabei waren mit Andrzej Szulc und Tomasz Burek auch zwei Vertreter von WiP. Vor allem Burek kritisierte die halbfreien Wahlen als wenig repräsentativ und wies auf Demokratiedefizite angesichts der weiter bestehenden Zensur¹⁰ und des Pressemonopols hin.¹¹ Er erntete dafür Widerspruch – aber im Gegensatz zum Framing der WahlkritikerInnen in der *Gazeta Wyborcza* wurde in *Na Przelaj* seine Position als eine von vielen möglichen politischen Positionen gerahmt und nicht als schlichtes, tendenziell unpolitisches „Dagegensein“. Auch in der *Gazeta Wyborcza* kamen, wie bereits erwähnt, in der eigens für dieses Spektrum der Opposition eingerichteten *Freien Tribüne* von Anfang an KritikerInnen der Einigungen am Runden Tisch zu Wort. Durch die eigene Kolumne wurden solche Positionen allerdings gleichsam ausgelagert und nicht als integraler Bestandteil tagesaktueller Debatten thematisiert. In einer kritischen Bestandsaufnahme anlässlich der 25. Ausgabe der Kolumne im September 1989 kritisierte einer der Beiträger der Kolumne, der WiP-Mitgründer und Aktivist der oben bereits erwähnten PPS-RD, Grzegorz Ilka, sie dann auch als Feigenblatt: „Diese Kolumne entstand als eine Art schlechtes Gewissen der *Solidarność*. Denn die *Solidarność* kämpfte und kämpft für Pluralismus. Eine einzelne Zeitung kann aber nicht pluralistisch sein“ (*Gazeta Wyborcza*, 13.09.1989, S. 6.). Zumindest dann nicht, wäre Ilkas Standpunkt zu erweitern, wenn sie gleichzeitig Zeitung und Wahlkampfmedium für einen Teil der Opposition sein soll. Aktivitäten des Teils von WiP, der den Wahlen kritisch gegenüber stand, wurden so zwangsläufig negativ gerahmt. Dieses Vorgehen führte andernorts in der oppositionellen Presse teils zu scharfer Kritik an der *Gazeta Wyborcza*: Diejenigen, die vor 1989 unter der manipulativen Presse des Regimes gelitten hätten, würden im Wahlkampf 1989 nun selbst ähnliche Methoden anwenden, hieß es etwa in einem offenen Brief an die Redaktion der *Gazeta Wyborcza*, der im Mai 1989 in der *Bromberger* (poln.: *Byd-*

10 Sie wurde formal erst im April 1990 aufgehoben. Vgl. Dobosz (1999, S. 72 ff.).

11 Vgl. dazu auch eine entsprechende Resolution auf dem polenweiten WiP-Treffen in Krakau am 13./14. Januar 1990. Litwińska (2015, S. 514 f.).

goszcz) Gewerkschaftszeitung *Wolne Zwiqzki* (dt.: Freie Gewerkschaften) veröffentlicht wurde (Churska 2012, S. 152). Derartige Stimmen waren aber in der Minderheit. Die Mehrheit der oppositionellen Presse stand den Wahlen, vor allem nach dem sensationellen Erfolg der KandidatInnen der *Solidarność*, positiv gegenüber (vgl. Szulc 2012, S. 170). Für die *Wspólnota WiP* (dt. *Gemeinschaft WiP*), eine Breslauer Abspaltung von WiP, die für die Wahlen 1989 kandidiert hatte, von den LeserInnen aber kaum von WiP zu unterscheiden gewesen sein dürfte¹², kommentierte deren Kandidat und nebenbei Breslauer Lokalkorrespondent der *Gazeta Wyborcza*, Leszek Budrewicz, in der *Gazeta Wyborcza* vom 24.08.1989 die Regierungsübernahme von Tadeusz Mazowiecki entsprechend positiv:

„Dass Mazowiecki als Premier designiert wurde, bietet eine große Chance für eine konkrete Wende, die den Menschen die Hoffnung geben würde, dass alles, was die ‚Solidarność‘ zur Zeit des Runden Tisches sowie vor und nach den Wahlen gesagt und versprochen hat, grundsätzlich passiert.“ (*Gazeta Wyborcza*, 24.08.1989, S. 6)

Ähnlich wie vor den Wahlen Gawlik, gab die *Gazeta Wyborcza* so auch nach den Wahlen vor allem den „positiven“ Stimmen innerhalb von WiP Raum. Die schon 1989 bei älteren Oppositionellen vorhandene kritische Distanz etablierter Oppositioneller zum „jugendlichen Eifer“ von neuen oppositionellen Gruppen wie WiP (Gerland 2016, S. 277 ff.; Wierzbicki 2013, S. 287–292) setzte sich damit auch in der Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* fort. Es war, betrachtet man diese Entwicklung im dominierenden Framing der *Gazeta Wyborcza*, der junge und idealistisch-unvernünftige Teil von WiP, der nach dem Ende des Kommunismus unter dem alten Namen und mit ähnlichen Aktionsformen weitermachte.

12 Auch die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* brachte beides durcheinander, wovon eine Berichtigung in der Ausgabe vom 01.06.1989 mit dem Titel „Nicht WiP hat protestiert“ zeugt. Die *Wyborcza* hatte in einem Artikel über eine Kundgebung gegen Lech Wałęsa statt „Wspólnota WiP“ „WiP“ als Organisator angegeben. Vgl. *Gazeta Wyborcza*, (01.06.1989, S. 6).

5. Frame 2: Die Jugend engagiert sich oder macht Krawall – das Framing von WiP-Demonstrationen im Jahr des Systemwechsels 1989/90

Neben den Wahlen waren vor allem die Übernahme des neu geschaffenen Präsidentenamts durch Wojciech Jaruzelski, der Verbleib Polens im Warschauer Pakt und die Frage nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte, erneute Schwierigkeiten beim Wehrersatzdienst und der Weiterbau des Atomkraftwerks in Żarnowiec bei Danzig Auslöser für Proteste von WiP, über die auch die *Gazeta Wyborcza* berichtete. Die meisten Artikel über derartige Demonstrationen waren kurz und stellten vor allem das Ereignis des Protests, nicht jedoch dessen Motive und Ziele in den Vordergrund.

5.1 Jugendliche machen Krawall: Framings der anti-sowjetischen Demonstrationen in Krakau im Jahr 1989

Dies betraf vor allem Demonstrationen, die einen radikaleren Bruch mit dem kommunistischen System forderten und sich gegen Kompromisse mit der Regierung aussprachen. Die *Gazeta Wyborcza* framte sie oft schlicht als jugendliche „Krawalle“ („zadymy“), wie in einem Artikel von Włodzimierz Słowiński und Tadeusz Pikulicki vom 23. Juni 1989 zu Protesten jugendlicher Gruppen gegen Wojciech Jaruzelskis Präsidentschaftskandidatur und den Verbleib sowjetischer Truppen in Polen, der dieses Framing gleich im Titel trug:

„Krawalle

Am Mittwoch und Donnerstag zogen durch mehrere polnische Großstädte Jugendkrawalle unterschiedlicher Intensität und Größe. Ihr gemeinsamer Slogan war die Ablehnung der Übernahme des Präsidentenamts durch General Jaruzelski und die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 23.06.1989, S. 2)

Ähnlich im Stil geriet auch ein kurzer Bericht über eine Solidaritätsdemonstration mit streikenden sowjetischen BergarbeiterInnen, die WiP gemeinsam mit der *Anarchistischen Städtevernetzung* (*Międzymiastówka*

Anarchistyczna, MA)¹³ Anfang November vor der sowjetischen Botschaft in Warschau organisiert hatte:

„Brüderliche Krawalle

„Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern von Workuta“, so der Slogan einer am 7. November von PPS-RD, WiP und der Front für eine befreite Gesellschaft (Front wyzwolenia społecznego) organisierten Kundgebung vor der sowjetischen Botschaft in Warschau mit knapp einem Dutzend Teilnehmern. Die Miliz nahm alle Teilnehmer kurz fest.

Um 16 Uhr begann auf Initiative der Międzomiastówka Anarchistyczna die nächste Demonstration vor der Botschaft. Man forderte nun die Freilassung der eine Stunde vorher festgenommenen Kollegen. Wieder intervenierte die Miliz. Die nächsten Gruppen Demonstranten gelangten um 18 und 19.30 Uhr vor das Botschaftsgebäude. Auch dieses Mal nahm die Miliz die Teilnehmer fest.

Am Dienstagabend fand in der Botschaft der UdSSR aus Anlass des 72. Jahrestages der Oktoberrevolution ein Bankett statt, an dem Präsident Jaruzelski und Premier Mazowiecki teilnahmen.

In Zopott demonstrierten am 7. November Mitglieder der Föderation der kämpfenden Jugend (FMW) gegen den Russischunterricht als Pflichtfach. Die Protestierenden verbrannten Russischbücher und sowjetische Zeitungen.“ (Gazeta Wyborcza, 08.11.1989, S. 2)

Mit Sarah Ertl lassen sich derartige Texte als protestparadigmatische Berichterstattung fassen: Der Protest und die Auseinandersetzung mit der Polizei stehen im Vordergrund; die Protestierenden werden als anonyme Gruppe präsentiert; auf Inhalte und den Kontext der Demonstration wird dagegen nicht eingegangen, Protestaktionen werden so tendenziell depolitisiert. Ertl bezeichnet diese Art der Berichterstattung auch als „negative Spektakularisierung“ (Ertl 2015, S. 148). Der Bericht über die Kundgebungen vor der sowjetischen Botschaft ging noch darüber hinaus. Kleine, ergo:

13 Netzwerk anarchistischer Gruppen in Polen, gegründet im Mai 1988 auf maßgebliche Initiative der Danziger Gruppe *Bewegung für eine alternative Gesellschaft (Ruch Społeczeństwa Alternatywnego, RSA)*. Wandelte sich Ende 1989 zur *Anarchistischen Föderation (Federacja Anarchistyczna, FA)*. Siehe dazu Antonów (2004, S. 295–305).

unbedeutende Grüppchen, die sich ein Katz und Maus-Spiel mit der Polizei liefern und darüber das eigentliche Thema ihrer Demonstration vergessen: Diese Schilderung wirkt grotesk und gezielt diskreditierend.

Gegen eine derartige Interpretation lassen sich freilich zwei grundlegende Einwände formulieren. Zum einen bestand, wie oben bereits erwähnt, die Zensur bis April 1990 fort. De facto nahm sie zwar kaum mehr direkte Eingriffe in Presstexte vor, das Verhältnis zur Sowjetunion wurde aber sowohl von den alten als auch den neuen Machthabern als heikles Thema angesehen (vgl. Dudek 2007, S. 60–67). Und das Beispiel eines kurzen Berichts zu einer von WiP organisierten Solidaritätsdemonstration mit den Protesten in der DDR von Oktober 1989, bei dem offensichtlich ein Teil der im Text zitierten Demonstrationslogos zensiert wurde¹⁴, zeigt, dass der Zensurparagraf, der „die Außenpolitik der VR Polen schädigende Äußerungen“¹⁵ verbot, in Einzelfällen durchaus noch angewandt wurde. Im Artikel zur Demonstration vor der sowjetischen Botschaft im November 1989 und in anderen, ähnlich aufgebauten Protestberichten, fehlt jedoch ein Hinweis auf Zensur. Wichtiger erscheint deshalb die Frage, wie der Bericht von einer Auseinandersetzung mit der Polizei auf die polnischen LeserInnen Anfang der 1990er Jahre gewirkt haben könnte. Die Miliz und vor allem die Bereitschaftspolizei ZOMO waren als Symbole des Kriegszustands äußerst unbeliebt. In einer Umfrage von 1992, immerhin drei Jahre nach dem Systemwechsel und den damit verbundenen strukturellen Veränderungen auch in der Polizei¹⁶, zeigte nur ein Drittel der Befragten Verständnis für polizeiliche Interventionen bei Protesten. Das Framing „DemonstrantInnen gegen die Polizei“ muss so nicht zwangsläufig als diskreditierend intendiert und von den RezipientInnen nicht unbedingt negativ wahrgenommen worden sein, wie es Ertls Definition von „Protestparadigma“ als negativer Protestberichterstattung nahelegt. Vielmehr war in der oppositionellen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System die Unterbindung von Protest durch die Miliz nicht selten Teil des performativen Pro-

14 Vgl. Gazeta Wyborcza, 06.10.1989, S. 2: „[...] Die Demonstranten trugen Transparente mit den Slogans „Grüße an das Neue Forum“, „Freiheit für die DDR“. ----“ Danach folgt die Angabe des Zensurparagrafen („art. 2 p. 3 Ust. o Kontr. Publ. i Wid. z 31 VII 81, Dz. U. 20, poz. 99, z późniejszymi zmianami“).

15 Art. 2, Abs. 3 des „Gesetzes vom 31.07.1981 zur Kontrolle von Publikationen und Aufführungen“ [Ustawa z dnia 31. lipca 1981 r. o kontroli publikacji i widowisk, Dz.U. 1981 nr 20 poz. 99]. Online einsehbar unter: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19810200099+1990%2406%2405&min=1> (zuletzt aufgerufen am 20.10.2016).

16 So wurde im April 1990 die Miliz in Polizei umbenannt und die bei Oppositionellen gefürchtete und verhasste Bereitschaftspolizei ZOMO aufgelöst (Chwalba 2010, S. 68).

testakts: Das staatliche Eingreifen gab auch kleinen Kundgebungen den Nimbus der Systemkritik und -destabilisierung.¹⁷ Auch vor 1989 endeten Demonstrationen teils gewaltsam. Dies wurde von Teilen der Opposition und vor allem den sich auf den Grundsatz „no violence“ berufenden WiP durchaus kritisch gesehen, führte aber nicht zu einer Delegitimierung der Proteste. Vielmehr wurde der Ausbruch von Gewalt in oppositionellen Medien in der Regel übergangen oder Provokationen durch die Miliz angelastet (Ost 2005, S. 104 f.). Proteste gegen das kommunistische System galten, wie Adam Ostolski anhand von Feuilletons des Oppositionellen und späteren Chefredakteurs der *Gazeta Wyborcza*, Adam Michnik, aus der Transformationszeit nachweist, vor 1989 generell als demokratisches Aufbegehren gegen ein totalitäres System. In der neuen Demokratie wurden, so Ostolski, die gleichen Umwelt-, Friedens- oder ArbeiterInnenproteste aus dieser Perspektive im Umkehrschluss aber als antidemokratisch gedeutet und diskreditiert (Ostolski 2010, S. 207 f.). Dazu trägt das in den oben zitierten und auch in anderen, ähnlich aufgebauten Artikeln dominierende Framing bei: Inhalte und Motive des Protests wurden durch die Betonung, erstens, des reinen Protests einer, zweitens, anonymen, unvernünftigen und unerfahrenen Gruppe („Jugendkrawall“) entweder gar nicht genannt oder nicht weiter thematisiert.

Dieses Framing wird vor allem bei den Berichten zu den teilweise tatsächlich in Gewalt endenden antisowjetischen Protesten in Krakau 1989 deutlich sichtbar.¹⁸ So überschrieb die *Gazeta Wyborcza* etwa einen am 14.12.1989, einen Tag nach dem Jahrestags der Ausrufung des Kriegsrechts 1981, auf Seite 1 erschienenen Artikel symbolträchtig mit „Vergeben oder hassen“ (*Gazeta Wyborcza*, 14.12.1989, S. 1). Der Artikel öffnete mit den versöhnlichen Worten von Pfarrer Jan Sikorski auf einem Gedenkgottesdienst im Warschauer Stahlwerk Huta Warszawa:

„Wir, die wir erfahren haben, was Hass ist, begegnen in dieser schwarzen Dezembernacht allen mit Liebe, auch denen, die gegen uns sind.“
(*Gazeta Wyborcza*, 14.12.1989, S. 1.)

Danach folgt, ohne Überleitung, die Schilderung eines Protests von WiP-AktivistInnen im Krakauer Stadtzentrum:

17 Die satirischen Protesthappenings der Breslauer „Orangenen Alternative“ planten etwa das Eingreifen der Miliz als Teil der Performance ein. Vgl. Szymanski (2012, S. 235 ff.).

18 Damit bildeten diese Proteste aber auch für WiP-Demonstrationen nach 1989 eine Ausnahme. Vgl. Kenney (2002, S. 261).

„In Krakau drang eine Gruppe von 50 WiP-Sympathisanten in den Sitz des Wojewodschaftskomitees [der kommunistischen Partei, J. N.] ein, wo sie einen Kiosk anzündete.“ (Gazeta Wyborcza, 14.12.1989, S. 1.)

So wird eine Parallelität beider Ereignisse im Sinne der Überschrift konstruiert: Vergeben – der Gottesdienst – oder hassen – die WiP-Demonstration. Der Artikel fährt in diesem Schema fort: Versöhnlichen und siegessicheren Worten von Lech Wałęsa, Regierungssprecherin Małgorzata Niezabitowska und der Solidarność-Parlamentsfraktion – „Solidarisch haben wir die Ideale des August [1980, Höhepunkt der Solidarność-Streiks 1980, J. N.] in die Epoche des osteuropäischen ‚Völkerfrühlings‘ getragen. Polen muss siegen. Diesmal wird uns niemand dabei stören“ – folgt eine ausführlichere Beschreibung der WiP-Demonstration. Die Auflösung der gewalttätigen Demonstration durch die Polizei steht am Ende des Artikels und wird positiv gerahmt:

„[...] Über den Markt, wo sie eine Bude der Miliz zerstörten, kehrten sie zum Gebäude des Komitees zurück. Hier schlugen sie zehn Scheiben ein, hängten Türen aus und legten Feuer. In dieser Situation traf General Gruba, noch bevor die Zustimmung der Regierung eintraf, selbstständig die Entscheidung zum Einsatz der Präventionsabteilung der Miliz. Sie löschte das Feuer im Wojewodschaftskomitee. Sechs Personen im Alter 16–25 Jahre wurden festgenommen.“ (Gazeta Wyborcza, 14.12.1989, S. 1.)

Der Artikel rahmt so die WiP-Demonstration als Spur der Verwüstung, den Milizkommandeur als besonnenen, bei eventuell aufkommender Kritik am Einsatz aber gleichsam präventiv als selbstverantwortlich handelnd dargestellten „Macher“, und die Regierung als versöhnliche Stimme der Vernunft. Die Demonstrierenden wurden dagegen als anonyme, zerstörungswütige Menge gerahmt, ihr Motiv durch die Überschrift „Hass“ lediglich angedeutet, damit aber gleichzeitig diskreditiert und wiederum entpolitisiert.

Nur ein Text in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über die Unruhen in Krakau des Jahres 1989 ließ AktivistInnen von WiP direkt zu Wort kommen. Er erschien bereits Ende Juni 1989, also nur zwei Monate nach der Gründung der Zeitung, und wurde von Barbara Hrybacz verfasst, die selbst seit 1985 federführend bei WiP aktiv war (vgl. Litwińska 2015, S. 171 f.; Smółka-Gnauck 2012, S. 59 f.). Sie war daneben seit 1988 für Radio Free Europe tätig und von Gründung der Gazeta Wyborcza bis ungefähr

1991 dort vor allem für Berichte zu alternativen Jugendbewegungen zuständig.¹⁹ Unter dem Titel „Über Freiheit und Frieden in Galizien“ veröffentlichte sie am 26.06.1989 ein ausführliches Gespräch mit Jan Rojek, Grzegorz Suda und Przemysław Mięgała von der Krakauer WiP-Gruppe (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6). Der Text begann mit einer Reihe von Fragen, die Hrybacz ihnen gleichsam im Namen der LeserInnen stellte:

„Warum ist Krakau so oft der Austragungsort von Demonstrationen? Wie vereinbaren die Organisatoren dieser Aktionen, in der Mehrzahl Mitglieder der Bewegung ‚WiP‘, den Grundsatz non violence mit dem Verlauf mancher dieser Demonstrationen? In wie weit fühlen sie sich für ihren Verlauf verantwortlich? Sind Demonstrationen das einzige Mittel um seine Meinungen kund zu tun?“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Außer den Eröffnungsfragen kamen im Folgenden ausschließlich die WiP-AktivistInnen²⁰ zu Wort; eine Einordnung oder Bewertung ihrer Aussagen wurde durch Hrybacz nicht vorgenommen. Alle drei wehren sich gegen den Vorwurf, dass die Gewalt auf den Demonstrationen von ihnen ausging und betonen das ihrer Ansicht nach unnötig gewaltsame Eingreifen der Bereitschaftspolizei. Sie verweisen aber auch darauf, dass sich die Ausgangssituation von Demonstrationen grundsätzlich geändert habe:

„Grzegorz Surda: Du suggerierst, dass die Demonstrationen nur einfach so organisiert werden, um Krawall zu machen. Dabei haben sie konkrete Ziele, sei es der Ausdruck von Solidarität mit den chinesischen Studenten, die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen oder auch dass wir uns, wie neulich, dagegen wehren, dass W. Jaruzelski zum Präsident gemacht werden soll. Du erinnerst dich doch wohl daran, dass ‚WiP‘ alle seine Erfolge durch Demonstrationen erreicht hat.

19 Zu Hrybaczs Tätigkeit bei Radio Free Europe siehe Interviews mit ihr als Zeitzeugin auf der Themenseite zur polnischen Sektion bei RFE auf der Homepage des Polnischen Radio www.polskieradio.pl/Barbara-Hrybacz/Tag91257 (Abruf 10.12.2016).

20 Es waren, wie in den meisten Berichten, in denen WiP-AktivistInnen namentlich erwähnt wurden, tatsächlich nur Männer. Zur Dominanz einer männlichen Perspektive auf die Definition oppositionellen Verhaltens in Polen vor 1989 und entsprechende Lücken in der historischen Forschung siehe grundlegend Kenney (1999).

Przemysław Migala: Und dabei kann die Art der Demonstrationen von Gestern, sowas wie eine Kundgebung mit ein paar Dutzend Leuten, heute kein Echo mehr hervorrufen. Es zählen nur noch Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern. Sie müssen wirklich riesig sein, damit sie gegen die Mauer des Schweigens ankommen, auch in der Presse.“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Auch Jan Rojek kritisierte die Darstellung von Demonstrationen in den Medien:

„Jan Rojek: Man stellt uns vor allem als Gruppe von Krawallmachern dar und übergeht dabei die kulturellen Veranstaltungen, die wir organisieren (einen Abend zum Werk von Havel, Rockkonzerte). Natürlich, ihre Reichweite ist begrenzt, weil man uns keine Gelder für eine eigene Presse oder eigene Klubs zur Verfügung stellt...“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Neben der Presse wurde vor allem die Solidarność Ziel der Kritik der WiP-Aktivisten:

„Grzegorz Surda: Die ‚S‘ versucht uns zu erklären, dass sich die Zeiten geändert haben und Demonstrationen (auch Streiks), zu denen sie vorher selbst aufgerufen hat, jetzt schädlich sind. Unserer Meinung nach ist es genau andersrum. Den Fakt, dass die jetzige Regierung mehr erlaubt und sich nicht traut, sich den Demonstranten entgegenzustellen, gilt es zu nutzen. Man darf sich nicht mit dem zufrieden geben, was wir haben, wie das wohl leider die ‚S‘ macht.“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Es gebe, so Migala und Rojek, auch eine kleine Gruppe, die an Demonstrationen teilnähmen, um Krawall zu machen. Diese hätten sie aber unter Kontrolle. Hryniewicz's Text bietet so ein anderes, im Sinne von WiP positiveres, Framing der Demonstrationen an: die Polizei als Auslöser der Proteste; eine veränderte politische und vor allem mediale Landschaft als Grund für radikalere Protestformen; WiP als besonnener und zielorientiert handelnder Akteur, der auf Inhalte setzt und neben Demonstrationen auch kulturelle Veranstaltungen organisiert, von der Presse und den neuen Machthabern jedoch marginalisiert wird; die Solidarność als Bremser in einer politischen Situation, die tiefgreifendere Veränderungen ermöglichen würde. Ein derartiges Framing stellte in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu den Demonstrationen von WiP im Jahre 1989 jedoch die

Ausnahme dar. Hrybaczs Text ist, gemeinsam mit dem ebenfalls von Hrybacz verfassten Bericht vom polenweiten WiP-Treffen Anfang Juli 1989 in Dobrzynie Wielkie, in dem sie sich selbst als Kontaktperson für an einem Engagement bei WiP interessierte LeserInnen angibt (Gazeta Wyborcza, 11.07.1989, S. 6.), typisch für Texte der polnischen Untergrund- und Alternativpresse der 1980er und frühen 1990er Jahre, die als schlichte Wiedergabe- und Diskussionsorgane der jeweiligen Gruppierung fungierten. Dass die Gazeta Wyborcza derartige Texte in ihrer Frühphase druckte, sie aber zunehmend aus der Zeitung verschwanden, ist auch ein Anzeichen für einen Professionalisierungsprozess und einer damit einhergehenden zunehmenden Distanz zu den aus der Opposition hervorgegangenen sozialen Bewegungen.²¹

5.2 Gute Ziele, manchmal überzogene Aktionsformen: Zum Framing von WiP als Teil der Ökologie- und Friedensbewegung

Angesichts tatsächlich physisch gewalttätiger Ausschreitungen verwundert diese distanzierte Berichterstattung wenig. Sie überrascht aber bei Protestberichten zu Themen, bei denen sich die Gazeta Wyborcza inhaltlich tendenziell auf einer Linie mit den WiP-DemonstrantInnen befand. Auch sie waren häufig von einer Distanz zu den Aktionen der jugendlichen WiP-AktivistInnen geprägt, selbst wenn deren Framing nicht eindeutig negativ ausfiel. Dies trifft nicht auf alle, aber eben doch einige Berichte über WiP-Proteste gegen den Bau des Atomkraftwerks in Żarnowiec bei Danzig zu. Während die Opposition am Runden Tisch für einen Baustopp eingetreten war, plädierte nach der Regierungsübernahme eine Mehrheit für einen Weiterbau, wenn auch mit westlicher statt sowjetischer Technik. Die mit WiP verbundenen Abgeordneten Radosław Gawlik und Janusz Okrzesik und VertreterInnen der lokalen Solidarność traten zwar weiter für einen Baustopp ein, letztlich waren es aber Proteste unter maßgeblicher Beteiligung von WiP und mit ihm verbundener internationaler Umweltorganisa-

21 Vgl. Hadamik: „Viele Medienvertreter betrachteten ihre Arbeit lange Zeit als eine Fortführung ihres politischen Engagements. [...] Es dauerte einige Jahre bis bei den Medien [...] ein Lernprozess einsetzte und Journalisten erkannten, dass die Zeiten des Kampfes zu Ende waren und in der neuen demokratischen Gesellschaftsordnung Professionalität und Unparteilichkeit vor persönlichen Sympathien und Wünschen stehen müssen.“ (Hadamik 2001, S. 163)

tionen wie Greenpeace, die für den nötigen Druck auf die Regierung sorgten, die den Bau im Mai 1990 endgültig stoppte (Litwińska 2015, S. 307 ff.; Szulecki/Waluszko/Borewicz 2015; Waluszko 2013). Die Gazeta Wyborcza hatte schon im Juli 1989 Nachrichten über einen möglichen Baustopp aufgrund fehlender Haushaltsmittel begrüßt (Gazeta Wyborcza, 26.07.1989, S. 2). Als im Dezember 1989 jugendliche AktivistInnen von WiP und anderen Gruppen, vor allem aus dem ökologischen und anarchistischen Spektrum, den Containerhafen in Gdynia (Gdingen) blockierten und in den Hungerstreik traten, um die Anlieferung von Reaktorteilen zu verhindern, fiel die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza dazu allerdings eher distanziert aus. Die Protestierenden wurden in der zweiseitigen Reportage von Paweł Smoleński wiederum als „Jugendliche“ und der Konflikt um den Bau des Atomkraftwerks als „Generationenkonflikt“ gerahmt:

„Sie sagen, dass sie schon einen ausreichenden Preis für die Experimente der Eltern gezahlt haben. Nicht nur für Żarnowiec. Für alle. Die Jugend will ein Referendum, das über den Bau des Żarnowiecer Kraftwerks entscheiden soll. Sie ist überzeugt, dass sie auf diese Weise gewinnen wird. Fürs erste haben sie nicht gewonnen. Sie wurden, wie die Danziger Informationsagentur der Solidarność informiert, brutal von Arbeitern des Kraftwerks zusammengeschlagen, die einen Teil des Reaktors nach Żarnowiec eskortierten. Eltern schlugen Kinder, weil der Konflikt zwischen den Protestierern und dem Kraftwerk auch – oder vielleicht vor allem – ein Generationenkonflikt ist. Er wurde für einen Augenblick ohne Experimente gelöst, mit der traditionellen Methode eines Schlags auf den Kopf. Der einfachsten und gleichzeitig dümmsten Methode.“ (Gazeta Wyborcza, 19.12.1989, S. 4 f.)

Die „Elterngeneration“ kam in diesem Framing nicht gut weg. Aber auch die Jugendlichen ProtestiererInnen wurden als Gruppe gezeichnet, die altklug und desillusioniert in alle Richtungen Forderungen aufstellt, damit jedoch wenig erfolgreich ist:

„Die Jugend nimmt übel:

Der ‚Solidarność‘-Gruppe des Containerterminals, dass sie sie nur am Anfang unterstützt hat und später – zufrieden damit, dass sie am Protest teilgenommen hat – die Hände in den Schoß gelegt hat

Den regionalen Gremien der ‚Solidarność‘: das Gleiche.

Der ‚Gazeta Wyborcza‘, dass ihre Journalisten sich während der ersten 3 Wochen der Kundgebung nicht im Gdingener Hafen haben blicken las-

sen, dabei sei das eine gewichtige Angelegenheit.

Dem Danziger Fernsehen: das Gleiche.

Der Regierung von Tadeusz Mazowiecki, dass sie den Baustopp zu Unrecht aufschiebt und dabei den ‚Antiatomstandpunkt‘ der ‚Solidarność‘ am Runden Tisch vergisst.“ (Gazeta Wyborcza, 19.12.1989, S. 4 f.)

Dieses Framing änderte sich allerdings mit der Fortsetzung des Hungerstreiks, über den die Gazeta Wyborcza im Januar 1990 zwei Mal berichtete. Von „Jugendlichen“ war in beiden Artikeln nicht mehr die Rede – vielmehr erfuhren die LeserInnen der Zeitung am 18.01.1989 in einem kurzen Artikel mit dem Titel „Tag 41 des Hungerstreiks“ (Gazeta Wyborcza, 18.01.1990, S. 2), dass zwei der fünf Hungerstreikenden bereits 30 bzw. 31 Jahre alt waren (die übrigen Anfang 20). Die Hungerstreikenden wurden namentlich benannt und der Protest somit personalisiert; der Artikel endete mit der Information über die kritische Haltung des obersten Gremiums der Solidarność an der ablehnenden Haltung des Nationalrats zu einem Referendum über den Kraftwerksbau. Anders als in einem Bericht zu einer ähnlichen Aktion im November, bei dem unter dem Titel „Einsame Kundgebung“ vor allem das Desinteresse der Warschauer Bevölkerung an Demonstrationen gegen Żarnowiec in den Vordergrund gerückt wurde (Gazeta Wyborcza, 06.11.1989, S. 2)²², wurde eine von WiP einen Tag zuvor in Warschau organisierte Straßenblockade in Solidarität mit den Hungerstreikenden nun neutral gerahmt (Gazeta Wyborcza, 18.01.1989, S. 2).

Ein erneuter Bericht zum Hungerstreik mit dem Titel „Hungerstreik und Unterstützung“ (Gazeta Wyborcza, 20.01.1990, S. 2) zwei Tage später lässt sich geradewegs als Mobilisierungstext interpretieren. Verfasst wurde der Text von Magdalena Papuzińska, der seit der Gründung der Gazeta Wyborcza für ökologische Themen zuständige Redakteurin (vgl. Bożek/Wajrak 2014). Er begann mit dem Bericht von einer Kundgebung vor dem Sejm in Solidarität mit den Hungerstreikenden, organisiert von WiP, der *Föderation der Grünen (Federacja Zielonych)* und „Unabhängigen aus der Grünen Partei“ (*Partia Zielonych*), die aus verschiedenen Städten angereist waren. Drei Forderungen wurden kommentarlos aufgezählt:

22 Dort hieß es unter anderem: „Zwei Versammlungen, eine ökologische Demonstration auf den Straßen Warschaus und komplettes Desinteresse vonseiten der Hauptstadtbe-wohner. Das ist die Bilanz des freitäglichen Endes einer viertägigen Kundgebung von Gegner des Atomkraftwerk-Baus in Żarnowiec vor dem Amt des Ministerrats und seit Donnerstag auch vor dem Industrieministerium.“ (Gazeta Wyborcza, 06.11.1989, S. 2)

„Sie fordern:

1. einen Baustopp des Atomkraftwerks in Żarnowiec
2. eine wahrheitsgemäße Aufklärung über die radiologische Situation im Land und Einzelheiten der Katastrophe von Tschernobyl
3. Zugang zu den Massenmedien für Gegner der Atomenergie“
(Gazeta Wyborcza, 20.01.1990, S. 2)

Danach folgte die Information, dass die Solidarność-Abgeordneten Radosław Gawlik und Krzysztof Dowgiałło im Sejm 170 Unterschriften gegen den Bau gesammelt hatten, ihr Antrag aber aus organisatorischen Gründen nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Der Artikel endete mit der Information, dass sich den Danziger Hungerstreikenden vier weitere Personen angeschlossen hatten. Die Gegenseite wurde im Artikel nicht erwähnt, auch konzentrierte er sich nicht auf den reinen Protest. Mit Gawlik und Dowgiałło erschienen zwei Parlamentarier nicht, wie im oben zitierten Artikel zu den Wahlen 1989, als moderate Alternative zu den jugendlich-überhitzten WiP-AktivistInnen, sondern als Teil *einer* Bewegung, die auf unterschiedlichen Ebenen für das Ziel des Baustopps aktiv war. Als Akteure dieser Umweltbewegung wurden so nicht nur politisch unerfahrene und „radikal“ agierende Jugendliche gerahmt, sondern auch zwei anerkannte Parlamentarier. Der Misserfolg des nicht behandelten Antrags wurde durch die abschließende Erwähnung der zusätzlichen Hungerstreikenden relativiert. Dahinter lässt sich die Intention vermuten, potentiell motivierend auf SympathisantInnen zu wirken. In jedem Falle lässt er sich einer affirmativen Protestberichterstattung zuordnen, die die Protestierenden, ihre Ziele und Erfolgsaussichten positiv rahmt. Ein ähnliches Framing findet sich auch bei Berichten über Demonstrationen für Erleichterungen bei der Kriegsdienstverweigerung²³ und über Aktionen von WiP und anderen Gruppen in Solidarität mit den Studierendenprotesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens²⁴.

Das Framing von WiP-Demonstrationen als „jugendlich“ kam in der Gazeta Wyborcza somit in zwei Varianten vor. Wurden die Aktionen der „überhitzten Jugend“ als politisch gefährlich interpretiert, berichtete die Gazeta Wyborcza in protestparadigmatischem Framing, zumal, wenn sie gewalttätig verliefen. Daneben finden sich in der Berichterstattung aber

23 Gazeta Wyborcza, 13.09.1989, S. 2; Gazeta Wyborcza, 14.09.1989, S. 1.

24 Gazeta Wyborcza, 08.06.1989, S. 2. Ähnliche Proteste organisierten auch WiP-Gruppen außerhalb von Warschau, z. B. in Danzig, was allerdings unter dem Radar der Gazeta Wyborcza blieb. Vgl. Waşowicz (2012, S. 601).

auch Beiträge, die die Positionen von WiP positiv bewerteten und Inhalte gegenüber dem Protestereignis stärker gewichteten.

6. Frame 3: WiP als Teil der Alternativkultur

Neben der Einordnung als „Fundamentalopposition“ und mal positiver, mal negativer gerahmten „DauerdemonstrantInnen“ etablierte die Berichterstattung über WiP in der *Gazeta Wyborcza* des Jahres 1989 noch einen dritten grundlegenden Frame: WiP als Teil einer jugendlichen Alternativkultur. Stellvertretend dafür stehen mehrere Artikel aus der von Barbara Hrybacz redaktionell verantworteten Kolumne zu alternativen Jugendbewegungen. Sie selbst stellte dort etwa im Juli 1989 die anarchistisch orientierte (Bałut 2009) Danziger WiP-Zeitschrift *A Capella* vor (*Gazeta Wyborcza*, 04.07.1989, S. 6). Grzegorz Kostrzewa ordnete WiP am selben Ort eine Woche später unter dem Titel „Alternative“ als „grünen Teil“ eines alternativen Milieus ein – neben dem „Danziger Schwarz“ der mit dem Danziger WiP eng verbundenen anarchistischen *Bewegung für eine alternative Gesellschaft* (poln.: *Ruch Społeczeństwa Alternatywnego, RSA*)²⁵ und dem „Breslauer Orange“ der für ihre absurden, systemkritischen Happenings bekannten *Orangenen Alternative* (poln.: *Pomarańczowa Alternatywa*)²⁶. Sie alle, so sein mit leicht ironischem Unterton gegenüber möglichen Stereotypen über die genannten Gruppen geschriebener Text, organisierten eine Vielzahl an Demonstrationen und Happenings – wichtiger aber fast noch sei die Rockmusik:

„Die Alternativen schlagen nicht nur, sie kümmern sich nicht nur um Politik und die Schwächung der Fähigkeit zur Landesverteidigung, sie organisieren nicht nur Happenings auf der Straße. Zumindest für einen Teil des Milieus ist die wichtigste Art der Äußerung die Rockmusik, in ihrer unkommerziellen Variante. Es lohnt sich also, sich in sie einzuhören. Vielleicht ist sie eine Vorankündigung der Zukunft. Vielleicht ist die Zukunft alternativ.“ (*Gazeta Wyborcza*, 11.07.1989, S. 6.)

25 Anarchistische Gruppe aus Danzig, dort enge Kooperation und zahlreiche personelle Überschneidungen mit WiP; gegründet um 1984. Grundlegend zur Geschichte der Gruppe siehe Antonów (2002, S. 136–213).

26 Zur Geschichte der Orangenen Alternative siehe grundlegend Kenney (2002, S. 157–168).

Diese jugendliche alternative Szene mag, so das Framing, schrill sein, spannend, sie ist aber politisch harmlos. Diesen Tenor strahlt auch Paweł Chojnackis Bericht über den im Juli 1989 stattgefundenen *Hyde Park* aus (Gazeta Wyborcza, 26.07.1989, S. 6), ein seit 1985 jährlich von RSA und WiP organisiertes, mehrtägiges Festival (Litwińska 2015, S. 181 ff.). Die BesucherInnen beschrieb er folgendermaßen:

„Mitglieder der Bewegung ‚Wolność i Pokój‘, Anarchisten von der Bewegung für eine Alternative Gesellschaft und der Anarchistischen Städtevernetzung, Radikale, Feministinnen, Pazifisten, Punks, Rastamans, Vegetarier und andere Vertreter der jugendlichen ‚Gegenkultur‘.“ (Gazeta Wyborcza, 26.07.1989, S. 6)

Daneben reisten, so der Artikel weiter, auch Gäste aus der DDR („Pazifisten“) und Westeuropa („Anarchisten“ und „Besetzerbewegung“, wie der Text vermerkt) an. Sie alle hörten Punkkonzerte und konnten alternative Schriften kaufen, vor allem aber stand die gemeinsam verbrachte Freizeit im Vordergrund:

„Für viele war der Hyde Park aber einfach eine Gelegenheit, Bekannte zu treffen, sich zu unterhalten, und vor allem, trotz kaltem Wetter, zu Baden und die Seele baumeln zu lassen.“ (Gazeta Wyborcza, 26.07.1989, S. 6)

Eine politische Bedeutung, so der Tenor des Artikels, hatte das Treffen nicht. Um dieses Framing zu unterstreichen, endete der Text mit einem Zitat des Krakauer WiP-Aktivistin Marcin Mamoń: „Ich mag den Hyde Park, weil er total sinnlos ist!“ Den im negativen Sinne „unpolitischen“ Krawallen wurde so eine harmlos-positive Alternative gegenüber gestellt. Die AktivistInnen von WiP wurden so, ganz im Sinne der von Ertl (Ertl 2015, S. 290 f.) und auch Gitlin (Gitlin 1980, S. 6 f.) beschriebenen Mechanismen der Rekuperation durch mediale Berichterstattung, entpolitisiert und eingehegt.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die Gazeta Wyborcza framte die Aktivitäten von WiP im Wendejahr 1989 überwiegend im Schema des Protestparadigmas: Motive und Ziele der Proteste wurden selten explizit genannt; als Akteure der Proteste wurden ano-

nyme Gruppen „Jugendlicher“ oder gar „Krawallmacher“ ausgemacht, deren jugendlichem Idealismus man mit Empathie oder Verständnis begegnen konnte, dem aber, artete er in Gewalt aus, eine besonnene Staatsmacht Einhalt gebieten sollte. Auch in der *Gazeta Wyborcza* zeigt sich so die auch für die mediale Berichterstattung über andere soziale Bewegungen festgestellte Präferenz von Medien, über Protest im Narrativ von Konfrontation zu berichteten (vgl. Rucht 2014, S. 20 f.). Neben dieser dominanten Form der Berichterstattung gab es mit den zitierten Artikeln von Barbara Hrybacz und Magdalena Papuzińska Texte von Journalistinnen, die WiP bzw. der ökologischen Bewegung personell und/oder inhaltlich nahestanden. Sie framten WiP als Teil einer pluralen, auch parlamentarisch verankerten Umwelt- und Friedensbewegung, die für erstrebenswerte Ziele eintrat. Darin lassen sich zwei sich teils widersprechende, teils komplementär ergänzende übergeordnete Frames erkennen. Erstens muss die revolutionäre Mobilisierung der Gesellschaft, die sich vor allem in Streiks, aber auch den zahlreichen oppositionellen und teils radikal antikommunistisch/-systemisch auftretenden Jugendgruppen manifestierte, eingedämmt werden, um ein funktionierendes demokratisches Staatswesen aufzubauen (Ostolski 2012, S. 207 f.; Ost 2005, S. 104 f.). Zweitens muss dafür jedoch auch eine aktive „Zivilgesellschaft“ – das Konzept stammt nicht von Ungefähr aus der ostmitteleuropäischen Opposition der 1980er Jahre – entwickelt werden: BürgerInnen sollten nicht passiv sein und öffentliche Angelegenheiten dem Staat überlassen, sondern sich „sinnvoll“ und „zielorientiert“ in Parteien und NGO's in gesellschaftliche Prozesse einbringen (Bloom 2013, S. 34–41). Dazu gehört auch der dritte oben identifizierte Frame: WiP nicht als primär politischer, gegen den Staat gerichteter Akteur, sondern als Teil einer alternativen, jugendlichen Kulturszene.

Diese im Revolutionsjahr 1989 etablierten grundlegenden Frames finden sich auch in der weiter kontinuierlichen, auch aufgrund der nachlassenden Aktivität von WiP aber zunehmend selteneren Berichterstattung aus der Zeit der „nachrevolutionären Systemtransformation“ (Ther 2016, S. 29). WiP konzentrierte sich in den Jahren 1990–1993, den letzten Jahren seines Bestehens²⁷, vor allem auf zwei größere Kampagnen: die ab 1990 jährlich stattfindenden, letztlich aber erfolglosen Blockaden des Staudammbaus in Czorsztyn bei Krakau und die gemeinsam mit dem Verein Objector betrie-

27 WiP löste sich nie formal auf. Sowohl in der *Gazeta Wyborcza* als auch den im Zuge der Recherchen für diesen Beitrag ebenfalls durchgesehenen zentralen Zeitschrift der polnischen Ökologiebewegung der 1990er Jahre, den *Zielone Brygady* (dt. „Grüne Brigaden“) stammen die letzten Beiträge zu Aktionen von WiP aus dem Jahre 1993.

bene Kampagne zur Unterstützung von Wehrdienstverweigerern. Beides fand auch in der *Gazeta Wyborcza* Widerhall. Die meisten Artikel framteten die Anliegen beider Kampagnen grundsätzlich positiv.²⁸ Dennoch dominierte auch in den Berichten nach 1989 ein protestparadigmatisches Framing, das die WiP-AktivistInnen in erster Linie als idealistische und dabei nicht selten etwas naive „Jugendliche“ zeichnete. Große Mobilisierungserfolge, die weitere Teile der Gesellschaft erreichten, so der Tenor der Berichte, hatten sie damit jedoch nicht. Die meisten ihrer Demonstrationen fanden wenig Anklang und beschränkten sich auf eine kleine, jugendliche Alternativszene. Das Framing von WiP-Demonstrationen als „gewalttätig“, das die Berichterstattung über die Krakauer Demonstrationen gegen die Sowjetarmee im Jahre 1989 noch geprägt hatte, verschwand dagegen weitestgehend. Vor allem in der Berichterstattung über die Blockaden in Czorsztyn wurden WiP-AktivistInnen eher als Opfer von Gewalt vonseiten der Polizei beschrieben.²⁹ Und auch die von WiP und Objector unterstützten jungen Männer, die wie der 1992 größere Bekanntheit erlangende Roman Gałuszko wegen Wehrdienstverweigerung in Haft saßen, wurden als unschuldige Opfer einer staatlichen Verwaltung gezeichnet, die ihren BürgerInnen die Inanspruchnahme eines Grundrechts verweigerte. Trotz dieses im Sinne von WiP positiveren Framings wurde WiP als Ganzes in den beiden einzigen umfangreichen Texten, die sich explizit mit der Bewegung und ihrer Entwicklung nach 1989 befassten, als marginal und anachronistisch gerahmt. Besonders deutlich wird dies in einer Reportage von Beata Pawlak aus dem Jahr 1993, in der sie den jugendlichen und anarchistisch geprägten, erfolglosen WiP-AktivistInnen der Gegenwart die „Erfolgsgeschichten“ von ehemaligen WiP-AktivistInnen wie dem damaligen Minister Jan Rokita gegenüberstellte (*Gazeta Wyborcza*, 03.09.1993, S. 6.). Von der pluralistischen, erfolgreichen Oppositionsbewegung gegen das kommunistische Regime blieben aus dieser Perspektive die Berufsrevolutionäre in schwarzen Lederjacken und abenteuerlustige Jugendliche übrig, die sich ihnen anschlossen. Die meisten aus der Gründungsgeneration von WiP waren derartiger Revolutionsspielchen aber entwachsen und widmeten ihre Energie stattdessen

28 Dies gilt vor allem für Beiträge von in Umweltthemen profilierten RedakteurInnen wie Joanna Grodzka und Magda Papuzińska. Siehe beispielhaft *Gazeta Wyborcza*, 31.08.1990, S. 3; *Gazeta Wyborcza*, 01.07.1992, S. 3.

29 Dies gilt vor allem für die Berichterstattung über die Blockaden der Jahre 1991, als zahlreiche AktivistInnen zu Bußgeldern verurteilt wurde, und 1992, als ein Bauarbeiter BlockiererInnen mit einem LKW angefahren hatte und zahlreiche AktivistInnen. Siehe dazu beispielhaft *Gazeta Wyborcza*, 03.09.1991, S. 3; *Gazeta Wyborcza*, 04.09.1991, S. 2; *Gazeta Wyborcza*, 03.07.1992, S. 1.

dem Aufbau des neuen Staates. Trotzdem war es manchmal gut, dass es diese anarchistischen Idealisten noch gab: Sie waren das Salz in der Suppe, bereicherten Polen mit alternativer Kultur und Lebensweise. Und manchmal, etwa im Falle der inhaftierten Wehrdienstverweigerer oder teilweise auch beim Protest gegen den Staudammbau in Czorsztyn, konnte man als etablierter Politiker auch mit ihnen kooperieren und ihre Expertise nutzen.

Der Raum für WiP im Diskurs der *Gazeta Wyborcza* war damit klar umrissen: Eine kleine, radikale und wenig kompromissbereite Gruppe, die konsequent außerparlamentarisch blieb; jung, mit viel Engagement, aber ohne große Mobilisierungserfolge und deshalb auch, anders als noch bei den antisowjetischen Protesten des Jahres 1989: ungefährlich. WiP wurde so in der Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* von einer Oppositionsbewegung gegen das kommunistische System zum Teil eines anarchistischen, gegenkulturellen Milieus. Damit wurde WiP als Akteur, aber auch seine Positionen an den Rand des politischen Spektrums gedrängt und dieses gleichzeitig neu strukturiert. Auch wenn die Aktionen von WiP positiv gerahmt wurden, erschien WiP doch als „Außenseiter“. Parlamentarier wie Gawlik, die der Bewegung inhaltlich teils weiter nahe standen, bildeten in der Darstellung der *Gazeta Wyborcza* die Brücke ins „Zentrum der Macht“ und verliehen den Protesten so größeres Gewicht. Darin wird auch eine grundlegende Konzeption von „Politik“ deutlich. „Innen“ sind Institutionen wie Parlament und staatliche Institutionen, „außen“ mehr oder weniger formalisierte politische Gruppierungen, die sich im positiven Sinne „zivilgesellschaftlich“ engagieren oder, negativ, als Fundamentalopposition mit Hang zu gewaltsamem Handeln gegen den Staat agiert. Die *Gazeta Wyborcza* berichtete so weiterhin über Aktivitäten von WiP, bevorzugte dabei aber Aktivitäten, über die sich in einem Protestnarrativ berichten ließ. Beratungstätigkeiten für Wehrdienstverweigerer oder Informationskampagnen für mehr Umweltschutz, wie sie vor allem die WiP-Gruppe in Rzeszów durchführte³⁰, fanden dagegen keine Erwähnung. Dies lag mit großer Wahrscheinlichkeit an einer mangelnden „Spektakularisierbarkeit“ (Ertl) derartiger Aktivitäten, mag aber auch in der angenommenen mangelnden Bedeutung für ein landesweites Publikum begründet gewesen sein. Weitere Untersuchungen zum Framing von grünen Bewegungen im Polen der Transformationszeit müssten deshalb zwingend auch lokale Medien mit auswerten. Auch andere landesweite Tageszeitungen und Zeitschriften müssten Teil einer solchen Medienanalyse sein, um zu überprüfen, inwie-

30 Vgl. *Zielone Brygady* 35 (5/1992, S. 34).

weit die Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* paradigmatisch für den Mediendiskurs der frühen 1990er Jahre steht bzw. wo sie sich von generellen Tendenzen abhebt. Zudem stellt sich die mithilfe einer reinen Frame-Analyse nicht zu klärende Frage, inwieweit das Framing von WiP in einem Massenmedium wie der *Gazeta Wyborcza* Auswirkungen auf die Selbstverortung und die Aktivitäten von WiP nach 1989 hatte und ob bzw. inwiefern es aufgrund der veränderten Bedeutung von Massenmedien innerhalb der WiP-Gruppen Diskussionen um Medienstrategien gab.

Die durch die hier vorgenommene Frame-Analyse sichtbar gemachte Marginalisierung von WiP in einem wichtigen Teil des Mediendiskurses der frühen 1990er Jahre hat bis in die Gegenwart Auswirkungen auf die Wahrnehmung der polnischen Ökologiebewegung dieser Zeit. Bis heute existiert außer Piotr Glińskis soziologischer Studie von 1996 keine Monographie zur polnischen Umweltbewegung, auch umfassendere Studien zur Umweltgeschichte im Sozialismus, wie sie Thomas Huff kürzlich für die DDR vorgelegt hat (Huff 2015), fehlen bislang. Die Marginalisierung ökologischer, pazifistischer und feministischer Perspektiven im Zuge des Systemwandels bildet sich dadurch auch in den dominanten Erzählungen über die polnische Systemtransformation ab, in denen es, so Adam Ostolski bereits in einem Aufsatz von 2009, für sie „schlicht keinen Platz gibt“ (Ostolski 2009, S. 32). Eine erneute Beschäftigung mit dieser Bewegung verspricht deshalb neue Perspektiven auf Mechanismen der Systemtransformation in Polen und dabei auch die Infragestellung so mancher Gewissheit der Gegenwart. Und wenn es nur die Erkenntnis ist, dass die vom neuen polnischen Außenminister Witold Waszczykowski in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung im Januar 2016 vorgenommene Einordnung von RadfahrerInnen und VegetarierInnen als „westliche Krankheit“ (Wilczynski 2016) keine treffende Beschreibung einer deutsch-polnischen Transfergeschichte von Lebensstilen, sondern eher eine Folge der fehlenden historischen Beschäftigung mit der polnischen Ökologiebewegung der 1980er und 1990er Jahre ist.

Quellen und Literatur

Untersuchte Zeitungen und Zeitschriften

Gazeta Wyborcza 1989–1994
Na Przelaj 1989–1991
Zielone Brygady 1989–1993

Verwendete Literatur

- Antonów, R. (2004): Pod czarnym sztandarem. Anarchizm w Polsce po 1980 roku. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego.
- Bałut, M. (2009): Przegląd anarchistyczny: Prasa anarchistyczna w PRL, www.przeglad-anarchistyczny.org/historia/121-prasa-anarchistyczna-w-prl (Abruf 06.12.2016).
- Bösch, F. (2014): Kommunikative Netzwerke. Zur globalen Formierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Anti-Atomkraftproteste. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. Essen: Klartext-Verlag, S. 149–166.
- Bożek, G./Wajrak, A. (2014): Dociekam prawdy. Z Adamem Wajrakiem rozmawia Grzegorz Bożek. In: *Dzikie Życie* 234/235, www.pracownia.org.pl/dzikie-zycie-numery-archiwalne?rok=2013 (Abruf 05.12.2016).
- Brewer, P. R./Gross, K. (2010): Studying the Effects of Framing on Public Opinion about Policy Issues. In: D'Angelo, P./Kuypers, J. A. (Hrsg.): *Doing News Framing Analysis. Empirical and Theoretical Perspectives*. London und New York: Routledge, S. 159–186.
- Carmin, J./Fagan, A. (2011): Environmental mobilisation and organisations in post-socialist Europe and the former Soviet Union. In: Carmin, J./Fagan, A. (Hrsg.): *Green Activism in Post-Socialist Europe and the former Soviet Union*. London und New York: Routledge, S. 1–19.
- Charkiewicz, E. (2008): Zielony finał PRL-u. In: Sadura, P. (Hrsg.): *Polski odcień zieleni. Zielone idee i siły polityczne w Polsce*. Warszawa: Fundacja im. Heinricha Bölla, S. 35–48.
- Churska, K. (2012): Wybory 1989 roku w bydgoskiej prasie niezależnej. In: Kardela, P./Warota, P./Wolsza, T. (Hrsg.): *Wbrew partii i cenzurze. Media podziemne w PRL. Studia i artykuły*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej, S. 139–155.
- Chwalba, A. (2010): *Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- Dudek, A. (2010): Kongres Opozycji Antyustrojowej, Encyklopedia Solidarności, www.encycol.pl/wiki/Kongres_Opozycji_Antyustrojowej (Abruf 10.11.2016).
- Dudek, A. (2007): *Historia polityczna Polski 1989–2005*. Kraków: Wydawnictwo Arcana.
- Dworaczek, K. (2012): Polska Partia Socjalistyczna, Encyklopedia Solidarności, www.encycol.pl/wiki/Polska_Partia_Socjalistyczna (Abruf 15.11.2016).
- Ekiert, G./Kubik, J. (1998): Collective Protest in Post-Communist Poland, 1989–1993: a Research Report. In: *Communist and Post-Communist Studies* 31(2), S. 91–117.
- Ertl, S. (2015): *Protest als Ereignis: Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation*. Bielefeld: transcript.
- Fahlenbrach, K. (2016): Protest as a Media Phenomenon. In: Fahlenbrach, K./Klimke, M./Scharloth, J. (Hrsg.): *Protest Cultures. A Companion*. New York und Oxford: Berghahn, S. 94–113.
- Fahlenbrach, K./Sivertsen, E./Werenskold, R. (Hrsg.) (2014): *Media and Revolt. Strategies and Performances from the 1960s to the Present*. New York und Oxford: Berghahn.
- Fahlenbrach, K./Stapane, L. (2012): Mediale und visuelle Strategien der Friedensbewegung. In: Becker-Schaum, C./Gassert, P./Klimke, M. (Hrsg.): *„Enrüstet euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn und München: Schöningh, S. 229–246.

- Filas, R. (1999): Zeit des Wandels in den Medien. Die Presse-, Hörfunk- und Fernsehnutzung in den Jahren 1989 bis 1996. In: Kopper, G. G./Rutkiewicz, I./Schliep, K. (Hrsg.): *Medientransformation und Journalismus in Polen 1989–1996*. Garz bei Berlin: Vistas, S. 213–234.
- Franczak, K. (2014): Perspektywa Framing Analysis – oferta analityczna dla badań nad dyskursem? In: *Przegląd Socjologiczny* 63(3), S. 135–165.
- Gerland, K. (2016): Politische Jugend im Umbruch von 1988/89: Generationelle Dynamik in der DDR und der Volksrepublik Polen. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Gliński, P. (1996): *Polscy Zieloni. Ruch społeczny w okresie przemian*, Warszawa: Wydawnictwo IfiS PAN.
- Huff, T. (2015): *Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Kenney, P. (2002): *A carnival of revolution. Central Europe 1989*. Princeton: Princeton University Press.
- Kenney, P. (1999): The Gender of Resistance in Communist Poland. In: *The American Historical Review* 104(2), S. 399–425.
- Link, J. (2006): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Litwińska, M. (2015): *WiP kontra PRL. Ruch Wolność i Pokój 1985–1989*. Kraków: Wydawnictwo Wysoki Zamek.
- Machcewicz, A. (1995): Historia sentymalna. „Gazeta Wyborcza“ w latach 1989–1990. In: *Więź* 7/1995, S. 134–152.
- Madera, A. J. (2003): Fenomen „Gazety Wyborczej“. In: *Środkowoeuropejskie Studia Polityczne* 1, S. 154–171.
- Miedema, C. (2014): „Hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört“. Die Grünen und die polnische Opposition in den 1980er Jahren. In: *Jahrbuch Grünes Gedächtnis* 2014, S. 59–83.
- Mittag, J./Stadtland, H.: Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie. Einleitende Anmerkungen zu Potenzialen disziplinärer Brückenschläge zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaft. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*. Essen: Klartext-Verlag, S. 13–60.
- Ost, D. (2005): *The defeat of Solidarity: anger and politics in postcommunist Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Ostolski, A. (2012): Ökologie, Demokratie und Moderne. Umweltproteste in Polen seit 1989. In: Bingen, D./Jarosz, M./Loew, P. O. (Hrsg.): *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, S. 204–218.
- Ostolski, A. (2009): Krótki kurs historii ruchu ekologicznego w Polsce, In: *Krytyka Polityczna* (Hrsg.): *Ekologia. Przewodnik Krytyki Politycznej*. Warszawa: Wydawnictwo Krytyki Politycznej, S. 401–424.
- Ostolski, A. (2008): Między wschodem i zachodem. In: Sadura, P. (Hrsg.): *Polski odcień zieleni. Zielone idee i siły polityczne w Polsce*. Warszawa: Fundacja im. Heinricha Bölla, S. 21–33.
- Potthoff, M. (2015): *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Wiesbaden: VS.
- Reichhardt, S. (2014): *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin: Suhrkamp.

- Rucht, D. (2014): Changes of Protest Groups' Media Strategies from a Long-Term Perspective. In: Fahlenbrach, K./Sivertsen, E./Werenskjold, R. (Hrsg.): *Media and Revolt. Strategies and Performances from the 1960s to the Present*. New York und Oxford: Berghahn, S. 19–40.
- Rucht, D./Rink, D. (1994): *Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?* Berlin: WZB.
- Skruwa, G. (2014): *Harcerska alternatywa*“. Wokół tygodnika „Na Przełaj“ (1980–1989) In: Chabros, E. (Hrsg.): *Od kontrkultury do New Age. Wybrane zjawiska społeczno-kulturowe schyłku PRL i ich korzenie*. Wrocław: Instytut Pamięci Narodowej, S. 79–98.
- Smoleński, P./Wybieralski, M. (2015): *Wiosna nasza. 25 lat „Gazety Wyborczej“*, <http://25lat.wyborcza.pl/> (Abruf 01.12.2016).
- Smółka-Gnauck, A. (2012): *Między wolnością a pokojem. Zarys historii Ruchu „Wolność i Pokój“*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej.
- Steuer, J. (2014): *Fremde als „Problem“: Skizze des Framing der fremdenfeindlichen Bewegung der frühen 1990er Jahre*. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*. Essen: Klartext-Verlag, S. 167–188.
- Szulc, P. (2012): *Szczecińska prasa drugoobiegowa. Narracje rzeczywistości roku 1989*. In: Kardela, P./Warota, P./Wolsza, T. (Hrsg.): *Wbrew partii i cenzurze. Media podziemne w PRL. Studia i artykuły*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej, S. 156–170.
- Szulecki, K./Waluszko, J./Borewicz, T. (2015): *A brief green moment: the emergence and decline of the Polish anti-nuclear and environmental movement*. In: *Interface: a journal for and about social movements* 7(2), S. 27–48.
- Szymanski, B. (2012): *Theatraler Protest und der Weg Polens zu 1989. Zum Aushandeln von Öffentlichkeit im Jahrzehnt der Solidarność*. Bielefeld: transcript.
- Ther, P. (2016): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Ther, P. (2010): *1989 – eine verhandelte Revolution, Docupedia-Zeitgeschichte*, <https://docupedia.de/zg/1989> (Abruf 15.11.2016).
- Waluszko, J. (2013): *Protesty przeciwko budowie elektrowni jądrowej Żarnowiec w latach 1985–1990*. Gdańsk: Instytut Pamięci Narodowej.
- Wąsowicz, J. (2012): *Niezależny ruch młodzieżowy w Gdańsku w latach 1981–1989*. Gdańsk: Europejskie Centrum Solidarności.
- Wierzbicki, M. (2013): *Ostatni bunt. Młodzieżowa opozycja u schyłku PRL*. Lublin: Instytut Pamięci Narodowej.
- Wilczynski, M. (2016): *Waszykowski warnt vor „Welt aus Radfahrern und Vegetariern“*, Deutschlandfunk, 05.01.2016, www.deutschlandfunk.de/polnische-regierung-waszykowski-warnt-vor-welt-aus.1773.de.html?dram:article_id=341541 (Abruf 10.12.2016).
- Żuk, P. (2001): *Społeczeństwo w działaniu: ekolodzy, feministki, skłotersi: socjologiczna analiza nowych ruchów społecznych w Polsce*. Warszawa: Scholar.

Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern

Zusammenfassung: Was ist der semantische und pragmatische Inhalt der ersten Person Plural im politischen Kontext? Mit Hilfe grundlegender Ansätze der Linguistik und mit Blick auf die politische und politikwissenschaftliche Sprachforschung sollen verschiedene Funktionen und Bedeutungen von *Wir* aufgezeigt werden. Im Fokus der Analyse steht dabei der Gebrauch der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von Politikern aus Nord- und Lateinamerika (Obama, Chávez). Basierend auf einer eigenen Studie wird argumentiert, dass dem Pronomen *Wir* in diesen politischen Reden vor allem die Funktion zukommt, Gruppen – im Sinne von Separation und Inklusion – auf Sprachhandlungs- und Bedeutungsebene zu konstruieren.

Schlagwörter: Politolinguistik, Personalpronomen, Pragmatik, Semantik, sprachliche Strategien, politischer Diskurs, politische Reden

Summary: What is the semantic and pragmatic content of the first person plural in political communication? By means of basic linguistic approaches and referring to research on political language also from the field of political science several meanings and functions of *we* will be pointed out. Therefore, the analysis focusses on the usage of *we* in the context of public speeches and concentrates on politicians from North and South America (Obama, Chávez). Based on the study I argue that the pronoun *we* has especially the function to construe groups on a semantic and pragmatic level. Separation on the one hand and inclusion on the other are significant functions of the first person plural in the analyzed public speeches.

Keywords: politolinguistic, personal pronouns, pragmatics, semantics, linguistic strategies, political discourse, political speeches

1. Einleitung

„Ich werde jetzt ‚wir‘ statt ‚ich‘ sagen, was nichts anderes bedeutet, als dass eben auf heimlich erschlichene Weise von einem Gefühl zu einem Axiom übergegangen wird“ (Derrida 1992, S. 11.)

Was steckt in dem Wort – diesem Pronomen der ersten Person Plural, das eine Aussage, gar eine Behauptung von etwas Subjektivem zu etwas Allgemeingültigem erheben – eben ein Gefühl zu einem Axiom machen kann? Ausgangspunkt dieses Artikels bildet die Annahme, dass das Personalpronomen *Wir* relevante Funktionen in politischen Reden erfüllt und eine wichtige Rolle in öffentlicher Sprache spielt. Der Sprecher oder die Sprecherin erzeugt also – wenn er oder sie *wir* (anstatt *ihr* oder *ich*) sagt – zunächst einmal Zusammengehörigkeit und/oder Separation. Doch bevor diese pragmatischen Aspekte der Erzeugung von Nähe und Distanz erläutert werden, wird es nötig sein, einen kurzen Überblick über sprachwissenschaftliche und politolinguistische Konzepte von *Wir* zu geben. Ein Anliegen dieser Arbeit ist es außerdem – insbesondere mit Blick auf die transdisziplinär ausgerichtete Politolinguistik – grundlegende Schnittstellen von Linguistik und Soziologie bzw. Politikwissenschaft in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand „politische Sprache“ aufzuzeigen und Erkenntnisse dieser Wissenschaftsgebiete zusammenzuführen. Nach einem Vorschlag für eine Neukonzeption zu Bedeutungen und Funktionen von *Wir* im politischen Kontext wird die vorgestellte Kategorisierung auf authentische Analysebeispiele angewendet. Das Analysematerial besteht aus Reden von latein- und nordamerikanischen Präsidenten. Ziel dieses Artikels ist es zu zeigen, wie und mit welcher Intention *Wir* im politischen Kontext angewendet wird. Den Rahmen bilden Überlegungen zur Frage: Gibt es ein *manipulatives Wir*? Oder um es in Anlehnung an Derrida zu formulieren: Wie kann ich *mein* Gefühl zu *unserem* Axiom machen?

2. Linguistische Konzepte der ersten Person Plural

„Sprechen ist soziales Handeln. Der Sprecher verfolgt beim Eintritt in eine kommunikative Situation soziale Zwecke. Dies hat zwangsläufig zur

Folge, dass Selbstreferenz eine diskursiv hochfrequente sprachliche Operation ist. Das hinterlässt Spuren in der Grammatik der Sprachen, besonders hinsichtlich der formalen Gestalt von Pronominalsystemen.“ (Helmbrecht 2004, S. 25)

Was steckt hinter der grammatischen Kategorie Person? Sicher zunächst die Tatsache, dass es eine Vorstellung von einem *Ich* gibt, das von dem *Anderen* zu unterscheiden ist. Helmbrecht spricht in diesem Zusammenhang von der Selbstreferenz als wichtigem sprachlichen Vorgang. Einleitend soll nun kurz der Blick für grundlegende Konzepte der Kategorie Person in der Sprachwissenschaft geschärft werden.

2.1 Die Nenn- und Zeigfunktion (Karl Bühler)

Karl Bühler unterscheidet zwischen dem „inkluisiven“ und dem „exklusiven *Wir*“. Prinzipiell definiert er die Unterscheidung dieser beiden Formen als Inklusion oder Exklusion des Empfängers vom Sender (Bühler 1934, S. 142). Da viele Sprachen, wie das Deutsche, Spanische und Englische, diese Exklusiv-/Inklusivunterscheidung nicht am Personalpronomen markieren, muss das Gemeinte anders ausgedrückt werden, um Missverständnisse zu vermeiden.

„Und wenn es der Laut nicht tut, so wird die Diakrise auch einmal der Geste übertragen; man deutet irgendwie den Kreis der in das *Wir* eingerechneten mit der zeigenden Hand an oder markiert die Scheidelinie zwischen der *Wir*-Partei und den anderen.“ (Bühler 1934, S. 142)

Dies kommt spätestens dann zum Einsatz, wenn aus dem Kontext nicht klar wird, wer genau mit *wir* gemeint ist. Oder man verbalisiert dies explizit, indem man sagt: „*Wir* – also du und ich.“ Oder „*Wir* – also meine Schwester und ich.“ Diese beiden Möglichkeiten verdeutlichen, warum Bühler diesem Pronomen sowohl eine Nenn- als auch eine Zeigfunktion zuweist und seine Trennung von Nenn- und Zeigwörtern durchbricht. *Wir* kann so einerseits als (imaginäre) Gruppe im Raum gezeigt werden, auf sie kann mit einer Geste referiert werden, es können aber auch die Personen(gruppen) benannt werden, die zu dieser „Wirgruppe“ gehören bzw. mitgerechnet werden. Bühler spricht in diesem Zusammenhang davon, dass *Wir* – wie auch *Ich* – einer gewissen Zeighilfe bedarf – doch gehe es deshalb weiter als *Ich*, weil es verschiedene Arten von Gruppen- bzw. Klassenbildung voraus-

setzt, die wiederum ein Merkmal von Wörtern mit Nennfunktion sind (Bühler 1934, S. 143). Dass Bühler hier zunächst die Trennung von Nenn- und Zeigwörtern aufhebt, ist keineswegs ein Revidieren seiner Begrifflichkeiten, vielmehr ist es das Herausarbeiten einer Ausnahme, die wir bei diesem Pronomen finden – nämlich die doppelte Funktion des Zeigens und des Nennens. Es kann an dieser Stelle vermutet werden, dass diese doppelte Funktion im politischen Kontext eng mit den Funktionen von Appell (im Sinne der Mobilisierung durch Gruppenbildung) und Separation (im Sinne der Abspaltung einer Gruppe durch deiktische Verfahren) in Verbindung steht.

2.2 Semantische Komplexität und Referenzmengen (nach Johannes Helmbrecht)

Johannes Helmbrecht bezieht sich in seiner Theorie auf die Sprecher-Hörer-Andere-Unterscheidung von Lyons (1989, S. 280) und spricht von der Funktion des Personalpronomens als „die Referenz auf Individuen, die durch ihre Sprechaktrolle bestimmt sind, d. h. entweder Sprechaktpartizipanten oder Sprechaktunbeteiligte“ (Helmbrecht 2004, S. 219). Er spricht weiterhin von „der Kategorie Person und deren Werten“, die für das Personalpronomen grundlegend sind und setzt dies in den Kontext der gebräuchlichen Kombination von Person und Numeruswerten, weist jedoch darauf hin, dass Kategorien wie Höflichkeit, Genus, Kasus usw. spezifiziert werden können (ebd., S. 219 f.). Helmbrecht bemerkt in seinen Ausführungen genau das, was bspw. bei Lyons aber auch anderen SprachwissenschaftlerInnen zwar genannt, jedoch nicht spezifiziert wird:

„Die erste Person Plural bezeichnet nur in pragmatisch sehr seltenen und zu vernachlässigenden Ausnahmefällen eine Vielzahl von Instanzen der Kategorie Sprecher. Typischerweise umfasst die erste Person Plural eine Instanz der Kategorie Sprecher plus einer oder mehrerer Instanzen der Kategorie Hörer oder Sprechaktunbeteiligter oder beider. Es handelt sich also bei den nicht-singular Werten in Personalpronomina um eine Kombination aus verschiedenen Sprechaktrollen und einer Vielzahl von Instanzen der jeweiligen Sprechaktrolle.“ (Helmbrecht 2004, S. 220 f.)

Für die Komplexität der ersten Person Plural findet Helmbrecht eine sehr schlüssige, aber ausbaufähige Formel, die ich später erweitern möchte. Zunächst bringt er die Personalpronomen in eine Reihenfolge absteigend nach ihrer semantischen Komplexität (Abb. 1):

Er gibt für IINKL die Referenzmengen an (Helmbrecht 2004, S. 222): (1) Sprecher plus eine variierbare Zahl an Hörern und (2) Sprecher plus eine variierbare Zahl von Hörern und (!) Sprechaktunbeteiligten. Für IEXKL gilt die Referenzmenge: (3) Sprecher plus eine bestimmte oder unbestimmte Anzahl an Sprechaktunbeteiligten.

Hieraus könnte man die Definition für die erste Person Plural um einen Aspekt erweitern und folgende Formel vorschlagen: *wir* = {*ich* + (+/- *du*; +/- *ihr*; +/- andere)}. Daraus wiederum ergeben sich drei bzw. sechs Kombinationen von *Wir* in Bezug auf Sprechaktpartizipierende bzw. Sprechaktunbeteiligte: *wir1a* = *ich* + *du* + andere; *wir1b* = *ich* + *ihr* + andere; *wir2a* = *ich* - *du* + andere; *wir2b* = *ich* - *ihr* + andere; *wir3a* = *ich* + *du* - andere; *wir3b* = *ich* + *ihr* - andere.

Es ist zu sehen, dass es zunächst zwar um eine tatsächliche Inklusiv-/Exklusivunterscheidung geht; die Rolle der Sprechaktbeteiligten bzw. -unbeteiligten rückt jedoch in den Vordergrund und spezifiziert die Unterscheidung. So ist *wir1a+b* (teil)rezipienten- und sprechaktunbeteiligteninklusiv, *wir2a+b* rezipientenexklusiv bzw. sprechaktunbeteiligteninklusiv, und *wir3a+b* rezipienteninklusiv und sprechaktbeteiligtenexklusiv. Die Unterscheidung zwischen *ihr* und *du* ist m. E. eine wichtige Distinktion, nämlich genau dann, wenn mehr als ein Hörer/eine Hörerin anwesend ist. Auch hier kann es zu Missverständnissen kommen, da *Wir* unter Umständen nur eine Schnittmenge der Sprechaktbeteiligten beinhalten kann. In einem Raum mit vier Personen, in dem eine Person *wir* sagt, gibt es zu viele verschiedene Varianten von *inklusive* *Wir*, um diese hier alle aufzuschlüsseln.² Ich denke jedoch, dass genau diese mögliche Separation innerhalb einer rezipierenden Gruppe sowohl semantisch als auch pragmatisch eine große Rolle spielen kann.

2.3 Erweiterungen der Inklusiv-/Exklusivunterscheidung

Schon bei Franz Boas finden wir das Problem des Bezeichnens und Verortens von *Wir* im grammatikalischen System: „A true first person plural is impossible, because there can never be more than one self“ (Boas 1911, S. 39). So wenig diese Bezeichnung aus sprachwissenschaftlicher Sicht adäquat zu sein scheint, so sehr hat sie sich im Sprachgebrauch verfestigt. „This

2 Zum Beispiel: (Möglichkeit 1–3) *ich* + Pers. 1–3, (Möglk. 4) *ich* + Pers. 1 + 2, (Möglk. 5) *ich* + Pers. 2 + 3, (Möglk. 6) *ich* + Pers. 1 + 2 + 3, (Möglk. 7) *ich* + andere + Pers. 1, u.s.w.

distinction (Plural/Singular, J. H.) is not, however, necessarily interpreted in the same way with respect to person markers as in the case of nouns“ (Siewierska 2004, S. 82). Personalpronomen können grammatikalisch nicht wie die klassische Kategorie *Nomen* behandelt werden. In Ermangelung von Alternativen, oder möglicherweise der Vergleichbarkeit wegen, wird jedoch seit jeher die gleiche Terminologie verwendet. Der Vorschlag von Schulze (1998, S. 15) scheint plausibel, Plural hier im Sinne von „Nicht-Singular“ zu verstehen.

Ein Aspekt, der bei der Betrachtung des Forschungsstandes zu diesem Thema heraussticht, ist die m. E. unzureichende Unterscheidung zwischen inklusiver und exklusiver Bedeutung und die damit zusammenhängende Vernachlässigung von weiteren semantischen und pragmatischen Aspekten der ersten Person Plural. Die Inklusiv-/Exklusivunterscheidung ist v. a. hörzentriert und stellt nicht die praktikabelste Distinktion dar. Es wird an dieser Stelle die Unterscheidung von vier verschiedenen Arten der Inklusion vorgeschlagen: All-Inklusion (Hörer und Sprechaktunbeteiligte), Hörer-Inklusion, Sprechaktunbeteiligten-Inklusion und Teil-Hörer-Inklusion (nur einen Teil der Sprechaktpartizipierenden miteinbezogen). Auf dieser Grundlage soll versucht werden, die verschiedenen (Haupt-)Arten von *Wir* im politischen Kontext zu bestimmen. Zu nennen wäre außerdem die Form der ausschließlichen Sprecher-Inklusion, die genau dann gegeben ist, wenn der *Pluralis Majestatis* auf sich selbst referierend vom Sprechenden gebraucht wird³. Eine weitere Form ist die spielerische Verwendung von *Wir* im Sinne einer Sprecherexklusiv-Hörerinklusion-Variante: „Na, wie geht es uns (= dir/euch) denn heute?“ (Mühlhäusler/Harré 1990, S. 169 f.; Burkhardt 2003, S. 406). Auch diese Verwendungsart, die bei Maas (1984, S. 74) als „paternalisches *Wir*“ bezeichnet wird, soll hier der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Das generalisierende *Wir* – als weitere Unterscheidung – beschreibt eine abstrakte Gruppe an Individuen. Bei Peter Canisius (2001, S. 50 f.) bedeutet diese Art der Verwendung (*wir Schüler, wir Menschen*, etc.) die potenzielle adjektivische oder demonstrativische Funktion von Personalpronomen (oder Personalartikeln) der ersten und zweiten Person, die sonst nur den drittpersonigen Pronomen zugeschrieben wird. Dieses *Wir-Demonstrati-*

3 Brown und Gilman (1960) beschreiben z. B. das plurale Personalpronomen als eine Metapher der Macht: „Royal persons sometimes say ‚we‘ where an ordinary man would say ‚I‘. (...) The usage need not have been mediated by a prosaic association with actual plurality, for plurality is a very old and ubiquitous metaphor of power.“ (Brown/Gilman 1960, S. 254)

vum kann m. E. als *abstraktes Wir* gegenüber dem *konkreten Wir* bezeichnet werden, da in dieser Wirgruppe keine konkreten (handelnde oder betroffene) Individuen benannt bzw. ermittelt werden können. Es ist anzunehmen, dass das *abstrakte Wir* als eigene Kategorie gesehen werden kann bzw. sich als eigene Bedeutungsform einordnen lässt. Zudem ist zu vermuten, dass genau dieses *abstrakte Wir* im politischen Diskurs eine wichtige Rolle spielt. Inwiefern das *abstrakte* vom *konkreten Wir* unterschieden werden kann, wird in Kapitel 4 thematisiert.

3. Politolinguistische Konzepte der ersten Person Plural

„Die Sprache ist ein Werkzeug sozialer Kontrolle und regelt in vielfältiger Weise das Zusammenleben im politischen Gemeinwesen als Kommunikationsmittel und [...] vermöge gewisser Eigenschaften der Sprache selbst, die sich auf das Bewusstsein und Vermögen der Sprecher auswirken. – Will man den Effekt des Werkzeugs steigern, so muss man lernen, mit ihm umzugehen, um alle Möglichkeiten zu nutzen, die es bietet.“ (Dieckmann 1975, S. 38)

In der Politik hat Sprache also eine herausragende Rolle und muss deshalb insbesondere von PolitikerInnen mit Bedacht gewählt und mit Verstand beherrscht werden. Gerade in der Verwendung des Personalpronomens *Wir* ist dort Vorsicht geboten, denn vermutlich stecken hinter einem *Wir* oftmals noch ganz andere Funktionen, Aussagen oder Implikationen. Natürlich ist die politische Sprache und das politische Sprechen Teil der Betrachtungen der Politikwissenschaft, aber auch der Rhetorik, der Literaturwissenschaft und der Politolinguistik (bspw. Burkhardt 1996, 2003; Girnth/Spieß 2006). Genau letzteres Forschungsfeld, das davon ausgeht, dass „politisches Handeln vornehmlich sprachliches Handeln ist“ (Girnth/Spieß 2006, S. 7), soll im Folgenden fokussiert werden. Ein wichtiges Anliegen der (transdisziplinär ausgerichteten) Politolinguistik ist es, sich neben sprachwissenschaftlicher Forschung auch und vor allem auf Erkenntnisse der Politikwissenschaft und auf Methoden der Diskursforschung zu beziehen (Burkhardt 1996; Reisigl 2006). Diesem Anspruch soll in dem Sinne nachgekommen werden, als dass zum einen der politische Kontext und das Politische per se in den Blick genommen wird, aber auch im Speziellen dadurch, dass ein Bezug zur sozialwissenschaftlichen Diskurs- und Narrativforschung hergestellt wird, da auch in der politikwissenschaftlichen Erzähltheorie menschliches Denken und Handeln immer in einem sprachlichen

Bezug stehen und somit die Sprache vielmehr als Medium der Realitätskonstruktion, denn als bloßes Beschreibungsmittel gesehen wird (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2014, S. 3 f.). Genau dieser Aspekt der wirklichkeitskonstituierenden Funktion von Sprache kann hier als gemeinsamer Nenner bzw. als Schnittstelle von Linguistik und Politik- bzw. Sozialwissenschaft gesehen werden.

3.1 Politik und Sprache – Entwicklungen und Herangehensweisen

In einer Abhandlung zu öffentlicher politischer Rede bleibt es nicht aus, bei der Rhetorik in der Antike anzufangen. In einem kurzen Abriss der Geschichte könnte man bei den Sophisten beginnen, die die „Rhetorik als Instrument der politischen Selbstbehauptung“ (Ptasek 1995, S. 19) nutzten, weiter mit Platon und seiner „Rhetorik als Legitimationsstütze politischer Herrschaft“ (Kopperschmidt 1995, S. 46) über Aristoteles, als Ausgangspunkt der meisten Abhandlungen über praktische und theoretische Rhetorik (bspw. Kopperschmidt 1995; Ueding/Steinbrink 2005), bis hin zu philosophischen oder kritischen Ansätzen von bspw. Hobbes, bei dem die „Rhetorik als Gefährdung der politischen Ordnung“ (Wagner/Zenkert 1995, S. 126) beschrieben wird oder Hannah Arendt, die die „Rhetorik als Vollzug politischer Partizipation“ (Geißner 1995, S. 161) verstand. Die soziologische Sicht, wie Dieckmann sie beispielsweise darstellt, bezieht sich grundlegend auf die Funktion der Sprache in der Politik als „Mittel gesellschaftlicher Kontrolle“⁴ (Dieckmann 1975, S. 30).

4 Dieckmann schreibt in diesem Zusammenhang: „Beschränkt man sich auf die Sprache in der Politik, so bietet sich zur Beschreibung politischer Sprachfunktionen der in der Soziologie gebräuchliche Begriff der gesellschaftlichen Kontrolle an, der im Zusammenhang der vorliegenden Untersuchung zweckmäßigerweise auf die politische Kontrolle im staatlichen oder auf den Staat bezogenen Handeln einzugrenzen ist. Im allgemeinen Sinne besteht die gesellschaftliche Kontrolle aus dem Druck, den die Gesellschaft ausübt, um die Individuen und internen Gruppen zu einem gleichförmigen Verhalten zu bewegen.“ (Dieckmann 1975, S. 28) M. E. ist diese Beschreibung der Funktion politischer Rede zwar negativ konnotiert, erfasst jedoch im Kern den Zweck von politischer Rede im Allgemeinen. Außerdem beschreibt er hier einen – man möchte sagen – psychologischen Aspekt, der der Verwendung von *Wir* maßgeblich zuzuschreiben ist, nämlich die (forcierte) Einbettung eines Individuums in eine Wirkgruppe.

Die weitere Entwicklung der Beschäftigung mit Politik und Sprache ist zunächst als ereignisorientiert zu beschreiben (im Folgenden Burkhardt 1988, S. 333 f.): Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es um die Analyse der Sprache der Nationalsozialisten in der strukturalistischen Tradition dieser Zeit. In den 50er und 60er Jahren beschäftigte man sich vornehmlich mit der öffentlichen Sprache im geteilten Deutschland, was die Politik nun langsam immer weiter in den Blick der Sprachwissenschaften lenkte und sie zu einem legitimen Untersuchungsgegenstand machte. Mit der pragmatischen Wende in der Sprachwissenschaft und den sozialen Prozessen der Studentenbewegung Ende der 60er und Anfang der 70er, ging es nun im Zuge der Liberalisierung und Umstrukturierung um „Sprache und Herrschaft“ oder auch „Sprache und soziale Kontrolle“ (vgl. u. a. Dieckmann 1975) unter pragmatischen und semantischen Aspekten. Seit den 80er Jahren bis heute geht es vermehrt um eine politische Sprachkritik gegenüber der Sprachwissenschaft und inwiefern beide zusammenhängen oder voneinander zu trennen sind (bspw. Heringer 1982; Schiewe 1998; Burkhardt 2002), um die sprachliche Manifestation von Ideologien in der Politik (Straßner 1987 u. a.), um Politik und Metaphern (Rigotti 1993; Kienpointner 1999 u. a.) oder auch um den Einfluss der Medien auf die politische Sprache (Sarcinelli 1996; Holly 2012 u. a.). Burkhardt beschreibt eine fünfte Phase nach 1989, die sich vornehmlich mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands, dem Migrationsdiskurs und seit 1999 auch vermehrt mit Aspekten politischer Skandalverarbeitung auseinandersetzt (Burkhardt 2002, S. 77). Die Liste könnte noch lange weiter geführt werden von der Beschäftigung mit Sprachwandel in der Politik, über Rassismus in politischer Sprache bis hin zur linguistischen Untersuchung von Wahlwerbesspots oder politischer Kommunikation in sozialen Netzwerken.

Die Rolle der Sprache ist also aus heutiger Sicht für die Politik als eine herausragende definiert. In diesem Bezug ist auch in der Sozial- und Politikwissenschaft eine sprachfokussiertere Entwicklung, wenn nicht (im Zuge des *linguistic turn*) sogar ein Perspektivwechsel zu verzeichnen. Im Bereich der politikwissenschaftlichen Erzähltheorie finden sich zahlreiche Statements, die bestätigen, dass Sprache eben nicht mehr nur als bloßes Instrument der Politikvermittlung gesehen wird, „sondern viel grundsätzlicher als elementares Medium des Weltverstehens und Weltveränderns funktioniert“ (Gadinger/Jarzebski/Taylan 2014, S. 3). Politische Sprache bzw. die Sprache der Öffentlichkeit soll unter der Frage der Konstitution von Wissensordnungen (Knaut 2014, S. 93) betrachtet werden, da hier eine weitere Schnittstelle von Sprach- und Politikwissenschaft – nämlich die der linguistischen und sozialwissenschaftlichen Diskursforschung – zu finden ist. In Folgen-

den soll also geklärt werden, welche semantischen und pragmatischen Aspekte bei dem Gebrauch der ersten Person Plural im politischen Kontext an eben dieser (Welt-)Wissenskonstitution beteiligt sind.

3.2 Politische Rede als kommunikatives Handlungsspiel (nach Johannes Volmert)

Johannes Volmert gehört zur Tradition der politischen Sprachforschung, die sich von der Analyse der reinen Bedeutungsebene entfernt und sich hinwendet zur pragmatischen Betrachtung der „Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel“ (Volmert 1989, S. 9). Sprachliche Phänomene werden verstanden als Ausdruck kommunikativer Handlungsmuster im Kontext ihrer Funktion in einer öffentlichen Rede bzw. in Bezug auf ihre Intention als offizielle Rede. Volmert beschäftigt sich in diesem Kontext auch mit der „Rolle der Personaldeixis bei der Etablierung der rhetorischen Rollenkonstellation“ (ebd., S. 122) und in diesem Sinne auch mit dem *Wir* in der öffentlichen Rede. Deiktika spielen für die politische Kommunikation deshalb eine so wichtige Rolle, da sie

„(...) in öffentlicher Rede nicht allein zur (unerlässlichen) Situierung der Redehandlung in einem zeitlich, räumlich und personalen Beziehungssystem verwendet werden; sie dienen auch dazu, dem Adressaten zu signalisieren, in welcher Weise der Sprecher den Wahrnehmungsraum nach seiner rhetorischen Intention perspektivisch ausweitet, bedeutungsvoll überhöht und damit rhetorisch transformiert.“ (Volmert 1989, S. 111)

Deiktische Verweise setzen also den Sprecher/die Sprecherin – im Sinne eines pragmatischen Zeigmittels – in Beziehung zu den „Dingen der Welt“, auf die er/sie referiert oder auch zu den von ihm/ihr in seiner/ihrer Rede imaginierten „Welten“, die er/sie durch Deiktika projizieren kann. Volmert sieht die Funktion des Personaldeiktikons *wir* zunächst eher unter einem bedeutungsbezogenen bzw. psychologischen Blickwinkel. Er spricht von einem wichtigen „Wirgruppengefühl“ oder „Wirgruppenbewusstsein“, das für ein politisches Weltbild von großer Bedeutung ist.

„Für die kognitive Konstitution einer solchen Wirgruppe ist entscheidend, dass das gemeinsame Bewusstsein geprägt ist durch ein Repertoire gruppenspezifischer Erfahrungen, die sich sprachlich manifestieren in

gleich bewerteten Namen und Begriffen, in Symbolen, Topoi und Ritualen.“ (Volmert 1989, S. 122)

Das politische *Wir* ist bei Volmert aber genau durch diese Eigenschaften auch ein (vermeintlich) manipulatives *Wir*, da er an dieser Stelle dem Redner/der Rednerin unterstellt, sich die Wertvorstellungen einer Gruppe zu eigen zu machen, um die ZuhörerInnen sprichwörtlich auf seine/ihre „*Wir*-Seite“ zu ziehen bzw. sich in deren Wirgruppe zu integrieren und sprachlich so zu handeln, als wären er/sie und die ZuhörerInnen durch bestimmte Eigenschaften verbunden. Der Politiker/die Politikerin möchte durch seine/ihre Sprachhandlung als Mitglied der angesprochenen Wirgruppe akzeptiert werden. Volmert spricht einerseits von der kognitiven Ebene, also eine Wirgruppe jenseits von individuellen Eigenschaften (Herkunft, sozialer Status, Bildung etc.) als „Gesamtgesellschaft“ (Volmert 1989, S. 123) darzustellen, und von der (gesteigerten) emotionalen Ebene andererseits, die an das „Bedürfnis einer Familiengemeinschaft“ (ebd.) appelliert.

Ganz richtig verweist er aber auch auf eine andere Funktion des *Wir*, die m. E. eine fast herausragende Rolle hat – nämlich die Funktion, eine (politische) Gruppe zu separieren, was den Ausschluss eines Teils der direkten oder indirekten Hörerschaft nach sich ziehen kann. Nach Volmert bietet sich diese Form von *Wir* an, um einerseits die Interessen einer Teilgruppe herauszustellen, eine gezielte Konfrontation hervorzurufen, oder – zwar nicht explizit von ihm angesprochen, sich aber daraus ergebend: einen klaren Kontrast zu einer anderen Gruppe, die eben nicht *Wir* ist, darzustellen oder dadurch sogar ein gemeinsames Feindbild zu erschaffen (ebd.).

Der Hauptaspekt bei Vollmert ist zum einen das Ziel des rhetorischen Einsatzes von *Wir* zur Herstellung eines Gemeinschaftsgefühls, um das sich PolitikerInnen besonders aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Beliebtheit bemühen. Andererseits sollten auch die bis hierhin konstituierten Formen des politischen *Wir* – nämlich einmal als verbindendes, einmal als abgrenzendes *Wir* – erwähnt werden, um diese in der späteren Darstellung der semantischen und pragmatischen Unterscheidungen von *Wir* mit einzubeziehen und weiter auszuarbeiten.

3.3 Bedeutungen von *Wir* im politischen Kontext (Armin Burkhardt)

Der Germanist Armin Burkhardt ist wohl derjenige, der den Begriff der Politolinguistik⁵ maßgeblich geprägt hat. Er unterscheidet für die Strukturen und Aufgaben der Politolinguistik innerhalb des abstrakten Begriffs der politischen Sprache (a) das Sprechen über Politik, (b) Politische Mediensprache und (c) Politiksprache (im Folgenden nach Burkhardt 1996, S. 80 f.): Letztere wäre demnach zu unterteilen in „Sprache in der Politik“, also das Sprachsystem als institutionsgebundene „Funktionssprache“, und die „Politikersprache“ – die individuelle „Meinungssprache“, die auf die Wirkung in der Öffentlichkeit abzielt. Genau diese „Politikersprache“ nimmt die vorliegende Arbeit in den Fokus. Burkhardt beschreibt diese Sprache als eine weitgehende Reduktion der Sprache „auf die medienvermittelte Interaktion zwischen der Partei als Sender- und dem Bürger als Empfängerkollektiv“ (ebd., S. 81). Dies mag in Deutschland als Parteienstaat sicher der Fall (gewesen) sein, dennoch sei hervorgehoben, dass besonders in den USA, wohl aber auch in den lateinamerikanischen Ländern, der Status des einzelnen Politikers/der einzelnen Politikerin eine herausragende Rolle hat. Es kann dementsprechend sowohl ein *Ich* als auch ein *Wir* gefunden werden, das nicht ausschließlich auf die Partei bezogen ist. Andererseits manifestiert sich in dieser Sichtweise ganz konkret der Unterschied zwischen politischem *Wir* und persönlichem oder individuellem *Wir*. Es gibt demnach ein *Wir*, das fest an eine Institution bzw. an ein gesellschaftliches Konstrukt gebunden ist.

Die m. E. detaillierteste Abhandlung zum *Wir* in der Politik findet sich bei Burkhardt (2003, S. 406–412):

„Besonders beliebt ist in der politischen Rede das suggestive *wir*. Das einzige, was wir (sic!) relativ sicher zu wissen glauben, wenn jemand das Personalpronomen der 1. Person Plural verwendet, ist, dass er sich selber zu der betreffenden Gruppe rechnet, aber nur der jeweilige Kontext kann Aufschluss darüber geben, um welche Gruppe genau es sich handelt und welchen Umfang sie hat.“ (Burkhardt 2003, S. 46)

5 Burkhardt (2002) versteht die Politolinguistik als eine zum großen Teil der Sprachkritik verpflichtete Wissenschaft. Dies mag besonders in der Ideologie-, Metaphern- und Migrationsforschung eine wichtige Rolle spielen, dennoch wird an dieser Stelle kein diskurskritischer Blick im Vordergrund stehen, sondern eine deskriptive Analyse von Ausdrucksformen des Pronomens der ersten Person Plural.

Es wird hier auf das Urproblem angespielt, das mit der Verwendung von *Wir* zusammenhängt. Wir wissen, dass es um den Sprecher/die Sprecherin plus Andere geht, können aber nur aus dem Kontext erschließen, wer und wie viele (andere) gemeint sind. Ist dies aber wirklich immer eindeutig zu unterscheiden, oder braucht es – wie hier schon mehrfach angesprochen – einfach mehr als nur einen lexikalischen Kontext? Dieses Problem stellt sich bei Burkhardt zwar nicht, doch gibt er eine umfassende Zusammenfassung der Bedeutungsmöglichkeiten von *Wir* im politischen Kontext (Tab. I):

1. inklusives <i>Wir</i>			
1.1 anthropologisches <i>Wir</i>	1.2 nationales <i>Wir</i>	1.3 kollektives <i>Wir</i>	1.4 duales <i>Wir</i>
		1.3.1 konfrontatives <i>Wir</i>	
		1.3.2 integratives <i>Wir</i>	
		1.3.3 transhistorische <i>Wir</i>	
		1.3.4 transmediales <i>Wir</i>	

Tab. I: nach Aufzählung von Burkhardt (2003, S. 411 f.)

Wie aus Tab. I deutlich wird, unterscheidet Burkhardt drei prinzipielle Bedeutungsarten von *Wir*: Das *inklusive Wir* (1.) bedeutet allgemein gesehen zunächst „der Sprecher und seine Gruppe“, welche er daraufhin unterteilt in (1.1) „der Sprecher und die Gesamtheit der Menschheit“ (*anthropologisches Wir*), (1.2) „der Sprecher und seine Landsleute“ (*nationales Wir*), (1.3) „der Sprecher und die (engere) Gruppe, in deren Kreis er sich stellt“ (*kollektives Wir*) und (1.4) „der Sprecher und der Hörer“ (*duales Wir*). Das *kollektive Wir* (1.3) wird nun nochmals unterteilt in (1.3.1) „der Sprecher und seine Gruppe im Gegensatz zu einer anderen Gruppe“ (*konfrontatives Wir*), (1.3.2) „der Sprecher und seine Gruppe gemeinsam mit anderen Gruppen“ (*integratives Wir*), (1.3.3) „der Sprecher, seine Gruppe und eventuell andere Gruppen ungeachtet ihres historisch wechselnden Personals“ (*transhistorisches Wir*) und zuletzt (1.3.4) „der Sprecher, seine Gruppe und andere Gruppen in über die Medien gestifteter Video-Präsenz“ (*transmediales Wir*) (Burkhardt 2003, S. 411 f.).

2. ego-identisches <i>Wir</i>	
2.1 pluralis mayestatis	2.2 pluralis modestiae

Tab. II: nach Aufzählung von Burkhardt (2003, S. 411 f.)

Das *ego-identische Wir* (2.), also „der Sprecher allein“ lässt sich unterscheiden in (2.1) „der Monarch als Sprecher allein“ (*pluralis majestatis*) und (2.2) „der Autor (unter Einbeziehung seiner Leser)“ (*pluralis modestiae*).

3. exklusives <i>Wir</i>		
3.1 paternalistisches <i>Wir</i>	3.2 joviales <i>Wir</i>	3.3 pädagogisches <i>Wir</i>

Tab. III: nach Aufzählung von Burkhardt (2003, S. 411 f.)

Die letzte Bedeutungsgruppe ist bei Burkhardt das *exklusive Wir* (Tab. III). *Exklusiv* bezieht sich jedoch in diesem Fall nicht auf die Hörschaft, wie es zum Beispiel bei Bühler und vielen anderen beschrieben wurde, sondern auf die Exklusion des Sprechers/der Sprecherin(!). Es bedeutet also: „der Hörer, nicht aber der Sprecher“. Entsprechend unterscheidet er weiter: (3.1) „der Hörer, nicht aber der (sozial höherstehende) Sprecher“ (*paternalistisches Wir*), (3.2) „der Hörer, nicht aber der (höflich interessierte) Sprecher“ (*joviales Wir*) und (3.3) „der Hörer, nicht aber der didaktisch auf ihn einwirkende) Sprecher“ (*pädagogisches Wir*) (Burkhardt 2003, S. 411 f.).

Besonders diese (Neu-)Deutung des *exklusiven Wir* durch Burkhardt ist ein interessanter Aspekt in seiner Beschäftigung mit der ersten Person Plural in der Politik. Anders ausgelegt würde dies bedeuten, dass der Redner/die Rednerin immer die Hörschaft in das *Wir* miteinbezieht (außer im *ego-identischen Wir*), da er auf der anderen Ebene konkret von einem *inkluisiven Wir* spricht. Diese Auslegung wäre in dem Sinne anfechtbar, dass nach Burkhardt sicher auch die Hörschaft in einem *konfrontativen* oder *nationalen Wir* (wenn man eben nicht vor Landsleuten spricht) ausgeschlossen sein könnte. Der kategorische Ausschluss des Sprechenden in der dritten Bedeutungsgruppe gestaltet sich m. E. als schwierig, außer ggf. beim nach Burkhardt *paternalistischen Wir*, das den Sprecher/die Sprecherin rein semantisch ausschließen muss. Zudem ist anzunehmen, dass diese drei Formen im politischen Kontext selten oder eher in Verbindung mit Ironie und Sarkasmus anzutreffen sind.

Die Einteilung nach Burkhardt ist eine zwar nachvollziehbare, dennoch sehr auf die Inhaltsebene konzentrierte Aufschlüsselung der Bedeutungsformen. Es geht weniger um die (aktive) Teilhabe des Sprechenden (im Gegensatz zum Rezipierenden) und genauso wenig um Konkretheit oder Abstraktheit der Größe oder der Teilhaberschaft der Mitglieder der zugeordneten Gruppe. Zuletzt wäre auch der Aspekt zu betrachten, ob ein *Wir* von einem Redner/einer Rednerin inszeniert, oder ob das ausgesprochene *Wir* als allgemeiner Konsens akzeptiert wird. Da mir auch diese Einteilung unzureichend erscheint, werde ich in Kapitel 4 eine neue – davon inspi-

rierte – Einteilung der semantischen Unterscheidungen von *Wir* beschreiben.

3.4 Erweiterung der politolinguistischen Perspektive

Sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der linguistischen Beschäftigung mit politischer Sprache geht es in der Analyse der Verwendung der ersten Person Plural oft um emotionale oder inhaltliche Aspekte. Dies sind sicher wichtige Punkte, die sowohl in ihrer Wirkung als auch in ihrer Verwendung unbedingt berücksichtigt werden müssen, dennoch fehlt es bis jetzt an konkret konzeptanalytischen Perspektiven auf *Wir*, die sowohl pragmatische als auch semantische Aspekte in ihrer Zusammenwirkung fokussieren. Es soll also nicht nur um die Benennung von Personen oder Gruppen gehen, die sich an *Wir* ablesen lassen, sondern auch und vor allem darum, welche Konzepte hinter diesem Personalpronomen stehen können. Die Analyse bewegt sich aufgrund des Forschungsobjekts Personalpronomen zwar zunächst auf der Strukturebene von Wörtern und deren Gebrauch, die Klein (2014, S. 7) in der Vergangenheit der Erforschung von politischer Kommunikation, die sich vor allem auf politische Lexik bezieht, bemängelt. Hier wird durchaus sein Gedanke geteilt, dass die reine Analyse von Wörtern weder der Untersuchung von Sprache noch von Politik Genüge tut. Aus diesem Grund soll die Analyse in der Tradition der linguistischen Diskursanalyse und Politolinguistik nicht nur die Wortebene isoliert betrachtet, sondern im Kontext von Sätzen, Texten bzw. Reden, verbalen Interaktionsformen und multimedialen Komplexen (ebd.) gesehen werden. Einen Schritt in diese Richtung macht auch Martin Reisigl mit seiner politolinguistischen Studie zu Gruppenkonstitutionen im populistischen Diskurs, die sich vornehmlich auf typische Sprachmuster populistischer Rhetorik wie Benennungsstrategien und Eigenschaftszuschreibungen konzentriert (Reisigl 2012). Die Untersuchung nimmt insbesondere die Veränderung von *Wir*- und Feindgruppen in politischen Texten in den Blick, konzentriert sich hierbei jedoch ausschließlich auf geschriebene Texte. Aber auch diese Studie bleibt in ihrer Analyse vorwiegend semantisch und monomodal, obgleich Reisigl betont, dass populistischer Stil, also auch politische Sprache per se, durch „massenmedial vermittelte Sprachlichkeit und zeichenhafte Multimodalität“ (ebd., S. 141) geprägt sei. So möchte dieser Artikel die bisherigen linguistischen und sozialwissenschaftlichen Studien ergänzen, indem er semantische und pragmatische Aspekte politischer Reden nicht nur in ihrer sprachlichen, sondern auch ihrer multimodalen,

d. h. zwar vorwiegend verbal-sprachlichen, aber auch gestischen und prosodischen, Artikulation in den Blick nimmt.

4. Klassifikation von *Wir* im politischen Kontext

Um den Rahmen der Analyse zu beschreiben, soll zunächst der Begriff des politischen Kontexts bzw. des Politischen an sich in den Blick genommen werden. Das Politische – in Abgrenzung zum reinen Politikbegriff – soll in dieser Arbeit weiter gefasst werden als der alleinige Bezug auf das Staatliche oder die Verwaltung einer Gemeinschaft. Das Politische lässt sich beziehen „auf spezifische Modalitäten menschlichen Handelns beziehungsweise menschlicher Kommunikation, auf jene Handlungs- oder Kommunikationsmodi, welche die Sphäre der Politik kennzeichnen oder kennzeichnen sollten“ (Bröckling/Feustel 2010, S. 10). Das heißt, dass hier eine klar handlungs- und kommunikationstheoretische Perspektive auf das Politische eingenommen und Politik als ein soziales Phänomen begriffen wird, bei dem ständig gesellschaftliche Aushandlungsprozesse von beispielsweise Zusammengehörigkeit oder Abgrenzung (kommunikativ) stattfinden.

Als Grundlage für die Analyse des Materials ist des Weiteren zu klären, von welchen Beschreibungsmustern ausgegangen werden soll. Diese Vorannahmen setzen sich zusammen aus den vorausgegangenen sprachwissenschaftlichen und politolinguistischen Einteilungen des *Wir* und der von mir vorgeschlagenen Modifizierung der bestehenden theoretischen Muster. Die jetzt zu beschreibenden Kriterien werden später in der Analyse in tabellarischer Form wiederauftauchen. Um den analytischen Teil einzuleiten, sollen zunächst die von mir vorgeschlagenen semantischen Unterscheidungen von *Wir* aufgezeigt, näher bestimmt und zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Ich schlage vor insgesamt elf Arten der *Wir*-Verwendung zu unterscheiden: Hörer- und Sprechaktunbeteiligteninklusive [*Wir*_{allink}], Hörerinklusive (a) [*Wir*_{ich+du}], Hörerinklusive (b) [*Wir*_{ich+ihr}], Hörerexklusive [*Wir*_{ich+er/sie/Sie}], (teil)Hörerinklusive [*Wir*_{+teilink}], Sprechaktunbeteiligteninklusive [*Wir*_{SAUink}], metaphorisch-extensiv [*Wir*_{met}], generalisierend [*Wir*_{gen}], allgemein [*Wir*_{allg}], empathisch [*Wir*_{emp}] und *Wir* als Pluralis Majestatis [*Wir*_{PM}].

Die ersten sechs Verwendungen entsprechen in etwa der traditionellen Inklusiv-/Exklusivunterscheidung in der Sprachwissenschaft, sie wird lediglich an bestimmten Stellen weiter aufgeschlüsselt. So wird unterschieden

zwischen einem +*du*, +*ihr* und +*er/sieSG/siePL*⁶. Weiterhin wird auch ein *teilhörerinklusive Wir* unterschieden, da bei einem Gespräch zwischen mehr als zwei Sprechaktpartizipierende auch eine *Wir*-Gruppenbildung unter verschiedenen GesprächsteilnehmerInnen möglich ist, die wiederum andere direkt Beteiligte ausschließen kann.

Das *metaphorisch-extensive Wir* bezieht sich auf ein *Wir*, das nicht für eine bestimmte Gruppe steht, sondern für ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das durch einen Begriff symbolisiert wird. Diese Symbole können zum Beispiel eine Nation, eine Sportmannschaft oder auch eine Partei sein. Im Gegensatz zum *generalisierenden Wir* geht es aber nicht um Individuen innerhalb einer konstatierten Gruppe, sondern um das (soziale) Konstrukt oder Konzept, das hinter diesem Zusammengehörigkeitsgefühl steht. Das implizierte *Ich* – also der Sprecher/die Sprecherin – im *metaphorischen Wir* ist nicht aktiv, d. h. es hat im Normalfall keinen aktiven Beitrag zum beschriebenen Zustand oder zur beschriebenen Tätigkeit geleistet. Das *generalisierende Wir* bezeichnet eine Gruppe an Individuen, die durch bestimmte Merkmale miteinander verbunden sind. Anders als beim *metaphorischen Wir*, ist das implizierte *Ich* in diesem Fall jedoch aktiv bzw. hat an dem Zustand oder der Tätigkeit im weitesten Sinne teil⁷. Es ist durchaus anzunehmen, dass genau diese Unterscheidung zwischen *metaphorischem* und *generalisierendem Wir* nicht immer eindeutig ist und an vielen Stellen die Grenze zwischen diesen beiden Formen schwer zu bestimmen sein wird.

Das *allgemeine Wir*⁸ (*Wir_{allg}*) zeichnet aus, dass es ohne semantischen Verlust durch unspezifische Wörter wie *man*, *jeder* oder *alle* ausgetauscht werden kann. Der Satz: „*Wie wir hier sehen.*“ kann also genauso gut lauten: (a) „*Wie man hier sieht.*“; (b) „*Wie jeder hier sieht.*“ oder: (c) „*Wie alle hier sehen.*“. Je nach mündlichem oder schriftlichem Kontext würde jede der Versionen mehr oder weniger elegant klingen. Die Sätze: „*Na, sind wir heut wieder mal zu spät?*“ oder „*Na, wie geht es uns denn heute.*“ beschreiben ein *Wir*, das eigentlich nur auf den oder die Sprechaktpartizipierende (*du/ihr*) referiert und den Sprecher/die Sprecherin nicht miteinbezieht. Ich nenne dieses *Wir* empathisch (*Wir_{emp}*), weil sich der Sprecher/die Sprecherin durch diese Wortwahl (ironisch oder ernsthaft) mit den Angesprochenen identifiziert, jedoch nicht aktiv an der Handlung oder am Zustand teilhat.

6 3. Pers. Singular und Plural.

7 z. B. „Wir Frauen mögen Schuhe.“

8 In der Literatur ist in diesem Zusammenhang fast immer von *Pluralis Auctoris* oder *Autorenplural* zu lesen, ich möchte jedoch den Begriff *allgemein* verwenden, da er neutraler ist und nicht diese Konnotation der beherrschenden Funktion mit sich bringt.

Das *Wir als Pluralis Majestatis* wiederum bezeichnet allein den Sprecher/die Sprecherin, steht also für ein *Ich* und schließt HörerInnen wie Sprechakt-unbeteiligte aus.

Die elf genannten Arten von *Wir* kann man nun den folgenden drei semantischen Konzepten zuordnen: Das *konkrete Wir* (Wir_{allink} , $Wir_{ich+ihr}$, Wir_{ich+du} , $Wir_{ich+er/sie/sie}$, $Wir_{Teilink}$, Wir_{SAUink}), das bestimmte, benennbare bzw. zählbare Individuen bezeichnet, die aktiv an dem beschriebenen Zustand, der Aktivität, etc. teilhaben, mitwirken oder auch direkt betroffen sind; das *abstrakte Wir* ($Wir_{gen,}$, Wir_{met}), das für eine Gruppe an Individuen steht, die sich durch bestimmte Merkmale auszeichnen, jedoch in ihrer Bestimmbarkeit abstrakt bleiben. Die Aktivität von einigen Individuen einer Gruppe wird also auf eine symbolische Gruppe aus vielen „nicht-aktiven“ Individuen“ extensiviert oder übertragen. Das dritte Konzept ist das *ersetzende Wir* (Wir_{allg} , Wir_{emp} , Wir_{PM}), das je nach Verwendung für auf andere Personen referierende Pronomen steht und somit ersetzbar ist. So ergibt sich folgendes Schema:

abstrakt		konkret						ersetzend		
Wir_{met}	Wir_{gen}	Wir_{allink}	$Wir_{ich+ihr}$	Wir_{ich+du}	$Wir_{ich+er/sie/sie}$	$Wir_{Teilink}$	Wir_{SAUink}	Wir_{emp}	Wir_{PM}	Wir_{allg}

Tab. IV: Semantische Konzepte und *Wir*-Formen

Als pragmatische Funktionen von *Wir* ist zunächst die Appell-Form zu nennen (*appellierende Funktion von Wir*)⁹. Mit dieser Form der ersten Person Plural wird eine (symbolische) Gruppe aufgefordert, etwas zu tun, an dem der Sprecher/die Sprecherin meist keine aktive Beteiligung hat, oder sogar die Aufforderung nur symbolischen Charakter hat. Zum anderen ist die Funktion der Separation oder des Hervorhebens eines Kontrastes zu nennen (*separierende Funktion von Wir*)¹⁰ – vermutlich ist diese Funktion in politischen Reden besonders bedeutend, da nicht nur in einer Regierung konträre Gruppen (Parteien mit verschiedenen Ansätzen, Regierung und Opposition etc.) aufeinander treffen und sich in Debatten voneinander abgrenzen, sondern sich auch innerhalb von Parteien oder Interessengrup-

9 Unter *appellierender Funktion* werden Aussagen wie: „Wir müssen XY schaffen!“ „Wir müssen zusammenhalten!“ oder „Wir sind dafür verantwortlich, dass XY eintritt!“ usw. verstanden, die besonders häufig in politischen Reden anzutreffen sind und in der Analyse eine gesonderte Rolle spielen werden.

10 Burkhardt (2003) nennt es *konfrontatives Wir*, ich möchte an dieser Stelle aber dieses Konfliktpotenzial, das diese Bezeichnung impliziert, etwas abschwächen und habe mich daher für *separierend* entschieden.

pen eine Vielzahl an unterschiedlichen Meinungen oder Interessen ausmachen lassen. Vor allem im internationalen Kontext, wenn es um das Gegenüberstellen von Nationalitäten geht, ist diese Funktion – wie in der Analyse gezeigt werden wird – von großer Bedeutung.

5. Material und Vorgehensweise

Die hier ausgewählten Beispiele sind zwei öffentliche Reden eines lateinamerikanischen Politikers (Hugo Chávez – Venezuela) und eines nordamerikanischen Politikers (Barack Obama – USA). Die Beispiele stammen aus einer vorausgegangenen Studie zum multimodalen Gebrauch von *Wir* in politischen Reden und Interviews bei latein- und nordamerikanischen Politikern (Haid 2012). Bei dieser Studie sowie bei den hier vorliegenden Reden handelt es sich um einen Vergleich von internationalen und interlingualen Diskursen (Böke et al. 2000, S. 12 ff.). Das heißt nicht nur, dass die Analyse Reden in verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Sprachen umfasst, sondern an dieser Stelle auch, dass die Diskurse, die in beiden Beispielen geführt und angesprochen werden, keinen direkten thematischen Bezug zueinander haben. Die Vergleichbarkeit wird hier über den jeweiligen Akteur und dessen Publikum geschaffen. So ist es durchaus gewollt, dass der thematische Bezug zunächst im Hintergrund steht, da die erwarteten Gruppenkonstruktionen und die verschiedenen Bedeutungen von *Wir* thematisch (nicht aber kontext-)unabhängig betrachtet werden sollen. Das erste, die Auswahl der Politiker betreffende Kriterium war also, dass sie die gleiche politische Stellung in ihrem Land haben. So fiel die Entscheidung auf (ehemalige und amtierende) Präsidenten. Die Auswahl erfolgte ohne vorherige Sichtung, da anzunehmen war, dass in jeder Rede das Wort *wir* sehr häufig auftreten würde. Das zweite, inhaltliche Kriterium – um eine gewisse Vergleichbarkeit bezüglich der potenziellen Wirgruppen herzustellen – war, dass die Reden vor internationalem bzw. parteiexternem Publikum stattfanden. Das dritte, formale Kriterium für die Auswahl war eine einheitliche Zeitspanne von maximal 30 Minuten und die gute Sichtbarkeit des ganzen Körpers des Redners, da in der Studie auch nonverbale bzw. gestische Aspekte beachtet werden sollten.

Der Vergleich von nord- und lateinamerikanischen Politiker hat zwei Gründe: Zunächst sind es zwei Regionen, die räumlich gesehen eng miteinander verbunden sind und auch auf politischer Ebene in Kontakt stehen. Dennoch sind das Politikverständnis und die politische Praxis sehr unterschiedlich. Gerade die von mir ausgewählten Politiker zeichnen sich da-

durch aus, dass es sich auf der US-amerikanischen Seite um einen Demokraten (Barack Obama) und auf der lateinamerikanischen Seite um einen den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“¹¹ vertretenden Präsidenten (Hugo Chávez) handelt. Der zweite Grund sind die sprachstrukturellen Unterschiede zwischen dem Englischen und dem Spanischen, die vor allem in Bezug auf das Spanische (als Pro-Drop-Sprache¹²) in der Analyse Erwähnung finden werden.

Die Vorgehensweise der vorliegenden Analyse erfolgte in mehreren Analyseschritten, die zunächst aus der wiederholten Sichtung des Materials bestanden. Nach der ersten Sichtung und auf der Grundlage des in den vorangegangenen Kapiteln erarbeiteten Forschungsstandes wurden zunächst Vorannahmen zu den Bedeutungsformen und semantischen Konzepten, die auftreten können, aufgestellt (vgl. Kap. 4). Die zweite Sichtung aller Videos beinhaltete ausschließlich das Zählen des verbal realisierten *We/Us/Our* bzw. des (implizierten) *Nosotros/Nosotras/Nos/Nuestro/Nuestra*¹³. Bei den spanischsprachigen Videos wurden die Formen des tatsächlich realisierten Personalpronomens von denen des im Verb implizierten *Wir* unterschieden (vgl. *hablamos* vs. *nosotros hablamos*). Die Zahl des Auftretens von *Wir* wurde in einer Tabelle vermerkt und die zeitliche Abfolge auf einer Zeitachse, die die Dauer der jeweiligen Rede darstellt, notiert. Daraufhin wurden die verschiedenen verbalen *Wir*-Formen im jeweiligen Kontext nach ihren Bedeutungen unterschieden. Die wichtigste Rolle bei dieser Zuordnung spielte der semantische Kontext der Äußerung.

Es folgte die semantische Einordnung der jeweiligen lexikalisierten Formen der ersten Person Plural in die elf von mir vorgeschlagenen *Wir*-

11 Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ beruht in seinen Grundzügen auf den marxistischen Theorien. Er ist jedoch insofern modernisiert, als dass er aus den Fehlern der vergangenen Zeiten gelernt haben will und explizit das digitale (Informations-)Zeitalter mit einbezieht. Es sei hier lediglich herausgestellt, dass sich diese basisdemokratische Bewegung als Gegner des kapitalistischen – vor allem US-amerikanischen – Systems versteht (dazu bspw. Buzgalin 2000; Dieterich 2006; Crome 2006; Werz 2007).

12 Vor allem bei romanischen Sprachen: Pronomen müssen in Pro-Drop-Sprachen nicht gesondert formuliert werden, sondern werden als Subjektargument durch die morphologischen Kategorien Person und Numerus bereits am Verb realisiert (vgl. Kailuweit 2005).

13 Gezählt wurden sowohl das *Wir* als auch die Possessiv- und Reflexivformen *Uns* oder *Unsere(r,n)*, da sie semantisch gesehen eine Form von *Wir* sind und nicht von dem tatsächlichen Personalpronomen zu trennen sind.

Formen, die sich wiederum in die jeweiligen *Wir*-Konzepte in eine tabellarische Übersicht einordnen lassen (vgl. Kap. 4).

Zuletzt wurden Intensitätsprofile der Reden in Form von Diagrammen erstellt. Diese Profile sollten daraufhin mit den zeitlichen Vorkommen des verbalen *Wir* verglichen werden, um festzustellen, ob die Verwendung von *Wir* auch eine Intensitätsveränderung hinsichtlich verbaler und nonverbaler Merkmale bedingen kann. Die Parameter für eine Steigerung der Intensität beziehen sich vornehmlich auf sprachliche Aspekte: Wiederholungen von Wörtern oder ganzen Äußerungen, abgebrochene Äußerungen, ansteigende oder hohe Lautstärke, erhöhte Sprechgeschwindigkeit und ansteigende Tonhöhe (Tonhöhenverlauf). Des Weiteren werden auch körpersprachliche bzw. gestische Parameter, wie bspw. die Gerichtetheit (des Blicks/des Körpers) an das Publikum oder die Größe und Gespanntheit von Gesten, beachtet. Aufgrund dieser Parameter wurde bei der Analyse der jeweilige Intensitätsverlauf der Reden ermittelt.

Es soll an dieser Stelle betont werden, dass es nicht um eine Kritik der politischen Sprache geht, sondern um eine zunächst objektive Beobachtung. So nimmt diese Arbeit eine deskriptive Diskursperspektive ein und erhebt den Anspruch sprachliche Äußerungen und Prozesse beschreibend, nicht aber bewertend zu analysieren. Diese Analyse fokussiert pragmatische und semantische Aspekte der politischen Sprache, indem sie versucht verschiedene Bedeutungsformen von *Wir* aufzuzeigen und anhand dessen, pragmatische Funktionen – oder auch die Verwendung der ersten Person Plural als Sprachstrategie des Politischen – herauszustellen. Es geht also um den Aushandlungsprozess der Bedeutungskonstitution von *Wir* im politischen Kontext und in der Interaktion zwischen Redner und Publikum. Strategien der sprachlichen Inklusion und Exklusion – oder auch die sprachliche Konstitution von ingroups und outgroups – sollen anhand der Verwendung von *Wir* herausgearbeitet werden. Zudem umfasst dieses Personalpronomen auch die Problematik der Positionierung, die weiterhin mit den Themenkomplexen Macht und Identität eng zusammenhängt. In der sozialwissenschaftlichen Erzähltheorie geht man von einem epistemologischen und ontologischen Status von (öffentlichen) Diskursen oder Erzählungen (bspw. Somers 1994, S. 606), und somit auch von einer wirklichkeitskonstituierenden Funktion von Sprache, aus. So ist es auch in einer politischen Rede der Fall, dass „wir zu dem werden, was wir sind, indem wir uns bewusst oder [...] unbewusst im Rahmen von Erzählungen (social narratives) positionieren oder von anderen (Personen, Gruppen, Organisationen) dort lokalisiert werden [...]“ (Viehöver 2012, S. 71). Wie also positioniert sich der Redner (strategisch) zum Publikum und wie werden Zusammengehörigkeit, aber

auch Abgrenzung im politischen Kontext durch die Verwendung der ersten Person Plural von Seiten des Redners ausgehandelt und legitimiert?

6. Analysebeispiele

(Beispiel 1: Obama) Die Rede von Barack Obama wurde am 22. Januar 2012 in Orlando Florida auf der NALEO (National Association of Latino Elected and Appointed Officials) Annual Conference gehalten. Obama spricht auf dieser Jahresversammlung vor lateinamerikanischem Publikum, genauer gesagt vor gewählten VertreterInnen lateinamerikanischer MigrantInnen, die sich für die Rechte, Bildung und Programme der Integration vor allem für lateinamerikanische Jugendliche einsetzen. Es geht in Obamas Rede um die Probleme von MigrantInnen, um die Möglichkeiten, die diese in den USA haben und darum, welche Ziele seine Regierung in diesem Bezug für die Zukunft hat. Der sogenannte DREAM-Act (Development, Relief, and Education for Alien Minors Act), auf den sich Obama grundlegend bezieht, beschreibt einen Gesetzesvorschlag, der ein mehrstufiges Vorgehen für „illegale Einwandererkinder“ konstatiert, der diesen unter bestimmten Bedingungen ermöglichen soll, eine Arbeitserlaubnis und permanente Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen. Dieser Gesetzesentwurf konnte jedoch aufgrund des Widerstandes der Republikaner nicht durchgesetzt werden.

Diese Rede ist ein Beispiel für einen professionell vorbereiteten Auftritt. Sowohl der Text, als auch das Verhalten Obamas wirken einstudiert und effektorientiert. So verwundert es kaum, dass hier eine große Bandbreite an darstellerischen Mitteln zu erkennen ist. Die Lautstärke variiert in verschiedenen Passagen stark, das Redetempo bleibt dahingegen eher auf einem ähnlichen Level, wird aber durch einzelne, verschieden häufig auftretende Akzentuierungen leicht verändert.

Konzentriert man sich zunächst auf das Verbale (Tab. V), so ist festzustellen, dass Obama innerhalb der 27 Minuten 89 Mal *we*, *us* oder *our* sagt. Weiterhin fällt auf, dass mehr als die Hälfte (49 mal) davon ein *metaphorisches Wir* ist, dass an fast jeder Stelle für das Land USA steht, an fünf Stellen steht es für das gesamte US-amerikanische Volk. Was dieses *Wir* hier zu einem metaphorischen macht, ist die Tatsache, dass sich Obama an diesen Stellen eben nicht auf die einzelnen Individuen der Gesellschaft bezieht, sondern das soziale Konstrukt „Volk“ oder auch „Nation“ meint. Hervorzuheben ist außerdem, dass von diesen 49 verbalisierten Personalpronomen 22 eine Appellfunktion haben.

	abstrakt		konkret						ersetzend	
	Wir _{met}	Wir _{gen}	Wir _{allink}	Wir _{ich+ihr}	Wir _{ich+du}	Wir _{ich+er/sie/sie}	Wir _{Teilink}	Wir _{SAUink}	Wir _{PM}	Wir _{allg}
Video 1 89x Wir	49 (davon 22x Appell)	18 (davon 3x sepa- rie- rend)	2	4 (davon 1x Appell)	0	1	1	10	0	1+ 1?

Tab. V: Verwendung der *Wir*-Formen (Obama)

Der Satz „**We** should have passed the DREAM-Act long time ago!“ (16:58)¹⁴ ist appellierend an die USA gerichtet, denn im politischen Kontext spricht man zumeist davon, dass nicht eine Person oder mehrere Personen etwas unterschreiben, sondern sagt: „Die USA haben Vertrag XY unterschrieben.“ Die Intensität der genannten Parameter ist hier auf einem der Höhepunkte der Rede, was die appellierende Funktion unterstützt. Die Lautstärke steigt an und die Worte werden stärker akzentuiert. Die Reaktion des Publikums (großer Applaus, Jubeln) unterstützt diese Intensitätssteigerung zusätzlich.

Im Bereich des *generalisierenden Wir*, das 18 mal verbalisiert wird und so die Gruppe des *abstrakten Wir* zu der insgesamt am häufigsten genutzten in dieser Rede macht, fällt die separierende Funktion besonders ins Auge. „They are playing with **OUR** children, pledging allegiance to **OUR** flag, hoping to serve **OUR** country“ (18:01–18:03). Durch die besonders starke Akzentuierung und Steigerung der Lautstärke auf *our*, wird eine prosodische Hervorhebung realisiert und zieht die abgrenzende Linie zwischen US-BürgerInnen – die hier in *our* zu einer Gruppe generalisiert werden – und MigrantInnen, die als *they* deren Opposition bilden.

Das *konkrete Wir* spielt eine weniger tragende Rolle und wird viermal zur direkten Anrede des Publikums gebraucht und zehnmal zur Beschreibung eines „exklusiven“ – also nur Obama und andere, nicht anwesende Personen miteinbeziehenden – *Wir*.

Das *ersetzende Wir* kommt nur zweimal in Form des allgemeinen *Wir* vor. In dieser Gruppe kommt noch eine spezielle Form dazu, die schwer einzuordnen ist. Obama sagt: „America was built by people who said: Yes **we** can! Si se puede!“ (26:43). Hier kommen gleich mehrere Faktoren zusammen, die die semantische Bestimmung erschweren. Zunächst ist dies der Satz, den Obama in seiner Wahlkampfzeit als Slogan geprägt hat. An diesem Punkt – am Ende der Rede – wirkt er fast wie eine Floskel, die zu

14 Angaben in Minuten.

seinen Auftritten gehört. Andererseits aber legt er diese Worte den Gründern der USA in den Mund und macht ihn zu einer indirekten Äußerung von bestimmten Personen, so dass man hier auch ein *konkretes Wir* vermuten könnte. Der letzte und spannendste Punkt ist die (Selbst-)Übersetzung ins Spanische¹⁵. „Si se puede!“ heißt nämlich eben nicht „Ja, **wir** können!“, sondern „Ja, **man** kann!“ (frei: „Ja, es ist möglich!“) – es tritt in der Selbstübersetzung Obamas also kein *Wir* auf. So kann man auf dieser Grundlage auch argumentieren, dass man es hier mit einem *ersetzenden Wir* zu tun hat. Die steigende Lautstärke und die Akzentuierung geben der Äußerung ein hohes Maß an Intensität. Es soll an dieser Stelle keine Lösung für das Problem gefunden werden, sondern exemplarisch gezeigt werden, dass auch unter Betrachtung aller Modalitäten manchmal nicht herauszufinden ist, wer genau mit *wir* in einer bestimmten Situation gemeint ist.

Zuletzt soll eine kurze Beschreibung des Zusammenhangs von verbalem *Wir* und Intensitätsverlauf gegeben werden. Hier lässt sich eine gewisse Symmetrie innerhalb des Redeverlaufs erkennen: Die ersten sechs Minuten verlaufen relativ gleichmäßig mit nur zwei Höhepunkten, danach gibt es ca. weitere sechs Minuten mit einem recht dynamischen „Auf und Ab“, darauf wiederum fast sechs Minuten mit nur kleinen Anstiegen, dieses Muster wiederholt sich in den folgenden zehn bis zwölf Minuten noch einmal, bis am Ende nochmals auf eine Klimax zugesteuert wird, die die Rede beendet. Herauszustellen ist, dass besonders bei temporalen Häufungen des verbalisierten *Wir* (vor allem ab 06:01, 09:21 und 22:29) auch eine gesteigerte Intensität zu erkennen sind. Dies untermauert zum einen die herausgestellten appellierenden und separierenden Funktionen von *Wir*, führt zum anderen aber auch zu der Annahme, dass diesem Personalpronomen noch weitere (bspw. emotionale oder persuasive) Funktionen zukommen.

(Beispiel 2: Chávez) Die Rede von Hugo Chávez wurde am 16. Dezember 2009 auf der 15. UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, Dänemark gehalten. Es geht bei Chávez hauptsächlich um den Unterschied der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern, also um die Ungleichverteilung von Macht und Entscheidungsberechtigung. Er spielt in diesem Sinne auf ein Dokument an, das im Rahmen dieser Konferenz von den EU-Staaten, Russland und den USA als vermeintliches Abschlussdokument der Konferenz aufgesetzt wurde, ohne dass der Rest der anwesenden RegierungsvertreterInnen dieses vorher zu sehen bekam. Dieses Dokument, der soge-

15 zu Funktionen von Codeswitching in politischen Reden siehe Haid (2016).

nannte Copenhagen Accord, in dem es vorwiegend um das Ziel geht, die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen, wurde von den Vertragsstaaten zum Abschluss der Konferenz zwar zur Kenntnis genommen, jedoch nicht offiziell beschlossen. Eine Kritik in der Rede Chávez' bezieht sich auf die Unverbindlichkeit dieses Papiers. Er stellt sich in diesem Sinne auf die Seite des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, indem er die Rechte der „Länder des Südens“ bzw. der sogenannten Entwicklungsländer verteidigt und die Industriestaaten dazu auffordert, ihre „Klimaschuld“ zu begleichen, da diese aus seiner Sicht die Hauptverantwortlichen für die Klimaerwärmung sind und den Großteil der Abgase produzieren. Hauptthema der Rede ist zum einen die Ungleichverteilung der Schuld an der Klimaerwärmung, aber auch das Ungleichgewicht der Machtverteilung in der Welt.

Die Rede vermittelt den Eindruck einer sehr leidenschaftlichen, aber auch anklagenden Ansprache. Dies zeigt sich zum Beispiel in dem stetigen Wechsel von längeren lauten und ausdrucksstarken Passagen mit kürzeren leisen und erzählenden Phasen. Im Unterschied zur Rede Obamas, liest Chávez einen Teil seiner Rede ab, hält also den Blick nicht kontinuierlich zum Publikum. So können zum Beispiel Äußerungen, die zwar laut und stark akzentuiert vorgetragen werden, auditiv als intensiv empfunden werden; mit Blick auf den Redner, der – Gesicht und Hände nach unten gerichtet – vor dem Publikum steht, wird eine solche Vortragsweise diese Empfindung aber deutlich abschwächen.

Auf verbaler Ebene lässt sich zunächst feststellen, dass in den dreizehn Minuten insgesamt 52 Mal *Wir* verbalisiert wird (vgl. Tab. VI). Dies bezieht sich auf 15 *metaphorische Wir-Formen (abstrakt)*, wovon acht eine separierende Funktion haben, von denen wiederum drei mit realisiertem Personalpronomen gebraucht werden; 20 Mal taucht das auf das Publikum bezogene *Wir (ich+ihr)* auf – hier steht besonders die Appellfunktion im Vordergrund, denn achtmal wird dieses *Wir* mit dieser Intention gebraucht – zweimal mit Personalpronomen (mit Pp), jedoch nicht in appellierender Funktion. Weiterhin wird das *konkrete Wir* im Sinne von *ich und er* einmal genutzt und viermal zur Einbeziehung eines Teils des Publikums, in diesem Fall der venezolanischen Delegation oder anderer lateinamerikanischer Anwesender; in einem Fall wird hier das Personalpronomen konkret realisiert.

	abstrakt		Konkret						ersetzend	
	Wir _{met}	Wir _{gen}	Wir _{allink}	Wir _{ich+ihr}	Wir _{ich+du}	Wir _{ich+er/sie/sie}	Wir _{Teillink}	Wir _{SAUlink}	Wir _{PM}	Wir _{allg}
Video 2 52x Wir	15 (davon 8x separie- rend, davon 3x mit Pp)	0	5	20 (davon 8x Appell und 2x mit Pp)	0	1	4 (davon 1x mit Pp)	0	0	8

Tab. VI: Verwendung der *Wir*-Formen (Chávez)

Die Beispiele zum *abstrakten Wir* stellen in Chávez' Rede besonders gut den metaphorischen Charakter heraus, denn sie werden von ihm direkt metaphorisch-vergleichend genutzt. Er sagt: „Hay un grupo de países que se creen superiores a nostotros los del sur, a **nosotros el tercer mundo**, a **nosotros los subdesarrollados** o como dice el gran amigo Eduardo Galeano: **Nosotros los países arrollados** [...]“ (Es gibt eine Gruppe von Ländern, die sich uns aus dem Süden überlegen fühlen, **wir, die Dritte Welt, wir, die Unterentwickelten**, oder wie der große Freund Eduardo Galeano sagte: **Wir, die überfahrenen Länder** [...])¹⁶ (02:40–02:52). Er sagt hier gerade nicht „nosotros **del** tercer mundo“ (wir **aus** der Dritten Welt) oder „*no-nosotros de los países arrollados*“ (*wir aus den überfahrenen Ländern*). Er beschreibt also dieses *Wir* nicht näher, sondern setzt es direkt etwas Anderem gleich – der Dritten Welt, den überfahrenen Ländern. Das *Wir* näher zu beschreiben, wie es Chávez im ersten Teil des Satzes macht („wir aus dem Süden“) ist ein Beispiel für ein *generalisierendes Wir*, da er hier von sich selbst ausgeht und viele andere Länder (Südamerikas – im Gegensatz zu Nordamerika) mit einbezieht – dieses *Wir* also extensiviert und gleichzeitig von den „anderen Ländern“ separiert. Dies kommt auch in Chávez' ausladender Geste in Richtung eines Teils des Publikums (vermutlich der latein-amerikanischen Delegation) zum Ausdruck.

Zwei andere Aspekte können auf verbaler Ebene an diesem Beispiel gezeigt werden: Erstens tritt hier schon auf semantischer Ebene ganz klar die separierende Funktion von *Wir* hervor (wir gegen die Länder, die sich uns überlegen fühlen) aber auch syntaktisch, indem das Personalpronomen artikuliert und ständig wiederholt wird. Der zweite Aspekt bezieht sich auch auf die separierende Funktion, hat aber mit der sprachlichen Struktur des Spanischen zu tun. Das Hervorheben und akzentuierte Aussprechen in diesem konkreten Fall liegt in der wörtlichen Bedeutung von *nos-otros* (*wir*

16 Alle Übersetzungen sind von der Verfasserin.

anderen). Wenn man diesen Aspekt betrachtet, liegt die Vermutung nahe, dass das Personalpronomen häufig in dieser Funktion, sich von einer anderen Partei oder Interessensgruppe zu separieren, gebraucht wird.

Zuletzt soll die Appellfunktion des *konkreten Wir* mit Referenz auf das Publikum betrachtet werden. Zwei Äußerungen sind hierfür exemplarisch: „**Hablemos** de la causa, no **evadamos** responsabilidades, no **evadamos** la profundidad de este problema [...]!“ (Reden wir über die Ursache, entziehen wir uns nicht der Verantwortung, entziehen wir uns nicht der Schwere dieser Probleme [...]!) (09:18–09:22) und: „**Hagamos** un esfuerzo y **presionemos** aqui y en la calle que salga un compromiso!“ (Wagen (wörtl.: machen) wir die Anstrengung und erzwingen hier und auf der Straße, dass ein verbindlicher Vertrag geschlossen wird.) (11:00–11:04). Es gibt auf lexikalischer Ebene zwar kein exklusives Personalpronomen, dennoch wird anhand grammatischer Aspekte die Appellfunktion deutlich. Die Verben in diesen Äußerungen stehen alle in der grammatischen Form des *Subjuntivos*, mit der unter anderem Aufforderungen ausgedrückt werden. Beide Äußerungen konstatieren zudem erhebliche Anstiege der Intensität, durch erhöhte Lautstärke und fokussierten Blick ins Publikum.

Wie schon erwähnt, haben wir es bei dieser Rede mit einem stark dynamischen Verlauf mit teilweise sehr großen Anstiegen der Intensität zu tun. Auch hier fallen die Höhepunkte oft mit einer Häufung von *Wir* zusammen. Die von mir angeführten Beispiele beschreiben genau diese Höhepunkte.

7. Ergebnisse

Betrachtet man die semantischen Konzepte von *Wir* und vergleicht deren Häufigkeit des Auftretens, so lässt sich eindeutig feststellen, dass im vorliegenden Material das *abstrakte Wir* überdurchschnittlich oft und auch mit großem Abstand zu den anderen semantischen Konzepten gebraucht wird. Dies geht häufig mit einer separierenden oder appellierenden Funktion einher. Weiterhin typisch für die hier untersuchten Reden ist die Form des *appellierenden Wir*, das sich direkt an das Publikum richtet. Appelle oder die Herstellung eines Kontrastes durch *Wir* spielen in politischen Reden eine herausragende Rolle. Im Spanischen kann diese Funktion der Separation oder des Appells unter anderem die konkrete Realisierung des Personalpronomens übernehmen, ist jedoch nicht zwingend notwendig. Festzustellen ist aber, dass bei der Verbalisierung des Personalpronomens, es –

zumindest in den untersuchten Äußerungen – fast immer eine der beiden Funktionen übernimmt.

Ein weiterer Punkt der Analyse war das Zusammenwirken von verbalen *Wir*-Formen und Intensitätsverläufen, dessen Ergebnis sich zum Teil schon aus den vorhergegangenen Vergleichen erschließen lässt: Bei allen untersuchten Reden sind zum Teil große und steile Anstiege in den Intensitätsverläufen zu erkennen. Was deutlich in der Analyse gezeigt werden sollte, ist das jeweilige Zusammenkommen von Häufungen des verbalisierten *Wir* mit dem Anstieg der Intensität. Eine der prominentesten Formen von *Wir* ist das *abstrakte Wir* mit Appellfunktion in politischen Reden, das sich in einem kurz aufeinander wiederholenden Rhythmus an bestimmten Stellen des untersuchten Materials häuft und zudem mit einer Akzentuierung der *Wir*-Form und einem Anstieg der Lautstärke verbunden ist. Genau an diesen Stellen sind auch die Intensitätshöhepunkte im hier verwendeten Material zu finden. An diesem Punkt findet sich zumindest ein Indiz für die Annahme, dass *Wir* – vielleicht sogar besonders im politischen Kontext – einen Einfluss auf Emotionen nicht nur bei den Rezipierenden, sondern auch bei dem Produzenten/der Produzentin, hat.

Pragmatisch gesehen lassen sich zwei verschiedene Strategien ausmachen, die die untersuchten Sprecher nutzen, um sich in bestimmter Weise zur (rezipierenden) Wirgruppe zu positionieren bzw. zugehörig zu zeigen. Zum einen können sie sich durch die Abgrenzung zu einer anderen Gruppe oder Interessensgemeinschaft aktiv in das Publikum integrieren indem (im Sinne der Separationsfunktion) bspw. ein gemeinsames Feindbild geschaffen wird, gegen das man sich als Wirgruppe verbünden muss. Der Sprecher signalisiert so dem Publikum, auf dessen Seite zu stehen („Ich bin einer von euch!“). Die Richtung der zweiten Strategie wirkt entgegengesetzt: Der Sprecher zieht durch Appelle und Mobilisierung das Publikum auf seine Seite und versucht so seine eigenen Interessen zu den Interessen des Publikums – also zu *unseren* Interessen – zu machen („Wir ziehen alle an einem Strang!“). Oder, um auf Derrida zurück zu kommen: Das Gefühl oder Interesse des Politikers (*ich*) zu einem allgemeingütigen Axiom für das Publikum (*wir*) – durch die bloße Veränderung des Personalpronomens – zu machen.

Die Betrachtung des *politischen Wir* und dessen verschiedenen Funktionen und Bedeutungen in der politischen Rede geht in seiner Kontextualisierung über den reinen Politikbegriff hinaus, da sie nicht allein die inhaltlichen Ziele des Politikers/der Politikerin fokussiert, sondern politische Sprache bzw. die öffentliche Rede als Interaktion und sprachliche Manifestation von Beziehungskonstitution zwischen RednerInnen und Publikum versteht.

Politik und politische Rede werden hier nicht als rein monologische oder monodirektionale Kommunikation zur Wiedergabe von Informationen und dem Verfolgen eines bestimmten Ziels durch den Politiker/die Politikerin verstanden, sondern als Aushandlungsprozess von Zusammengehörigkeit und Abgrenzung zwischen RednerIn, Publikum und natürlich auch anderen Parteien, Interessensgruppen etc. Dies ließ sich methodisch anhand einer semantisch-pragmatischen Analyse, die in dieser Fallstudie fokussiert wurde, aufzeigen. Nicht nur rein linguistisch sind hier die semantischen und pragmatischen Aspekte von großer Bedeutung. Auch in der Sozial- und Politikwissenschaft wird davon ausgegangen, dass besonders öffentliche Erzählungen, also auch politischen Reden „[i]n pragmatischer Hinsicht [...] beziehungsherstellende Handlung[en] [sind], die jemanden (ein Publikum) über etwas belehren [wollen]“ (Ricoeur 2007, S. 59 nach Viehöver 2012, S. 70) und dass sie als „eine (zweckgerichtete) *kommunikative Handlung* betrachtet [werden], eine Handlung, die, vermittelt über den narrativen ‚Text‘, Beziehungen zwischen (sozialen) Akteuren und/oder diskursiven Feldern stiftet bzw. entfaltet“ (Viehöver 2012, S. 66, Hervorh. im Original). Natürlich ist der öffentliche Diskurs aber auch auf semantischer Ebene zu betrachten, da er „durch seinen Weltbezug charakterisiert [ist]. Es geht um eine bedeutungsvolle Beschreibung, Repräsentation und Ausdruck einer Welt. Er aktualisiert also die nur virtuell symbolische Funktion der Sprache“ (ebd., S. 88). Es soll hiermit die Schnittstelle von Linguistik und Sozialwissenschaft aufgezeigt werden, die sich in diesem Rahmen vornehmlich in der gemeinsamen Auffassung von Sprache als Wirklichkeitskonstituierendes und bedeutungsgebendes Medium manifestiert.

Was in diesem Artikel vernachlässigt wurde, ist der sprachkritische Aspekt, der vor allem in der kritischen Diskursanalyse, der Politikwissenschaft und auch zum Teil in der Politolinguistik eine große Rolle spielt. Hier gäbe es das Potenzial, das *Wir* auf seinen konkreten Einsatz hin zu überprüfen und politikwissenschaftlich, historisch und ideologiekonzeptionell zu analysieren, ob und wie sich der Einsatz oder auch die Bedeutung von *Wir* entwickelt hat. Weiterhin sollte vergleichend gearbeitet werden, indem politische Kommunikation in verschiedenen Ideologien oder Staatsformen auf das Verständnis von *Wir* hin untersucht wird. Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle auch, dass sich die Analyse in dieser Arbeit zunächst auf die produzierende Seite, also auf die konkrete Sprachhandlung, und den semantischen Kontext konzentriert hat. Mit einem fokussierten Blick auf Konzepte der Manipulation und Persuasion – aber auch der Sprachwirkung –, wäre es zudem möglich, die rezipierende Seite miteinzubeziehen und den

Aspekt des Verständnisses und der Akzeptanz von *Wir* aus der Sicht des Publikums näher zu beleuchten.

Diese Erkenntnisse und die herausgearbeitete Konzeptualisierung von *Wir* sollen als Grundlage für künftige Forschung in Bezug auf manipulative und/oder persuasive Funktionen von Personalpronomen fungieren.

Literatur

- Boas, F. (1911): Introduction. In: Boas, F. (Hrsg.): Handbook of American Indian languages. Washington: Bureau of American Ethnology, S. 1–83.
- Böke, K./Jung, M./Niehr, T./Wengeler, M. (2000): Vergleichende Diskurslinguistik. Überlegungen zur Analyse internationaler und intralingualer Textkorpora. In: Niehr, T./Böke, K. (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Wiesbaden: VS, S. 11–36.
- Brown, R./Gilman A. (1960): The pronouns of Power and Solidarity. In: Seboek, T. A. (Hrsg.): Style in Language. Cambridge: MIT Press, S. 252–282.
- Bröcking, U./Feustel, R. (2010): Einleitung: Das Politische denken. In: Bröcking, U./Feustel, R. (Hrsg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript, S. 7–18.
- Bühler, K. (1934): Sprachtheorie: Die Darstellungsfunktion der Sprache. Jena: Gustav Fischer.
- Burkhardt, A. (1988): Sprache in der Politik: Linguistische Begriffe und Methoden. In: Englisch Amerikanische Studien 10, S. 333–358.
- Burkhardt, A. (1996): Politolinguistik – Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein, J./Diekmannshenke, H. (Hrsg.): Sprachstrategien und Denkblokladen. Berlin und New York: Walter de Gruyter, S. 75–100.
- Burkhardt, A. (1998): Zwischenrufe in der Kundgebung. Am Beispiel der Leipziger Montagsdemonstration vom 6. November 1989. In: Fritzsche, P./Hörnlein, F. (Hrsg.): Frieden und Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 199–209.
- Burkhardt, A. (2002): Politische Sprache: Ansätze und Methoden ihrer Analyse und Kritik. In: Spitzmüller, J./Roth, K. S./Leweling, B./Frohning D.(Hrsg.): Streitfall Sprache. Bremen: Hempen Verlag, S. 75–114.
- Burkhardt, A. (2003): Das Parlament und seine Sprache: Studie zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- Buzgalin, A. (2000): El socialismo del siglo XXI. Kuba: Guanabo.
- Canisius, P. (2001): Logophorische (und andere) Personalpronomina als Personalartikel. In: Waßner, U. (Hrsg.): Lingua et Linguae. Aachen: Shaker, S. 51–68.
- Crome, E. (2006): Sozialismus im 21. Jahrhundert: Zwölf Essays über die Zukunft. Berlin: Dietz.
- Derrida, J. (1992): Das andere Kap: Die vertagte Demokratie – Zwei Essays zu Europa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dieckmann, W. (1975): Sprache in der Politik, Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter.
- Dieterich, H. (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus. Berlin: Homilius Verlag.

- Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzählwissenschaft. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 3–38.
- Geißner, H. (1995): Rhetorik als Vollzug politischer Partizipation. In: Kopperschmidt, J. (Hrsg.): Politik und Rhetorik: Funktionsmodelle politischer Rede. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 161–183.
- Girnth, H./Spieß, C. (2006): Einleitung: Dimensionen öffentlich-politischen Sprachhandelns. In: Girnth, H./Spieß, C. (Hrsg.): Strategien politischer Kommunikation. Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 7–16.
- Haid, J. (2012): Das politische Wir: Multimodale Ausdrucksformen der ersten Person Plural bei latein- und nordamerikanischen Politikern in öffentlichen Reden und Interviews. Masterarbeit, Unveröffentlichtes Manuskript.
- Haid, J. (2016): “Yes we can! – Sí se puede!” Speaking the Language of the Masses. Codeswitching for Creating Togetherness with a Foreign Audience in Political Speeches. In: Fernández-Villanueva, M./Jungbluth, K. (Hrsg.): Beyond Language Boundaries. Multimodal Use in Multilingual Contexts. Berlin und Boston: De Gruyter, S. 221–234.
- Helmbrecht, J. (2004): Ikonizität in Personalpronomina. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 23, S. 211–244.
- Heringer, H. J. (1982): Sprachkritik – die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer, H. J. (Hrsg.): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen: Gunter Narr Verlag, S. 3–34.
- Holly, W. (2012): Sprache und Politik: Pragma- und medienlinguistische Grundlagen und Analysen. Berlin: Frank & Timme.
- Howe, S. (1996): The Personal Pronouns in the Germanic Languages. Berlin und New York: Walter de Gruyter.
- Kailuweit, R. (2005): „Pro-drop“, Kongruenz und „optimale“ Klitika. Ein Beschreibungsansatz im Rahmen der Role and Reference Grammar. In: Kelling, C./Mein-schaefer, J./Mutz, K. (Hrsg.): Morphologie und romanistische Sprachwissenschaft. Arbeitspapier Nr. 120, S. 87–110.
- Kienpointner, M. (1999): Metaphern in der politischen Rhetorik. In: Der Deutschunterricht 51(5), S. 66–78.
- Klein, J. (2014): Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze. Berlin: Frank & Timme.
- Knaut, A. (2014): Politische Imaginative. Vom Narrativ der Öffentlichkeit zu transnationalen Diskursräumen. In: Gadinger, F./Jarzebski, S./Yildiz, T. (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 93–117.
- Kopperschmidt, J. (1995): Rhetorik als Legitimationsstütze politischer Herrschaft. In: Kopperschmidt, J. (Hrsg.): Politik und Rhetorik: Funktionsmodelle politischer Rede. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 46–73.
- Lyons, J. (1968\1989): Einführung in die moderne Linguistik. München: C.H. Beck.
- Maas, U. (1984): Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mühlhäusler, P./Harré, R. (1990): Pronouns and People: The Linguistic Construction of Social and Personal Identity. Oxford: Basil Blackwell.

- Ptasek, P. (1995): Rhetorik als Instrument der politischen Selbstbehauptung. In: Kopperschmidt, J. (Hrsg.): Politik und Rhetorik: Funktionsmodelle politischer Rede. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 19–45.
- Reisigl, M. (2006): Rhetorical tropes in political discourses. In: Keith Brown (Hrsg.): The Encyclopedia of Language and Linguistics. Volume 10. Oxford: Elsevier, S. 596–605
- Reisigl, M. (2012): Zur kommunikativen Dimension des Populismus. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.): Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? Wien: new academic press, S. 141–162.
- Ricoeur, P. (2007): Zeit und Erzählungen I. Zeit und historische Erzählung. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Rigotti, F. (1993): Die Macht und ihre Metaphern: Über die sprachlichen Bilder der Politik. Frankfurt am Main und New York: Campus Verlag.
- Sarcinelli, U. (1996): Politische Kommunikation in der Medienöffentlichkeit: Kommunikationsstrukturelle Bedingungen politischer Realitätsvermittlung. In: Klein, J./Diekmannshenke, H. (Hrsg.): Sprachstrategien und Denkblokaden. Berlin und New York: Walter de Gruyter, S. 31–47.
- Schiewe, J. (1998): Die Macht der Sprache: Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Schulze, W. (1998): Person, Klasse, Kongruenz. München: Lincom.
- Siewierska, A. (2004): Person. Cambridge: Cambridge University Press.
- Somers, M. R. (1994): The Narrative Constitution of Identity. In: Theory and Society 23(5), S. 605–649.
- Ueding, G./Steinbrink, B. (2005): Grundriss der Rhetorik. Stuttgart und Weimar: J.B. Metzler.
- Viehöver, W. (2012): „Menschen lesbar machen“: Narration, Diskurs, Referenz. In: Arnold, M./Dressel, G./Viehöver, W. (Hrsg.): Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse. Wiesbaden: VS, S. 65–132.
- Volmert, J. (1989): Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Wagner, J./Zenkert, G. (1995): Rhetorik als Gefährdung politischer Ordnung. In: Kopperschmidt, J. (Hrsg.): Politik und Rhetorik: Funktionsmodelle politischer Rede. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 126–145.
- Wertz, N. (2007): Hugo Chávez und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Ein Zwischenbericht. Berlin: IAI Preußischer Kulturbesitz.

Analysierte Reden

- Chávez, Hugo 2009, „Rede auf dem 15, UN-Klimagipfel in Kopenhagen, Dänemark“, 16. Dezember, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=qlgttVG4kJU> (Abruf: 28.11.2014).
- Obama, Barack 2012, „Rede auf der jährlichen NALEO Konferenz in Orlando, Florida“, 22. Januar, abrufbar unter <http://www.whitehouse.gov/photos-and-video/video/2012/06/22/president-obama-speaks-naleo-annual-conference> (Abruf: 28.11.2014).

Silvia Bonacchi

Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder

Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen
Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter
am Beispiel der Islam-Debatte

Zusammenfassung: In der diskursanalytischen Forschung herrscht noch keine Einstimmigkeit darüber, wie man Kommunikate untersuchen soll, in denen der Bildteil eine wichtige Komponente darstellt und die in der Gestaltung von Diskursen eine wichtige Rolle spielen. Eine konsistente begriffliche Bestimmung von Termini, die unterschiedliche Aspekte der visuellen Semiotik erfassen, wie „Bildtext“, „Schlagbild“, „Schlüsselbild“, „Visiotyp“, ist noch als Desiderat anzusehen. In jüngster Zeit wird immer wieder dem multimodalen Charakter von Bildkonstruktionen Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei stellt sich die Frage, ob das bildlinguistische Instrumentarium adäquate Mittel zur Analyse von handlungsleitenden Bildkonstruktionen liefert wie im Falle der so genannten „Schreckbilder“ (Bonacchi 2016) und „Wohlfühlbilder“. Im Rahmen einer Fallstudie über Bilder in der Islamdebatte soll gezeigt werden, dass eine multimodale Analyse nicht nur die semiotischen Aspekte, die der Interpretation des Visuellen und des Verbalen zugrunde liegen, sondern auch die mehrdimensionalen kognitiven Verarbeitungsprozesse, die vor allem Kinetik und Haptik betreffen (und die wesentlich zum „Schreck“-Effekt bzw. „Wohlfühl“-Effekt beitragen), erfassen kann.

Schlagwörter: Diskursanalyse, Multimodalität, Schreckbilder, Wohlfühlbilder, Islam-Debatte, Mediendiskurs

Summary: Discourse analytical scholarship has yet to agree on a shared approach to data containing, and significantly shaped by, images. The discipline continues to face challenging terminological and definitional tasks concerning important aspects of visual semiotics such as „image texts“, „key

images“, „visual types“ etc. Attention has recently been shifted towards the multi-modal character of visual constructs. This poses the question if visual-linguistics can provide adequate analytical means for action-inducing visual constructs, including so-called „images provoking scare“ (Bonacchi 2015) and „images with calming effect“ („reassuring images“). Through a case study of images in the ongoing debate about Islam, this article demonstrates that a multi-modal analysis needs to cover not only semiotic aspects of the visual and the verbal but also multi-dimensional, cognitive aspects of interpretation pertaining to movement and tactile perception, and which contribute significantly to „fear effects“ or to „calming effects“.

Keywords: discourse analysis, multimodality, images provoking scare, images with calming effect / reassuring images, debate about Islam, media discourse

1. Visuelle Konstruktion mit handlungsleitendem Charakter

In der diskursanalytischen Forschung herrscht noch keine Einstimmigkeit darüber, wie man multimodale diskursrelevante Kommunikate untersuchen soll, in denen der Bildteil eine wichtige Komponente darstellt. Die in jüngster Zeit immer wieder als Novum beschworene Behauptung, dass unsere kommunikativen Praktiken zunehmend auf Visualität basieren und dass nicht nur sprachliche Zeichen, sondern auch Bilder kommunikative Funktionen haben, ist allerdings weder besonders neu noch besonders aktuell, denn schon die klassische Semiosis basierte auf der Bimodalität Auge/Ohr. In der Antike galten aber die Bilder als statisch: In seiner *Ars poetica* führte Horaz den Satz: „ut pictura poesis“ ein – der Dichter solle in seiner Dichtung, wie es im Gemälde der Fall ist, die Wirklichkeit „malen“. Damit war gemeint, der Dichter solle die Wirklichkeit als Instantaufnahme, als Sofortbild in ihrer Gleichzeitigkeit und Simultaneität zeigen. Ganz anders stellt sich jedoch der Charakter der Bilder dar, die uns heute umgeben. Neben Bildern, die „abbilden“, gibt es zunehmend Bilder, die eigentlich „Ereignisse“, also „events“ (Zwaan/Radvansky 1998) sind. Die heutigen Bilder sind visuelle Konstruktionen, die „erzählen“, weil sie in ein Gewebe von dichten symbolischen Bezügen, die das kollektive Gedächtnis ansprechen, eingespant sind. Ihre Bedeutung ist kontextuell variabel und entsteht

progressiv aus der Wechselwirkung der semiotischen Dimensionen, die sich in ihnen entfalten. Die klassische Bimodalität Auge/Ohr weicht also zunehmend einer Multimodalität der produktiven und rezeptiven kommunikativen Kanäle/Codes, die verschiedene Sinnesmodalitäten ansprechen (Bonacchi/Karpiński 2014). Nicht nur durch Auge und Ohr, sondern auch durch Nähe und Distanz, Bewegung sowie faktische und virtuelle Haptizität kommt es zu einer dynamischen Entfaltung von Bedeutungspotenzialen. Den heutigen Bildkommunikaten wohnt ein kinetischer Charakter inne, der den Beobachter nicht so sehr „anspricht“ (*persuadere*), sondern vielmehr zur Handlung „bewegt“ (*movere*). Besonders ausgeprägt ist diese handlungsleitende Dimension bei den so genannten „Schreckbildern“ (Bonacchi 2016) und „Wohlfühlbildern“. Darunter werden „visuelle Konstruktionen“ verstanden, die dem Beobachter Angst machen (sollen), ihn somit zur Abwehr/oder zu anderen defensiven Reaktionen verleiten (Schreckbilder) oder die ihm ein entwaffnendes wohliges Gefühl vermitteln und ihn somit zur vorreflexiven Akzeptanz einer gegebenen Position verführen (Wohlfühlbilder). In diesem Sinne sind vor allem Schreckbilder nicht so sehr als „Kommunikationsangebote“ (Schmidt 2000, S. 94 ff.; Żebrowska 2013, S. 182 ff.; Żebrowska 2014), sondern als kommunikative „Diktate“ zu sehen: Sie „zwingen“ den Adressaten zur Abwehr. Schreckbilder sind handlungsleitend, ihnen wohnt eine deontische Komponente inne \equiv du darfst / musst / kannst / willst (nicht).

Im Rahmen einer Fallstudie über diskursrelevante Bilder in der Islamdebatte soll im Folgenden gezeigt werden, dass eine multimodale Analyse nicht nur die semiotischen Aspekte, die der Interpretation des Visuellen und des Verbalen zugrunde liegen, sondern auch die mehrdimensionalen kognitiven Verarbeitungsprozesse, die vor allem Kinetik und Haptik betreffen (und die wesentlich zum Schreck- und Beruhigungs-Effekt beitragen), erfassen kann. Dabei soll auf die Frage eingegangen werden, wie Schreckbilder als eine Art visuelles *argumentum ad baculum* (Drohung) oder *argumentum ad metum* (Angstargument) diskursiv eingesetzt werden. Des Weiteren soll geprüft werden, ob diese Bilder in bestimmten prädikativen Strukturen (Satztypen mit drohender Illokution) umgesetzt werden können.

2. Schlagbilder und Schlüsselbilder

Das in den letzten 10 Jahren wachsende Interesse für die visuelle Kommunikation hat auch eine verstärkte Aufmerksamkeit für die Begriffsbildung mit sich gebracht. Phänomene, die bis vor kurzem exklusive Domäne der Kunstgeschichte und der Ästhetik waren, sind jetzt zum Forschungsgegenstand einer Reihe von Disziplinen geworden, die sich mit „Visualität“ in ihrer kommunikativen Valenz beschäftigen und die für sich den Status von autonomen wissenschaftlichen Disziplinen beanspruchen: Bild-Studien, Bildlinguistik, Bildwissenschaften, multimodale Kommunikation. Im Rahmen dieses neuen Interesses wurde eine Reihe von Begriffen eingeführt („Bildtexte“, „multimodale Metapher“, „Visiotypen“, etc.), die der Mehr-Ebenen-Struktur der entsprechenden kognitiven Verarbeitungsprozesse Rechnung tragen.

In der Fachliteratur werden Schreckbilder oft unter „Schlagbilder“ subsumiert. In Anlehnung an den in der Diskurslinguistik heuristisch sehr fruchtbaren Begriff des Schlagwortes wird das „Schlagbild“ definiert als ein „in Diskursen häufig vorkommendes und bekanntes Bildmotiv, das einen zentralen Schlüssel zu Deutungsräumen bietet und so das Textverstehen maßgeblich beeinflusst“ (Diekmannshenke 2011, S. 159). Nach Hamann können Schlagbilder eine „Schlüsselfunktion“ haben, weil sie dem Bildbetrachter „Deutungsräume“ eröffnen. Schlagbilder sind ebenso wie Schlagworte diskursbestimmend, weil sie Instrumente der Sinnvermittlung und der Identitätsstiftung sind, zugleich weisen sie aber prinzipiell eine Bedeutungsvielfalt auf und sind insofern kontextuell und konnotativ zu präzisieren Schlagbilder und Schlüsselbilder „erklären“, manchmal jedoch ohne auf prädikative Strukturen zurückzugreifen. Sie können insofern Mittel einer „verkürzten Argumentation“ (Stöckl 2011, S. 159) werden.

3. Schreckbilder und Wohlfühlbilder

Je nach ihrer positiven vs. negativen Valenz ist es möglich, „visuelle Konstruktionen“ zu untergliedern. Zu den „positiven“ Bildern gehören Fahnenbilder, die die Ideale einer Gruppe ausdrücken, und „Wohlfühlbilder“ bzw. „Glücksbilder“, die *Glücksvisionen* vermitteln; zu den negativen Bildern gehören Stigmabilder (Hermanns 1994, S. 19), die den Gegner stigmatisieren und somit das Eigene in Abgrenzung vom Fremden definieren (Warnke/Spitzmüller 2008, S. 29), und Schreckbilder, wovon in dieser Pilotstudie die Rede sein wird.

Beispiele dafür seien die Bilder 1 und 2:



Abb. 1:
[http://www.hochzeitsportal24.de/
blog/liebessprueche/](http://www.hochzeitsportal24.de/blog/liebessprueche/)
(Abruf 14.6.2015)

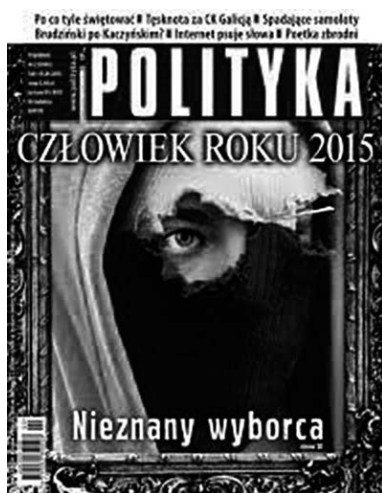


Abb. 2:
Cover vom polnischen
Nachrichtenmagazin „Polityka“
2/2015

Das Bild 1 ist einem „Hochzeitsportal“ entnommen. Es besteht aus einem Textteil und einem Bildteil. Den Bildhintergrund liefert ein schöner Sonnenaufgang (oder, eher unwahrscheinlicher wegen der Symbolik: ein Sonnenuntergang) auf dem offenen Meer. Im Vordergrund ist eine ikonische Geste zu sehen, die durch die Verbindung der gekrümmten Finger zweier Hände und den Daumen realisiert wird. In der abendländischen Kultur gilt diese Geste als ein Herz bzw. im metaphorischen Sinne als Liebe, das Gefühl im Herzen schlechthin. Mitten im Herzen strahlt die Sonne goldwarmes Licht aus. Der Textteil besteht aus einem Auszug frei zitiert aus dem ersten Korinther Brief: „Die Liebe erträgt alles, glaubt alles, hält allem Stand. Die Liebe hört niemals auf.“ Text und Bild bilden hier eine Einheit und ergänzen sich. Der Adressat dieser Bildkonstruktion sieht sich mit einem kommunikativen Angebot konfrontiert, das er als Verheißung der Schönheit (Sonne) und der Geborgenheit (Wärme der Sonne und Licht eingeschlossen im Herzen) sowie als Sinnbild der Dauer und des Wachstums des Gefühls (Endlosigkeit des Meers, aufgehende Sonne) deuten kann.

Das Bild 2 ist dem polnischen Wochenmagazin „Polityka“ entnommen und lässt sich dagegen als Schreckbild betrachten. Es ist ein Cover, das kurz vor den polnischen Parlamentwahlen 2015 erschien. Das Cover ist vor dem

Hintergrund des Wahlkampfes zwischen der europaorientierten liberalen Partei „Bürger-Plattform“ und der eher nationalistischen konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ zu kontextualisieren. In der Folge dieser Wahlen erfolgte dann ein Regierungswechsel: Die bis dahin herrschende Partei „Bürger-Plattform“ wurde von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ abgelöst. Das Cover ist eine visuelle Konstruktion, die aus einem Bildteil und einem Textteil zusammengesetzt ist. Die Schlagzeile in weißer Blockschrift lautet: „Der Mensch des Jahres 2015“ (polnisch: „Człowiek roku 2015“), kleiner unten wird spezifiziert, wer der Mensch des Jahres ist: „der unbekannte Wähler“ (polnisch: „Nieznany wyborca“). Im Bildteil haben wir im Vordergrund das maskierte Gesicht eines jungen Menschen. Die Maske ist eine abgerissene polnische Fahne, die in der Mitte zusammengenäht ist. Das maskierte Gesicht bettet sich ein in einem Bildrahmen, in dem noch der hellblaue Umhang einer Madonna zu erkennen ist. Für den polnischen Adressaten bietet dieses Cover ein dichtes Netz an Deutungsbezügen: junge Wähler als mögliche Attentäter des demokratischen Systems, der Patriotismus (die polnische rot-weiße Fahne), der Katholizismus und der Marienkult (der Umhang der Madonna, der Bilderahmen der polnischen Schwarzen Madonnas) als Maske. Das so maskierte Gesicht entspringt dem Rahmen, bildgestalterisch verstärkt durch einen trompe-l'oeil-Effekt, und scheint den Bildbeobachter jederzeit angreifen zu können. Es ist also ein Bild, dessen Warnfunktion sich folgendermaßen in prädikativen Strukturen umsetzen lassen könnte: „Warne Euch vor dem unbekanntem Wähler, der sich hinter patriotischen und religiösen Parolen verbirgt! Er ist gefährlich!“, d. h. aus der Sicht der illokutionären Struktur: Direktiver Satz (Imperativsatz als Warnung) + Verdiktiver Satz (Assertion), allerdings verdichtet bzw. vergegenwärtigt das Bild diese prädikative Strukturen in einer visuellen Konstruktion.

Bei der folgenden Bildanalyse wurden folgende Aspekte der Bildkonstruktionen berücksichtigt (Stöckl et al. 2011, S. 43 f.):

- 1) *Themenstruktur und Konnektivität*: Welche Themen werden visualisiert? Also: In welchen Bildgefügen werden die Themen und die damit verbundene Botschaft visualisiert? Welchen Grad von Konnektivität weist die visuelle Konstruktion auf? Wie sind die verschiedenen Themen miteinander verknüpft? Wie stehen der Bildteil und der Textteil zueinander? Welche inhaltlichen und bildlichen Bezüge (logisch oder assoziativ) können hergestellt werden? Welche Sinnesmodalitäten werden angesprochen?

- 2) *Handlungsstruktur*: Lässt sich die jeweilige visuelle Konstruktion in prä-dikative bzw. appellative Strukturen umsetzen? Zu welchen Handlungen bewegt sie? Nach welchen Prioritäten gliedern sich die „Handlungsanweisungen“? Sind emotionale Appelle zu erkennen?

3. Islam-bezogene visuelle Konstruktionen

Im Folgenden wird eine exemplarische Analyse von ausgewählten visuellen Konstruktionen mit Schreckwirkung präsentiert, die im Rahmen der so genannten „Islam-Debatte“ auf Internetportalen und als Cover von Zeitschriften in Deutschland und in Polen zu finden sind. Die Wahl der Islam-Debatte ist für die Untersuchung des Themas nicht nur wegen ihrer Brisanz geeignet, sondern vor allem deswegen, weil in dieser Debatte überdurchschnittlich viele Schreckbilder eingesetzt werden, und dies sowohl von Islam-Befürwortern als auch von Islam-Gegnern.

Die so genannte „Islam-Debatte“ lässt sich als eine breite Rahmende-batte auffassen, die sich nach den Ereignissen im September 2001 (Terroranschlag auf die Twin-Tower in New York) in den unterschiedlichsten Medien (Massenmedien, Internet, Fernsehen, Podcasts) entfaltet und immer weitere Kreise berührt hat (Politiker, Experte, Journalisten, Betroffene, „einfache Menschen“). In Abhängigkeit von politischen Ereignissen, mehr noch im Zusammenhang mit blutigen Attentaten, flammt die Islam-Debatte immer wieder auf. In diesen breiten Rahmen betten sich mehrere Diskurse ein, die themenorientiert sind und jeweils eine starke Polarisierung der Akteure aufweisen (Befürworter vs. Gegner).

Zwei Tendenzen lassen sich in der Diskursgestaltung erkennen, die sowohl bei den Islam-Gegnern als auch bei den Islam-Befürwortern vertreten sind: Eine Tendenz, die dazu neigt, zu zeigen, dass der Islam nicht gefährlich ist und versucht, etwa durch Aufklärungsarbeit, die potentiellen Adressaten zu beruhigen und eine Tendenz, die darauf abzielt, mit effektstarken Kommunikaten eine islamfeindliche Haltung zu provozieren, insofern Unsicherheit zu schnüren und Angst zu verbreiten. Da in Deutschland ca. 4 Millionen Muslime leben, ist man besonders bemüht, eine differenzierte Islam-Debatte zu führen. Ein Beispiel für die Bemühung um politische Korrektheit mag das folgende Internet-Portal (Bild 3) liefern:

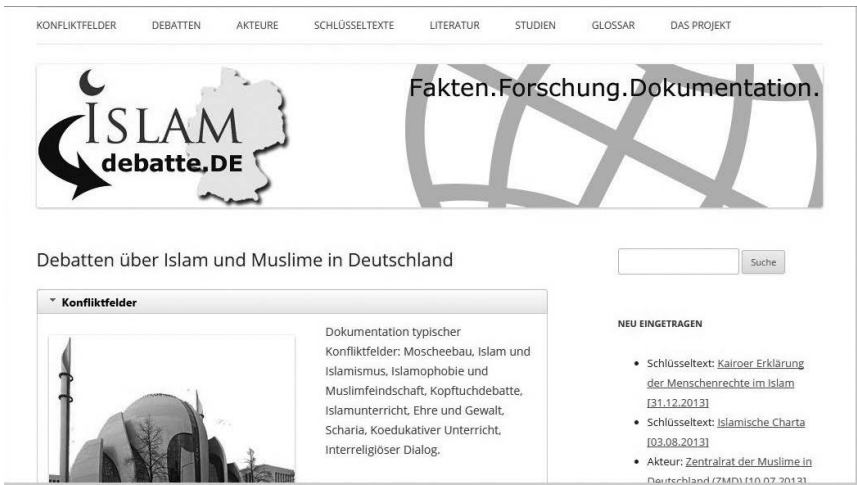


Abb. 3: <http://www.islamdebatte.de> (Abruf 14.6.2015)

Das Projekt wird von non-profit und non-government-Organisationen getragen. Gezeigt wird ein sehr dezentes Interface mit dem Adressaten: Das Pünktchen auf dem I von Islam ist die arabische zunehmende Mondsichel, vom Buchstaben I entfaltet sich ein Pfeil, der auf die Deutschlandkarte zeigt und die Tragweite der Islam-Debatte versinnbildlicht. Auf der rechten Seite steht nüchtern: „Fakten. Forschung. Dokumentation“. Die Themen sind sehr ordentlich im oberen Kasten aufgelistet: „Konfliktfelder, Debatten, Akteure, Schlüsseltexte, Literatur, Studien“, sogar ein „Glossar“ für die Nicht-Eingeweihten. Als Konfliktfelder werden benannt: Apostasie und Religionsfreiheit, Islamophobie, Kopftuch, Menschenrechte. Das sind brennende Themen (wie etwa: *Sarrazin-Debatte (2010)*, *Wulff: „Der Islam gehört zu Deutschland“ (2010)*, *Schweizer Minarett-Bauverbot (2009)*, *Mohammed-Karikaturen-Krise (2005/2006)*), die aber durch die Diskursivierung verobjektiviert und dadurch verharmlost werden. Dadurch wird eine Atmosphäre von Sachlichkeit und politischer Korrektheit erzeugt.

In rechtsorientierten Internet-Portalen lassen sich ebenfalls beruhigende Bilder wie das folgende (Bild 4) finden:



Abb. 4: <http://www.pi-news.net> (Abruf 14.6.2015)



Abb. 5: Minarett-Turm (eigenes Bild)

Das Bild mit dem Textteil „Islam ist Frieden“ ist dem Portal „Political (In)Correct“ (Bild 6) mit dem programmatischen Inhalt: „Gegen die Islamisierung Europas“ entnommen:

POLITICALLY INCORRECT

NEWS GEGEN DEN MAINSTREAM - PROAMERIKANISCH - PROISRAELISCH - GEGEN DIE ISLAMISIERUNG EUROPAS - FÜR GRUNDGESETZ UND MENSCHENRECHTE

Home Archiv Kontakt Leitlinien PI wants You! PI-Gruppen PI-TV Presse Spende für PI Werben auf PI PI English

19. Abendspaziergang
11. Mai 2015
18:30 Uhr
Treffpunkt: Hauptbahnhof am
Hauptbahnhof in Berlin ab 18:00 Uhr



BÄRLIN
Wir
kommen
wieder!
PEGIDA - Berlin
GEMEINSAM SIND WIR STARK!

**Die Satire
des Jahres!**

*Raumschiff
Sanderpreis*

» Wahrheit ist jetzt Hassrede in Camerons GB — Münchner Zelte Stadt
geräumt — Nachspiel! »

Was bedeutet das Wort Islam?



Bedeutet Islam nun "Frieden", so wie es uns die Muslime weismachen wollen? Für mich als Araber, wenn ich einen Muslimen sagen höre, dass "Islam" Frieden heißt, dann muss ich erstmal laut lachen, aber andererseits ist das schon sehr traurig für mich, da es immer noch so viele glauben. Die Wahrheit ist, dass der Islam überhaupt nichts mit dem Wort Frieden zu tun hat. Also was bedeutet denn nun das Wort Islam?

(Von Christian Prince, Investigate Islam / Übersetzung: Sandro H.)

In semitischen Sprachen sind viele Wörter durch das Einsetzen von

FÜR TUCH / MIT TUCH - DURCH TUCH!

19. ABENDSPAZIERGANG
11.05.15 18:30 UHR
STIG WAIER PLATZ
Hauptbahnhof Bismarckstraße

PEGIDA
MÜNCHEN

Montags 18 Uhr
facebook.com/pegida2014

Suche...

Starten

Registrieren
Anmelden

Beiträge (RSS)

Abb. 6: <http://www.pi-news.net/> (Abruf 14.6.2015)

Diese visuelle Konstruktion basiert auf dem Zusammenhang von Bildteil und Textteil: Der Wortlaut des Textes: „Islam ist Frieden“ weist eine lautliche Dominanz des Vokals I auf, versinnbildlicht durch den Minarett-Turm (Bild 6), metonymisch für die Moschee (ähnlich wie das Kreuz für die christlichen Kirchen). Der Slogan („Islam ist Frieden“) ist eingeschlossen in einem Kreis, der linke Rand des Kreises ist die muslimische Mondsichel. Hier herrscht absolute Symmetrie. Es ist eine Bildkonstruktion, die in sich ruht, eigentlich ein „Bildtext“. Beim ersten Blick empfindet der Betrachter kein Gefühl der Bedrohung, das Bild bewegt sich nicht, bleibt in dem ihm zugewiesenen Raum, es drängt sich nicht unangenehm auf. Nach der Lektüre des dazu gehörigen Artikels „Was bedeutet Islam“ wird aber die Botschaft deutlich: Hier versucht man, u. a. mit philologischen Argumenten, die vermeintliche Harmlosigkeit des Islams und seine Einbindung in die westliche Kultur als Lüge zu entlarven.

Ein weiteres „Glücksbild“ bzw. eine beruhigende visuelle Konstruktion ist das folgende an eine bekannte Reklame der Burger-Kette „McDonald’s“ angelehnte Bild (Bild 7):



Abb. 7: <http://telpo.deviantart.com/art/Muslim-McDonald-123108606> (Abruf 14.6.2015)

In diesem Falle ist ein Text unterlegt, der gewisse prosodische und lautmalerische Merkmale hat: „I'm lovin' islam“ ist ein dreifüßiger Vers, der aus Trochäen besteht, mit Auslaut jedes Verses in einem Nasallaut (bilabial, alveolar, bilabial: m, n, m), der hohe Sonorität aufweist. Der goldene Buchstabe M ist ein Verweis auf die goldenen Bögen, Symbol des Unternehmens McDonald's und eine Ikone der westlichen Welt. Die Buchstaben heben sich vor einem schattierten purpurroten Hintergrund ab, der Buchstabe M für McDonald's ragt in der Mitte in Goldfarbe auf. Auf dem M befindet sich die islamische Mondsichel. Das Bild löst unterschiedliche beruhigende Assoziationen aus: Man ist etwa an eine stille Berglandschaft in der Nacht erinnert. Auch hier handelt es sich um ein Bild, das in sich ruht und sich absolut nicht aufdrängt.

Kurz besprochen werden im Folgenden weitere McDonald's-Bilder, die in Zusammenhang mit dem so genannten „Halal-Skandal“ (2010) stehen: McDonald's musste von seinem Menu die Halal-Chickenburger streichen, weil sie nicht nach den islamischen Vorschriften (arabisch: *Halal* bedeutet „erlaubt“, „zulässig“) zubereitet wurden. Daraus entstand die „non-halal-fatwa“, d. h. eine islamische Rechtsauskunft, die den Verzehr von McDonald's Fleisch untersagte. Das folgende Bild (8) vom Frageportal von McDonald's zeigt die Ratlosigkeit des amerikanischen Unternehmens:

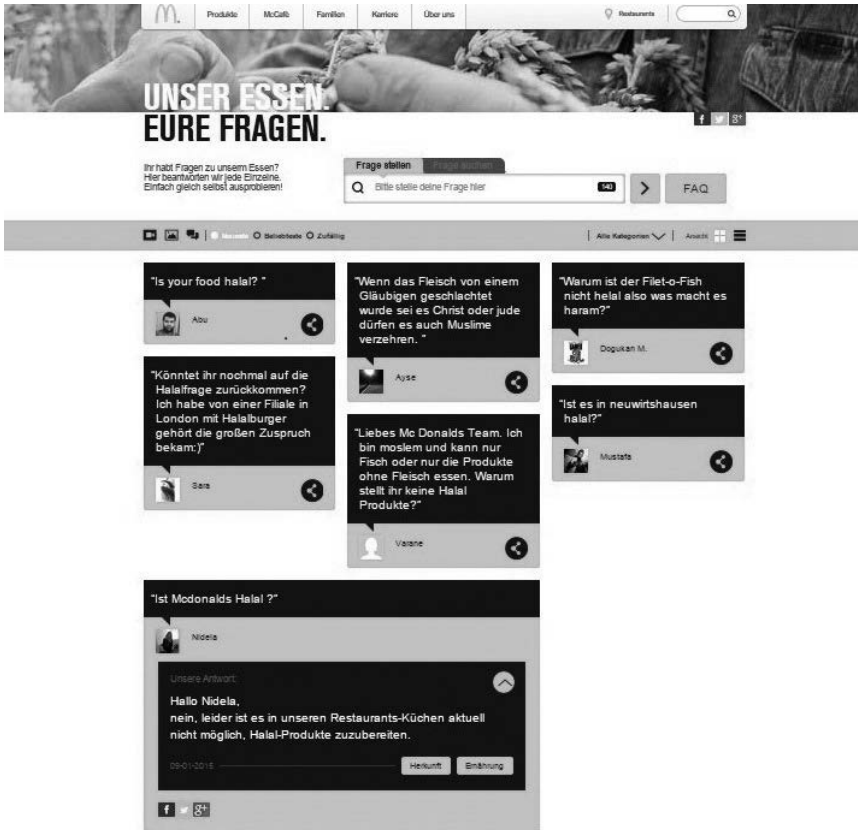


Abb. 8: <http://munchies.vice.com/de/articles/die-halal-debatte-ist-komplizierter-als-du-denkst-824> (Abruf 14.6.2015)

Das Konzern McDonald's reagierte mit der Verbreitung einer großen Varietät an beruhigenden Bildern (9–11):



Abb. 9: <http://www.blisstree.com/2013/01/23/food/halal-food/> (Abruf 14.6.2015)



Abb. 10:
<http://www.blisstree.com/2013/01/23/food/halal-food/>
(Abruf 14.6.2015)



Abb. 11:
<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2266397/McDonalds-Islamic-diet-lawsuit-Michigan-restaurants-pay-700k-Muslims-false-Halal-food-claim.html>
(Abruf 14.6.2015)

Zugleich sind in der Folge der „nonhalal-chicken-fatwa“ im Internet Bilder aufgetaucht, die in geschlossenen Portalen veröffentlicht worden sind und eine erschreckende Wirkung erzielen sollen. Ein Beispiel dafür ist Bild 12:



Abb. 12: <https://www.ar15.com/archive/topic.html?b=1&f=5&t=1500384> (Abruf 14.6.2015)

In diesem Bild wird eine wütende Masse gezeigt, die eine Ronald McDonald-Puppe, Symbol der amerikanischen fast-food-Kette, verbrennt. Das Foto ist eigentlich eine Fotomontage, die den Eindruck einer Volksrevolte gegen die McChicken-Sandwiches von McDonald's erwecken sollte. Im Bild sind Männer zu sehen, die mit Stöcken bewaffnet sind und sich auf die Puppe stürzen; die Masse bewegt sich bedrohlich, der Betrachter kann ahnen, dass hinter dem im Foto gezeigten Raum sich weitere wütende Menschen befinden. Im Vordergrund im rechten Teil des Fotos ist ein junger Mann mit südländischen bzw. arabischen Gesichtszügen zu sehen, der dem Beobachter direkt in die Augen schaut. Dabei schreit er bzw. verkündet etwas laut, man kann den Eindruck bekommen, seine Stimme fast zu hören. Gleich hinter dem Mann liegt die Ronald McDonald-Puppe in Flammen. Das Bild hat eine deutliche chromatische Komposition: Nur die Puppe im Feuer hat grelle Farben, der Rest des Bildes ist in Grautönen gehalten.

Diese Foto(montage) kann als Schlüsselbild gedeutet werden: Sie ist ein Schlüssel, mit dem der Bildbetrachter gewaltsam in einen bestimmten Deutungsraum (hier: die islamische Welt) gezogen wird. Diese Bildkonstruktion (denn es ist kein „Abbild“ der Wirklichkeit, sondern eine Interpretation von ihr) lässt sich für den potentiellen Adressaten als ein „Schreckbild“ bezeichnen, wurde von den Autoren aber vermutlich als Fahnenbild konzipiert. Der Beobachter soll erschrecken, die daraus resultierende Handlungsanweisung lautet: „Wir müssen uns gegen diese Gefahr wehren, wir wollen nicht diskutieren über pro und contra, wir müssen uns verteidigen!“ (Schreckbild) bzw. „Wir sollen den Dschihad gegen die Symbole des westlichen Imperialismus weiterführen!“ (Fahnenbild). Ein sol-

chermaßen konstruiertes Foto spricht im westlichen Kulturkreis das ältere und jüngere kollektive Gedächtnis an und aktiviert eine Reihe von (realen und mentalen) Bildern, angefangen bei Kriegsszenarien in arabischen Ländern (Unruhen und Kriege im Irak, Syrien, Ägypten) bis hin zu barbarischen Strafen wie Verbrennung, Steinigung, Erschlagen. Aktiviert werden also Bilder, die im westlichen kollektiven Bewusstsein mit einer Zeit der Barbarei verbunden sind, eine Zeit, die das westliche kollektive Bewusstsein ablehnt und als längst vergangen begreifen will.

Nicht selten werden Schreckbilder als Cover benutzt, um den Lesern bestimmte Botschaften zu vermitteln. Betrachtet man die folgenden Cover (etwa aus der Zeit zwischen 2003 und 2007), dann lässt sich feststellen, dass eher mit statischen Bildern bzw. Bildtexten gearbeitet wird (Bild 13 und 14):

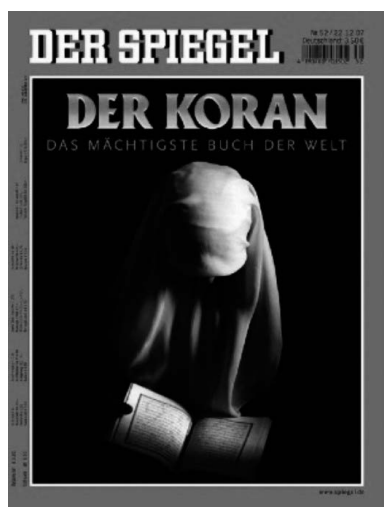


Abb. 13: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 52/2007



Abb. 14: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 13/2007

Im Bild 13 ragt der Textteil in weißen Großbuchstaben: „Der Koran: das mächtigste Buch der Welt“ auf dem Bildteil hervor, der eine verschleierte Frau mit gesenktem Blick darstellt. Im Bild 14 erleuchtete die islamische Mondsichel das Brandenburger Tor in der Nacht. Es finden sich keine plakativen Stellungnahmen oder aggressiv wirkenden Mittel. Der Betrachter wird zu einer Argumentation eingeladen, es kann offener diskutiert werden.

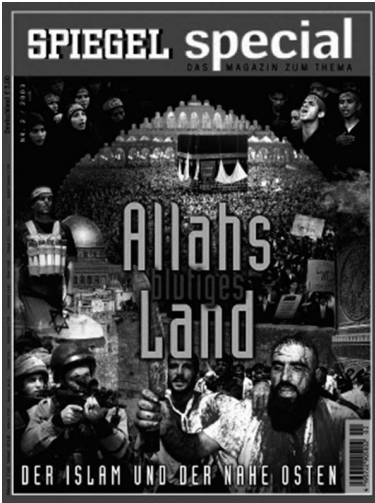


Abb. 15: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel Spezial“ 2/2003



Abb. 16: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ 39/2001



Abb. 17: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ 4/2015

Die Bilder 15 und 16 stammen von der Zeit unmittelbar nach dem Twin-Tower Anschlag 2001 und können deutlich als Schreckbilder betrachtet werden. Bild 15 ist eine Collage. Der Textteil „Allahs blutiges Land“ ist zentriert, das Adjektiv „blutiges“ ist in einer deutlich kleineren Schriftgröße kaum zu sehen. Der Textteil steht in der Mitte einer Reihe von Bildern, die

mit blutigen Kampfszenen verbunden werden können und ineinander übergehen. Wir haben auch hier keine klare Botschaft, sondern eine dunkle Bedrohung. Abgebildet werden keine Individuen, sondern eine drohende Masse. Das Cover des deutschen Nachrichtenmagazins „Focus“ (Bild 16) enthält im Text-Teil in Großbuchstaben „Terror-Alarm“, im Hintergrund ist eine Kriegslandschaft und ein Foto von Bin Laden zu sehen.

Im Bild 17 bildet der Textteil eine Sequenzstruktur. Der Initialschritt der Sequenz ist eine Aussage („Das hat nichts mit dem Islam zu tun“, in schwarzen Buchstaben), der respondierende Schritt gleicht einer Dementierung („Doch!“, in größeren roten Buchstaben) dieser Aussage. In der Mitte steht ein Maschinengewehr. Diese sequentielle Struktur entwickelt sich auf der Zeitachse, es ist eigentlich ein Gespräch, an dem zwei Menschen beteiligt sind, die verschiedene Meinungen haben. Damit wird durch eine These- Antithese-Darstellung gegen die Rhetorik der Verharmlosung des Islams plädiert.

Bild 18 ist das Cover vom Magazin „Spiegel“ nach dem Attentat in Paris 2015, in dem die Fotos (eigentlich Passbilder) der Attentäter den Hintergrund der Schlagzeile: „Der Terror der Verlierer“ liefern. Es sind junge Männer mit deutlich erkennbaren Migrationshintergrund, ihr Blick wirkt etwas verloren, die über die Gesichter gelegten Farben der französischen Trikolore versinnbildlichen den gescheiterten Integrationsversuch des französischen Staates. Die Attentäter werden humanisiert, das Bild ist ein Schlüsselbild, das sich folgendermaßen paraphrasieren lässt: „Sie sind Attentäter, weil sie Verlierer sind“.



Abb. 18: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 4/2015

Festzustellen ist an dieser Stelle die Tatsache, dass vor allem Männer in Schreckbildern erscheinen. Frauen tauchen in der Islam-Debatte eher in Zusammenhang mit dem Kopftuch-Thema (Bilder 19-20-21) oder als Opfer (Bild 22) auf. Dabei handelt es sich um visuelle Konstruktionen, die eine klare Aussage vermitteln sollen, insofern lassen sie sich als Thesen-Bilder betrachten, die für Illustrierte, Wochenzeitschriften, Nachrichten-Magazins und Nachrichten-Webseiten typisch sind:



Abb. 19: Cover vom deutschen Magazin „Stern“ 28/2010



Abb. 20: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel Spezial“ 1/1998

In den Bildern 19–21 ist eine sehr attraktive Frau zu sehen, die an die arabischen Prinzessinnen in *Tausendundeine Nacht* erinnern soll, die das männliche Imaginarium bewegen und Sinnlichkeit, Geheimnis und Verführung versprechen. Nur im Bild 20 ist diese vereinfachende westliche Sichtweise etwas subtiler: Die verschleierte Frau hat einen arabischen Säbel als Augenbraue. In diesem Falle sind es offensichtlich keine Schreckbilder, sondern Schlüsselbilder, die die Botschaft vermitteln: „Schade, dass so schöne Frauen verschleiert sind“.



Abb. 21: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Stern“ 12/10/2006



Abb. 22: Cover vom polnischen Nachrichtenmagazin „Wsieci“ 15-21.2.2016

Bild 22 ist das Cover des polnischen Magazins „wSieci“ vom 15.–21. Februar 2016 und steht direkt mit den Vorkommnissen der Kölner Silvester-nacht 2015 in Verbindung, in der deutsche Frauen von ausländischen Aggressoren sexuell belästigt wurden. Das Bild zeigt eine hellhaarige und hellhäutige Frau, die sich gegen die Übergriffe von Männern wehrt.

Die Aggressoren werden nicht direkt gezeigt, sondern nur metonymisch rekonstruiert durch die dunklen haarigen Arme, die die Frau brutal anfasen. Die Männer haben kein Gesicht, jeder Leser kann sich sein persönliches Schreckbild figurieren. Die Frau ist im Moment des Schreiens (vor Angst und vor Schmerzen) in einer dynamischen Bewegung eines verzweifelten Abwehrversuchs abgebildet. Das Bild liefert den Hintergrund für die Schlagzeile: „Islamski gwałt na Europie“ (deutsch: „die islamische Vergewaltigung Europas“). Es lässt sich als Assertion verstehen, die einem deklarativen Sprechakt entspricht und diffuse Ängste veranschaulicht. Zugleich soll es eine Mahnung sein, in der der Islam und Europa personifiziert werden: „Der Islam wird Europa vergewaltigen, wenn wir nicht etwas dagegen machen“. Aus ikonographischer Sicht erinnert die Bildkonstruktion an klassische Bilder der vergewaltigten Frau, wie etwa in den verschiedenen Abbildungen und Statuen des legendären Raubs der Sabinerinnen vom Heer des römischen Königs Romulus (vgl. Abb. 23). Auch in diesem Fall spricht das Bild das westliche kollektive Gedächtnis an und steuert die Interpretation.

Einen ähnlichen Mahncharakter hatte das epochale Cover des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“ vom 9. August 2010. Im Bildteil war das Foto eines jungen grausam verstümmelten Mädchens abgebildet, im Textteil war zu lesen: „What Happens if We Leave Afghanistan“. Es war ein Schlüsselbild, das den Beobachter in Deutungsräume führte: „Wenn wir – Amerikaner – Afghanistan verlassen, dann wird DAS passieren“. Das verstümmelte Mädchen schaute dem Beobachter direkt in die Augen und forderte ihn zur Handlung auf: Somit wurde deutlich die amerikanische Interventionspolitik in Afghanistan unterstützt.



Abb. 23: Der Raub der Sabinerinnen, Statue von Giambologna, Florenz, Loggia dei Lanzi, (eigenes Bild)

4. Schlussfolgerungen

Aus der Analyse der präsentierten Bilder lassen sich zusammenfassend einige Schlussfolgerungen ziehen. Während Schlagbilder und Schlüsselbilder einen statischen Charakter haben können, sind Schreckbilder visuelle Konstruktionen, die durch ihren kinästhetischen Charakter der einen Angsteffekt erzeugen. Sie sind daher als multimodale Kommunikate zu betrachten, die manchmal komplexe Inferenzprozesse erfordern, manchmal aber unmittelbar, ohne komplexe nachträgliche kognitive Verarbeitung, wirken. Angst ist ein unmittelbares Grundgefühl, dem ein ganzheitlicher psychologischer und physiologischer Zustand entspricht, der nur aus einer Pluralität von Auslösern erwächst. Wie die Etymologie des Wortes zeigt (<lat. *angustus*: beengend, bedrückend), lässt sich Angst auf ein Gefühl der Bedrängung zurückführen, das von dynamischen Erregern ausgelöst wird. Schreckbilder werden oft manipulativ eingesetzt, weil sie eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema bzw. dem Problem ausschalten und direkt auf vorprädikative Strukturen bzw. auf Emotionen zurückgreifen. Nichtsdestotrotz lassen sich Schreckbilder aus der Sicht der ihnen entsprechenden rhetorischen Mittel als ein visuelles *argumentum ad baculum* oder *argumentum ad metum* betrachten, die oft die Struktur eines Konditionalsatzes haben (wenn *p*, dann *x*), eines Aussagesatzes (Prädikationen und Assertionen: Agens ist *x*) und eines affirmativen oder limitativen Imperativsatzes hat (*p!* *p* nicht!).

Der Zusammenhang Text-Bild ist in Schreckbildern grundlegend. Es handelt sich meistens um eine offene oder eine verdeckte Drohung, manchmal um eine Warnung. Der Angsteffekt kommt allerdings meistens vom Bildteil, nicht vom Textteil. Im Text-Layout wird oft eine typographische Markierung (Großbuchstaben, Zentrierung) für die Drohung/Warnung benutzt, oft mit einem (schein)diskursiven Unterteil. Schreckbilder mit Bezug zur Islam-Debatte haben charakteristische Bildmotive: Feuer, Gewalt, Verstümmelung, Waffen. Einige davon bieten breite Bezüge zu abendländischen Motiven an, die im historischen und kulturellen Gedächtnis tief verankert sind. Sie werden dann für die angestrebte Wirkung der Schreckbilder rekontextualisiert.

Literatur

- Boehm, G. (1995): Was ist ein Bild? In: Boehm, G. (Hrsg.): Was ist ein Bild? München: Fink, S. 1–38.
- Bonacchi, S. (2016): Das Prädikationspotential von Schreckbildern – Am Beispiel von Bildern in der Islam-Debatte. In: Warnke, I. H./Reisigl, M./Han, W. (Hrsg.): Diskursbedeutung und Grammatik – Transtextuelle und gesprächsübergreifende Aspekte grammatischer Inventare. Publikationen der Internationalen Vereinigung für Germanistik. Frankfurt am Main und Bern: Peter Lang, S. 285–290.
- Bonacchi, S./Karpinski, M. (2014): Some remarks about the term ‘multimodality’. In: Journal of Multimodal Communication Studies I/1, 2014, S. 1–7.
- Bredenkamp, H. (2003): A Neglected Tradition? Art History as Bildwissenschaft. In: Critical Inquiry 29/3, S. 418–428.
- Bucher, H. J. (2011): Multimodales Verstehen oder Rezeption als Interaktion. In: Diekmannshenke, H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hrsg.): Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele. Berlin: E. Schmidt Verlag, S. 123–158.
- Diekmannshenke, H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hrsg.) (2011): Bildlinguistik. Theorien, Methoden, Fallbeispiele. Berlin: E. Schmidt Verlag.
- Diekmannshenke, H. (2011): „Schlagbilder“. Diskursanalyse politischer Schlüsselbilder. In: Diekmannshenke, H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hrsg.): Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele. Berlin: E. Schmidt Verlag, S. 161–185.
- Forceville, Ch./Urios-Aparisi, E. (Hrsg.) (2009): Multimodal Metaphor. Berlin: de Gruyter.
- Halm, D. (2008): Der Islam als Diskursfeld. Berlin: Springer.
- Hamann, Ch. (2006): Fluchtpunkt Birkenau. Stanislaw Muchas Foto vom Torhaus Auschwitz-Birkenau (1945). In: Paul, G. (Hrsg.): Visual History. Ein Studienbuch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 283–302
- Hermanns, F. (1994): Schlüssel, Schlag- und Fahnenwörter. Zur Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen politischen Semantik. Heidelberg und Mannheim: Universitätsverlag.
- Kalwam, N. (2013): Das Konzept „Islam“: Eine diskurslinguistische Untersuchung. Berlin: De Gruyter.
- Klug, N. M. (2013): Bilder als Texte: Methoden einer semiotischer Erweiterung angewandter Diskursanalyse. In: Roth K. S./Spiegel C. (Hrsg.): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. Berlin: Akademie-Verlag, S. 163–188.
- Kress, G./Van Leeuwen, T. (1996): Reading images. The grammar of visual design. London: Routledge.
- Kress, G./Van Leeuwen, T. (2001): Multimodal discourse. The modes and media of contemporary communication. London: Arnold.
- Maasen, S./Mayerhauser, T./Renggli, C. (2006): Bilder als Diskurse – Bilddiskurse. Weierwirst: Velbrück.
- Meier, S. (2011): Multimodalität im Diskurs: Konzept und Methode einer multimodalen Diskursanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorie und Methoden. 3. Auflage. Wiesbaden: VS, S. 499–532.
- Makowska, M. (2014): Beschriebene Bilder – bebilderte Sprache. Zur Materialität und Medialität von Sprach-Bild-Texten am Beispiel von deutschen Demotivatoren. In:

- I. Bartoszewicz/Haľub M./Malyszek T. (Hrsg.): *Germanica Wratislaviensia* 139: Kategorien und Konzepte. Wrocław: Universitätsverlag, S. 229–245
- Mitchell, W. J. T. (1994): *Picture Theory. Essays on verbal and visual representation.* Chicago: University of Chicago Press.
- Sachs-Hombach, K. (2003): *Das Bild als kommunikatives Medium. Elemente einer allgemeinen Bildwissenschaft.* Köln: von Halem.
- Sachs-Hombach, K. (Hrsg.) (2005): *Bildwissenschaft. Disziplinen, Themen, Methoden.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stöckl, H. (2004): *Die Sprache im Bild – Das Bild in der Sprache. Zur Verknüpfung von Sprache und Bild im massenmedialen Text. Konzepte. Theorien. Analysemethoden.* Berlin: De Gruyter.
- Stöckl, H. (2011): *Sprache-Bild-Texte lesen. Bausteine zur Methodik einer Grundkompetenz.* In: Diekmannshenke, H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hrsg.): *Bildlinguistik. Theorien, Methoden, Fallbeispiele.* Berlin: E. Schmidt Verlag, S. 45–70.
- Warnke, I. H./Spitzmüller, J. (2008): *Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik, Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen.* In: Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hrsg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachliche Zugänge zur transtextuellen Ebene.* Berlin: De Gruyter, S. 3–54.
- Wildgen, W. (2013): *Visuelle Semiotik. Die Entfaltung des Sichtbaren. Vom Höhlenbild bis zur modernen Stadt.* Berlin: E. Schmidt Verlag.
- Ziem, A. (2009): *Diskurse, konzeptionelle Metaphern, Visiotypen: Formen der Sprachkritik am Beispiel der Kapitalismusdebatte.* In: *Aptum* 1, S. 18–37.
- Zwaan, R./Radvansky, G. (1998): *Situation models in language comprehension and memory.* In: *Psychological bulletin* 123(2), S. 162–185.
- Żebrowska, E. (2013): *Text – Bild – Hypertext.* Frankfurt am Main und Bern: Peter Lang.
- Żebrowska, E. (2014): *Multimodal Messages.* In: *Journal of Multimodal Communication Studies* 1/2014, S. 8–15

Internetquellen

- <https://diasporaislam.wordpress.com/2013/11/22/die-bosen-muslime-darstellung-von-muslimen-in-medien/> (Abruf 6.9.2017)
- Kolportierung von Angstszenerien, <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=12381> (Abruf 6.9.2017)

Bildquellen

- Bild 1: <http://www.hochzeitsportal24.de/blog/liebessprueche/> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 2: Cover vom polnischen Nachrichtenmagazin „Polityka“, 2/2015
(©Polityka S.K.A. 2015–2017)
- Bild 3: <http://www.islamdebatte.de> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 4: <http://www.pi-news.net> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 5: Minarett-Turm (eigenes Bild)
- Bild 6: <http://www.pi-news.net/> (Abruf 14.6.2015)

- Bild 7: <http://telpo.deviantart.com/art/Muslim-McDonald-123108606> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 8: <http://munchies.vice.com/de/articles/die-halal-debatte-ist-komplizierter-als-du-denkst-824> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 9: <http://www.blisstree.com/2013/01/23/food/halal-food/> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 10: <http://www.blisstree.com/2013/01/23/food/halal-food/> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 11: <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2266397/McDonalds-Islamic-diet-lawsuit-Michigan-restaurants-pay-700k-Muslims-false-Halal-food-claim.html> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 12: <https://www.ar15.com/archive/topic.html?b=1&f=5&t=1500384> (Abruf 14.6.2015)
- Bild 13: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 52/2007
(©DER SPIEGEL 52/2007)
- Bild 14: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 13/2007
(©DER SPIEGEL 13/2007)
- Bild 15: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel Spezial“ 2/2003
(©DER SPIEGEL special 2/2003)
- Bild 16: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ 39/2001
(©FOCUS 39/2001)
- Bild 17: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ 4/2015
(©FOCUS 4/2015)
- Bild 18: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ 4/2015
(©DER SPIEGEL 4/2015)
- Bild 19: Cover vom deutschen Magazin „Stern“ 28/2010
(©STERN 28/2010)
- Bild 20: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel Spezial“ 1/1998
(©DER SPIEGEL special 1/1998)
- Bild 21: Cover vom deutschen Nachrichtenmagazin „Stern“ 12/10/2006, http://www.nrhz.de/flyer/media/12381/147_stern.jpg (Abruf 14.6.2015)
(©STERN 28/2010)
- Bild 22: Cover vom polnischen Nachrichtenmagazin „Wsieci“ 15-21.2.2016
(©WSieci, 15.-21.2./2016)
- Bild 23: Der Raub der Sabinerinnen, Statue von Giambologna, Florenz, Loggia dei Lanzi,
(eigenes Bild)

Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder Desintegration?

Zusammenfassung: Europa ist im Werden. Doch es tut sich schwer, zu einer ihm angemessenen Sprache zu finden. Ausgangspunkt der in diesem Beitrag entwickelten Überlegungen zum Umgang der Europäischen Institutionen mit der Sprache sind einige Neologismen auf dem Gebiet der *Europäischen Wirtschaftsregierung*. Die analysierten sprachlichen Neuerungen stehen nicht für bekannte Formen hoheitlichen Handelns. Sie verschleiern vielmehr echte Innovationen, die zur Bewältigung der Krise möglich und als notwendig erachtet wurden. Wenn jedoch das Neue nicht treffend zur Sprache gebracht wird, misslingt die Kommunikation, korrektes Verständnis ebenso wie sachliche Kritik. Bei vielen Menschen führte dies zu einer pauschalen Ablehnung des Integrationsprozess. Mit anderen Worten, für ein besseres Verständnis des Neuen, das sich im Prozess der Europäischen Integration ereignet, und eine sachliche kritische Auseinandersetzung mit ihm erscheint es sinnvoll, hinter die Fassaden der Worthülsen (bzw. „Begriffsmonster“) zu blicken. Verdient die Leistung der Europäischen Politik nicht eine Sprache, die direkter auf die Sachen zugreift? Warum verbirgt die amtliche Sprache Europas mehr als sie offenlegt? Dieser Beitrag ist ein Versuch, auf diese Fragen einzugehen.

Schlagwörter: europäische Wirtschaftssprache; „Wortungetüme“, Unverständlichkeit

Summary: Europe is in the making, and so is the language that is to render its peculiarities. Based on selected neologisms in the field of European economic governance, the present contribution offers some considerations on the manner the EU institutions handle communication through language.

The analysed linguistic innovations are not referring to well-known forms of sovereign action, but to innovations which were possible and considered as necessary to overcome the crisis. The actual importance and the character of such innovations remain semantically obfuscated. However, if “the new” is not aptly rendered through language, communication fails, be it proper understanding or well-founded criticism. Such failure resulted in a global rejection of the European integration process by parts of the citizenry. In other words, the new which occurs in the process of European integration stays decrypted behind the facades of empty words (here “terminological Monsters”). Is the EU performance not worthy a language that represents its fruits in a straight and clear manner and allows for a sound critical debate? Why does the official language of Europe conceal more than it reveals? This contribution attempts to at least partly address these questions.

Keywords: EU economic governance discourse; “terminological Monsters”; incomprehensibility

1. Einleitung

Obwohl die Europäische Union nach wie vor die Weltregion mit der höchsten Wirtschaftskraft ist, sind mehr als die Hälfte aller Jugendlichen Europas ohne Arbeit und haben keine tragfähige Lebensperspektive. Dies ist eine der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, mit der Europa seit einigen Jahren konfrontiert ist. Angesichts solcher Konsequenzen wird ihre Bewältigung zur zentralen Herausforderung für die Weiterführung des „Friedensprojektes Europa“.

In der Krise hat sich die Ideenwelt der Menschen mit zahlreichen neuen Wortungetümen bevölkert, deren Bedeutung unklar ist und die leicht Misstrauen und Ängste erzeugen. Mit dem Versuch, einige dieser Unge­tüme in ihrem politischen Kontext zu beleuchten, soll dieser Text dazu beitragen, Schicht für Schicht bestehende Verständnissperren abzutragen, Hintergründe offenzulegen die politische Sprache aus Holzwegen heraus zu führen. Er will zusätzlichen Anstoß geben, um durch Kommunikation und kritische Debatte (wenn nicht anders möglich *ex post*) den Bürgern den Zugang zu den Sachfragen zu erleichtern. In einer offenen Gesellschaft ist Integration nur über Verständnis möglich. Verständnislosigkeit führt zu Desintegration.

Verständnis soll dadurch erleichtert werden, dass einige Neologismen auf dem Gebiet der *Europäischen Wirtschaftsregierung* in ihrem Funktionszusammenhang erläutert und in den Kontext einer neuen Dimension des

Politischen gestellt werden, die sich auf der Ebene der Europäischen Union entfaltet: *Europäischer Stabilitätsmechanismus, Europäischer Fiskalpakt und Schuldenbremse, Haftungsausschluss und Transferunion, Bankenunion, Europäische Investitionsoffensive, Europäisches Semester, Europäischer Superstaat*. Schon der Oberbegriff der Wirtschaftsregierung bedarf der Entzauberung. In dem freiheitlichen System, für das Europa sich entschieden hat, kann und soll das Wirtschaftsleben selbst nicht regiert werden. Es geht um die Festlegung der allgemeinen Bedingungen, innerhalb derer sich ein freies Wirtschaftsleben entfaltet, es geht um *governance* und nicht um *government*. Ein treffendes Wort für *governance* stellt die deutsche Sprache (noch) nicht bereit. Die im Zusammenhang der EU entstandenen sprachlichen Neuerungen sind nicht nur neue Kleider (frei nach Weiler: „Do the New Clothes Have an Emperor?“ (Weiler 1999)) für bekannte Formen hoheitlichen Handelns, sondern zaghafter, die tatsächliche Bedeutung eher verschleiender Ausdruck echter Innovationen, die zur Bewältigung der Krise als notwendig erachtet und möglich wurden.

2. Methodologische Vorbemerkung

Die zahlreichen Neologismen in den Sprachen des Rechts und der Politik eignen sich in besonderer Weise, um den Zusammenhang von Text und Kontext aufzuzeigen und auf seine Beziehung zur Ebene des Politischen zu reflektieren. Mit der Prägung neuer sprachlicher Formen beanspruchen Akteure, z. B. Gerichte oder Politiker, semantische Macht (vgl. Felder 2006) auszuüben. Werden die geschaffenen Ausdrucksweisen übernommen, bestimmen sie Inhalte und Akzeptanz in der demokratischen Öffentlichkeit. Ihre Analyse ermöglicht Einblicke darin, wie bestimmte (politische) Phänomene „gemacht“, ausgehandelt, legitimiert oder in Frage gestellt werden. Die Kontextualisierung der zu untersuchenden Phänomene lässt ein Bestreben der Autoren nach Originalität, aber auch nach Vermeidung solcher Assoziationen erkennen, die Widerstand erzeugen könnten. Solche Sprachschöpfungen missraten deshalb nicht selten zu hermetischen Formeln, die die gemeinten Inhalte und die dazu bezogenen Positionen verschleiern statt sie offen zu legen und damit durch Transparenz zur Herstellung von Legitimation¹ beizutragen. Die folgenden Beispiele wollen aus einer interdisziplinären, rechts-, sprach- und sozialwissenschaftlichen Perspektive Vor-

1 Dies gilt insbesondere für diskursive Theorien demokratischer Legitimation, wie sie z. B. von Jürgen Habermas (1992) entwickelt wurden.

gehensweisen dafür zu erproben, wie der wissenschaftliche Diskurs sich kritisch mit in der Öffentlichkeit auftauchenden Sprachungetümen und Begriffsmonstern auseinandersetzen kann, ohne dabei parteipolitische Positionen zu beziehen. Er legt Konzeptionen einer Linguistik zu Grunde, die Vorstellungen des philosophischen Pragmatismus² weiter entwickelt und zentrale Begriffe wie Bedeutung (vgl. Wittgenstein 1958) oder Wahrheit (vgl. Habermas 1981) unter Rückgriff auf Handlungskonsequenzen und Handlungswirkungen expliziert. Dieser methodische Ansatz hat sich als durchaus fruchtbar erwiesen, um die Diskussionen der Rechts- (vgl. Müller/Christensen 2007, 2013; Schiffauer 1979) und Verfassungswissenschaften (Schiffauer 2014) von Verhexungen durch die Sprache zu befreien, anstatt mit unzureichenden Argumenten um die Anerkennung einer angeblich objektiv richtigen Auffassung zu ringen. Unter diesen Prämissen können Neologismen nicht durch Rekurs auf angeblich objektive Regeln der Sprache kritisiert, sondern nur in ihrem eigenen Wirkungszusammenhang darauf überprüft werden, ob und wie sie geeignet sind, Kommunikation durch Sprache herzustellen. Die Methode dieser Untersuchung richtet sich also nicht auf die Ermittlung etwaiger Gesetzmäßigkeiten, sondern bemüht sich im Wege idiographischer bzw. empirischer Partikularaussagen (vgl. hierzu Kamlah/Lorenzen 1973), eine Reihe von Neologismen, die im politischen und institutionellen Diskurs der europäischen Krisenbewältigung geprägt wurden, in ihrem sachlichen und sprachlichen Kontext zu entfalten und ihre Aussagefähigkeit und ihr legitimierendes Potential kritisch zu beleuchten. Damit reiht sich der Beitrag in die Bemühungen empirisch orientierter Textarbeit ein, bemüht um ein besseres Verständnis des Politischen im Kontext der europäischen Integration.

3. Begriffsmonster der Wirtschaftssteuerung der Europäischen Union

Seit September 2009 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bzw. der Eurozone unter dem Zwang der Wirtschafts- und Finanzkrise mehrfach in fast panikartigen und chaotisch wirkenden Situationen Rettungsmaßnahmen für insolvente Banken und überschuldete Staaten der Eurozone – und damit für die „Wirtschafts- und Währungsunion,

2 Charles Saunders Peirce (1839–1914), Williams James (1842–1910), John Dewey (1959–1952).

deren Währung der Euro ist“³, beschlossen⁴. Für die individuellen Menschen und ihre realen Probleme brachten die gefundenen Lösungsansätze kaum greifbare Fortschritte und waren wenig verständlich. Kaum jemand hatte eine konkrete Vorstellung von den möglichen Folgen eines Zusammenbruchs, der durch den Einsatz staatlicher Mittel zur Stabilisierung der Finanzen privater Banken oder anderer Staaten abgewendet wurde. An die Stelle der generellen Zustimmung zum Projekt der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas, die unter dem Eindruck der von Nationalismen hervorgerufenen Zerstörungen und der Gefahrenlagen des kalten Kriegs in den politischen Eliten wie in der Bevölkerung vorherrschte, waren Haltungen getreten, die die Leistungen der Integration für kurzfristige nationale oder persönliche Interessen an einem rechnenden Kosten-Nutzen-Denken messen. Dabei spielte auch eine Rolle, dass seit den 1980er Jahren das Gedankengut des wirtschaftlichen Neoliberalismus in der politischen Landschaft von Mitte-rechts bis Mitte-links rezipiert worden war. Alternative Positionen wurden praktisch nur noch an den Rändern des politischen Spektrums angeboten, die kaum Einfluss auf die Entscheidungsprozesse hatten. Unter solchen Umständen wurde es möglich, dass Teile der Öffentlichkeit die europäische Integration als wenig humanes marktliberales Projekt wahrnahmen, das die Bürger schutzlos den Folgen der Globalisierung aussetzt. Konstitutionell verfügt die Europäische Union aber durchaus über die Mittel, um ihren weiten Wirtschaftsraum durch anspruchsvolle Standards des sozialen, ökologischen und Gesundheitsschutzes zu ordnen. Kraft ihrer wirtschaftlichen Potenz wäre sie auch in der Lage, ein solches Schutzniveau im globalen Wettbewerb zu verteidigen. Ob und in welchem Maße von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird, hängt von den Mehrheitsverhältnissen in der Institutionen der EU und damit letztlich davon ab, welchen politischen Kräften die Bürger bei den nationalen und Europawahlen ihre Stimme geben⁵. Generelle Zustimmung einer breiten Bevölkerungsmehrheit zum europäischen Integrationsprozess kann nicht länger einfach unterstellt werden. Da die Richtung dieses Prozesses eine Resultante der Wahlentscheidungen aller Bürger ist, kommt es wesentlich darauf an,

3 Artikel 3 Absatz 4 des Vertrags über die Europäische Union, Abl. C 83/2010 S. 17.

4 Siehe z. B. die bei bzw. anlässlich der Tagungen des Europäischen Rates vom 1./2. März 2012 und 20. Februar 2013 gefassten Beschlüsse.

5 In der gegenüber dem angelsächsischen Neoliberalismus kritischen Tradition französischer Politik, die schon im Vertrag von Lissabon auf Erwähnung der Zielsetzung einer „sozialen“ Marktwirtschaft bestanden hatte, lancierte z. B. der französische Präsident Emmanuel Macron nach seiner Wahl eine Initiative „pour une Europe que protège“.

durch sachliche Information und seriöse Argumente möglichst große Transparenz herzustellen. In diesem Zusammenhang ist es interessant und sinnvoll, die zahlreichen Neologismen auf dem Gebiet der *Europäischen Wirtschaftsregierung*, die bei der Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise entstanden sind, aus einer linguistischen Perspektive zu beleuchten und näher zu untersuchen.

Ohne *Solidarität* der Bürger und ihre Zustimmung zu den beschlossenen Schritten können Krisen nicht bewältigt werden. Solidarität und Zustimmung sind nicht denkbar ohne Verstehen. In einer offenen Gesellschaft ist Integration nur über Verständnis möglich. Verständnislosigkeit führt zu Desintegration. Das zeigt sich am Beispiel der Schuldenkrise des griechischen Staates. Politiker, Wirtschaftsfachleute und Bürger in den reichen Ländern Europas reagierten auf sie mit unverständlichen Nationalismen. Einerseits ist unbestritten, dass eine wenig kompetente und aufgeblähte öffentliche Verwaltung zusammen mit einem ineffizienten und ungerechten Steuersystem zu dem konstant wachsenden Haushaltsdefizit und damit der immer größer werdenden Verschuldung Griechenlands beigetragen haben. Andererseits wird aber dem Zusammenhang zwischen dem Wachstum der griechischen Importe aus dem EU-Raum (und besonders aus Deutschland) und der Zunahme der griechischen Staatsverschuldung wenig Beachtung geschenkt. Sollte man nicht erwarten dürfen, dass aufgrund einer positiven Handelsbilanz, nicht zuletzt mit anderen EU-Staaten, gesicherte Arbeitsplätze und erreichter Wohlstand Grund genug sind, um Maßnahmen der finanziellen Unterstützung für einen in Notlage geratenen Handelspartner zu befürworten? Sollte solche Unterstützung nicht noch populärer sein deshalb, weil ein erheblicher Teil der an Griechenland ausgereichten Mittel in Form von Zins- und Tilgungsleistungen umgehend wieder in das Bankensystem der reichen Länder zurück fließt? Statt unter solchen Umständen Solidarität mit den Bürgern Griechenlands zu beweisen, wurden in der öffentlichen Meinung der reichen Länder oberlehrerhaft die eigenen haushaltspolitischen Rezepte verabsolutiert. Von einer solchen öffentlichen Meinung getragen, war es für die Regierungen der „Geberländer“ nicht problematisch, eine parteipolitisch nicht „befreundete“ Regierung eines vor der Zahlungsunfähigkeit stehenden Staates zur Übernahme einer Austeritätspolitik zu bewegen, die Solidarität gerade gegenüber den am wenigsten bemittelten Teilen der griechischen Gesellschaft vermissen ließ.

Um das Verständnis der Vorgehensweisen im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise zu verbessern und damit auch beizutragen zu einer konstruk-

tiven Kritik, die für den Fortgang und die weiteren Perspektiven des Friedensprojektes *Europa* notwendig ist, erscheint es sinnvoll, die in der Stunde der Not geborenen wirtschaftspolitischen „Begriffsmonster“⁶ durch eine klare und für die Menschen nachvollziehbare Sprache zu erklären und damit unschädlich zu machen.

Der begrenzte Umfang dieses Beitrags erlaubt keine erschöpfende Analyse der jüngsten sprachlichen Prägungen der europäischen Wirtschaftspolitik. Die Analyse beschränkt sich auf einige Stichworte, die finanzielle Rettungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung – hauptsächlich Sparprogramme – bezeichnen, welche die Regierungen der Staaten der Eurozone sich (und anderen) auferlegt haben.

3.1 Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die Europäische Union kann nur in Ausnahmefällen und in engen Grenzen finanzielle Unterstützung leisten, wenn einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets durch Liquiditätsengpässe die Zahlungsunfähigkeit droht, beispielsweise weil angesichts der Höhe der Staatsverschuldung und der Risikobewertung der Banken auf dem Kapitalmarkt keine frischen Mittel aufgenommen werden können⁷. In der konstitutionellen Architektur der Europäischen Währungsunion sind weder Transferleistungen zum Ausgleich systembedingter ökonomischer oder finanzieller Ungleichgewichte noch die Möglichkeit einer Liquiditätsbeschaffung auf den Kapitalmärkten vorgesehen⁸. Als sich in der Finanzkrise die Einsicht durchsetzte, dass eine

6 Auf das Auftauchen von „Wortungetümen“ im Zusammenhang der Europäischen Krisenbewältigung macht als erster der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz in seiner Rede vor dem Europäischen Rat am 14. März 2013 aufmerksam; siehe im einzelnen Jędrzejowska (2014).

7 Von dieser Möglichkeit wurde zunächst durch Erlass der Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus, ABl. 2010 L 118/1.) Gebrauch gemacht. Dieser „provisorische“ Stabilisierungsmechanismus ermöglichte finanzielle Garantieleistungen in Höhe von 700 Milliarden Euro, die in einer Höhe von 60 Milliarden aus dem Haushalt der Europäischen Union gesichert wurden, während 440 Milliarden über eine zu diesem Zweck gegründete bankähnliche Zweckgesellschaft, die Europäische Stabilisierungsfazilität (ESFS) und 250 Milliarden über den Internationalen Währungsfonds (IWF) garantiert wurden.

8 Selbst der von der Europäischen Zentralbank gefundene Ausweg des „Quantitative Easing“, ein auch von anderen Zentralbanken angewandtes Instrument der Geldpolitik, begegnete rechtlichen Bedenken.

für den Fortbestand des Euro bedrohliche Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten durch gemeinsame Maßnahmen abgewendet werden müsse, wurden diese im Wesentlichen außerhalb des institutionellen Rahmens der Europäischen Union geschaffen, nicht nur weil eine Änderung der Grundlagenverträge angesichts der bekannten Haltung des Vereinigten Königreichs keine realistische Option war, sondern auch, weil in Anbetracht der bedeutenden einzubringenden Mittel die Geldgeberstaaten das Risiko scheuten, in einer supranationalen Konstruktion die Kontrolle über die Verwendung der Mittel zu verlieren und deshalb eine zwischenstaatliche Einrichtung bevorzugten. Der „Rettungsschirm“⁹ erhielt seine definitive Form durch einen besonderen völkerrechtlichen „Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM), der am 2. Februar 2012 zwischen den Staaten der Euro-Zone geschlossen wurde und am 27. September 2012 in Kraft getreten ist. Der ESM ist eine internationale Finanzinstitution, die ähnlich einem Europäischen Währungsfonds überschuldete, zur Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen bereite Mitgliedstaaten der Eurozone mit Krediten und (auch als „Haftungsgarantien“ bezeichneten) Bürgschaften unterstützen kann, so dass die betreffenden Mitgliedstaaten auf den Finanzmärkten Kredite zu günstigeren Konditionen erhalten können.

Die Schaffung des „Rettungsschirms“ für den Euro hat zu einer Beruhigung der Finanzmärkte geführt. Mit dem auf Dauer angelegten und juristisch abgesicherten ESM haben die Staaten der Eurozone in glaubwürdiger Weise ihre Entschlossenheit gezeigt, die Einheit und Kaufkraft der gemeinsamen Währung zu erhalten und zu diesem Zweck die Sicherung der Stabilität des Euro-Währungsgebiets als eine gemeinsame Angelegenheit zu behandeln. Dies geschah nicht im Wege einer generellen Solidarhaftung und Schuldenübernahme der Staaten der Eurozone untereinander, denn diese wäre in Widerspruch zu dem in Artikel 125 des AEU-V niedergelegten Verbot gestanden, sondern in der Form der im ESM vorgesehenen und auch wirksam gewordenen Garantieleistungen. Solche Leistungen sind an die Einhaltung präziser Bedingungen geknüpft, die die Verwirklichung der

9 Auch diese Prägung ist nicht besonders glücklich. Im deutschsprachigen Raum wurde die Metapher des Rettungsschirms – möglicherweise wegen der naheliegenden Assoziation mit dem Fallschirm – weitgehend akzeptiert. Dagegen war sie z. B. im französischsprachigen Raum kaum nachvollziehbar: Aus *parapluie*, *parachûte*, *parasol*, *paravent* usw. läßt kein allgemeines Konzept eines „Schirms“ entwickeln. Die in offiziellen EU Dokumenten verwendeten Übersetzungen „*dispositif financier*“ oder „*financial backstop*“ sind nicht sehr aussagekräftig.

im „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ und „Fiscal Compact“ festgelegten Ziele sicherstellen sollen und deren Einhaltung nach Maßgabe verbesserter Regelungen über die Haushaltsdisziplin¹⁰ und in den Verfahren des „Europäischen Semesters“ überwacht wird. Diese Form des Beistandes wurde vom Europäischen Gerichtshof für mit den Europäischen Verträgen vereinbar angesehen, denn nach seiner Auffassung verbietet es die in Artikel 125 AEU-V enthaltene „Nichtbeistandsklausel“ nicht,

„dass ein oder mehrere Mitgliedstaaten einem Mitgliedstaat, der für seine eigenen Verbindlichkeiten gegenüber seinen Gläubigern haftbar bleibt, eine Finanzhilfe gewähren, vorausgesetzt, die daran geknüpften Auflagen sind geeignet, ihn zu einer soliden Haushaltspolitik zu bewegen.“¹¹

Denn mit dieser Klausel, nach deren Wortlaut die Union oder ein Mitgliedstaat nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats eintritt und nicht für sie haftet,

„soll der Union und den Mitgliedstaaten nicht jede Form der finanziellen Unterstützung eines anderen Mitgliedstaats untersagt werden. Sie soll vielmehr sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten auf eine solide Haushaltspolitik achten, indem sie gewährleistet, dass die Mitgliedstaaten bei ihrer Verschuldung der Marktlogik unterworfen bleiben.“¹²

Der ESM ist somit nicht eigentlich ein „Mechanismus“, denn er kann nicht unmittelbar Stabilität herstellen. Er ist eher ein Instrument zur indirekten Beeinflussung von Verhaltensweisen der Akteure staatlicher Haushaltspolitik und der Finanzmärkte, die deren Beruhigung und letztlich größere Stabilität induzieren. Er ist „europäisch“ nur im weiteren Sinne, weil er nicht in den einheitlichen institutionellen Rahmen der Europäischen Union integriert ist, sondern – auch wenn der EU-Kommission gewisse administrative Aufgaben übertragen wurden – eine rechtlich autonome internationale

10 Sie ergeben sich aus den am 8. November und am 16. November 2011 beschlossenen Regelungspaketen Two-Pack und Six-Pack (ABl. L 306 vom 23.11.2011, S. 1–47; ABl. L 140 vom 27.5.2013, S. 1–10).

11 Vgl. Urteil des EuGH vom 27. November 2012 in der Rechtssache C 370/12 Thomas Pringle / Government of Ireland, Ireland, The Attorney General, ECLI:EU:C:2012:756 Rn. 137.

12 EuGH aaO. (Fußn. 8) Rn. 130, 135.

Organisation ist, in der die politische Eigendynamik, die sich bei Handlungen im Geflecht der EU-Institutionen entfaltet, nicht zum Tragen kommt. Denn anders als in den EU-Institutionen sind im ESM die Stimmrechte der teilnehmenden Mitgliedstaaten und damit ihr Einfluss auf die Entscheidungen proportional zu den aufgebrauchten Kapitalanteilen ausgestaltet.

Der ESM ist also insofern ein „Begriffsmonster“, als sein Name etwas anderes vermuten lässt als das, was sichtbar wird, wenn man es von seinem begrifflichen Schleier enthüllt. Bei Licht gesehen, ist er ein Instrument indirekter ökonomischer Steuerung („economic governance“ und nicht „economic government“). Die Parameter dieser Steuerung sind in den Wirtschaftswissenschaften zwar nicht unumstritten. Sie wurden aber in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam mit konstitutionellem Rang in das Recht der EU aufgenommen. Für die Vorgehensweisen im Rahmen des Euro-Währungsgebiets wird ihre Zugrundelegung also dadurch legitimiert, dass die entsprechenden Bestimmungen von den Staaten des Euro-Währungsgebiets in demokratischen Verfahren, teils aufgrund parlamentarischer Beschlüsse, teils nach Volksabstimmungen ratifiziert wurden. Im Rahmen des EMS übernehmen die in einem gemeinsamen Währungsraum verbundenen Staaten der Eurozone gegenseitige Garantieleistungen in einem Umfang, der begrenzt, aber doch ausreichend ist, um das Ausfallrisiko der wirtschaftlich schwächeren Teilnehmer abzusichern. Interessant ist dabei, dass die Konstruktion des EMS auf gegenseitiger Solidarität beruht. Er bewirkt allerdings keine Transferleistungen zum Ausgleich ökonomischer Ungleichgewichte im Rahmen eines heterogen strukturierten Binnenmarktes. Solidarität wird in diesem Instrument in der Weise konkretisiert, dass auch die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten in einem zu ihrer Wirtschaftskraft angemessenen Verhältnis Garantieleistungen übernehmen. Das kann im Hinblick darauf sachgerecht erscheinen, dass sich im Verlauf der Geschichte nicht selten die Verteilung von arm und reich verändert hat; aus armen Regionen sind reiche geworden und umgekehrt. Ob der griechische Staat mit Hilfe des ESM und der von ihm vorausgesetzten Austeritätspolitik seine Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden kann und ob die (gegenwärtige) Dimensionierung des ESM ausreichen kann, um im Falle einer akuten Finanzkrise eines der großen EU-Mitgliedstaaten Vertrauen in seine Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen, muss hier dahin gestellt bleiben.

3.2 Der Europäische Fiskalpakt (Fiscal Compact)

Die Regeln für die Europäische Währungsunion enthielten von Anfang an Regeln über verbindliche Obergrenzen der Verschuldung der teilnehmenden Staaten. Sie waren zunächst in einem separaten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“¹³ niedergelegt, der durch den Vertrag von Amsterdam vom 17. Juni 1997¹⁴ in die Gründungsverträge der Europäischen Union integriert wurde. Seine jetzige Fassung findet sich in den Bestimmungen des Artikels 126 AEU-Vertrag und des an diesen Vertrag angefügten Protokolls Nr. 12. Aus ihnen ergibt sich, dass die an der Währungsunion teilnehmenden Staaten die Höhe ihres jährlichen Haushaltsdefizits auf 3 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60 % ihres BIPs begrenzen müssen. Ab dem Jahre 2002 wurde diese Obergrenze aber zunächst von Deutschland und Frankreich und dann zunehmend auch von anderen Mitgliedstaaten überschritten. In solchen Fällen war vorgesehen, dass die EU-Kommission ein „Verfahren wegen übermäßigen Defizits“ einleitet, in dem die betroffenen Staaten zunächst einen Plan zum Abbau des Defizits vorlegen müssen, bei dessen Nichteinhaltung die Kommission Sanktionen vorschlagen kann. Der Rat, in dessen Ermessen die Verhängung solcher Sanktionen gestellt war,¹⁵ hat solche aber nie ausgesprochen, so dass dies Instrument sich schließlich als wirkungslos erwies. Als in der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 einer Reihe von Mitgliedstaaten, deren Verschuldung die vereinbarten Grenzen deutlich überschritten hatte, die Zahlungsunfähigkeit drohte, machten die Partnerstaaten der Währungsunion finanzielle Unterstützungsleistungen von zusätzlichen Garantien für die Einhaltung der vertraglich bereits vorgesehenen Verschuldungsobergrenzen abhängig. Durch Einführung neuer innerstaatliche Verfassungsbestimmungen mit Vorrang gegenüber parlamentarischen Haushaltsbeschlüssen sollten den Mitgliedstaaten der Wäh-

13 Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Amtsblatt der EG Nr. L 209 vom 2. August 1997, S. 1), der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Amtsblatt der EG Nr. L 209 vom 2. August 1997, S. 6) und der Entschließung des Europäischen Rates vom 17. Juni 1997 über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amtsblatt der EG Nr. C 236 vom 2. August 1997, Seite 1).

14 Abl. C ABl. C 340 vom 10.11.1997, in Kraft getreten am 1. Mai 1999.

15 Dies hat der EuGH in seinem Urteil vom 13. Juli 2004 in der Rechtssache C-27/04 – Commission/Council bestätigt.

rungsunion das Überschreiten der Verschuldungsobergrenze rechtlich unmöglich machen. Aber nicht in allen Mitgliedstaaten der EU ist eine solche „konstitutionelle Schuldenbremse“ verfassungsrechtlich möglich. Außerdem widersetzte sich die Regierung des Vereinigten Königreichs dem Ansinnen, die Verpflichtung zur Einführung einer solchen „Schuldenbremse“ in die Gründungsverträge der EU aufzunehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Unterzeichnung des Vertrags vom 2. März 2012 über „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“¹⁶ durch alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik. Die Verpflichtungen aus diesem Vertrag umfassen die Einführung einer „Schuldenbremse“ auf verfassungsrechtlichem oder vergleichbarem Niveau, die Überwachung der Einhaltung der Obergrenzen für die Staatsverschuldung durch die Europäische Kommission und einen gewissen Automatismus¹⁷ in für Reaktionen bei ihrer Überschreitung einschließlich einer Rechtsprechungszuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes. Für die Mitgliedstaaten, die den Euro (noch) nicht eingeführt haben, gelten diese Verpflichtungen allerdings nur mit Einschränkungen.

Bei der Beschäftigung mit dem Fiskalpakt begegnet man „Begriffsmonstern“ an allen Ecken und Enden. Sein Name wird überhaupt erst nachvollziehbar, wenn man die Verwendung des Terminus „fiscal“ in der englischen Sprache berücksichtigt: Weit über das Gebiet der Besteuerung hinausgehend erfasst er den gesamten Bereich der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Aber auch wenn man diese Bedeutung zugrunde legt, lässt der Name nur ein schemenhaftes Gespenst erkennen und nicht, was das Instrument tatsächlich bewirken soll. Etwas deutlichere Konturen zeigt das „Begriffsmonster“ der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse. Es tritt auf wie ein guter Geist, der vor verhängnisvollen Schritten bewahren soll. Doch seine Wirkungen können die Tradition demokratischer Willensbildung tiefgreifend verändern. Die herkömmliche Autonomie parlamentarischer

16 In Kraft getreten am 1. Januar 2013, eine vom Sprachendienst des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland erstellte deutsche Fassung ist verfügbar unter <http://www.flegel-g.de/2012-03-03-VSKS-Vertrag.html> (Abruf 5.7.2014).

17 Nach den anfänglichen Erfahrungen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist es allerdings fraglich, ob die Sanktionsmechanismen funktionieren werden. Einen voraussichtlich wirksamen Sanktionsmechanismus enthält der so genannte „Six-Pack“ (siehe Fußnote 7), weil nach dessen Regeln die Sanktionen, die die Kommission bei Verstößen gegen die Regeln zur Haushaltskonsolidierung vorschlägt, wirksam werden, wenn der Rat sich nicht mit einer qualifizierten Mehrheit widersetzt (sogenannte umgekehrte qualifizierte Mehrheit).

Haushaltsbeschlüsse wird eingebunden in die Zwänge der in der Europäischen Union gemeinsam ausgeübten, geteilten währungspolitischen Souveränität. Die Autonomie nationaler Haushaltspolitik besteht nur noch innerhalb der Spanne der durch die gemeinsame Währungsunion gesetzten Eckwerte. Der Fiskalpakt soll sichern, dass die im Rahmen nationaler Haushaltsautonomie gefassten Beschlüsse die gemeinsamen Eckwerte der Währungsunion auch dann einhalten, wenn die politische Willensbildung in den Organen auf nationaler Ebene diese Werte zu überschreiten droht. Solche Werte sind zwar prinzipiell veränderbar. Sie sind jedoch bei der Gründung der Währungsunion mit dem Einverständnis aller Beteiligten auf konstitutioneller Ebene festgeschrieben worden. Eine Veränderung würde also die Zustimmung aller Mitgliedstaaten der Währungsunion und damit eine bedeutende und erfolgreiche Überzeugungsarbeit voraussetzen. Die durchaus greifbaren Vorteile einer starken, gegenüber internationalen Finanzspekulationen widerstandsfähigen gemeinsamen Währung kommen Wirtschaft und Bürgern des Euro-Währungsgebiets, aber auch den eng mit ihm verbundenen anderen Währungsräumen zugute. Sie sind aber nicht zum Nulltarif zu haben, sondern beruhen auf wechselseitiger Beachtung der in demokratischen Verfahren gemeinsam beschlossenen Regeln. Mit dieser Einschränkung politischer Gestaltungsfreiheit auf der nationalen Ebene werden Bürger und Parlamente zu leben lernen müssen. Zu erinnern ist aber auch daran, dass diese Einschränkung die Kompetenz und politische Freiheit der nationalen Ebene, eine größere Verteilungsgerechtigkeit durch andere Mittel als durch Haushaltsdefizite anzustreben, in keiner Weise berührt. Zum Zwecke dieser Klarstellung lohnt sich für den sprachbewussten Wissenschaftler wie die betroffenen Bürger, den Schleier des „Begriffsmonsters“ etwas zu heben.

3.3 Der Haftungsausschluss zwischen EU-Mitgliedstaaten (Nichtbeistandsklausel)

Seit den Anfängen der Europäischen Währungsunion ist ein grundlegendes Prinzip, dass weder die Union noch ihre Mitgliedstaaten gegenseitig für finanzielle Verbindlichkeiten eintreten müssen, die von ihnen selbst oder von ihnen zugehörigen öffentlichen Körperschaften eingegangen wurden. Der Vertrag von Maastricht regelte dies in einer Bestimmung, die im jetzigen Artikel 125 AEUV unverändert Geltung hat. Dieser prinzipielle Haftungsausschluss (Nichtbeistandsklausel, auch bekannt als „No-Bail Out“-Klausel) von Artikel 125 AEUV ist von manchen in dem Sinne verstanden

worden, dass er es der Union und den Mitgliedstaaten verbietet, für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates einzutreten. Von dieser Meinung wird der zitierte Artikel als „die zentrale Säule eines nachhaltigen europäischen Stabilitätskonzepts angesehen (...) das auch nicht aus Gründen politischer Opportunität oder falsch verstandener Solidarität geopfert werden darf“ (Pache/Schwarz 2012, S. 21). Das Krisenmanagement solle supranationale Lösungen nur als *Ultima Ratio* betrachten (Dieter 2012, S. 8). Demgegenüber hat der Europäische Gerichtshof festgestellt,

„dass sich aus dem Wortlaut von Art. 125 AEUV, demzufolge die Union oder ein Mitgliedstaat nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats eintritt und nicht für sie haftet, ergibt, dass mit diesem Artikel der Union und den Mitgliedstaaten nicht jede Form der finanziellen Unterstützung eines anderen Mitgliedstaats untersagt werden soll.“¹⁸

In den Verhandlungen zur Schaffung der Europäischen Währungsunion war der prinzipielle Haftungsausschluss im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere ein deutsches Anliegen. Die Entstehungsgeschichte des Vertrags von Maastricht macht deutlich, dass der jetzige Art. 125 AEU-V sicherstellen soll, dass die Mitgliedstaaten auf eine solide Haushaltspolitik achten¹⁹. „Das Verbot in Art. 125 AEUV gewährleistet, dass die Mitgliedstaaten bei ihrer Verschuldung der Marktlogik unterworfen bleiben, was ihnen einen Anreiz geben soll, Haushaltsdisziplin zu wahren“²⁰. Die *finanzielle Eigenverantwortung* der Mitgliedstaaten wurde somit zu einem Grundprinzip der Europäischen Währungsunion. Sie begrenzte die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Zentralinstanz im Zusammenhang mit der Einführung einer gemeinsamen Währung auf ein von den Architekten der Währungsunion als unerlässlich erachtetes Mindestmaß, setzte aber auch *verantwortliches* haushaltspolitisches Handeln seitens aller Mitgliedstaaten voraus. Diese Gestaltung entspricht einem vom deutschen

18 Urteil des EuGH vom 27. November 2012 in der Rechtssache C 370/12 Thomas Pringle/Government of Ireland, Ireland, The Attorney General, ECLI:EU:C:2012:756 Rn. 130.

19 Vgl. den Entwurf eines Vertrages zur Änderung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Hinblick auf die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 2/91, S. 22 und 52.

20 Urteil des EuGH vom 27. November 2012 aaO. (Fußn. 15) Rn. 133.

Bundesverfassungsgericht²¹ formulierten Verfassungsgrundsatz, der es dem Haushaltsgesetzgeber nicht erlaubt, einem völkerrechtlichen Vertrag zuzustimmen, der zu finanziellen Verpflichtungen des Staates in unbegrenzter Höhe führen und damit die Autonomie des Parlaments als staatlicher Haushaltsbehörde aushöhlen kann. Dieses muss nach der Auffassung des Gerichts seine Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben frei von Fremdbestimmung seitens der Organe und anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union treffen können und dauerhaft „Herr seiner Entschlüsse“ bleiben. Als im Laufe der Finanzkrise zur Aufrechterhaltung der gemeinsamen Währung die finanzielle Unterstützung einiger Mitgliedstaaten zwingend notwendig wurde, wurde der Grundsatz der *Eigenverantwortung* in der öffentlichen Diskussion aber so verwendet, als ob er ein Verbot von Unterstützungsleistungen implizierte. In diesem deformierten Sinne wurde *Eigenverantwortung* schließlich zum Stichwort eines deutschen EU-Politikmusters, das Habermas nicht ganz unzutreffend als „die Wiederentdeckung des deutschen Nationalstaates“ (Habermas 2011, S. 11) kritisiert hat. Die sowohl sprachliche als auch inhaltliche Deformierung des in Artikel 125 AEUV verkörperten Grundsatzes der finanziellen Eigenverantwortung wurde vom Europäischen Gerichtshof in dem bereits zitierten Urteil in der Rechtssache „Pringle“²² richtig gestellt. Danach schließt der in dieser Bestimmung geregelte „Haftungsausschluss“ jede rechtliche Verpflichtung aus, für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates eintreten zu müssen, steht aber autonom beschlossenen finanziellen Unterstützungsleistungen nicht entgegen. Wenn man zudem berücksichtigt, dass die im Laufe der Finanzkrise gewährte Hilfe an die Einhaltung haushaltspolitischer Bedingungen geknüpft war, lässt sich sogar die These vertreten, dass es gerade solche Hilfe war, die es den von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten ermöglichte, ihre *Eigenverantwortung* im Rahmen der Währungsunion wieder wahrzunehmen.

Begriffsmonster können also auch entstehen, wenn verständliche und gut begründbare Konzepte von politischer Polemik aus falsch verstandenem nationalem Interesse missbraucht und verzerrt werden. Bei einem verantwortlichen Sprachgebrauch fügen sich Eigenverantwortung und Solidarität zu einem sinnvollen Zusammenhang, den auch die deutsche Bundeskanzle-

21 Vgl. zuletzt das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 18. März 2014 in den Rechtssachen 2 BvR 1390/12, 2 BvR 1421/12, 2 BvR 1438/12, 2 BvR 1439/12, 2 BvR 1440/12, 2 BvR 1824/12, 2 BvE6/12, Randnummern 160 ff., insbesondere Randnummer 163, 164 mit weiteren Nachweisen.

22 Urteil des EuGH vom 27. November 2012 aaO. (Fußn. 15).

rin Angela Merkel bekräftigt, wenn sie sagt: „Nationale Eigenverantwortung und europäische Solidarität gehören zusammen“.²³ Es ist deshalb zwar zutreffend, wenn der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in seinem Interview für *Staat und Recht* im September 2011²⁴ ausführt, dass es keine paneuropäische Haftungsgemeinschaft gibt. Der grundsätzliche Ausschluss obligatorischer Haftung wird aber ergänzt durch die Möglichkeit finanzieller Unterstützung im Falle krisenhafter Notlagen. Solche Unterstützung liegt im Interesse des Empfängerlandes, dessen Bürger nicht einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch ausgesetzt werden. Sie liegt aber auch im nationalen Interesse der Geberländer, weil sie den Fortbestand der gemeinsamen Währung und des eng verflochtenen europäischen Bankensystems sichert. Darüber hinaus kann sie dem Empfängerland durch eine Verbindung der Hilfe mit der Auflage zur Durchführung eines von Reformen einen hilfreichen Ansporn geben, seine Eigenverantwortung wahr zu nehmen. Dabei gab es im konkreten Fall berechtigten Streit darüber, ob einzelne der geforderten Reformen zumutbar und mit den Werten, auf die die Europäische Union sich beruft, vereinbar waren. Problematisch ist auch, wenn Entscheidungen über die Anforderungen von Reformprogrammen, die Lebensqualität einer großen Zahl von Menschen beeinträchtigen, auf der Ebene der Europäischen Union nicht von einem demokratisch Organ getroffen werden, sondern im Kontext einer bürokratischen Einrichtung wie der Troika. Die Vorgehensweisen der Europäischen Union sind verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig, gehen aber zu Recht aus vom dem Prinzip, dass die nationalen Verfassungsorgane mit dem Eintritt in eine transnationale Währungsunion substantielle Einschränkungen ihrer Gestaltungsfreiheit akzeptiert haben.

3.4 Die Union (k)eine Transferunion

Die im vorangehenden Abschnitt dargestellten Zusammenhänge werden aber völlig verkannt, wenn aus dem beschriebenen Haftungsausschluss die Folgerung gezogen wird, die Europäische Union sei keine *Transferunion*.²⁵

23 Rede bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der BELA-Foundation, Berlin 08.02.2012.

24 *Staat und Recht*, 22. September 2011, Nr. 221, S. 8.

25 Ein Zusammenhang zwischen Haftungsausschluss und dem Nichtbestehen einer Transferunion wird hergestellt beispielsweise von Wolfgang Schäuble in: *Staat und Recht*, Nr. 221 v. 22.9.2011, S. 8.

Denn seit ihren Anfängen bewirkt die europäische Integration Transferleistungen zwischen ihren Mitgliedstaaten. Allerdings werden die innereuropäischen Transferleistungen nicht in der Form reiner Finanztransfers²⁶ erbracht, sondern in Form finanzieller Leistungen aus dem gemeinsamen Haushalt im Rahmen spezifischer gemeinsamer Politiken.

Das klassische Beispiel ist der wirtschaftspolitische Basiskompromiss, der dem EWG-Vertrag aus dem Jahre 1957 zu Grunde liegt. Dieser Vertrag schuf die Grundlage für den freien Handel mit Industrie- und Agrarprodukten zwischen den sechs Gründungsmitgliedstaaten unter der Voraussetzung einer aus dem gemeinsamen Haushalt finanzierten Politik zur Sicherung der Einkommen aus der Agrarproduktion. Im Klartext bedeutete dies: Frankreich und Italien öffneten ihre Grenzen für Industrieprodukte aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden und erhielten im Gegenzug aus dem Gemeinschaftshaushalt Unterstützung für ihre landwirtschaftliche Produktion. Dies hinderte allerdings nicht, dass im Laufe der Jahre auch die Agrarproduzenten Deutschlands, Belgiens und der Niederlande aus der gemeinsamen Agrarpolitik bedeutende Vorteile zogen – bis sie schließlich in Butterbergen und Milchseen endete und reformiert werden musste.

Ein weiteres Beispiel ist die gemeinsame Regionalpolitik zur finanziellen Förderung unterentwickelter Regionen. Um in dem grenzüberschreitenden gemeinsamen Markt einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, setzen seit der Gründung der EWG die Beihilferegeln der europäischen Verträge²⁷ staatlichen Hilfeleistungen an Wirtschaftsunternehmen, Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsregionen enge Grenzen. Es bestand aber Konsens darüber, dass die Förderung von weniger entwickelten Gebieten eine öffentliche Aufgabe ist. Diese Aufgabe wurde in einer mit den Grundsätzen des gemeinsamen Marktes vereinbaren Art und Weise, die insbesondere einen Subventionswettbewerb unter den Mitgliedstaaten unmöglich macht, in der Form der gemeinsamen Regionalpolitik erfüllt. In ihrem Rahmen erhalten förderungswürdige Regionen bzw. in diesen Regionen tätig werdende Unternehmen Zuschüsse aus dem gemeinschaftlichen Haushalt zur Verwirklichung von Investitionen. Wegen des zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Entwicklungsgefälles hatte die gemeinschaftliche Förderung der Regionalentwicklung stets die Wirkungen eines Finanztransfers von den reicheren zu den weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten, unge-

26 Ein reiner Finanztransfer ist beispielsweise der Finanzausgleich zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschlands gemäß Artikel 107 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes.

27 Im geltenden Recht die Artikel 107–109 AEU-V.

achtet der Tatsache, dass auch in den ersteren die wirtschaftsschwachen Regionen von dieser Art der Förderung profitierten.

Um die mit der Süderweiterung von 1986 einhergehende Vergrößerung des innergemeinschaftlichen Entwicklungsgefälles und die Folgen der bis 1992 angestrebten Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes auszugleichen, wurden die Transferleistungen der gemeinsamen Regionalpolitik schließlich in Form der jetzt noch bestehenden Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts (Kohäsionspolitik)²⁸ erweitert. Sie umfasst die Tätigkeit verschiedener Strukturfonds: den Fonds für regionale Entwicklung²⁹, den Sozialfonds³⁰, den Fonds für die strukturelle Landwirtschaftsentwicklung³¹ und den Kohäsionsfon³² zur Unterstützung von Vorhaben zum Umweltschutz und zur Verwirklichung transeuropäischer Verkehrsinfrastrukturnetze.

Die erneute Vergrößerung des Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch die Ost-Erweiterungen der Jahre 2004 und 2006 ließ die Kohäsionspolitik zu einem zentralen Angelpunkt für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes und des europäischen Integrationsprozesses insgesamt werden. Denn der Fortbestand der Freiheiten der Unionsbürger und insbesondere ihres Rechts auf Freizügigkeit setzt langfristig eine schrittweise Annäherung des Wohlstandsniveaus zwischen den verschiedenen Regionen voraus. Bliebe das Wohlstandsgefälle zu krass und bestünde keine Hoffnung auf Besserung, so müsste mit Migrationsströmen gerechnet werden, die das Integrationspotential der wohlhabenderen Staaten überfordern könnten. Deshalb liegt eine auf Überwindung krasser Entwicklungs- und Wohlstandsunterschiede zielende Kohäsionspolitik der Union auch im Interesse der zuletzt genannten Staaten.

Die kontinuierliche Entwicklung der gemeinschaftlichen Instrumente und ihre stetig wachsende Bedeutung bis hin zur jetzigen Kohäsionspolitik widerlegen alle Behauptungen, die Europäische Union sei keine Transferunion. Im Gegenteil, kontinuierliche Transferleistungen sind eine Voraussetzung für das Funktionieren und den Fortbestand der Union. Wenn von

28 Im geltenden Recht geregelt durch die Artikel 174–178 AEU-V.

29 Artikel 176 AEU-V.

30 Artikel 164 AEU-V.

31 Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, Artikel 43 AEU-V.

32 Artikel 177 AEU-V.

ihr behauptet wird, sie sei keine Transferunion³³, dann ist dies billige politische Polemik in eklatantem Widerspruch zu den Tatsachen und in der irri- gen Annahme, ein nationales Interesse zu vertreten. Was die Transferlei- stungen der Europäischen Union von den auf einzelstaatlicher Ebene prakti- zierten Formen des Finanzausgleichs unterscheidet ist, dass die ersteren an die Verwirklichung produktiver Investitionen geknüpft sind und damit deutliche Wachstumsimpulse setzen, während die letzteren reine Finanz- transfers und damit nach Meinung von Elmar Brok (2015, S. 169) das teu- erste, ineffektivste und damit am wenigsten intelligente Umverteilungs- system der Welt sind.

Das Begriffsmonster der „*Transferunion*“ gehört somit zur Familie der gutartigen Gespenster. Zwar wird mit ihm versucht, redlichen Bürgern und Bürgerinnen mit der Begriffshülle Angst einzuflößen, sie könnten erworbe- ner Güter durch „*Transfers*“ verlustig gehen und die „*Union*“ sei Schuld daran. Von einer sachlichen Analyse beleuchtet löst sich die Gespenster- drohung auf in die Normalität einer auf dem europäischen Kontinent zu- sammenwachsenden arbeitsteiligen pluralistischen Gesellschaft, in der strukturell bedingte Ungleichgewichte zur Erhaltung des inneren Friedens und der Produktivität des Gesamtsystems durch korrigierende Maßnahmen ausgeglichen werden müssen.

Es mehren sich die Stimmen, die nachhaltigere Transferleistungen vor al- lem im Euro-Währungsgebiet für notwendig halten³⁴, um in Anbetracht der auf nationaler Ebene existierenden haushaltspolitischen Zwänge auf der Unionsebene einen Ausgleich für die erheblichen, strukturell bedingten Ungleichgewichte der Finanzströme zu schaffen. Die klassische Kohäsions- politik erscheint hierfür nicht als der geeignete Ort, weil deren bedeutendste Empfängerländer dem Euro-Währungsgebiet gerade nicht angehören. In der Diskussion befinden sich daher Optionen wie die Transformation des ESM in einen Währungsfonds des Euroraums, die Schaffung einer besonde- ren EU-Haushaltsfazilität für den Euroraum oder die gemeinsame Emission von „Eurobonds“ durch die Mitgliedstaaten des Euroraums. So unabweis- bar die Notwendigkeit bedeutenderer Transfers werden dürfte, wenn die gemeinsame Währung langfristig stabil bleiben soll, so wenig Konsens be- steht in der Gegenwart, weder über das Prinzip noch über das am besten geeignete Mittel.

33 Über die deutsche Diskussion berichtet Elmar Brok (2015, S. 164 ff.).

34 Vgl. z. B. J.E. Stiglitz, *The Euro: How a Common Currency Threatens the Future of Europe*, New York 2016.

3.5 Bankenunion – keine Union der Banken

Wie eine gute Fee tritt dem Bürger die „*Bankenunion*“ entgegen. Wer hätte angesichts des vom Zusammenbruch des New Yorker Bankhauses *Lehmann Brothers* ausgelösten Katastrophenszenarios und der daraus resultierenden Besorgnis, die Bankenkrise könne zur Zahlungsunfähigkeit bedeutender europäischer Bankhäuser führen und mühsam erarbeitete Ersparnisse zunichtemachen, nicht träumen mögen von einer rettenden Vereinigung der europäischen Bankhäuser unter einem schützenden Dach der Europäischen Union, das den Bürgern Sicherheit verspricht und ihr verloren gegangenes Vertrauen wiederherstellt. Aber solche Träume sind weit von der Realität entfernt. Seit dem Scheitern des Versuchs von Francois Mitterand, zu Beginn seiner ersten Amtsperiode als Präsident der Französischen Republik das französische Bankensystem zu verstaatlichen, konnte niemand mehr ernsthaft glauben, dass sich eine auf privatem Eigentum und unternehmerischer Freiheit basierende und durch soziale Ziele modulierte Wirtschaftsordnung ohne ein privatwirtschaftliches Bankensystem positiv entfalten kann. Die Studienanfänger der Volkswirtschaft in Erstaunen versetzende Fähigkeit des Privatbankensystems, die von der Zentralbank in Umlauf gesetzte Geldmenge im Wege der Giralgeldschöpfung zu vermehren und damit den Wirtschaftskreislauf zu beleben, kann von keiner öffentlichen Institution ersetzt werden. Die *Bankenunion* führt auch nicht zu einer kollektiven Haftung (der EU oder ihrer Mitgliedstaaten) für die Schulden des Euro-Bankensystems,³⁵ sondern beruht auf der finanziellen Eigenverantwortung der Bankenwirtschaft. Die von der Europäischen Union als Reaktion auf die Bankenkrise geschaffene *Bankenunion* ist also alles andere als eine Union der Europäischen Banken. Sie besteht im Wesentlichen aus drei Elementen:³⁶

35 Auf dieses unzutreffende Argument stützten 172 Ökonomen ihre Kritik an der Bankenunion in einem von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 30. November 2014 veröffentlichten offenen Brief, verfügbar auf der Web-Seite: faz.net/aktuell/wirtschaft/protestauf-ruf-der-offene-brief-der-oekonomen-im-wortlaut-11810652.html (Abruf 12.8.2014). Öffentliche Haushalte können, wenn überhaupt, nur bis zu dem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden, zu dem der von der Bankenwirtschaft azubringende Fonds konstituiert ist.

36 Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 15. April 2014, verfügbar auf der Web-Seite. http://ec.europa.eu/finance/general-policy/docs/banking-union/banking-union-memo_de.pdf (Abruf 12.8.2014)

- einem einheitlichen europäischen Regelwerk mit erhöhten Anforderungen an die Kapitalausstattung der Banken, die Vorhaltung von Liquidität und für eine breitere Risikostreuung³⁷;
- eine einheitliche Aufsicht über die Einhaltung des europäischen Regelwerks, die für die +/- 130 bedeutendsten europäischen Geldinstitute direkt von der Europäischen Zentralbank übernommen wird und für die übrigen Banken von nationalen Aufsichtsbehörden in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank innerhalb eines integrierten Systems durchgeführt wird³⁸; eine politische Rechenschaftspflicht der Zentralbank in ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde wird durch eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament hergestellt;
- ein einheitlicher Mechanismus für die Abwicklung insolvent gewordener Banken durch die Anteilseigner, Gläubiger und durch einen von der Bankenwirtschaft finanzierten Abwicklungsfonds, der die Inanspruchnahme von Steuergeldern zur Rettung von Banken nicht mehr nötig machen sollte³⁹.

Bevor der einheitliche Aufsichtsmechanismus im November 2014 in vollem Umfang zum Einsatz kam, haben die Europäische Zentralbank und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde die 130 europäischen Großbanken

37 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012, ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1–337; Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl. L 176 vom 27.6.2013.

38 Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl. L 287 v. 29.10.2013 S. 63; Verordnung (EU) Nr. 1022/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) hinsichtlich der Übertragung besonderer Aufgaben auf die Europäische Zentralbank gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013, ABl. L287 v. 29.10.2013 S. 5.

39 Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl. L 225 v. 30.7.2014 S. 1.

einem Stresstest unterzogen. Dabei wurden bei 14 Banken (vgl. hierzu De Groen 2014) Eigenkapitallücken festgestellt und die vereinbarte Rekapitalisierungskaskade ausgelöst: Zunächst sind diese Banken angehalten, sich auf den Märkten oder aus anderen privaten Quellen zusätzliches Kapital zu beschaffen. Sollte dies nicht in ausreichendem Maße gelingen, könnten gegebenenfalls auf nationaler Ebene unter strengen Auflagen und im Einklang mit den Vorschriften für staatliche Beihilfen öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Die von der Europäischen Union im Rahmen der „Bankenunion“ beschlossenen Maßnahmen geben Sparern und Bankkunden keine letzte Sicherheit gegen Verluste. Nur Einlagen in einer Höhe bis zu 100.000 Euro pro Bank und Anleger sind durch den Abwicklungsmechanismus vollständig garantiert. Es besteht aber die Hoffnung, dass die Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalausstattung der Banken und die entsprechende Überwachung ihrer Einhaltung geeignet sind, den Teufelskreis von Bankenkrise und Staatsverschuldung dadurch zu durchbrechen, dass das Bankensystem insgesamt gestärkt und gegen ökonomische Schocks widerstandsfähiger gemacht wird. Eine andere Frage ist, ob die gute Fee der *Bankenunion* in der Lage ist, das verloren gegangene Vertrauen der Bürger in die Bankenwirtschaft wiederherzustellen. Wenn ein Wirtschaftszweig, der nach hochriskanten und unzureichend überwachten Finanzoperationen nur durch massive staatliche Finanzierung vor dem drohenden Zusammenbruch gerettet werden konnte, die manche der Unterstützung leistenden Staaten ihrerseits an den Rande der Insolvenz brachte, wenn ein solcher Wirtschaftszweig der wirtschaftspolitisch eher liberal orientierten *governance* der Europäischen Union dann noch Anlass gibt, durch eine ausdrückliche zwingende unionsrechtliche Regelung die Höhe der das normale Gehalt ergänzenden vertraglichen Zusatzvergütungen für Bankmanager (*Banker-Bonusse*) auf einer Höhe zu begrenzen, die für andere nichtselbständig Beschäftigte unerreichbar ist, wenn dann noch ein Mitgliedstaat, in dessen Hauptstadt sich die größte Konzentration der Finanzwirtschaft innerhalb der Europäischen Union befindet, ausgerechnet gegen diese Regelung (den *Banker-Bonus Cap*) vor dem Europäischen Gerichtshof Klage erheben,⁴⁰ dann ist es allerdings für den gesamten Wirtschaftszweig nicht leicht, das

40 Rechtssache C-507/13, Klage des Vereinigten Königreichs gegen das Europäische Parlament und den Rat auf Nichtigerklärung der Artikel 94(1)(g), 94(2) und/oder 162(1) und (3) der Richtlinie 2013/36/EU sowie der Artikel 450(1)(d), (i) und/oder (j) and/or 521(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (zu den Rechtstexten, die Gegenstand der Klage sind, vgl. Fußn. 44).

Vertrauen seiner Kunden wieder herzustellen. Hieran ändert sich auch nichts durch den Umstand, dass nachdem Generalanwalt Nilo Jääskinen in seinen Schlussanträgen am 20.11.2014 die Klageabweisung beantragt⁴¹ hatte, das Vereinigte Königreich am folgenden Tag die Klage schließlich zurückgenommen hat, so dass das Verfahren eingestellt⁴² wurde. Denn aufgrund der Analyse des Generalanwalts bleibt der Verdacht, dass der Gerichtshof bei Erlass eines Urteils möglicherweise Gelegenheit zu rechtlichen Feststellungen erhalten hätte, die über den Rahmen des vorliegenden Verfahrens hinausgehende, für die klagende Partei ungünstige Auswirkungen entfaltet hätten.

Die gute Fee der *Bankenunion* war nötig, um einen verhängnisvollen Entwicklungstrend umzukehren, der dadurch möglich wurde, dass die nationalen Sicherheitsanforderungen und Überwachungsmechanismen für Geldinstitute sich gegenüber einer global agierenden Finanzwirtschaft als völlig unzureichend erwiesen. Die Europäische Union hat auf diesem Gebiet Handlungsfähigkeit bewiesen und die Beschlussfassung erhielt durch die volle Mitwirkung des Europäischen Parlaments diskursive demokratische Legitimation. Die Überwachung durch eine unabhängige europäische Instanz soll nationale Rücksichten und Kungeleien ausschließen. Die bloße Existenz eines Abwicklungsmechanismus sollte Finanzmanager bei ihrer künftigen Vorgehensweise dazu veranlassen, nicht mehr auf eine staatliche Rettungsbereitschaft zu vertrauen, sondern die Möglichkeit eines Konkurses ihres Unternehmens einzukalkulieren. Verbleibende Zweifel, ob diese Schritte zielführend und ausreichend sind, kann nur die künftige Entwicklung zeigen. Im jetzigen Stadium wird man es der guten Fee verzeihen, dass sie im Kleide einer nicht ganz zutreffenden Bezeichnung einhergeht.

41 http://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?doclang=DE&text=&pageIndex=0&part=1&mode=lst&docid=159945&occ=first&dir=&cid=168335 (Abruf 15.8.2014).

42 Die Rechtssache wurde durch Beschluss des Präsidenten des Gerichtshofs vom 9. Dezember 2014 aus dem Register gestrichen und dem Vereinigten Königreich wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt, nachdem dieses mit Schriftsatz vom 21.11.2014 die Klage zurückgezogen hatte.

3.6 Europäische Investitionsoffensive (EFSI) und Europäische Langfristige Investmentfonds (ELTIF)

Am 26. November 2014 stellte Jean-Claude Juncker, der am 1. November 2014 sein Amt als Präsident der Europäischen Kommission angetreten hatte, dem Plenum des Europäischen Parlaments eine Mitteilung über eine *Investitionsoffensive*⁴³ vor, mit der innerhalb der Europäischen Union ein zusätzliches Investitionsvolumen von über 300 Milliarden Euro mobilisiert werden soll, von der die Kommission sich die Schaffung von über 1 Million neuer Arbeitsplätze verspricht. Mit dieser Initiative löste Juncker ein programmatisches Versprechen ein, das er dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014⁴⁴ vor seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten gegeben hatte. Am gleichen 26. November erreichten die Verhandlungsdelegationen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission eine Einigung⁴⁵ über den Inhalt einer Verordnung über *langfristige Investmentfonds*, die von der Europäischen Kommission am 26 Juni 2013 vorgeschlagen worden war⁴⁶.

Das Kernstück der *Investitionsoffensive* soll ein neuer *Europäischer Fonds für strategische Investitionen* (EFSI) bilden, der bis Juni 2015 eingerichtet werden soll. Eine Garantie in Höhe von 16 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und weitere 5 Mrd. EUR, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt werden, sollen die Grundlage dieses Fonds bilden. Die Kommission rechnet damit, dass der Multiplikatoreffekt des Fonds bei

43 Kommissionsdokument COM(2014)903.

44 Rede von Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014: „Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen ... Wir brauchen intelligentere Investitionen, mehr Zielgerichtetheit, weniger Regulierung und mehr Flexibilität bei der Nutzung der [auf Unionsebene verfügbaren] öffentlichen Mittel ... Auf diese Weise dürften wir in der Lage sein, in den nächsten drei Jahren bis zu 300 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen für die Realwirtschaft zu mobilisieren ... Diese zusätzlichen Investitionen sollten vorrangig in Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere Breitband- und Energienetze und Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), in die Bildung, Forschung und Innovation und in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen. Vor allem aber muss in großem Maßstab in Maßnahmen investiert werden, die Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen.“

45 Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 27.11.2014, verfügbar auf der Web-Seite: europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20141126IPR80904/html/Deal-secured-to-boost-infrastructure-investment-in-the-EU (Abruf 16.8.2014).

46 Kommissionsdokument COM(2013)462.

1:15 liegen wird. Das würde bedeuten, dass jeder Euro aus öffentlichen Mitteln, der über den Fonds bereitgestellt wird, Investitionen von insgesamt 15 EUR generiert, die andernfalls nicht getätigt würden. Der Fonds soll vor allem Investitionen in Breitband- und Energienetze, in die Verkehrsinfrastruktur von Industriezentren, in Ausbildung, Forschung und Innovation, in erneuerbare Energien sowie Investitionen von kleineren/mittleren Unternehmen und solcher mit mittlerer Kapitalausstattung finanzieren⁴⁷.

Die künftige Verordnung über europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF) soll für das Gebiet der EU einheitliche Vorschriften⁴⁸ für die Zulassung, die Anlagepolitik und die Bedingungen für die Tätigkeit besonderer, in der EU als „*europäische langfristige Investmentfonds*“ betriebener Investmentfonds schaffen. Ein europäischer Ordnungsrahmen für derartige Fonds soll einem doppelten Bedarf nachkommen: Einerseits sollen solche Fonds dem Finanzbedarf von Unternehmen entgegenkommen, die langfristige Großprojekte durchführen, z. B. Bauträger oder Straßenbauunternehmen. Traditionell haben sich derartige Unternehmen die für solche Investitionen erforderlichen Finanzmittel auf den Aktienmärkten oder bei Banken beschafft. Sie sind auf Investoren angewiesen, die bis zum Abschluss des Vorhabens keine Rückzahlungen verlangen. Doch seit der Finanzkrise investieren viele Anleger an der Börse nur noch sehr kurzfristig und auch die Banken vergeben weniger bereitwillig langfristige Darlehen. Auf der Seite der Investoren und Sparer sollen die entsprechend den Regeln der Verordnung geführten Fonds Vertrauen herstellen und langfristige Investitionsmöglichkeiten mit fester oder stabiler Rendite anbieten können, die z. B. von Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften und manchen individuellen Anlegern gesucht werden⁴⁹.

Tritt den Bürgern in der Form dieser Begriffsbildungen statt neuer „Begriffsmonster“ nun der „gute Geist“ der Europäischen Integration entgegen? Die gute Nachricht ist, dass die Europäische Union mit diesen Initiativen unter Beweis stellt, dass ihre politische Agenda nicht nur Austerität, sondern auch konkrete Maßnahmen zur Erzeugung wirtschaftlichen

47 Siehe die Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 26.11.2014, verfügbar auf der Web-Seite europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2128_de.htm?locale=en (Abruf 16.8.2014).

48 Siehe Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische langfristige Investmentfonds, Kommissionsdokument COM(2013)462.

49 Siehe die von der Kommission zu ELTIF bereit gestellte Bürgerinformation, verfügbar auf der Web-Seite: ec.europa.eu/finance/investment/docs/long-term/20130626-citizens-summary_de.pdf (Abruf 16.8.2014).

Wachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen umfasst. Nach den negativen Nachrichten der vergangenen Jahre sind die politisch Verantwortlichen jetzt bestrebt, das Handeln der Union in einem besseren Lichte erscheinen zu lassen. Es besteht aber der Verdacht, dass der berechtigte Wunsch zu einer positiven Selbstdarstellung hier weitergegangen ist als die realen Möglichkeiten erlauben. Sprachliche Neuschöpfungen wie „*Investitionsoffensive*“, „*Europäischer Fonds für strategische Investitionen*“ und „*langfristige Investmentfonds*“ knüpfen deutlich an die sprachlichen Formen für die bedeutenden Transfer- und Umverteilungsmaßnahmen der Kohäsionspolitik an. Werden damit nicht Hoffnungen und Erwartungen erzeugt, die leicht in Enttäuschungen umschlagen können? Die Bereitstellung einer Summe von 15 Milliarden Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union ist in Anbetracht seines durch die mehrjährige Finanzrahmen⁵⁰ festgeschriebenen bescheidenen Gesamtumfangs zwar eine erhebliche Leistung, doch das für einen Wachstumsschub notwendige Investitionsvolumen ist von einer anderen Größenordnung. Ob der von der Kommission erwartete Multiplikatoreffekt erreicht werden kann, ist ungewiss. Aus Wirtschaftskreisen verlautet, die wirkliche Herausforderung sei, die für die investierende Wirtschaft im Binnenmarkt immer noch bestehenden Investitionshindernisse zu beseitigen⁵¹. Es wird aber auch positiv hervorgehoben, dass dieser Plan ein wichtiges Signal in die Richtung setzt, dass die rar gewordenen öffentlichen Ressourcen mit größtmöglicher Wirkung eingesetzt werden müssen. Angesichts der bestehenden finanzpolitischen Zwänge enthält die vorgelegte „*Investitionsoffensive*“, selbst wenn ihr Erfolg nicht garantiert ist, das gegenwärtig wohl beste mögliche Maßnahmenpaket. Berücksichtigt man aber, dass die finanzielle Verpflichtung des EU-Haushalts in Garantieleistungen besteht, die bei günstiger Entwicklung der finanzierten Infrastrukturvorhaben nicht zur Zahlung fällig werden, so könnte es doch etwas irreführend erscheinen, wenn für diese Aktionen eine Begrifflichkeit verwendet wird, die sie in die Nähe der Transfer- und Umverteilungsmaßnahmen der Kohäsionspolitik rücken. Korrekter wäre es vielleicht, das Kernstück der *Investitionsoffensive* als *Europäischen Garantie-Fonds für strategische Investitionen* zu bezeichnen.

Es ist ebenfalls zweifelhaft, ob die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für „*europäische langfristige Investmentfonds*“ für sich allein eine Zunahme

50 Vgl. Verordnung des Rates zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020, Abl. L 347 v. 20.12.2013, S. 884–891.

51 Emma Marcegaglia, Präsidentin von BUSINESSEUROPE, zitiert in Agence Europe, Bulletin 27.11.2014, Abschnitt 5.

langfristiger Finanzanlagen generieren kann, auch wenn für diese ein beiderseitiger Bedarf bestehen sollte. Es wird abzuwarten sein, ob solche neuartigen Investmentfonds ohne öffentliche Garantieleistungen Anleger zu längerfristigen Dispositionen motivieren können. Im Zusammenwirken mit der vorgeschlagenen „*Investitionsoffensive*“ kann von dem neuen Instrument durchaus eine Unterstützungswirkung bei der Finanzierung langfristiger Investitionen erwarten⁵². Zur Vermeidung falscher Assoziationen wäre die Bezeichnung „*europäischer*“ Fonds aber auch in diesem Zusammenhang besser nur dann verwendet worden, wenn der betreffende Fonds entweder europäische Rechtspersönlichkeit hat oder aus Mitteln der Europäischen Union gespeist wird. Für die jetzt beschlossene Verordnung wäre die Bezeichnung „*langfristiger Investmentfonds mit EU-Standard*“ wohl korrekter gewesen.

3.7 Das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik (Europäisches Semester)

Demokratie ist wesentlich politische Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen. In ihren repräsentativen Formen, die sie in der europäischen Verfassungskultur (vgl. Häberle 2011) angenommen hat, vollzieht sich Selbstbestimmung durch das freie Handeln gewählter Vertreter in politischen Institutionen. Parlamente als legitime Repräsentanten des Souveräns anerkennen keine ihnen übergeordnete Instanz. Im Vereinigten Königreich, einem „Mutterland der Demokratie“, ist der Grundsatz der „sovereignty of Parliament“ (vgl. Dicey 2013) uneingeschränkt anerkannt. Die meisten Parlamente respektieren Bindungen durch Verfassungstexte, die sie nur mit qualifizierten Mehrheiten und in einigen Fällen⁵³ überhaupt nicht ändern können. Aber ihre Beratungen waren bisher keinerlei externen politischen Kontrollen unterworfen. Die bis 2010 bestehenden Verfahren zur wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten wurden unabhängig voneinander angewendet.

52 In diesem Sinne äußerte sich nach dem Zustandekommen der politischen Einigung zwischen Rat und Parlament über den Inhalt des Gesetzgebungsvorschlags das für Finanzdienstleistungen zuständige Kommissionsmitglied Jonathan Hill (zitiert in Agence Europe, Bulletin 27.11.2014, Abschnitt 3).

53 Vgl. z. B. den Artikel 79 Absätze 2 und 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland; allgemein hierzu Melissa Schwartzberg (2007).

Demgegenüber beinhaltet das im Jahre 2010 von den EU-Mitgliedstaaten auf Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossene Verfahren des „Europäischen Semesters“ eine konstitutionelle Innovation. Es handelt sich um einen Zyklus makroökonomischer Überwachung- und Koordinierung des Haushaltsgebarens der Mitgliedstaaten auf Unionsebene. Da er sich über den Zeitraum der ersten sechs Monate eines jeden Kalenderjahres erstreckt, erhielt er die Bezeichnung „Semester“. In seinem Rahmen werden die Haushaltsentwürfe der EU-Mitgliedstaaten auf der Ebene der EU-Institutionen frühzeitig überprüft, noch ehe die Parlamente der jeweiligen Mitgliedstaaten ihre Haushaltspläne beschließen. Zum ersten Male in der Geschichte der europäischen Integration wurde damit eine externe Ebene geschaffen, auf der Rechenschaft über die nationalen Haushaltsberatungen abzulegen ist. Auf diese Weise sollen im Wege einer auf die gesamte makroökonomische Politik ausgedehnten Überwachung und Koordinierung die Ziele der jeweiligen nationalen Haushalts-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik mit den im Rahmen der Union beschlossenen Zielsetzungen in Einklang gebracht und sie besser aneinander angeglichen werden⁵⁴. Dabei wird unter Berücksichtigung haushalts-, wirtschafts- und sozialpolitischer Aspekte überprüft, ob die Entwürfe der jeweiligen Regierung für den nationalen Haushaltsplan die Verpflichtungen respektiert, die die Staaten im Stabilitäts- und Wachstumspakt⁵⁵ und im Fiscal Compact⁵⁶ übernommen haben. Die Überprüfung wird durch Vorschläge der Europäischen Kommission für an die einzelnen Mitgliedstaaten gerichtete spezifische Empfehlungen abgeschlossen, über die dann im Rat ein Beschluss herbeigeführt wird. Um diese Überprüfung transparent zu machen und um eine politische Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament herzustellen, sehen die verschiedenen Regelungen des Six-Pack⁵⁷ einen Dialog zwischen den Institutionen der Union vor, zu dem der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments den Ratspräsidenten, den verantwortlichen Kommissar und gegebenenfalls auch den Präsidenten des Europäischen

54 Vgl. Rat der Europäischen Union, Europäisches Semester, Warum wurde das Europäische Semester eingeführt, verfügbar auf der Web-Seite: consilium.europa.eu/special-reports/european-semester/why-was-the-european-semester-created?lang=de (Abruf 19.8.2014).

55 Siehe Fußnote 10.

56 Vgl. hierzu Abschnitt 2.2 dieses Beitrags.

57 Im einzelnen aufgeführt in Fußnote 7.

Rates oder der Eurogruppe einladen kann.⁵⁸ Ergänzend zur Überprüfung auf der Ebene der Exekutive und zur Rechenschaftspflicht hierüber gegenüber dem Europäischen Parlament findet zu der gleichen Thematik ein interparlamentarischer Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und Vertretern der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten statt. Damit soll dem nicht zutreffenden Eindruck entgegen gewirkt werden, dass das Verfahren eine Bevormundung der nationalen Haushaltshoheit durch die europäische Ebene beinhaltet. Denn die Parlamente der Mitgliedstaaten haben die Verpflichtungen, um deren Einhaltung es in diesem Verfahren geht, ja bereits in den genannten völkerrechtlichen Vereinbarungen in Form der jeweiligen Ratifizierungsgesetze förmlich akzeptiert. In diesem Sinne werden in dem neuen Verfahren keine neuen Verbindlichkeiten geschaffen, die Überwachung der Einhaltung solcher Verpflichtungen aber in innovativer Weise verstärkt. Ob das Europäische Semester, wie seine Urheber sich versprechen, außer soliden öffentlichen Finanzen auch das Wirtschaftswachstum in allen Staaten der Union fördern und übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte verhindern wird, bleibt abzuwarten. Die Möglichkeiten politischer Gestaltung sind jedenfalls nicht erschöpft. „Verantwortungsvolle Haushaltsführung“ ist mit „Neoliberalismus“ nicht synonym und nur die erstere ist in der Europäischen Union konstitutionell verankert.

Das neu geschaffene Instrument setzt einen Hebel an einem Schwachpunkt der parlamentarischen Demokratie an, der darin besteht, dass es zwar verhältnismäßig leicht ist, Mehrheiten für abstrakt formulierte Grundsätze verantwortungsvoller Haushaltsführung zu gewinnen, dass sich aber in den konkreten Haushaltsberatungen durch die Agglomeration von Einzelinteressen immer wieder Mehrheiten zugunsten von Beschlüssen bilden, die den Grundsätzen verantwortungsvoller Haushaltsführung widersprechen. Durch den politischen Dialog und die „peer-control“ wird die Fähigkeit der Führungsebene in den Parlamenten der Mitgliedstaaten gestärkt, bei den jährlichen Haushaltsberatungen zu bewirken, dass die gegenüber den Partnerstaaten eingegangenen Verpflichtungen auch wirklich eingehalten werden.

Als „Begriffsmonster“ erschreckt das „Europäische Semester“ vor allem durch seine Bleiche. Im Hörer oder Leser, der mit den Hintergründen nicht vertraut ist, kann diese Wortprägung keine irgendwie orientierende Vor-

58 Eine Übersicht über die Dialoge im Europäischen Semester 2013 und 2014 findet man auf der Web-Seite: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/divers/join/2014/497737/IPOL-ECON_DV\(2014\)497737_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/divers/join/2014/497737/IPOL-ECON_DV(2014)497737_EN.pdf) (Abruf 21.8.2014).

stellung erwecken. Das Wort „Semester“ verweist auf einen Halbjahres-Rhythmus. Wenn es ein „europäisches“ Halbjahr gibt, folgt ihm dann ein „nicht-europäisches“? Vor allem aber verschweigt die Bezeichnung schamhaft, worum es bei dem neuen Instrument in der Sache geht, nämlich die externe Kontrolle und Orientierung der makroökonomischen und haushaltspolitischen Beschlüsse der Mitgliedstaaten der EU. Dass die Einhaltung der Verpflichtung zu verantwortungsvoller Haushaltsführung, die als großer politischer Erfolg gefeiert wurde, durch ein Überwachungs- und Orientierungsinstrument auf EU-Ebene erarbeitet werden muss, verschweigt die nationalen Politik lieber gegenüber dem Bürger. Vorzeigbare Ergebnisse sollen als Leistungen der nationalen Politik und nicht als Früchte einer EU-Koordinierung gefeiert werden. Hätten die Leistungen der Europäischen Politik nicht eine Sprache verdient, die direkter auf die Sachen zugreift?

3.8 Der europäische Superstaat

Nach alledem könnte fast damit gerechnet werden, dass die vorstehenden Ausführungen über den Integrationsprozess zur Europäischen Union aus den Gefilden der ewig Gestrigen das Begriffsmonster des „*Europäischen Superstaats*“ heraufbeschwört. Ähnlich wie einem Sündenbock kann man diesem Gespenst all das aufladen, womit man selbst nichts (mehr) zu tun haben will, um es (ihn) dann möglichst weit weg (in die Wüste) zu jagen. Ist die haushaltspolitische Autonomie der Mitgliedstaaten nicht mehr nur bloßer Schein, wenn die Teilnehmer der Währungsunion zwar nicht rechtlich, aber wohl de facto dazu gezwungen sind, Verbindlichkeiten anderer Staaten mit zu tragen, weil die Garantieleistungen des Stabilitätsmechanismus jedenfalls besser berechenbar und begrenzbare sind als die völlig unüberschaubaren Folgen einer Rückabwicklung der gemeinsamen Währung? Werden die nationalen Haushaltsberatungen mit dem Europäischen Semester nicht einer zentralen Kontrollinstanz unterworfen? Ist der Umfang der im Rahmen der Europäischen Union erbrachten Transferleistungen nicht bereits mit dem Umfang innerstaatlicher Umverteilungsmaßnahmen vergleichbar? Und wenn all diese Funktionen auf eine im Werden begriffene Staatlichkeit hindeuteten, so könnte der im Entstehen begriffene Staat doch mit keiner der bekannten Staatsformen treffend beschrieben werden. Denn anders als alle Staaten der Gegenwart verfügt die Europäische Union nicht über eine mit eigener Machtbasis ausgestattete Zentralgewalt. Sie kann auch nicht mit einem mittelalterlichen Imperium verglichen werden, denn ihre institutionelle Struktur kennt keine hierarchische Spitze. Sie ist

der historisch einmalige und bis heute erfolgreiche Versuch, in dem eine (in den vergangenen fünfzig Jahren ständig zunehmende) Anzahl von Staaten aufgrund freiwilliger Vereinbarungen eine (in den vergangenen fünfzig Jahren ebenfalls erheblich gewachsene) Zahl von Hoheitsrechten gemeinsam ausübt. Die Praxis der so entstandenen institutionellen Struktur widerlegt alle theoretischen Behauptungen der Unteilbarkeit von Souveränität. Wenn eine Vielzahl souveräner Akteure in dieser Struktur einen Teil ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben, so setzt das die Teilbarkeit der Rechte der Ko-Souveräne voraus. Und wenn Demokratie das gleiche bedeutet wie Volkssouveränität, dann bedeutet Demokratie in einem solchen System auch, dass die nationalen Bürgerschaften als Teil-Souveräne die Zwänge gemeinsam mit anderen Teil-Souveränen ausgeübter Hoheitsmacht zu akzeptieren lernen müssen. Wenn man dieser Struktur – jedenfalls in mancher Hinsicht – staatliche Qualität zubilligen will, so ist diese jedenfalls vom Strukturmuster bekannter Staaten so verschieden, dass die Rede vom „*Superstaat*“ irreführend ist. Wenn hier Neues im Entstehen begriffen ist, so soll es nicht verheimlicht oder verschwiegen, sondern mit einem neuen Namen beleuchtet werden. Die von D. Tsatsos (2009) vorgeschlagene Bezeichnung der „*Sympolity*“ könnte einen Weg weisen, um die Eigenständigkeit einer europäischen politischen Entität aufscheinen zu lassen ohne den Eindruck zu erwecken, dass diese sich zu einem übergeordneten Souverän aufschwingen will. Die Vorsilbe „*sym*“ steht für die Gleichordnung der Ko-Souveräne, die sich aus freiem Willen in einer politischen Entität, einer „*polity*“, zusammenfinden.

4. Schlussbemerkung über Begriffsmonster und Demokratie

Die dargestellten, zufällig ausgewählten Beispiele und die dazu entwickelten Überlegungen zum Umgang der Europäischen Institutionen mit der Sprache erlauben keine Schlussfolgerungen im wissenschaftlichen Sinne. Für den empfindsamen Beobachter zeigen sie aber mögliche Denkwege, Szenarien, Hypothesen, die weiterer Vertiefung wert wären.

Europa ist im Werden. Doch es tut sich schwer, zu einer ihm angemessenen Sprache zu finden. Nicht die Vielzahl seiner Amtssprachen hindert eine Sprache, die den Weg in die Köpfe und Herzen der Menschen findet. Hinderlich ist eine Scheu, das Neue wahrzunehmen und klar auszusprechen, was wirklich geschieht. Das Neue, weil es nicht in die gewohnten Denkmuster passt, ist sprachlich stets schwer zu fassen und nicht selten ragt das

Alte hinderlich in die Gegenwart hinein. Weil das politische Denken der Neuzeit von der Institution des Staates geprägt ist, präjudizieren die Kategorien des Staates die Wahrnehmung der Europäischen Union auch da, wo sie vom staatlichen Muster völlig abweicht. Wenn wir den Blick auf das heutige Europa lenken, ist es deshalb leichter festzustellen, was Europa nicht ist oder nicht werden kann, als zu beschreiben, wie es wirklich ist. Nur vereinzelt sind die Versuche, das geschichtlich und substantiell Neue, das sich im Prozess der Europäischen Integration ereignet, deutlich zur Sprache zu bringen.

Gelungene Sprache über das Neue stellt Kommunikation zwischen den Individuen her, erzeugt intersubjektive Öffentlichkeit, die wiederum die Vorstellungswelt der Individuen prägt und das Neue in ihr assimiliert. Wenn das Neue nicht treffend zur Sprache gebracht wird, misslingt die Kommunikation und statt zu begreifen erschrecken die Menschen vor Gespenstern, den Begriffsmonstern. So geschieht es gegenwärtig mit der im Werden begriffenen europäischen politischen Ordnung. Viele Menschen verstehen sie nicht, wissen und begreifen weder die Themen noch die politischen Abläufe auf dieser Ebene, und aus ihrem mangelnden Verständnis erwächst Ablehnung.

Warum verbirgt die amtliche Sprache Europas mehr als sie offenlegt? Warum ist sie gestelzt und bürokratisch? Warum brauchen Bürger einen Schlüssel, um hinter die Fassaden der Worthülsen zu sehen? Wer sich der Mühe unterzieht, die Bürgerinformationen der Europäischen Institutionen im Internet zu suchen, wer aus der Unmenge der dort deponierten Informationen das für ihn selbst Relevante heraus zu destillieren weiß, der wird ein völlig anderes Bild wahrnehmen als dasjenige, das er aus den Medien kennt. Er wird begreifen, dass das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit nicht an Europa liegt. Denn nach wie vor ist es die nationale Politik, die das Zentrum der Medienaufmerksamkeit für sich beansprucht, die Geschehnisse im Rahmen der Europäischen Union aus der Perspektive nationaler Erfolge und Misserfolge beschreibt und dafür sorgt, dass über europäische Entwicklungen durch eine nationale Brille berichtet wird⁵⁹. Und es war erklärte nationale Politik, die über einen langen Zeitraum verhindert hat, dass die Europäischen Institutionen, allen voran die Kommission, wirkmächtige Kommunikationskapazitäten aufbauen.

59 Hierzu im einzelnen E. Brok (2015, S. 167 ff.).

Im Ergebnis reflektiert die Sprache der Union auf diese Weise nationales Wunschdenken: Nicht selten muss sie, um die unerlässliche Zustimmung der Regierungen zu erhalten, dort, wo das ausgesprochene Neue die Zentralität der staatlichen Politik in Frage stellen könnte, kraftlos und schleierhaft bleiben. Dem gegenüber zu stellen wäre die Forderung nach einer unverblühten, schlichten und präzisen Sprache, die Transparenz herstellt und damit zur Bürgerbeteiligung einlädt statt die Bürger von europäischer Politik zu entfremden.

Es ist eine Selbstverständlichkeit und völlig legitim, dass Regierungen in den Institutionen der Europäischen Union nationale Interessen vertreten. Erst aus der Konfrontation und diskursiven Aufarbeitung unterschiedlicher Interessen kann als Resultante ein gemeinsames Interesse entworfen werden. So notwendig es ist, diese Interessenstandpunkte zu formulieren und mit Bereitschaft zu Kompromissen zu verteidigen, so wenig sinnvoll ist es, dass die Regierungen die nationale politische Öffentlichkeit als Resonanzboden zur Verteidigung der nationalen Interessenstandpunkte aufladen. Denn statt zu sinnvollen Optionen für die Bildung vom Kompromissen können öffentliche Debatten von der letzteren Art nur zu Verhärtungen einseitiger Standpunkte führen.

Vor der Beschlussfassung über eine auf der EU-Ebene in Beratung befindlichen Maßnahme müsste die Debatte auf nationaler Ebene statt darüber, welche Verhandlungspositionen aus nationaler Sicht nicht oder noch akzeptabel sind, darüber geführt werden, ob die verfolgten Ziele legitim sind, ob die vorgesehenen Mittel geeignet und angemessen sind, welche positiven und negativen Auswirkungen vorhersehbar und welche Risiken nicht auszuschließen sind. Öffentliche Diskussionen dieser Art würden gespensterhafte Begriffsmonster gar nicht erst entstehen lassen, weil von Beginn an inhaltlich abgeklärt wäre, was eine verwendete Bezeichnung besagen soll. In den Fällen, die in diesem Beitrag untersucht wurden, hat es solche inhaltlichen Erörterungen in der nationalen politischen Öffentlichkeit vor der Beschlussfassung kaum gegeben. Nicht der Umstand, dass die betreffende Maßnahme auf der Ebene der EU oder auf intergouvernementaler Ebene erlassen wurde, stellt ihre demokratische Legitimität in Frage, sondern die Tatsache, dass keinerlei öffentliche Debatte stattfand, aus der heraus die betreffende Maßnahme sich als legitim erwiesen hätte.

Doch auch Kritik bedarf der Einschränkung. In den akuten Krisensituationen mussten und konnten die erforderlichen Rettungsmaßnahmen ohne jeden Aufschub beschlossen und durchgeführt werden. Ihre Wirksamkeit war weitgehend davon abhängig, dass die Maßnahmen für die Akteure an den Finanzmärkten nicht vorhersehbar oder kalkulierbar waren und somit

nicht durch spekulative Operationen unterlaufen werden konnten. In Fällen wie diesen, in denen vorherige öffentliche Debatten die geplante Maßnahme ihrer Wirkung beraubt hätten, muss es für die demokratische Legitimation ausreichen, dass die für die Entscheidung zuständige und zu ihrem Erlass befugte Institution alsbald nach der Beschlussfassung und dem Vollzug der Maßnahme öffentlich Rechenschaft über die Ziele, die eingesetzten Mittel und die eingetretenen Wirkungen ablegt.

Literatur

- Brok, E. (2015): Der europäische politische Raum – Ansätze europäischer Öffentlichkeit. In: Brandt P. (Hrsg.): *Verfassung und Krise. Erträge des Symposions des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der FernUniversität in Hagen am 29. und 30. November 2013*, S. 163–176.
- De Groen, W. P. (2014): Was the ECB's Comparative Assessment up to Standard? In: CEPS Policy Brief Nr. 325, 10 November 2014, S. 1–19.
- Dicey, A. V. (2013): *The Law of the Constitution*. Oxford: Oxford University Press.
- Dieter, H. (2012): *Maastricht 2.0 – Bei der Weiterentwicklung der Währungsunion hat Europa Alternativen zum Zentralisierungsfetisch*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Felder, E. (Hrsg.) (2006): *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (2011): „Ein Pakt für oder gegen Europa“. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 81, S. 11.
- Häberle, P. (2011): *Europäische Verfassungslehre*, 7. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Jędrzejowska, I. (2014): *Demokratisch, Heißt auch Zugleich Verständlich? – Martin Schulz über „Wortungetüme“ auf der Euro-Krisenmanagement Agenda*. In: *Lingua Legis* 22, S. 72–81.
- Kamlah, W./Lorenzen P. (1973): *Logische Propädeutik – Vorschule des vernünftigen Redens*. Mannheim, Wien und Zürich: B.I.-Wissenschaftsverlag.
- Müller, F./Christensen, R. (2007): *Juristische Methodik*, Bd. I und II. Berlin: Duncker und Humbolt.
- Pache, E./Schwarz, K.-A. (2012) *Einführung in die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)*. In: Pache, E./Schwarz, K.-A (Hrsg.): *Grundlagen, aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Europäischen Währungsunion*, Band 54. Baden-Baden: Nomos, S. 13–24.
- Schiffauer, P. (1979): *Wortbedeutung und Rechtserkenntnis*. Berlin: Duncker und Humbolt.
- Schiffauer, P. (2014): *Zehn Thesen für ein pragmatisches Sprachverständnis in den Verfassungswissenschaften*. In: Lehnert, D. (Hrsg.): *Konstitutionalismus in Europa. Entwicklung und Interpretation*. Köln, Wiemar und Wien: Böhlau Verlag, S. 63–67.

- Schwartzberg, M. (2007): *Democracy and Legal Change*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Tsatsos, D. Th. (2009): *The European Symplolity – Towards a New Democratic Discourse*. Brussel: Bruylant.
- Weiler, J. H. H. (1999): *The Constitution of Europe: – ‘Do the New Clothes Have an Emperor?’ and other Essays on European Integration*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wittgenstein, L. (1958): *Philosophische Untersuchungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschrift für Diskursforschung

ZfD

Als interdisziplinäres Forum für discourse studies versammelt die Zeitschrift für Diskursforschung (ZfD) theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskursforschung. Ziel der Zeitschrift ist es, die sozial-, sprach- beziehungsweise geisteswissenschaftlichen Perspektivierung gesellschaftlicher Diskurse zu dokumentieren, zu präzisieren und fortzuführen. Die Auswahl der in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge unterliegt einem doppelt anonymen Begutachtungsverfahren (peer review).

Herausgeber: Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Beirat: Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Peter A. Kraus, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

Redaktion: Dr. Saša Bosančić, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg

E-Mail: zfd@phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821/598-4071, www.uni-augsburg.de/zfd

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

Printed in Germany

ISSN 2195-867X

Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-3524-7 Print

ISBN 978-3-7799-3528-5 E-Book (PDF)